



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Zur Umsetzung der UN-Biodiversitätskonvention:

Eine diskurstheoretische Untersuchung zu

„Access and Benefit Sharing“ in Brasilien

Verfasser

Michael Franz Schmidlehner

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, Oktober 2009

Studienkennzahl:

A 296

Studienrichtung:

Diplomstudium Philosophie

Betreuerin / Betreuer:

Univ.-Prof. Dipl.-Bw. Dr. Ulrich Brand

Danksagungen

Als ich 1994 nach Brasilien ging und mein Studium abbrach, dachte ich nicht daran, dass ich es noch jemals abschließen würde. dass es nun doch dazu kommt, ist nicht zuletzt dem emotionalen Rückhalt zu verdanken, den mir meine Familie in allen Lebensphasen gegeben hat, ebenso wie der Wertschätzung und moralischen Unterstützung durch meine Freunde:

Danke Mathias, Stefan, Uli und Alfred!

Danke auch John Kleba für den produktiven Gedankenaustausch.

Auch meinem Betreuer Prof. Ulrich Brand möchte ich danken, da er mir Denkfreiheit liess und zugleich durch seine Ausführungen eine gute Richtung wies.

Die Widmung dieser Arbeit geht an meine Freundinnen und Freunde von Amazonlink und an die indigenen Gemeinschaften in Acre bei, denen ich im Rahmen unserer Projektarbeit für mich sehr wertvolle Erfahrungen machen konnte.

In diese Arbeit fließt Manches an praktischer Erfahrung ein. Ich hoffe dass auch neue Impulse für sinnvolle Projektarbeit daraus hervorgehen.

Inhaltsverzeichnis

1 Einführung.....	6
1.1 Einleitender Gedanke: Natur und Wissen	6
1.2 Das Themenfeld: „Access and Benefit Sharing“ in Brasilien.....	7
2. Theoriepolitische Entscheidungen.....	9
2.1 Theorie, Politik und Wahrheit.....	9
2.2 Fragestellung.....	11
2.3 Diskurs.....	12
2.3.1 Die archäologische Baustelle.....	13
2.3.2 Konkretisierung des Diskursbegriffs: Genealogie.....	22
2.4 Hegemonie.....	25
2.5 Analyse hegemonialer Diskurse und die Frage nach Gerechtigkeit.....	31
2.5.1 Diskursanalyse als Methode: Existiert ein übergreifendes Diskursparadigma?	31
2.5.2 Foucault und Gramsci: Divergenzen und Gemeinsamkeiten.....	33
2.5.3 Hegemonialer Diskurs.....	36
2.5.4 Die Frage nach Gerechtigkeit.....	39
2.6 Präzisierung der Fragestellung.....	39
3. Genealogische Untersuchung.....	41
3.1. Brasilianischer Nationaldiskurs.....	41
3.2. Globalozentrischer Diskurs nachhaltiger Entwicklung.....	45
3.2.1. Erstens: Die Konstitution der „Unterentwickelten“.....	46
3.2.2. Zweitens: Die Konstitution von Biodiversität als Ressource und Eigentum.....	49
3.3. Akkumulationsregime, Regulationsweise und Internationalisierung des Staates.....	53
3.3.1. Akkumulationsregime und Regulationsweise.....	54
3.3.2. Internationalisierung des Staates.....	55
3.4. Die Verdichtung Brasiliens: Vom Garten Eden zum Nationalstaat.....	58
3.5. Nationalstaatlich-internationale Verflechtungen im Fordismus	66
3.6. Das postfordistische Brasilien im Zeichen der Megabiodiversität.....	74
3.6.1. Von der Herrschaft internationalen Kapitals zu populistischer Wachstumspolitik.....	75
3.6.2. Verschränkung von edenischer Natur Brasiliens und Biodiversität: Amazonas.....	84
3.6.3. Die CBD und ihre Umsetzung durch die brasilianische Regierung.....	90
3.6.4. Nicht-staatliche Akteure in ABS- und Biopirateriediskussionen: Gegendiskurs oder Anpassung?.....	99
3.6.5. Der Fall Murmuru.....	110
4. Ergebnisse und Schlussfolgerungen.....	115
5. Abschliessende Bemerkungen und Aussichten.....	120
Abkürzungsverzeichnis.....	124
Quellenverzeichnis.....	127
Anhang.....	140
Abstract deutsch.....	141
Abstract english.....	142
Abstract portugiesisch (Resumo em português).....	143
Eidesstattliche Erklärung.....	144
Lebenslauf Michael F. Schmidlehner.....	145

1 Einführung

1.1 Einleitender Gedanke: Natur und Wissen

Niemals zuvor wurde in solcher Menge und Geschwindigkeit *Wissen* über die *Natur* produziert wie heute. Zugleich macht sich ihr Verschwinden aus unserer Welt in nie zuvor da gewesenem Ausmaß bemerkbar.

Es stellt sich zunächst die Frage: Was bedeutet *Natur* für uns? Theodor Adorno (1973, S.106) schrieb dazu: „In einer jeglichen [ästhetischen Erfahrung] von der *Natur* steckt eigentlich die gesamte Gesellschaft.“ Welches gesellschaftliche *Naturverhältnis* liegt also dem heute produzierten *Natur-Wissen* zugrunde?

Grundsätzlich wird bei *Naturschutz* von technischen Problemen ausgegangen, für die ebenso technische und ökonomische Lösungen produziert werden. *Natur* ist zunehmend als wissenschaftlich beschreibbar, technisch verwaltbar und ökonomisch nutzbar vorgestellt. Ulrich Brand und Christoph Görg (2003, S.15f) führen die Vorherrschaft dieses technokratisch-kapitalistischen *Naturverhältnisses* unter anderem auf das Auseinanderdriften von Natur-wissenschaften und Sozial-wissen-schaften und die verspätete Reaktion letzterer auf die in den 1970 Jahren beginnende Umweltkrise zurück. Die Sozialwissenschaften hätten die Beschäftigung mit der *Natur* - in Akzeptanz der Idee technischer *Naturbeherrschung* - den Naturwissenschaften überlassen und sich einem „naturfrei“ vorgestellten Sozialen gewidmet.

Es ist also nicht nur die physische *Natur* im Schwinden. Auch ihre Bedeutung ist abhanden gekommen. Als Gesellschaft haben wir unser *Wissen* über *Natur* verloren, indem wir den Umgang mit ihr technischen Experten überantwortet haben. So stehen wir den krisenhaften Auswirkungen der technischen und ökonomischen Entwicklungen auf Soziales ebenso wie die *Natur*- Schwund der biologischen Vielfalt und Klimawandel - weitgehend sprachlos gegenüber. Welchen Beitrag kann die Sozialwissenschaft in Anbetracht dieser Situation noch leisten? In welche Richtung soll die Forschung gehen?

Im Gegenzug zur Produktion von „*Wissen über Natur*“ kann die Untersuchung der „*Natur des Wissens*“¹ unternommen werden. Unsere Ausgangsfrage lautet dann: Was bedeutet *Wissen*? Wie entstand das Expertenwissen, das *Naturwissen*? Welches sind jene historischen, sprachlichen und gesellschaftlichen Prozesse in denen es geschaffen wurde und reproduziert wird? Welche Interessen

¹ Das Wortspiel "Conhecimento da natureza e Natureza do Conhecimento" (Wissen von der Natur und Natur des Wissens) ist von dem Moderator der GTA email-Diskussionsgruppe, Arnaldo de Oliveira entlehnt (Oliveira 2004). Es ist anzumerken, dass der Ausdruck „Natur des Wissens“ in dieser vereinfachten Form nicht für die foucaultschen Untersuchungen angemessen ist, insofern er ein naturwissenschaftlich-positivistisches Konzept von Wissen nahelegt. Dennoch wird das Wortspiel hier angewendet, da es die perspektivische Umkehrung illustriert.

und Machtbeziehungen spielen in diesen Prozessen eine Rolle?

Solche Untersuchungen wurden von Michel Foucault unternommen und werden von post-kolonialen DenkerInnen² und DiskursanalytikerInnen fortgesetzt. Sie zielen auf das Ent-Denken herrschender Konzepte ab und legen Räume für alternative Sprach- und Handlungspraktiken frei.

Diesem Leitgedanken folgend soll die vorliegende Arbeit mit Hilfe philosophischer Reflexion dazu beitragen, die vorwiegend technische Diskussion über biologische Vielfalt in ihren Grundlagen und in ihrer Praxis kritisch zu hinterfragen und produktiv zu ergänzen.

1.2 Das Themenfeld: „Access and Benefit Sharing“ in Brasilien

Der Begriff Biodiversität³ fand seinen Einzug in weltpolitische Verhandlungen und Diskussionen durch das UN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Biodiversitätskonvention, Convention on Biological Diversity, CBD), welches im Rahmen des Erdgipfels (United Nations Conference on Environment and Development, UNCED) in Rio de Janeiro 1992 ausgehandelt wurde.

Die Biodiversitätskonvention wird allgemein als das erste völkerrechtlich verbindliche internationale Abkommen angesehen, das die Erhaltung und die nachhaltige Nutzung der Biodiversität global und umfassend behandelt. Die erklärten Zielsetzungen der Konvention sind: Die Erhaltung der biologischen Vielfalt, die nachhaltige Nutzung von Teilen der biologischen Vielfalt und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus der Nutzung der genetischen Ressourcen ergebenden Vorteile.

Ein zentrales Thema der Konvention ist die wirtschaftliche Inwertsetzung der Biodiversität. Die aus ihr gezogenen Nutzen sollen zur Motivation zu ihrer Bewahrung dienen. Diese Begründungslogik der Konvention ist prinzipiell neu und wurde erst innerhalb der letzten Jahrzehnte aufgrund neuer Rahmenbedingungen – vor allem die Fortschritte der Biotechnologie und die globale Ausweitung des Patentrechts – denkbar. Firmen und Forschungsinstitute streben zunehmend nach „Access“, bzw. Zugriff auf genetische Ressourcen zum Zweck der Bioprospektion, wie die Forschung in Hinblick auf Entwicklung neuer pharmazeutischer-, kosmetischer- oder Lebensmittelprodukte auf Basis genetischer Ressourcen genannt wird.

Erhaltung und Nutzung der Biodiversität und die daraus erwirtschafteten „Benefits“ sind somit zum Verhandlungsthema zwischen Regierungen der Industrieländer und der biodiversitätsreichen „megadiversen“ Staaten des Südens geworden.

² Ich habe mich bemüht die geschlechtergerechte Schreibweise durchgehend zu verwenden. Wenn sie im Laufe dieser Arbeit an irgendeiner Stelle nicht zur Anwendung kommt, so ist das ein Versehen von mir.

³ Biodiversität wird im technischen Sinn als eine Erweiterung des Begriffs der Artenvielfalt verstanden. Ausser der Vielfalt der biologischen Arten wird unter Biodiversität auch die genetische Vielfalt und die Vielfalt von Ökosystemen zusammengefasst.

Dem Wissen indigener Völker und lokaler Gemeinschaften über Tiere und Pflanzen kommt in diesem Zusammenhang eine neue Bedeutung zu, da dieses potentiell Hinweise für die Bioprospektion birgt. Der Schutz traditionellen Wissens und die Mitsprache der indigenen Völker und lokalen Gemeinschaften sind theoretisch in der Konvention vorgesehen.

In der Praxis werden jedoch die in der CDB festgeschriebenen Regeln bis dato kaum beachtet. Der Zugriff auf die genetischen Ressourcen erfolgt meist ohne die vorherige Zustimmung des Staates oder der Gemeinschaften und das traditionelle Wissen wird oft unkontrolliert und ohne das in der CDB vorgesehene „Benefit Sharing“ angezapft und mit Patenten belegt. Diese Übergriffe werden zunehmend von Vertretern indigener Völkern und lokaler Gemeinschaften sowie von NOs denunziert und als „Biopiraterie“ bezeichnet.⁴

Um das Problem in den Griff zu bekommen entwickelt die CDB seit 2000 in einer eigens gegründeten Arbeitsgruppe und in den alle zwei Jahre stattfindenden Vertragsstaatenkonferenzen ein internationales „Access and Benefit Sharing Regime“, wodurch der Access (Zugang) für die industrialisierten Länder gewährt werden, und im Gegenzug das Benefit Sharing (Nutzenausgleich) für die Entwicklungsländer garantiert werden soll. Auch den indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften gesteht die CBD Rechte zu. Die Vertragsparteien in Artikel 8j aufgefordert gerechten Nutzenausgleich ihnen gegenüber zu fördern. „Benefit Sharing Agreements“ zwischen diesen Gemeinschaften und an ihrem Wissen interessierten Firmen sollen im Rahmen des Regimes als verbindliche Praxis eingeführt werden.

Brasilien kommt innerhalb der CDB Verhandlungen eine besondere Bedeutung zu. Nicht nur, weil die Konvention hier entstanden ist, sondern weil Brasilien mit dem Löwenanteil des Amazonas die weltweit größte Biodiversität innehat und als Schwellenland eine Führungsposition und Vorreiterrolle unter den megadiversen Ländern einnimmt. Die Frage der Biodiversität ist in Brasilien ein brisantes politisches Thema und wird von der Regierung als von nationalem Interesse betrachtet. Es ist davon auszugehen, daß von Brasilien eingeschlagene Strategien auch in anderen megadiversen Ländern adoptiert werden.

Warum ist dieses Thema nun interessant für eine Analyse?

Die Verhandlungen um Access and Benefit Sharing werden unter zunehmendem ökonomischem und zeitlichem Druck geführt. Die Aussicht auf konkretes Benefit Sharing soll für indigene Völker und lokale Gemeinschaften Anlaß für Hoffnung auf Verbesserung ihrer Lebensbedingungen geben. Zugleich werden kritische Stimmen laut die von den praktischen Schwierigkeiten der Umsetzung von ABS ausgehend das zugrunde liegende Inwertsetzungsparadigma prinzipiell in Frage stellen. Ist

⁴ Beispiele solcher Biopiraterie-Fälle sind unter anderem: Neem (*Azadirachta indica*) und Tumeric (*Curcuma longa*) in Indien, Ayahuasca (*Banisteriopsis caapi*) und Cupuassu (*Theobroma grandiflourum*) aus dem Amazonas, Maca aus Peru (*Lepidium peruvianum*) und Hoodia (*Hoodia Gordonii*) aus Afrika.

ABS grundsätzlich eine Lösung für soziale- und Umweltprobleme? Sind die von der CBD beanspruchten Werte von Gerechtigkeit und Ausgewogenheit überhaupt vor dem bestehenden Hintergrund sozio-ökonomischer Beziehungen einlösbar?

Die Theorien Michel Foucaults zur gesellschaftlichen Konstruktion von Wissen und Machtmechanismen in Form von Diskursen soll herangezogen werden um die in Brasilien sich entwickelnden Sprach- und Handlungspraktiken im Umfeld von Access und Benefit Sharing – ABS als diskursive Wissensproduktion⁵ zu beschreiben und zu analysieren. Ebenso wird der von Antonio Gramsci entwickelte - und von neo-gramscianischen TheoretikerInnen auf aktuelle durch die Internationalisierung des Staates gekennzeichnete Konstellationen erweiterte - Begriff der Hegemonie bei der Analyse der staatlichen ABS - Wissensproduktion in Brasilien eine Zentrale Rolle einnehmen.

2. Theoriepolitische Entscheidungen

2.1 Theorie, Politik und Wahrheit

Michel Foucault erklärt zu Beginn seiner Vorlesung über Gouvernamentalität am Collège de France, dass das was er in der bevorstehenden Untersuchung machen werde weder Geschichte, noch Soziologie noch Ökonomie sei. Es habe am ehesten mit der Philosophie zu tun Foucault (2004, S.15) wörtlich: „das heißt mit der Politik der Wahrheit, denn ich sehe kaum eine andere Definition des Wortes Philosophie als diese.“

Auf den ersten Blick könnte diese Bemerkung wie leichtfertig-ironisch erscheinen, eine Provokation, gewissermaßen der Versuch die gesamte Philosophie auf ein zunächst sophistisch erscheinendes Programm zu reduzieren.⁶

Was will Foucault sagen, wenn er meint er sehe „kaum eine andere Definition“ von Philosophie? Die Frage danach, was Philosophie sei ist selbst eine philosophische Frage, zu deren Beantwortung von den griechischen Philosophen an bis ins zwanzigste Jahrhundert verschiedenste Antworten in der Form von theoretischen Ansätzen, Hypothesen, Theorien entwickelt wurden. Im Zentrum dieser Prozesse, die wir lose als Philosophie zusammenfassen können lässt sich jene europäische Tradition

⁵ Es soll in der vorliegenden Arbeit zunächst von „ABS – Wissensproduktion“ und nicht „ABS – Diskurs“ gesprochen werden. Dabei wird die Konzeption von Foucault berücksichtigt, der Diskurse langfristig ansiedelt, als historisch sich verdichtende Wissensproduktionen. Auch ist es eine falsche Vereinfachung, ein Themenfeld als Diskurs zu bezeichnen. Der Diskurs wird erst durch die Analyse aufgezeigt. Ob die relativ junge ABS – Wissensproduktion einen eigenständigen Diskurs bildet, oder lediglich eine Verflechtung bestehender Diskurse darstellt, kann sich im Lauf der Untersuchung zeigen, ist aber nicht Gegenstand der Fragestellung. Dieser Gedanke wird in den folgenden Abschnitten näher geklärt.

⁶ Foucault wurde und wird scharf kritisiert, was seine anscheinend neutrale Position – beziehungsweise seine Verweigerung ein allgemeingültiges Prinzip zur ethischen Abgrenzung gegenüber irrational-totalitären Ideologien zu formulieren - betrifft. Jürgen Habermas beispielsweise ist der Ansicht, dass Foucaults „bekennender Irrationalismus“ politisch gefährlich sei. (Habermas 1985, S. 327, zit in Lemke 1997, S.19)

der Vernunft ausmachen, die - von den frühen Ideen vom Menschen als logos-begabtem Wesen bis hin zu komplexen rationalistischen Epistemologien - festlegt was Wissen und Wahrheit sein können und sollen. Am Höhepunkt dieses Prozesses steht das Projekt der Aufklärung, in dem der Mensch durch sein vernunftgeleitetes Wahrheitsstreben mündig würde, und somit fähig sich von der Herrschaft des Irrationalen zu befreien. Die „Höherentwicklung“ der Menschheit wäre durch einen geschichtlichen Erkenntnisprozess gewährleistet.

Wenngleich die Kritik an der Aufklärung wohl ebenso alt ist wie die Aufklärung selbst, so gewinnt sie im zwanzigsten Jahrhundert deutlich an Gewicht und schlägt neue Richtungen ein:

Grenzen dessen, was unser vernunftgeleiteter Sprachgebrauch in Form von Philosophie oder Wissenschaft überhaupt in Hinblick auf unsere tatsächlichen Probleme leisten können werden aufgezeigt. Wittgenstein macht bereits 1921 in seinem Tractatus die Begrenztheit unserer beschreibbaren Welt durch die Sprache aufmerksam und stellt damit ein Fragezeichen hinter bis dahin geltende erkenntnistheoretische Konzeptionen.

Zugleich offenbart der Ausbruch von faschistischer und nationalistischer Gewalt die enorme Bereitschaft „moderner“ Menschen sich totalitären Ideologien auszuliefern. Ökonomische Gewalt wird in den kapitalistischen Gesellschaften in zunehmendem Ausmaß ausgeübt und hingenommen. Horkheimer und Adorno ziehen 1944 in ihrer Dialektik der Aufklärung das bittere Fazit dieser Abläufe und diagnostizieren den Zusammenbruch der aufklärerischen Wertewelt.

Die wohl radikalste Kritik an Aufklärung und Rationalität formuliert sich jedoch vom französischen Strukturalismus ausgehend. Der Strukturalismus hatte auf der Linguistik aufbauend die Struktur von Sprache – und damit einhergehend von Kultur und dem Unbewussten - als Grundlage menschlichen Wissens und Handelns etabliert. Hier setzt nun das Denken Foucaults an. Er geht einen entscheidenden Schritt weiter, indem er das Subjekt - als letzte Instanz rationaler Selbstbestimmtheit - einer grundsätzlichen Kritik unterzieht. Dieses ist nach Foucault nicht einer sprachlichen, kulturellen oder unbewussten Struktur gegenübergestellt, im Sinne einer Prägung oder Beeinflussung, von der es sich mehr oder weniger freimachen könnte. Das Subjekt ist vielmehr ein Konstrukt der – grundsätzlich auf Macht ausgerichteten – Strukturen, welche sich wiederum in ihm reproduzieren. Struktur und Macht sind nicht äußerlich, und somit besteht keine Möglichkeit der Auflehnung vom Subjekt ausgehend. Das Subjekt selbst ist die Verinnerlichung von Struktur und historisch gesellschaftlich konstruierter Macht. Dieser Gedanke kann als programmatisch für Foucaults Untersuchungen und die darauf folgenden poststrukturalistischen und diskursanalytischen Ansätze verstanden werden: „Das hat offensichtlich zur Konsequenz, dass Kritik nicht länger als Suche nach formalen Strukturen mit universaler Geltung geübt wird, sondern eher als historische Untersuchung der Ereignisse, die uns dazu geführt haben, uns als Subjekte dessen, was wir tun,

denken und sagen zu konstituieren und anzuerkennen.“ (Foucault 1990, S.49)

Dieses „Ent-Denken“ des Subjekts bedeutet zugleich das Ende der logozentrischen (klassischen) Philosophie und es wird nun verständlich, warum für Foucault deren gängige Definitionen „kaum [mehr] denkbar“ sind. Er markiert mit seiner anscheinend saloppen Bemerkung einen klaren Standpunkt, der das Scheitern der abendländischen Philosophie und die Auflösung ihrer rationalen Grundlagen markiert.

Wie ist nun Wahrheit in einer solchen Konzeption denkbar? Zunächst – als äußerlich gegeben und vom Subjekt auffindbar – gar nicht. Wahrheit ist immer konstruiert. Was als Handlungsspielraum und als mögliches Selbstverständnis der Philosophie bleibt, ist es Alternativen zur herrschenden Wahrheitsproduktion zu schaffen.

In dieser Arbeit soll es darum gehen einen Beitrag zu leisten zur Dekonstruktion herrschaftlicher Wissensproduktionen sowie „Denkbarmachung“ von Alternativen, im Sinne einer angewandten Politik der Wahrheit.

2.2 Fragestellung

Den Ausgangspunkt der Untersuchung bilden folgende konkrete Annahmen und Fragestellungen:

Zunächst wird eine These in den Raum gestellt:

- Die ABS-Wissensproduktion im Rahmen der Umsetzung der CBD durch die brasilianische Regierung beruht auf der Verflechtung (mindestens) zweier bestehender hegemonialer Diskurse: Erstens eines nationalistischen Diskurses brasilianischer Souveränität und zweitens eines globalozentrischen⁷ Diskurses nachhaltiger Entwicklung. Somit ist diese Wissensproduktion – entgegen der von ihr explizit in Anspruch genommenen Werte von Gerechtigkeit und Ausgewogenheit - grundsätzlich hegemonial.

Diese These soll anhand folgender Fragestellungen argumentativ überprüft werden, sowie mögliche Konsequenzen daraus abgeleitet:

- Fragen nach der Genalogie:

Was ist die historische Genese der ABS-Wissensproduktion in Brasilien? Eine diskurskritisch-geschichtliche Darstellung der Entstehung brasilianischer Biodiversitätspolitik und der CBD soll zeigen, inwieweit die ABS-Wissensproduktion als Ergebnis hegemonialer politischer, ökonomischer und nationaler Diskurse historisch rekonstruierbar ist. Dabei sollen Querverbindungen und Zusammenhänge zwischen gesellschaftlich-sprachlichen, ökonomischen und politischen Entwicklungen betrachtet werden.

⁷ Arturo Escobar (1998) spricht von „globalocentric Discourse“ und „globalocentric Perspective“ um dadurch auf das hierarchische Gefälle zwischen „global“ und „lokal“ im herrschenden Entwicklungsdiskurs hinzuweisen.

Können hegemonial konstruierte Wissenseinheiten und nicht hegemonial konstruierte innerhalb der produzierten Aussagen unterschieden werden? Welche überwiegen? Wie ist die eingangs formulierte These angesichts der Resultate der Analyse zu bewerten?

- Fragen nach der Kartographie der aktuellen ABS Wissensproduktion:

Wer sind die stakeholders in der aktuellen brasilianischen ABS-Diskussion, was ihre Beziehungen? Welche Aussagen werden durch sie produziert? Welche Zusammenhänge verbinden die diskursive Praxis mit institutionellen- und Handlungspraktiken?

- Frage nach der ABS-Praxis auf „lokaler Ebene“ gegen-hegemonialen Strategien::

Wie gestalten sich ABS-Verhandlungen und Diskussionen in der Praxis? Wie schlägt sich diese Wissensproduktion auf „lokaler Ebene“ nieder? Gibt es Ansätze eines Gegendiskurses seitens der NGOs, indigenen Völker und lokalen Gemeinschaften und wie artikulieren sich diese? Wie ist die Teilnahme nicht-staatlicher Akteure in den internationalen CBD Diskussionen zu bewerten?

Gibt es Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen indigenen Völkern, lokalen Gemeinschaften, NGOs und staatlichen Institutionen zur Unterstützung solcher? Was sind existierende und mögliche diskursive Strategien und Handlungsspielräume für nichtstaatliche Akteure gegenüber den hegemonialen Tendenzen des ABS Wissens in Brasilien?

2.3 Diskurs

In diesem Kapitel soll geklärt werden was im Rahmen der vorliegenden Arbeit unter Diskurs zu verstehen ist. Im heutigen alltagssprachlichen und wissenschaftlichen Gebrauch wird das Wort Diskurs sehr vielfältig und auch manchmal recht ungenau gebraucht. Deshalb sollen zuerst in Kürze ein paar begriffliche Abgrenzungen vorgenommen werden.

Das Wort Diskurs leitet sich vom lateinischen *discursus* her, was soviel bedeutet wie das „Sich-Ergehen über etwas“, „das Auseinander-, Umherlaufen“, im Deutschen bedeutet Diskurs allgemein „methodisch aufgebaute Abhandlung“, „Diskussion“ (vgl. Duden 2006, Stichwort Diskurs). Das französische Wort „Discours“ wird ebenso wie das englische „Discourse“ allgemein als Rede, Ansprache oder Abhandlung übersetzt.

Im sprachwissenschaftlichen Bereich gibt es verschiedene Ansätze von Diskursanalyse, wobei es sich größtenteils um spezifische Methoden der Gesprächsanalyse oder quantitativen Textanalyse handelt.

Die vorliegende Arbeit orientiert sich grundsätzlich an dem von Michel Foucault entwickelten – von den oben erwähnten Bestimmungen unterschiedlichen - Diskursbegriff. Dieser nimmt Bezug auf Sachverhalte die im Allgemeinen der Gesellschaftstheorie, der Geschichtswissenschaft, der Zeichentheorie zugeordnet werden, ist jedoch keiner dieser Disziplinen zurechenbar. Es handelt sich

vielmehr um ein *sui generis*⁸ Konzept, das eine zentrale Rolle in der von Foucault vorgegebenen, radikal vernunftkritischen philosophischen Haltung einnimmt. Wenn auch an dieser Stelle nicht weiter auf den technischen Gebrauch des Begriffes in den spezifischen Wissenschaften eingegangen wird, so soll doch eine Abgrenzung von einem ebenfalls philosophischen, jedoch gänzlich verschiedenen – ja gegensätzlichen - Gebrauch vorgenommen werden: Jürgen Habermas (1981) vertritt in seiner Theorie des Kommunikativen Handelns die Idee, dass demokratische Werte wie Wahrheit, Gleichheit und Gerechtigkeit durch rational orientierte Kommunikation auf eine allgemeingültige Basis gestellt werden können. Diesen ethisch- und zielorientierten öffentlichen Kommunikationsprozess im Zeichen der Aufklärung nennt er Diskurs. Diese Position von Habermas ist der von Foucault entgegengesetzt, was dessen häufige Kritik an letzterem (Vgl. Habermas 1985, S. 327, zit in Lemke 1997, S.19), sowie an den von Foucault beeinflussten poststrukturalistischen Theorien erklärt.

Doch nun möchte ich mich dem foucaultschen Diskursbegriff widmen, da dieser den methodologischen Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung bildet: Foucault selbst liefert keine Definition für Diskurs. Um verständlich zu machen, warum er das nicht tut, und um in dieser Untersuchung der Komplexität dieses Begriffs gerecht werden zu können möchte ich in der Folge jene Gedanken nachzeichnen, anhand derer Foucault erstmals die Analyse des Diskurses zu systematisieren unternimmt: Die 1969 erschienene Archäologie des Wissens (Foucault 1997) bildet den Ausgangspunkt einer Diskursgeschichte, die Foucault im Lauf seiner philosophischen Tätigkeit noch mehrmals überdenken und neu formulierten sollte. Dennoch treten hier die ursprüngliche den Begriff motivierende programmatische Absicht und die sich aus ihm ergebenden methodologischen Schwierigkeiten mit großer Deutlichkeit hervor.

Nach diesen – aufgrund des hier noch relativ unkonkreten Diskursbegriffs – naturgemäss etwas umständlichen Ausführungen soll dann in einem zweiten Schritt der Begriff im Licht späterer foucaultscher Entwicklungen genauer gefasst und veranschaulicht werden.

2.3.1 Die archäologische Baustelle

Das foucaultsche Konzept des Diskurses gewinnt spezifische Bedeutung im Rahmen der Entwicklung seines Vorschlags für eine neue Geschichtsphilosophie. Ausgehend von seinen eigenen früheren Untersuchungen wie die 1963 erschienene „Geburt der Klinik“ (Foucault 2003) „Die Worte und die Dinge“ von 1966 (Foucault 1988), sowie neueren französischen Ansätzen der

⁸ Lateinisch: „eigener Gattung“, in keine Kategorie passend

Mentalitätsgeschichte⁹ und der psychoanalytisch beeinflussten Erkenntnistheorie¹⁰ beschreibt Foucault 1969 in der „Archäologie des Wissens“ ein radikal neues Verständnis von Geschichte, und unternimmt dieses zu systematisieren. (Foucault 1997)

Er beginnt mit einer Serie von Unterscheidungen der alten und der neuen Geschichte: Die Geschichte in ihrer traditionellen Form verwandelt die Vergangenheit in Dokumente, sie verleiht dieser dokumentarischen Masse (ebd., S.15) Gesetz und Ausarbeitung und konstruiert dadurch ein kollektives Gedächtnis. Die Dokumente werden als Spuren interpretiert, die auf vermeintlich dahinter verschlüsselt liegende geschichtliche Kräfte, Sinnzusammenhänge oder Prinzipien verweisen. In dieser Darstellung werden die Ereignisse auf kausal determinierte Abläufe reduziert und das „Hereinbrechen der Ereignisse“ (ebd., S.13) scheint ausgelöscht.

Die Methode der von Foucault vorgeschlagenen Geschichte hingegen ist mit der der Archäologie vergleichbar, die das Monument ausgräbt und es als solches belässt, es nicht durch kausale Sinnstiftung in ein Dokument verwandelt, es also nicht interpretiert. Die traditionelle Geschichte strebt nach zentralen kohäsiven¹¹ Prinzipien und muß Diskontinuitäten, die nicht in den Sinnzusammenhang passen ausklammern oder verbergen. Die neue Geschichte hingegen sucht gerade die Diskontinuitäten, die Brüche und Einschnitte auf. Sie interpretiert die Ereignisse nicht in der Weise, sie mit auf der Zeitlinie davor liegenden kausalen Ursachen zu verknüpfen, sie auf ein zentrales Prinzip zurückzuführen. Im Gegenteil geht es ihr um die Dezentrierung der Ereignisse. Es findet eine Deplazierung statt und das Diskontinuierliche wird vom Hindernis zum Vertrauten. (ebd., S.18) Mit der Abkehr von einem zentralen Prinzip schwindet auch die Vorstellung einer allgemeinen oder globalen Geschichte. Die Geschichte wird dadurch von den Fragen nach der Rationalität oder die Teleologie¹² des Werdens frei gemacht. Sie muß nicht mehr den Sinn suchen oder konstituieren in der „Unbeweglichkeit des Vergangenen und der unvollendeten Totalität des Gegenwärtigen“ (ebd., S.21)

Die Verwerfung einer „einen“ Geschichte bedeutet jedoch nicht zugleich eine Pluralität von unabhängig nebeneinander stehenden Geschichten, wie etwa eine Geschichte der Ökonomie neben einer Geschichte der Institutionen, der Wissenschaften, Religionen, Literaturen etc.. Vielmehr

⁹ Mentalitätsgeschichte ist der im Zusammenhang mit der Annales-Schule entstandene Versuch von Historikern, die Mentalitäten, d. h. die Einstellungen, Gedanken und Gefühle der Menschen einer Epoche, darzustellen und zu erklären. (Wikipedia-Deutsch, Stichwort Mentalitätsgeschichte)

¹⁰ Seit den 1930er Jahren hat sich die Épistémologie in Frankreich als eine Richtung der gegenwärtigen Philosophie konstituiert. Als Begründer gilt Gaston Bachelard. Er sieht die Épistémologie als "einen neuen Typ der Philosophie", als das "Selbstbewusstsein" der Wissenschaften, das er der wissenschaftsfernen Universitätsphilosophie seiner Zeit (Louis Lavelle, René Le Senne, Emile Chartier Alain u.a.) wie auch dem logischen Neopositivismus entgegensetzte. (Wikipedia-Deutsch, Stichwort Epistemologie)

¹¹ Kohäsion kommt aus dem lateinischen cohaerere = zusammenhängen (Duden 2006, Stichwort Kohäsion)

¹² Das altgriechische Wort Τέλος τέλος, bedeutet Ziel, Sinn, Teleologie ist die Auffassung, nach der Ereignisse od. Entwicklungen durch bestimmte Zwecke od. ideale Endzustände im Voraus bestimmt sind u. sich darauf zubewegen. (vgl. Duden 2006, Stichwort Teleologie)

handelt es sich um eine prinzipielle Abkehr von der Suche nach jenen Einheiten, durch die die Ereignisse verknüpfbar und erklärbar erscheinen.

Das bedeutet wiederum nicht, dass es keine Beziehungen zwischen den Ereignissen gäbe: Auch die neue Geschichte analysiert Beziehungen zwischen Ereignissen aus verschiedenen Bereichen und Niveaus. Es geht dabei jedoch um „vertikale“ funktionale Beziehungen: Ereignisse werden aufgrund ihrer Regelmässigkeit in Serien zusammengefasst und es wird untersucht, welches „vertikale System sie zu bilden imstande sind, welches Spiel von Korrelationen und Dominanzen zwischen ihnen besteht.“ (ebd., S.20)

Die Anfänge dieser erkenntnistheoretischen Umkehr sieht Foucault bereits bei Marx und Nietzsche. Die Dezentrierung bestand bei Marx darin, dass er Produktionsverhältnisse und Klassenkämpfe analysierte, bei Nietzsche (1999) in seiner Genealogie. Die traditionelle Geschichte ist nun wiederum darum bemüht, diese Ansätze wieder auf das Fundament und den Tólos der Rationalität rückzubeziehen. So wird in Marx das Vorhaben des Humanismus wiedergefunden und Nietzsche wird in Termini der Transzendentalphilosophie interpretiert. So fängt die Geschichte jene ein, die gegen sie aufgestanden sind. (vgl. ebd., S.25-27)

Im Zentrum dieser geschichtsphilosophischen Blickverschiebung steht die Kritik am Subjekt: „Die kontinuierliche Geschichte ist das unerlässliche Korrelat für die Stifterfunktion des Subjekts“ (ebd., S.23). In anderen Worten: Die synthetische Tätigkeit der traditionellen Geschichte schafft das gesellschaftliche Gedächtnis. Dieses wiederum bildet die Grundlage für das rationale Selbstverständnis der Gesellschaft beziehungsweise für die Konstitution des Subjekts. Die kontinuierliche Geschichte ist, wie Foucault (1997, S.26) es ausdrückt für das Subjekt „der Ort der Ruhe, der Gewissheit, der Versöhnung – des sorglosen Schlafes“.

Foucault will mit seinem Konzept einer subjektlosen Geschichte ein Erwachen¹³ aus eben diesem Schlaf und eine Befreiung von seinen konstruierten Träumen und Konfabulationen¹⁴ der Identität möglich machen.

Was ist nun die Methode dieser neuen Geschichte? Was kann und soll sie leisten? Was tritt an Stelle der traditionellen, kausal und teleologisch gedachten Zusammenhänge? Wie sind die vertikalen Beziehungen, die Spiele der Korrelation und Dominanz zu analysieren?

Hier ist nun der Diskurs von Bedeutung: Es handelt sich dabei um ein Zusammenspiel von regelmäßig sich wiederholenden gesellschaftlichen Sprach- und Handlungspraktiken. Diese

¹³ Vermutlich würde Foucault den Vergleich seines Projekts mit einem Erwachen zurückweisen, insofern es eine dem Erwachenden sich enthüllende Wahrheit impliziert. Das von ihm verwendete Bild des Schlafes des Subjekts ist wohl weniger auf eine Unterscheidung von Trug – Wahrheit zu beziehen, als auf die Art wie Menschen ihre gedanklichen und praktischen Möglichkeiten durch das in ihnen sich diskursiv reproduzierende Selbstverständnis eingrenzen.

¹⁴ Konfabulation oder konfabulieren ist die Produktion von falschen Aussagen oder "Geschichten" Fabula: Geschichte, Fabel, Märchen. (Wikipedia Deutsch, Stichwort Konfabulation)

etablieren sich im Lauf der Geschichte, verdichten und verflechten sich zunehmend untereinander und produzieren so Wissen, Wahrheit und Subjektivität.

Durch diese von Foucault als Diskurs bezeichneten Konstruktionen wird laufend Macht reproduziert. Die klassischen Wissenschaften – inklusive die traditionelle Geschichte - sind somit Produkt und Produktionsstätte von Macht.

Die neue Geschichte, die Foucault zunächst unter dem Titel Archäologie zusammenfasst soll also Diskurse untersuchen. Foucaults Auflehnung gegen die Geschichte nimmt die geschichtswissenschaftliche Methode zum Ausgangspunkt. Der klassischen Methode von Interpretation, Auslegung, Hermeneutik wird die Diskursanalyse gegenübergestellt, dem Anspruch auf wissenschaftliche Objektivität eine - sie ihrer Grundlage enthebende - Blickverschiebung und dem Selbstverständnis des rationalen Subjekts als Resultat geschichtlichen Werdens dessen Auflösung.

Wie geht nun diese Analyse vor? Diskursiv konstruierte Einheiten wie „die Wissenschaft“, die „Literatur“, „Das Werk“, „der Autor“ sollen ihre Selbstverständlichkeit verlieren. „Es handelt sich darum, sie ihrer Quasievidenz zu entreißen“ (ebd., S.40). Die herkömmliche interpretative Methode sieht Ereignisse und Texte grundsätzlich als allegorisch¹⁵: Die Suche nach einem verborgenen Sinn, die Annahme eines zweiten „unsichtbaren Textes der den Zwischenraum der geschriebenen Zeilen durchläuft“ (ebd., S.43), nach dem, was durch das Gesagte „eigentlich“ gesagt würde. Diese Suche wird in der Archäologie nicht unternommen, sondern ihre Methode besteht zunächst in der reinen Beschreibung der Ereignisse (ebd., S.43). Sodann stellt sich die Frage, wie es gerade dazu kam dass eine bestimmte Aussage erschienen ist, und keine andere an ihrer Stelle. (ebd., S.42). Es wird offenbar, dass hier Prozesse der Grenzziehung und Verwerfung stattfinden. Wie sind nun die Mechanismen zu beschreiben, durch die alle anderen möglichen Aussagen ausgeschlossen werden konnten? Und wie die Beziehungen, die verschiedene Aussagen zu einem Diskurs verbinden?

Foucault spielt vier Möglichkeiten der Beschreibung dieser diskursiven Mechanismen oder Formationen durch: (a) Die Formulierung einer Formationsregel wäre möglich erstens auf Grundlage des des Objekts, (b) zweitens durch die Art, wie Äusserungen getätigt werden, beziehungsweise die Modalität, (c) drittens durch sich wiederholende Begriffe, und schliesslich (d) viertens die Identität von Themen.

(a) Was die diskursive Formation des Diskurses durch Objekte beziehungsweise Gegenstände betrifft, wie zum Beispiel der Gegenstand des Wahnsinns, so sind diese nicht – wie eine traditionelle Herangehensweise dies wohl annehmen würde - dem Diskurs vorgegeben. Der Diskurs ist nicht eine Reaktion auf vorgegebene Gegenstände. So etwa werden in der Psychopathologie

¹⁵ Das griechische Verb Αλληγορέω - allegoreo bedeutet „etwas anders ausdrücken“

laufend neue Gegenstände, wie etwa Halluzinationen oder sexuelle Störungen neu eingeführt, berichtigt und neu definiert und erweisen sich bei genauerer Betrachtung als im Lauf des Diskurses wandelbar und zerbrechlich. Der Gegenstand existiert nur unter den Bedingungen eines komplexen Bündels von Beziehungen, beziehungsweise unter den Bedingungen des Diskurses. (vgl. ebd., S.68) Der Gegenstand wird erst durch die diskursiven Praktiken gebildet. Der Wahnsinn beispielsweise ist also nicht ein Gegenstand, der vor der Psychiatrie da gewesen wäre und dann von ihr erforscht wurde, sondern er ist im Gegenteil Produkt des psychiatrischen Diskurses.

(b) Die Untersuchung des Diskurses in Hinblick auf seine Formation durch Äußerungsmodalitäten nimmt die Frage „Wer spricht?“ zum Ausgangspunkt. (vgl. ebd., S.75) Warum hat gerade diese Person in der Menge aller sprechenden Individuen den Status, das Recht, einen Diskurs hervorzubringen? Kriterien des Wissens und der Kompetenz, legitimierende Normen, Systeme und Institutionen werden diskursiv konstruiert. So schafft der Diskurs Sprecherpositionen, oder Rollen, wie beispielsweise Arzt oder Richter, wobei er auch deren institutionellen Platz festlegt, wie Krankenhaus, Laboratorium, Richterkanzel oder Angeklagtenbank. Aus seinem Status und seinem institutionellen Platz ergibt sich nun für das Subjekt seine konkrete Rolle im Diskurs, die es als sprechendes, fragendes oder horchendes Subjekt. (vgl. ebd., S.78). Das System der Äußerungen wird nicht durch die vereinheitlichende Funktion eines autonomen Subjekts formiert, sondern - im Gegenteil - findet durch den Diskurs die Dispersion des Subjekts auf ein Netz von unterschiedlichen Plätzen statt.

(c) Die Suche nach einer Regel durch Begriffe führt erstens zur Betrachtung der Abfolge des Auftauchens derselben. Begriffe ordnen sich zunächst in schematischen Sequenzen an, wie etwa „Hypothese – Verifizierung“ oder „allgemeines Gesetz – besondere Anwendung“. Die Aussagen bilden durch diese seriellen Anordnungen eine perzeptive Bahn, eine roten Faden, deren wiederkehrende Elemente die Begriffe sind. Zweitens sind die Bedingungen der Koexistenz der Begriffe zu betrachten. Begriffe tauchen gleichzeitig in einem „Feld der Präsenz“ auf. (ebd., S.85) So bilden etwa die zu einem gewissen Zeitpunkt anerkannten Wahrheiten ebenso wie die verworfenen Annahmen Felder der gemeinsamen Präsenz. Drittens Kann man erlaubte „Prozeduren der Intervention“ ausmachen. Hierunter sind Techniken der Neuschreibung, der Transkription und Übersetzung zu verstehen, wenn beispielsweise Naturforscher begriffliche Charakterisierungen aus dem pflanzlichen Bereich in Tierische Taxonomien übertragen.

Durch die Regeln schließlich der Abfolge, der Präsenz und der Interventionsprozeduren erzeugt der Diskurs die Orte des Auftauchens der Begriffe. Ihre Formation ist aufgrund dieser Regelmäßigkeit zu analysieren und nicht aufgrund vermeintlich enthaltener Ideen. Die Begriffe sind damit ebenso wenig dem Diskurs vorgelagert wie die Gegenstände und das Subjekt. (vgl. ebd., S.93)

(d) Diskurse wie Ökonomie, Medizin, Grammatik, Biologie geben gewissen Begriffsorganisationen Raum, die dann gemäß ihrer jeweiligen Stabilität Theorien oder Themen bilden. Indem Foucault Themen und Theorien als Strategien bezeichnet, verweist er auf den Entscheidungsbeziehungsweise Wahlcharakter der ihrer Bildung und Entwicklung zugrunde liegt. Diskurse weisen stets Bruchpunkte und Inkompatibilitäten auf. Die fehlende Kohärenz zwischen den inkompatiblen Elementen wird dadurch akzeptabel, dass sie als Alternativen, als mögliche Optionen innerhalb desselben Diskurses nebeneinander oder nacheinander auftauchen.

Zugleich werden aber nicht alle möglichen Kombinationen von Alternativen realisiert. Es gilt also, die Entscheidungs- und Auswahlprozesse zu analysieren, die dazu geführt haben, dass gewisse Kombinationen sich manifestiert haben und andere nicht. Die Rolle des Diskurses im Verhältnis zu benachbarten und zeitgleichen Diskursen ist zu untersuchen, wobei sich diese Rolle aus der „Ökonomie der diskursiven Konstellation“ (ebd., S.97) ergibt. Ebenso muß die Funktion des Diskurses in nicht-diskursiven Praktiken betrachtet werden um seinen Stellenwert in dieser Konstellation zu erklären. Als Beispiele führt Foucault (ebd., S.99) die Funktion der allgemeinen Grammatik – als Diskurs – an, die diese innerhalb der nicht-diskursiven pädagogischen Praxis ihrer Zeit hatte. Ebenso hatte der Diskurs der Physiokraten¹⁶ eine besondere Funktion innerhalb der Praxis des aufkommenden Kapitalismus. Auch kann die Analyse die verschiedenen Verlangen untersuchen, die einen Diskurs wecken. Dabei muss sie jedoch zeigen, inwieweit dieses Verlangen, ebenso wie die Beziehung zu nicht-diskursiven Praktiken¹⁷ den Gesetzen der Formation des Diskurses nicht einfach äußerlich sind, sondern mit seiner Bildung und Reproduktion verflochten. Ebenso wie die Formation der diskursiven Gegenstände nicht auf Wörter oder Sachen, die Formation der Äußerungen nicht auf ein vorgebendes Subjekt, die Formation der Begriffe nicht auf dahinter liegende Ideen aufbauen, so baut die Formation der thematischen Strategien auch nicht auf ein fundamentales theoretisches Vorhaben. (ebd., S.103)

Es zeigt sich das alle vier Ansätze eine Regel der Formation des Diskurses insofern ungenügend sind, als das die Regel bildende Element immer schon Produkt eines Diskurses ist. Darin liegt das „Paradox des Unternehmens“ (ebd., S.104). Die Aussagen eines Diskurses sind grundsätzlich verstreut und es gilt die Systeme der Streuung zu beschreiben, ohne die Formation des Diskurses auf eine der in ihm konstruierten Einheiten zu reduzieren.

Woraus sonst kann aber nun dieses System abgeleitet werden? Es gilt die Regelmäßigkeiten nicht der diskursiven Einheiten, sondern der diskursiven Praxis aufzufinden, eine Gruppe von Aussagen

¹⁶ Physiokratie oder Physiokratismus (gr.: Herrschaft der Natur) ist die von François Quesnay im Zeitalter der Aufklärung begründete ökonomische Schule. (Wikipedia Deutsch 2009, Stichwort Physiokratie)

¹⁷ Was unter nicht-diskursiven Praktiken zu verstehen ist wird in einer späteren Phase durch den Begriff des Dispositivs verdeutlicht.

durch die Regelmäßigkeit einer Praxis zu charakterisieren. Dennoch bleibt das Paradox bestehen, insofern das Formationssystem – seine Beziehungen und regelmäßigen Praktiken - nicht beschrieben werden kann, ohne auf die im Diskurs reproduzierten Einheiten zurückzugreifen. Der Diskurs kann nicht von aussen beschrieben werden, sondern bestenfalls an „jener Grenze, an der die spezifischen Regeln definiert werden, die ihn als solchen existieren lassen“ (ebd., S.108) Es handelt sich somit bei der Analyse der Diskurse um eine Grenzoperation, einen offenen prinzipiell un abgeschlossenen Prozess, da auch der Analytiker stets in der Dimension des Diskurses bleibt. (vgl.ebd., S.112)

Nach dem Exkurs über die diskursiven Formationen fragt Foucault nach der Möglichkeit der Definition von „Aussage“. In den vorhergehenden Ausführungen wurde Aussage stets so verwendet, als bildete sie die Elementare Einheit des Diskurses. Was ist also nun eine Aussage? Welchen Platz nimmt sie unter den sprachlichen Figuren Proposition¹⁸ (Logik), Satz (Grammatik)und Sprechakt (Sprechakttheorie) ein? Zunächst muss eine Aussage nicht unbedingt die logische Struktur einer Proposition haben. Eine Aussage kann auch dort vorliegen, wo man keinen Satz erkennt: In einer lateinischen Grammatik beispielsweise e könnte man die aneinander gereihten Worte „amo, amas, amat“ finden, was kein Satz ist, aber dennoch eine Aussage über Flexionen des Verbs „amare“. Ebenso beinhalten tabellarische Darstellungen genealogische Bäume etc. Aussagen ohne Sätze. Auch sind Aussagen nicht mit Sprechakten gleichzusetzen, da ein einziger Sprechakt – wie Bitte, Versprechen, Demonstration - durchaus mehrere Aussagen enthalten kann.

Es scheint Foucault darum zu gehen, die Aussage nicht zu reduzieren: Einerseits -strukturseitig - auf ein aus grammatischen oder logischen Regeln ableitbares Konstrukt, andererseits - ereignishaft - auf einen vereinzelt Sprechakt: „Als sei die Aussage feiner, weniger mit Determinationen beladen, weniger stark strukturiert, auch allgegenwärtiger als all diese Figuren.“ (ebd. S.122)

Foucault sieht in der Aussage letztlich weniger eine sprachliche Einheit, als vielmehr eine Funktion: „Sie ist eine Existenzfunktion, die den Zeichen eigen ist und von der ausgehend man dann durch die Analyse oder die Anschauung entscheiden kann, ob sie einen 'Sinn ergeben' oder nicht, gemäss welcher Regel sie aufeinander folgen und nebeneinander stehen, wovon sie ein Zeichen sind, und welche Art von Akt sich durch ihre (mündliche oder schriftliche) Formulierung bewirkt findet.“¹⁹ (ebd. S.126)

¹⁸ Anmerkung: Im Deutschen ist der Ausdruck „logische Aussage“ geläufiger als Proposition

¹⁹ An anderer Stelle schneidet Foucault die Möglichkeit an, Aussage über das Zeichen zu definieren, verwirft dies jedoch wieder indem er anmerkt, es bedürfe einer Erhellung, wenn man einen Ausdruck wie „Existenz der Zeichen“ (Foucault 1997. S.123) verwende. Hier spielt Foucault offenbar auf die Problematik der Annahme von positiv dem Gebrauch vorgegebenen Zeichen an. Er spricht damit den sprachwissenschaftlichen Strukturalismus an, wo sich das Zeichen durch seine Differenz zu den anderen Zeichen – also nicht positiv – bestimmt. Diesem negativ bestimmten

Diese Funktion die die Aussage zu einer solchen macht ergibt sich aus der Beziehung und Abgrenzung zu anderen Aussagen, aus dem Ort auf dem sie in einem Feld der Differenzierungen auftaucht. Ebenso bestimmt sie sich in Bezug auf die diskursive Position die das Individuum, das ihr Subjekt ist – der Autor - einnimmt. (ebd., S139)

Im Unterschied zu einerseits Äußerung als vereinzelter und einmaliger Materialisierung und andererseits immaterieller sprachlicher Form als wiederholbare Regel zur Generierung von Äußerungen, ist Foucaults Aussage zugleich materiell und zugleich -unter spezifischen Bedingungen - wiederholbar. Durch diese „wiederholbare Materialität“ wird die Aussage zu einem paradoxen Objekt. Sie stellt sich in ein Anwendungsfeld, zirkuliert in Strategien in denen ihre Identität aufrechterhalten bleibt und wird so zum „Thema der Aneignung oder der Rivalität.“ (ebd., S153) Die Aussage ist also zugleich - indem sie auftaucht - ein Ereignis, und - indem sie wiederholt, gebraucht und angeeignet wird - auch ein Ding. Das gesamte Spiel von Beziehungen auf diskursiver Ebene, die Gesamtheit der Aussagesysteme einer bestimmten Zeit nennt Foucault schließlich das Archiv. (ebd., S186) Hannelore Bublitx fasst den Gedanken Foucaults zusammen, wenn sie schreibt das Archiv „bildet, als historisches Apriori (=historische Bedingung des Wissens aufgrund des kulturellen Wissensvorrats einer Gesellschaft), eine historische Realitätsbedingung von Aussagen, Damit markiert es die ‘Gesetze’ dessen, was in einer Kultur gesagt oder gedacht werden kann und bildet zugleich die Bezeichnung der Grenze zu anderen/früheren Kulturen.“

Abschließend kann wohl die Schwierigkeit bei der Bestimmung von Diskurs und Aussage als neuralgischer Punkt in der Archäologie ausgemacht werden: Wenn die Aussage aufgrund ihres oszillierenden Charakters nicht definiert werden kann, wie sollte sie dann die Grundlage liefern für die Bestimmung des Diskurses als „Menge von Aussagen, die einem gleichen Formationssystem zugehören“? (ebd., S156) Hier springt wieder die „Unentrinnbarkeit“ des Diskurses ins Auge, der ja seinerseits wieder die Bedingungen des Auftauchens der Aussage, die Bedingungen ihrer Existenzfunktion bestimmt. Diskurs über Aussage zu definieren ist also insofern zirkulär, als auch die Aussage durch den Diskurs bestimmt ist. Auch hier tritt der notwendigerweise un abgeschlossene, offene „in Schweben befindliche“ Charakter der Diskursanalyse zutage, das grundsätzlich zirkuläre eines Diskurses über Diskurse unter Ausschluss einer nicht diskursiven Wirklichkeit. Foucault nimmt im anfänglichen Teil der Archäologie des Wissens auf eine Untersuchung des Diskurses von 1974 „Die Ordnung der Dinge“ (Foucault 2003) Bezug und meint, dass diese noch den Charakter einer Baustelle hatte und in einer späteren Untersuchung genauer

Zeichen stellt Foucault die Positivität, die Dinghaftigkeit der Aussage gegenüber. Was Foucault als Aussagefunktion bezeichnet geht über die die der sprachlichen Struktur gehorchenden Synthese des Zeichens, wie sie im sprachwissenschaftlichen Strukturalismus konzipiert wurde, hinaus und stellt den sprachlichen Prozess in direkten Zusammenhang mit den politisch strategischen Mechanismen des Diskurses.

behandeln zu sei (ebd., S.96). Jedoch auch am Ende erklärt er, dass die Archäologie nicht als Grundlage einer Wissenschaft zu verstehen sei, und dass es ihm nicht um den Plan eines künftigen Gebäudes gegangen war, sondern um eine Bilanz dessen, was er in den früheren Untersuchungen unternommen hatte. (ebd., S.294) Auch in den späteren Werken verliert das Unternehmen den Baustellencharakter nicht völlig.

Die Tatsache, dass Foucault keine Definition von Diskurs liefert ist nicht auf mangelnde Systematik seines Denkens zurückzuführen, sondern im Gegenteil auf die unermüdliche Genauigkeit, mit der er versucht das Unmögliche möglich zu machen und sich aus der Macht des Diskurses „herauszudenken“.

Worin liegt nun der Wert dieses Unternehmens? Was sind die Konsequenzen? Die von Foucault in der Diskursanalyse vorexerzierte Verschiebung unseres Blicks darauf das was Geschichte, Wissen, Wahrheit und Subjekt bedeuten – beziehungsweise nicht bedeuten - können, hatte und hat weitreichende Konsequenzen: Gedankliche Einheiten, die sich historisch zur Selbstverständlichkeit verfestigt haben, erweisen sich aus dem Blickwinkel der Diskursanalyse als arbiträr²⁰, da die Bedingungen ihres Entstehens und der machtmotivierte Ausschluss unzähliger anderer möglicher Einheiten bloßgelegt wird.

Dieser der Selbstverständlichkeiten beraubte Blick auf die abendländische Kultur kann Foucault auch als Ansatzpunkt einer „Ethnologie der eigenen Gesellschaft“ (vgl. Peripherie 2003) angerechnet werden: Foucault beschreibt die abendländische Geschichte als Geschichte des Ausschlusses der zu Wahnsinnigen, Kranken, Delinquenten und Abnormen gemachten. Der „Wilde“ ließe sich ebenso in diese Reihe eingliedern. (vgl. ebd.) So wie der westliche Blick andere Kulturen zunächst als exotisch²¹ – also genau nicht selbstverständlich – wahrnimmt, so kann auch die Selbstverständlichkeit westlicher Konzepte wie eben Beispielsweise „Entwicklung“ mit Hilfe der Diskursanalyse „entdacht“ und ihr arbiträrer – letztlich genauso gut als exotisch wahrnehmbarer - Charakter freigelegt werden. Somit ist sein archäologisches Projekt zum Ansatzpunkt für postkoloniale Theorien geworden, wenn darum geht „to anthropologize the West“ (Rabinow 1986, S.241, zit in Escobar 1995, S.11) .

Foucault bezeichnete seine Theorien als „kleine Werkzeugkisten“, die andere dazu verwenden können, dass Machtsysteme „kurzzuschließen, zu demontieren, oder zu sprengen“ Wenn die Leute sie aufmachen wollen und diesen oder jenen Satz, diese oder jene Idee oder Analyse als Schraubenzieher verwenden, um die Machtsysteme kurzzuschließen, zu demontieren, oder zu

²⁰ Arbiträr: [frz. arbitraire, lat. arbitarius]: dem Ermessen überlassen, beliebig; nach Ermessen, willkürlich (Duden 2006, Stichwort arbiträr)

²¹ Exotisch: [lat. exoticus, griech. exotikos = ausländisch]: ... fremdländisch, fremdartig u. dabei einen gewissen Zauber ausstrahlend... ausgefallen, ungewöhnlich... (Duden 2006, Stichwort exotisch)

sprengen, einschließlich vielleicht derjenigen Machtsysteme aus denen diese meine Bücher hervorgegangen sind – nun gut, um so besser.“ (Foucault 1976, S.52)

In diesem Sinn soll der in der Archäologie teilweise systematisierte Begriff des Diskurses als Werkzeug für diese Arbeit angepasst und verwendet werden. Dazu ist es nun - nachdem die archäologische Baustelle aufgerissen, die grundsätzliche programmatische Intention gezeigt wurde und die wichtigsten Fragen offenliegen - notwendig, den Begriff genauer zu fassen und anschaulicher zu machen.

2.3.2 Konkretisierung des Diskursbegriffs: Genealogie

1976 wird "Der Wille zum Wissen" veröffentlicht, wo Foucault seine exemplarische Analyse des Diskurses der Sexualität darlegt. Er zeigt dass die vermeintliche Unterdrückung des Sexes in Europa eigentlich Sexualität als Gegenstand historisch diskursiv produziert hatte, und dass Psychoanalyse und „sexuelle Befreiung“ diesen Diskurs nur mit veränderten Vorzeichen weiterführen.

In dem Aufsatz "Was ist Kritik" reformuliert Foucault dann 1978 sein Projekt der Diskursanalyse unter dem Titel der Genealogie. Macht ist hier als dem Diskurs äußerlich gedacht. Ihr produktiver Charakter steht dem - in der Archäologie vorwiegend repressiven - gegenüber im Vordergrund. Macht und Wissen sind jedoch nach wie vor untrennbar verknüpft. Der Wille zur Macht ist zugleich der Wille zum Wissen. Die Machtpraktiken erzeugen die Diskurse und die genealogische Methode untersucht seine historischen Erscheinungsbedingungen, die Geschichte der Verflechtung von Macht und Wissen. (vgl. Bublitz 2001, S.29)

Diese dem Diskurs äußerlichen, selbst nicht diskursiven, aber den Diskurs reproduzierenden Machtpraktiken nennt Foucault Dispositiv. Foucault (1978, S. 119 f.) beschreibt die Dispositive der Macht folgendermaßen: „[...] „ein entschieden heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architektonische Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze, kurz: „Gesagtes ebenso wie Ungesagtes umfasst. Soweit die Elemente des Dispositivs. Das Dispositiv ist das Netz, das zwischen diesen Elementen geknüpft ist“.

Der Fehlschluß ist immer wieder naheliegend Dispositive als unsprachlich (nicht Aussagen, sondern Handlungspraktiken produzierend) aufzufassen. Laut Foucaults kann aber auch „Gesagtes“ Teil des Dispositivs sein. Der prinzipielle Unterschied zwischen Diskurs und Dispositiv liegt offenbar darin, dass der Diskurs sich auf die Verteilung der individuellen Subjektpositionen bezieht (und damit vergleichsweise öfter auf konkreten gesprochenen oder geschriebenen Text). Das Dispositiv verweist hingegen auf die Verdichtung diskursiver Praktiken zu Institutionen . Dispositive erzeugen

ebenso wie Diskurse Aussagen durch sprachliche- und Handlungspraktiken. Diese Aussagen müssen nicht notwendigerweise in gesprochenem oder geschriebenem Text, oder in individuellen Sprechakten expliziert werden. So reproduziert beispielsweise eine Polizeikontrolle – als Gesamtheit von physischen Erscheinungen, Regeln, Ritualen und Prozeduren - eine Serie von Aussagen, wie etwa, dass es Verbote gibt oder möglicherweise dass es eine Gefahr wie Terrorismus gibt. In diesem Beispiel reproduziert das Disziplinardispositiv in Form der polizeilichen Praxis die Aussagen des staatlichen Diskurses.

Zusammenfassend kann man das Dispositiv als Verdichtung des Diskurses bezeichnen. Die von ihm konstituierten Subjekte sind die Institutionen, seine Aussagen reproduzieren sich in Machtpraktiken. Das Wirken von Dispositiven kann man sich Siegfried Jäger entsprechend als einen Kreislauf mit drei Durchgangsstationen vorstellen: Diskurs, nicht-diskursive Handlungen und Vergegenständlichungen. (vgl. Jäger, 2006, S.108 f.). Die zyklische Darstellung ist erhellend, da sie den Wiederholungscharakter sowie die Verstärkung und Verdichtung der Prozesse durch Rückkoppelung veranschaulicht. Jedoch bezieht sich die Aufteilung Jägers auf diametrale Unterscheidungen Sprache-Handlung, gegenständlich-nicht gegenständlich. Dem foucaultschen Diskursgedanken folgend sind es aber nicht unbedingt diese Kriterien, die für das Funktionieren des Dispositivs wesentlich sind. Der Aussagen produzierende Charakter der Dispositive wird dadurch teilweise verschleiert. Auch können physische Verfestigungen dispositiver Machtpraktiken ihre Aussagefunktion verändern oder verlieren oder innerhalb anderer Diskurse und Dispositive eine völlig andere Aussagefunktion bekommen.²²

Durch die konkrete von außen den Diskurs bestimmende Kraft - den durch Macht-Wissen angetriebenen Dispositivkreislauf gewinnt nun auch die diskursive Dynamik²³ größere Klarheit. Die in der Archäologie noch in dem zirkulären Verhältnis schwebenden Begriffe Diskurs und Aussage ordnen sich in einer bestimmten Richtung innerhalb des Dispositivkreislaufes an. Hierbei ist die Verzeitlichung der Prozesse in Betracht zu ziehen: Das Dispositiv ist in längerfristigen Verdichtungsprozessen aus einem oder mehreren sich in ihm verschränkenden Diskursen entstanden. In kürzerem Zeitraum betrachtet jedoch sind es Praktiken des Dispositivs, die Diskurse produzieren, verändern, kontrollieren oder unterdrücken.

²² Als Beispiel lässt sich das Kernkraftwerk in Zwentendorf an der Donau (Niederösterreich) nennen. Die Inbetriebnahme des Kraftwerks wurde 1978 durch eine Volksabstimmung abgelehnt. Innerhalb der darauf folgenden 30 Jahre diente das Bauwerk als Gendarmerieschule, Austragungsort von Musikfestivals, Filmkulisse, bis es schliesslich 2009 zu einem Sonnenkraftwerk umfunktioniert wurde. (vgl. Wikipedia Deutsch 2009, Stichwort Zwentendorf). Was also zuerst Produkt der dispositiven Verdichtung eines herrschaftlichen energiepolitischen Diskurses war, bekam schlagartig eine Aussagefunktion in dessen Gegendiskurs zugewiesen und in der Folge in mehreren anderen.

²³ Dynamisch: [zu griech. dynamikós = mächtig, wirksam]: ... die von Kräften erzeugte Bewegung betreffend... (Duden 2006, Stichwort dynamisch)

Angesichts dieser neuen Konstellation einer den Diskurs in Gang setzenden Kraft wird diese Richtung deutlicher und es wird klar, warum Foucault sich immer wieder - wenn auch vage - der Festlegung entzieht, der Diskurs sei eine Summe von Aussagen. Abgesehen davon, dass der Ausdruck „Summe“ den dynamischen- und Beziehungscharakter der diskursiven Prozesse unterschlägt, geht eine solche Definition grundsätzlich in die falsche Richtung. Diese ist nämlich umgekehrt: nicht die Aussage definiert den Diskurs, sondern der Diskurs die Aussage. Wie ist das zu verstehen?

Ein Diskurs ist ein Feld von Beziehungen, durch die Ereignisse oder Dinge, sobald sie in dieses eintreten zu Aussagen werden. Der Diskurs verleiht ihnen die Aussagefunktion. Er erzeugt entsprechend seiner Formationsregel ein Verhältnis zwischen den Dingen. Er ist sozusagen das „Sach-Verhältnis“, er produziert „Sach-verhalte“.

Um diese neue Sichtweise des Diskurses auf Basis einer äußeren Kraft besser zu verdeutlichen, sollen an dieser ein paar Vergleiche herangezogen werden, wobei es zunächst hilfreich ist sich eine physikalische Kraft wie den Magnetismus vorzustellen: Die diskursive Dynamik ist dem Bild einer zunächst losen Anhäufung von Eisenfeilspänen vergleichbar, die sich, sobald sie in den Bereich eines Magneten geraten, einem Kräftesystem unterworfen sind. Das System richtet sie entlang von Kraftlinien aus und ordnet ihnen eine Position zu.

Ein Beispiel: In einem Raum befinden sich eine Menge von Gegenständen, unter anderem, sagen wir eine Statuette. Nun trete ein neuer Sachverhalt ein: In dem Raum sei zum Beispiel ein Mord passiert. Die Statuette wird als Mordwaffe erwogen. Was ist passiert? Es ist ein neues Interesse in den Raum getreten, nämlich der Wille zu - den Mord betreffendem - Wissen und Wahrheit. Dadurch etabliert sich ein neues Beziehungsgeflecht zwischen Ereignissen, Personen und Gegenständen die sich in einem gewissen Zeitabschnitt in diesem Raum abgespielt beziehungsweise befunden haben. In diesem Beziehungsgeflecht hat nun die Statuette eine Funktion gewonnen. Alles an ihr kann zur Aussage werden: Fingerabdrücke oder Blutspuren oder auch die Abwesenheit davon. Der Sachverhalt des aufzuklärenden Mordes verleiht der Statuette eine Aussagefunktion und einen bestimmten Stellenwert. Das kann zur Folge haben, dass sie fotografiert wird, nur noch von Spezialisten berührt werden darf, zum Gegenstand forensischer Untersuchungen wird oder dass jemand sie zum verschwinden bringen möchte.

Ebenso können beispielsweise - um auf einen von Foucault beschriebenen Diskurs zurückzukommen - alle möglichen menschlichen Verhaltensweisen zu Aussagen über Sexualität werden, sobald das entsprechende Beziehungsfeld – etwa die Vermutung eines unbewussten Inzestwunsches – durch die Psychoanalyse als Teil eines Sexuadispositivs etabliert ist.

Bei diesen Veranschaulichungen ging es darum die quasi-physische Wirkmächtigkeit von Diskursen

– die „Materialität des Unkörperlichen“ (Foucault 1991, S.37) - deutlich zu machen.

Abschließend sollen einige grundlegende Merkmale von Diskurs, zusammengefasst werden:

- Der Diskurs ist nicht Summe von Aussagen oder Texten, sondern eine regelgeleitete Praxis der Aussagenerzeugung;
- Aussagen sind orts- und kontextspezifische Funktionen die Dingen oder Ereignissen innerhalb eines Diskurses durch seine Formationsregel zukommen;
- Die Formationsregeln sind zunächst Ausschlussregeln, die durch Grenzziehungen und Verwerfungen unter allen möglichen Aussagen und Subjektpositionen nur ganz bestimmte zulassen;
- Der Diskurs ist zugleich produktiv, indem er laufend Subjektpositionen und Aussagen und damit Wissen und Macht produziert;
- Er ist zyklisch - und damit re-produktiv - da die geschaffenen Subjektpositionen und Aussagen wiederum die sie bestimmende Formationsregel bestätigen, verfestigen oder verändern;
- Er ist dynamisch da er von einer äußeren Kraft, dem in Machtpraktiken sich verwirklichenden Willen zu Macht-Wissen angetrieben wird und diese Kraft sich in den Zyklen verstärken, verändern oder auflösen kann;
- Diskurse können sich durch Institutionalisierung zu Dispositiven verdichten, die dann in ebenfalls zyklischer Form Diskurse erzeugen, verstärken, verändern;

Wenn auch auf den Weg einer möglicherweise etwas verkürzten Darstellung ist jetzt der foucaultsche Diskursbegriff ausreichend geklärt, so dass er in der vorliegenden Arbeit als theoretisches Werkzeug angewendet werden kann. Es soll nun auf andere theoretische Konzeptionen eingegangen werden, um diese in der Folge von dem Diskursbegriff abzugrenzen, sie mit ihm zu vergleichen und zu kombinieren.

2.4 Hegemonie

Das Konzept der Hegemonie steht im Zentrum der von Antonio Gramsci²⁴ entwickelten staats-theoretischen Theorie. In diesem Abschnitt soll dieses Konzept in seinen Grundzügen verständlich gemacht werden, sowie überblicksmässig einige für sein Verständnis notwendige Begriffe – integraler Staat, Zivilgesellschaft, Konsens, Universalisierung von Interessen,

²⁴ Antonio Gramsci wurde 1891 in Italien geboren. Er war kein Akademiker und schrieb seine Überlegungen im Gefängnis des faschistischen Italien nieder, nachdem er aufgrund seiner politischen Aktivitäten innerhalb der Arbeiterbewegung und als Vorsitzender der kommunistischen Partei wegen „Anstiftung zum Bürgerkrieg“ verurteilt worden war. Gramsci starb 1937 wenige Tage nach dem Ablauf seiner Haftzeit an den gesundheitlichen Folgen des Gefängnisaufenthaltes. (vgl. Demirovic , S.21)

historischer Block – eingeführt werden. Dabei dienen die Ausführungen von Alex Demirovic (2007) und Christoph Scherrer (2007) als Leitfaden.

Um Gramscis Konzept von Hegemonie erklären zu können, untersucht Demirovic (2007, S.21-23) zunächst Gramscis Konzept von Staat. Dieses ist wesentlich verschieden von den ihm vorhergehenden liberalen und marxistischen Konzeptionen: Seit Thomas Hobbes und John Locke wird der Staat als getrennt von der bürgerlichen Gesellschaft verstanden. Der Staat wäre nach Hobbes der „neutrale Schiedsrichter“ im Prozess des Aushandelns der individuellen Interessen in Hinblick auf den Gesellschaftsvertrag. Um diesen Zusammenhalt garantieren zu können, monopolisiert der Staat die notwendigen Gewaltmittel. Marx sieht wiederum in der öffentlichen Gewalt des Staates die partikuläre Macht des Bürgertums zur Unterdrückung des Proletariats verwirklicht.

Sowohl in der liberalen, als auch in der marxistischen Sichtweise ist der Staat also durch sein Gewaltmonopol gekennzeichnet. (vgl. Weber 1988) Die Motivation der russischen Revolution war eben diesen Staat in einer kollektiven Anstrengung zu zerschlagen. Die Revolution wurde von vielen Intellektuellen in Europa, wie auch Gramsci begrüsst, da sich in ihr der politische Wille zur Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse gegen die gesellschaftlichen Naturgesetze des Kapitals behauptet hatte. Schliesslich entstanden jedoch zahlreiche faschistische Bewegungen im Kampf gegen die Linke. Intellektuelle wie Max Horkheimer versuchten das Scheitern der revolutionären Bewegungen in Europa mit Hilfe der Sozialpsychologie zu erklären. Gramsci hingegen suchte die Antworten auf dieses Scheitern in seiner spezifischen Staatstheorie.

Er ging in seiner Herrschaftsanalyse davon aus, dass der „stumme Zwang der Verhältnisse“, der von der Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln ausgehe, nicht ausreiche um die Lohnabhängigen auf Dauer in ihrer Abhängigen Stellung zu halten. Dazu bedürfe es zusätzlicher nicht gewaltförmiger Strategien. Diese Strategien zielen auf den aktiven Konsens der Beherrschten ab. (vgl. Scherrer 2007, S.72) Im Gegensatz zu sowohl der liberalen, als auch der marxistischen Konzeption sieht Gramsci also im Staat als mehr als einen die Gesellschaft regulierenden Gewaltapparat. Der Staat ist selbst zugleich Gesellschaft und umfasst neben der bürgerlichen Gesellschaft (*società borghese*) auch die Zivilgesellschaft (*società civile*). Die Zivilgesellschaft bildet jene Sphäre, die zwischen den Einzelinteressen der Bürger und der rechtsetzenden und gewaltausübenden Souveränität steht.

Was ist nun Hegemonie in diesem Zusammenhang? Hegemonie ist eine spezifische Art, wie Herrschaft innerhalb der Zivilgesellschaft ausgeübt wird. Sie bildet neben der Gewalt eine zweite Form der Herrschaftsausübung. (vgl. ebd, S.25) Hegemonie kann somit als ein Herrschaftstypus bestimmt werden, der auf der mehr oder weniger konsensualen Einbindung der Beherrschten in

gesellschaftliche Prozesse beruht. (vgl. Brand 2005) Hegemonie unterscheidet sich von Zwangsherrschaft, insofern sie Verbündung beinhaltet und in der Zivilgesellschaft angesiedelt ist. (vgl. Scherrer 2007, S.74)²⁵

Die häufig zitierte Formel Gramscis lautet: „In dem Sinne könnte man sagen, dass Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heisst Hegemonie, gepanzert mit Zwang“ (Gramsci 1991 ff., H.6,§88:783, zit. in Demirovic 2007, S.24)

Die herrschende Klasse oder Gruppe ist als hegemonial zu bezeichnen, wenn es ihr gelingt bei den anderen Klassen Zustimmung zu ihrer Herrschaft zu erzielen. (vgl.Scherrer 2007, S.72)

Wie funktionieren nun diese Konsensbildungen? Die herrschende Gruppe muss einerseits zumindest teilweise die Interessen der anderen Klassen berücksichtigen, andererseits auf die Formationsprozesse dieser Interessen einwirken. Somit beruht die hegemoniale Herrschaft zugleich auf Zugeständnissen und List der herrschenden Gruppe. Der „Transformismo“, wie Gramsci die Kooptation der Führung untergeordneter Klassen nennt ist in diesem Sinn eine der listigen hegemonialen Strategien.

Gramsci nimmt ethische Abstufungen und Klassifizierungen hegemonialer Systeme vor: Er unterscheidet erstens hinsichtlich ihrer ethischen Dimension. Sie ist umso mehr als ethisch zu beurteilen, wenn sie die untergeordneten Gruppen zum „buon senso“²⁶ führt und dabei weniger mit Strategien der List arbeitet. Zweitens kann zwischen der aktiven und passiven Zustimmung der Subalternen unterschieden werden. Drittens kann die Hegemonie aufstrebend oder niedergehend sein. (vgl. Scherrer 2007, S.75). Letztlich beruht aber jedes hegemoniale System - auch wenn es im Vergleich zu anderen Systemen ethischer zu bewerten wäre - immer auf einem asymmetrischen Verhältnis Regierende-Regierte. In diesem Sinn sucht Gramsci nach Möglichkeiten der Überwindung: „Will man, dass es immer Regierte und Regierende gibt, oder will man die Bedingungen schaffen, unter denen die Notwendigkeit der Existenz dieser Teilung verschwindet?“ (Gramsci 1991 ff., H.16,§4:1713, zit. in Demirovic 2007, S.36)

Es wird somit verständlich, wieso Gramsci im Staat weit mehr als Institution sieht und den gesellschaftlichen Charakter des Staates betont. Er versteht den Staat vielmehr als konfliktuös-konsensuale Verstrickung der Regierung mit zivilgesellschaftlichen Interessen. Das Bürgertum gibt sich selbst die Form des Staates, indem es Überbauten aus der Ökonomie hervortreibt und darin seine Interessen in Prozessen der Konfrontation und der Verallgemeinerung durchsetzt.

²⁵ Christoph Scherrer schlägt an dieser Stelle vor, dass Hegemonie grundsätzlich von Herrschaft zu unterscheiden sei. Herrschaft und Hegemonie seien einander ausschliessende Begriffe. In dieser Arbeit soll jedoch die Bestimmung von Hegemonie als spezifischem Herrschaftstypus entsprechend Demirovic (2007) und Brand (2005) übernommen werden.

²⁶ Italienisch: „Buon senso“, kann als „common sense“, „gesunder Menschenverstand“, „vernünftiges Einverständnis“ übersetzt werden.

Es handelt sich bei dem staatlichen Leben um ein ständiges Sich-Bilden und Überwunden-Werden instabiler Gleichgewichte, in denen die Interessen der herrschenden Gruppe ständig überwiegen, aber nur bis hin zu einem gewissen Punkt, also nicht bis zum nackten korporativ-ökonomischen Interesse. (vgl. Gramsci 1991 ff., H.13,§17:1561, zit. in Demirovic 2007, S.31)

Die herrschende Gruppe ist ständig bemüht ein Kompromissgleichgewicht aufrecht zu erhalten und bedarf dazu der aktiven und passiven Zustimmung der herrschaftsunterworfenen Gruppen. Dazu Gramsci (1991 ff., H.13,§18 1567, zit. in Demirovic 2007, S.32) : „Die Tatsache der Hegemonie setzt zweifellos voraus , dass den Interessen und Tendenzen der Gruppierungen, über welche die Hegemonie ausgeübt werden soll, Rechnung getragen wird, so dass sich ein gewisses Gleichgewicht de Kompromisses herausbildet.“ Zugleich dürfen die Zugeständnisse und die von der herrschenden Gruppe zu bringenden Opfer nicht die Existenz des Produktionsapparats in Frage stellen. Der staatliche Zwang soll die Kontrolle über jene Gruppen sicherstellen, die weder zu aktiver noch zu passiver Zustimmung bereit sind.

Der integrale Staat besteht nun laut Gramsci aus Elementen der Hegemonie und des Zwangs. Er ist ein fließendes Kräftegleichgewicht, das immer asymmetrisch bleibt. Er ist Prozeß und Ergebnis der Ausarbeitung und Verallgemeinerung von Kompromissen. Es handelt sich nicht um ein statisches Gleichgewicht, das – einmal hergestellt – bei gleichbleibenden Bedingungen stabil wäre und einen externen Impuls zu seinem Kippen benötigte, sondern um einen ständigen Kampf in dem ständig neue Impulse geschaffen werden müssen um das - grundsätzlich labile - Gleichgewicht aufrecht zu erhalten. (vgl. Demirovic 2007, S.33)

Gramsci unterscheidet verschiedene aufeinanderfolgende Phasen im Prozess der Verallgemeinerung der Interessen und der Konsensbildung. Die genaue Unterteilung ist hierbei jedoch nicht ganz eindeutig. So spricht beispielsweise Scherrer (2007, S.73) von drei Phasen, wohingegen Demirovic (2007, S.30) fünf Phasen unterscheidet. Die ersten drei von Demirovic beschriebenen Phasen sind: erstens die Organisation der - in diametralem Gegensatz zu den anderen stehenden Klassen stehenden - ökonomischen Interessen des Bürgertums, zweitens deren interne Solidarisierung und drittens ihre Transformation in politische Kraft. Diese drei Phasen können in groben Zügen der von Scherrer beschriebenen ökonomisch-korporativen Phase zugeordnet werden. Darauf folgt - bei Scherrer die zweite und bei Demirovic die vierte - ethisch-politische Etappe, in der sich das „eigentliche politische Moment“ ergibt, in dem das Bürgertum von der blossen Formulierung seiner Interessen dazu übergeht zu verallgemeinern, beziehungsweise darauf hinwirkt, dass auch andere und untergeordnete Gruppen diese Interessen übernehmen und teilen. (vgl. Demirovic 2007, S.30) Die letzte hegemonial-staatliche Phase ist erreicht sobald es gelungen ist dem politischen Programm eine staatliche Form zu geben. (Scherrer 2007, S.73) Es handelt sich dabei um einen „eigenen

Organismus einer Gruppierung zur Schaffung des für die maximale Expansion dieser Gruppierung günstiger Terrains“ (vgl. Gramsci 1991 ff., H.4,§38:496 zit. In Demirovic 2007, S.31) Diese Expansion wird als universell verstanden, weil an die Interessen der untergeordneten Gruppen gebunden. Sie wird durch die Kompromisse ermöglicht die die hegemonial herrschende Gruppe in den Überbauten mit diesen Interessen geschlossen hat. Allianzen und arbeitsteilige Funktionen werden in diesem Bereich etabliert und es wird eine kulturelle Einheit zwischen Herrschenden und Subalternen gebildet. (vgl. Demirovic 2007, S.31)

Ein ebenfalls wichtiger Begriff in Gramscis Theorie ist der des „historischen Blocks“: Er ist nach Scherrer (2007, S.73) die Synthese von sozio-ökonomischer Basis, ziviler und politischer Gesellschaft. Gramsci knüpft hier an das von Marx formulierte Begriffspaar von Basis und Überbau an und fasst es in ein Bild: Die Ökonomie bilde gewissermassen das „Knochengerüst“ der bürgerlichen Gesellschaft. Diese wäre aber ohne Muskelgewebe und Haut – womit der Überbau gemeint ist – nicht lebensfähig. Der historische Block bildet somit die funktionale Einheit von Basis und Überbauten (vgl. Demirovic 2007, S.26)

In den Prozessen der Universalisierung der Interessen kommt den Intellektuellen eine besondere Bedeutung zu. Im Prinzip sind für Gramsci alle Menschen aufgrund ihres rationalen Talents Intellektuelle. Zugleich gibt es spezifische Funktionen im integralen Staat, die von Menschen in ihrer Eigenschaft als Intellektuelle ausgefüllt werden.

In Gramscis akteurtheoretischem²⁷ Verständnis sind es diese intellektuellen Funktionäre, denen die „Tätigkeit des Organisierens der ausserbetrieblichen allgemeinen Verhältnisse anvertraut werden kann“ (vgl. Gramsci 1991 ff., H.12,§1:1497, zit. in Demirovic 2007, S.34)

Ihre Aufgabe ist es, Vertrauen, Konsens und Führung weiter auszuarbeiten. Dies geschieht auf zwei Ebenen: Zivilgesellschaft und politische Gesellschaft. Innerhalb der politischen Gesellschaft sind es die Intellektuellen die Führung durch Regierung, Politik, Parteien, Recht und Erziehung organisieren. In den spezialisierten Bereichen der Zivilgesellschaft erzeugen sie die hegemonialen Konsense. Sie definieren, was als Wissen gilt und entsprechen der Erwartung der Subalternen, dass Intellektuelle das durch Titel und Stelle legitimierte und gute Wissen repräsentieren.

Gramsci unterscheidet zwischen grossen und kleinen Intellektuellen, wobei den grossen die konzeptuelle Arbeit zukommt und den kleinen die Reproduktion von Wissen und Konsensen. Die von ihm als „organische“ Intellektuelle bezeichneten haben die Funktion durch ihre Initiativen, Begriffe und Argumente Aspekte der bürgerlichen Existenz auszuarbeiten und auf die kollektive Lebensweise der subalternen auszudehnen. (vgl. Demirovic 2007, S.34 f) Ihre Tätigkeit situiert sich

²⁷ Auf die Unterscheidung der gramscianischen akteurtheoretischen von der foucaultschen strukturtheoretischen Sichtweise wird im nächsten Abschnitt näher eingegangen.

nicht im wissenschaftlich theoretischen Bereich, sondern in der Entwicklung einer kulturellen Sprachlichkeit, die von den subalternen Klassen als allgemeingültig akzeptiert und angenommen wird. Dazu müssen sie an den Alltagsverstand dieser Klassen anknüpfen. Der Alltagsverstand wiederum ist eine eklektische, auf Ablagerungen vergangener philosophischer und religiöser Strömungen – also auf dem Schaffen organischer Intellektueller - beruhende Lebensanschauung. (vgl. Scherrer 2007, S.74)

Gramsci anerkennt zugleich die Möglichkeit von kritischen intellektuellen, den Willen einer Gruppe politisch zu formulieren. Als Beispiel für solche zu PolitikerInnen gewordenen PhilosophInnen nennt Demirovic das Beispiel der Kritischen Theorie: Max Horkheimer und Theodor Adorno entwickelten nach ihrer Rückkehr aus dem Exil 1949 eine komplexe zivilgesellschaftliche Praxis, die universitäre Lehre ebenso wie Auftritte in Rundfunk und Fernsehen, Vorträge und Meinungsforschung einschloss. Sie schufen ein epistemologisches Terrain, das gewisse Begriffe denkbar machte und zur Schaffung der Soziologie als universitärer Disziplin beitrug.

Es ging darum den Individuen nach jahrhundertelanger Herrschaftspraxis das Wagnis der Mündigkeit nahezulegen. (vgl. Demirovic 2007, S.36)

Im Zusammenhang mit dem gramscischen Konzept von Zivilgesellschaft erachtet es Demirovic für notwendig, dieses von einer konträren Auffassung einer anderen philosophischen Tradition abzugrenzen: Auch Jürgen Habermas hat den Begriff Zivilgesellschaft aufgegriffen. Er versteht jedoch darunter das Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse²⁸ zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeiten diskutiert (vgl. Habermas 1992, S. 443). In dieser Konzeption ist die Zivilgesellschaft weder von staatlichen, noch ökonomischen Faktoren bestimmt. Dieses Konzept widerspricht dem Gramsci in dreierlei Hinsicht: (vgl. Demirovic 2007, S.28 f.) Erstens ist für Gramsci die Zivilgesellschaft nicht bloss ein Bereich in dem private zu Wort kommen und Fehlentscheidungen korrigiert werden können, sondern ein Raum des Kampfes um - und gegen - Herrschaft, in dem Weltansichten und Handlungsperspektiven ausgearbeitet werden.

Zweitens glaubt Habermas an eine Möglichkeit des Konsenses als wahrheitsfähige Allgemeinheit. Bei Gramsci hingegen bleibt der in der Zivilgesellschaft erreichte Konsens immer an den asymmetrischen Klassenkompromiss gebunden. Der Konsens stellt also – im Rahmen einer grundsätzlich als herrschaftsförmig erkannten Konstellation - selbst eine Form von kulturell-ideologischer Herrschaft dar.

Drittens ist Habermas der Ansicht, dass in der Zivilgesellschaft nur verallgemeinerungsfähige Gesichtspunkte öffentlich diskutiert werden. In Gramscis klassenkämpferischem Modell sind die

²⁸ Zum Diskursbegriff von Habermas, siehe Anfang des vorigen Kapitels

Gesichtspunkte zunächst immer partikulär und die Verallgemeinerung ist ein konfliktreicher Prozess. Öffentlichkeit ist für Gramsci keinesfalls ein Ort der freien Verständigung zwischen Bürgern und Bürgerinnen. Vielmehr ist sie eine der hegemonialen Praktiken der Zivilgesellschaft. Das Hegemoniekonzept Gramscis wurde seit den 1970er Jahren von Politikern wie Steven Gill (2003), Nicos Poulantzas (2002), Robert Cox (1993), Alex Demirovic (2007), Christoph Scherrer (2007) und Ulrich Brand (2005) aufgegriffen und weiterentwickelt. In diesen neo-gramscianischen Ansätzen erweist sich die Anwendung des Hegemoniebegriffs auf neue Herrschaftsmechanismen im Zusammenhang mit Phänomenen wie Globalisierung und „neue Weltordnung“ als fruchtbar. Diese Theorien werden zu einem späteren Zeitpunkt in dieser Arbeit herangezogen werden, wenn es um die in diesem Zusammenhang sich verändernde Funktion und Beschaffenheit des Staates geht.

2.5 Analyse hegemonialer Diskurse und die Frage nach Gerechtigkeit

In den beiden vorhergehenden Abschnitten wurden die Begriffe Diskurs (Foucault) und Hegemonie (Gramsci) eingeführt. Nun stellt sich die Frage nach einem methodologischen Vorgehen, das es uns erlaubt mit einer Kombination dieser beiden Konzepte in Hinblick auf die vorliegende Fragestellung zu arbeiten. Inwieweit ist diese Kombination möglich und sinnvoll? Was leistet sie? Welche inhärenten Widersprüche birgt sie? Welche Abstriche müssen gemacht werden? Und schliesslich: Wie kann ihr Zusammenhang untereinander und zu (Un-)Gerechtigkeit begrifflich festgemacht werden?

Es ergibt sich eine Reihe von Fragen, die theoriepolitische Entscheidungen und genauere begriffliche Bestimmungen notwendig machen. Anhand dieser Entscheidungen und Bestimmungen soll sich die für die Untersuchung anzuwendende Methode präzisieren.

Zunächst wird das Instrument der Diskursanalyse und mögliche Erweiterungen der von Foucault vorgegebenen Vorgehensweise ins Auge gefasst werden. Ein Vergleich der gramscianischen Konzeptionen mit foucaultschen Konzeptionen, ihrer Inkompatibilitäten und Gemeinsamkeiten sollen in groben Zügen verortet werden. Das soll zu einer für diese Arbeit zu verwendende Bestimmung des Begriffs „hegemonialer Diskurs“ führen. Dann wird dieser Begriff dem in der ABS Konzeption formulierten Idee von Gerechtigkeit (fair and equitable sharing of benefits) gegenübergestellt. Die im Laufe dieses Abschnitts vorgenommenen begrifflichen Bestimmungen haben arbeitshypothetischen Charakter. Sie mögen auch für spätere Analysen anwendbar sein, sollen aber nicht die Formulierung einer allgemeingültigen Theorie bedeuten.

2.5.1 Diskursanalyse als Methode: Existiert ein übergreifendes Diskursparadigma?

Eva Kreisky meint, dass sich zwischen den foucaultschen Analysen,

sprachwissenschaftlichen diskursanalytischen Ansätzen, sprechakttheoretischen Ansätzen, unter Einfluss des Poststrukturalismus und in Fortführung älterer Analysemethoden und Theoriestränge wie der Ethnomethodologie und der Hermeneutik, ein „übergreifendes Diskursparadigma“ herausgebildet habe, das trotz der Vielfältigkeit der Anknüpfungspunkte und Ansätze doch auch ein gemeinsames Programm erkennen lasse. (Kreisky 2009)

Jedoch sind innerhalb dessen was im Rahmen der jeweiligen Disziplinen unter Diskursanalyse zu verstehen ist, sehr grosse Unterschiede feststellbar.

Zum Verhältnis zwischen foucaultschen Ansätzen und sprachwissenschaftlichen Methoden meint Jürgen Link: „Der mainstream der national und international sehr starken „discourse analysis“ lebt dagegen sozusagen auf einem von Foucault sehr fernen Kontinent: Es handelt sich eigentlich um eine 'Alltags-Kommunikations-' bzw. 'Alltags-Konversations-Analyse', die durch minutiöse Beschreibung transkribierter Aufnahmen vor allem die Pragmatik prägnanter sozialer Gesprächstypen studiert...“ (Link, 2006)

Jedoch auch bei den qualitativen wissenssoziologischen - sich selbst Foucault als nahestehend begreifenden - diskursanalytischen Ansätzen ist eine gewisse Entfernung von Foucault zu bemerken, sobald es darum geht die Analyse zu operationalisieren, beziehungsweise ein methodisches Vorgehen dafür zu verallgemeinern. So schlägt Rainer Keller (2006, S.138) als methodologische Möglichkeit vor, in der ersten Stufe einer Untersuchung den zu analysierenden Diskurs thematisch festzulegen. Hier ist offenbar der von Foucault in der Archäologie formulierte Gedanke (vgl. Foucault 1997, S.94 ff) abhanden gekommen, dass der Diskurs nicht durch ein Thema bestimmbar ist, sondern dass eben das Thema vom Diskurs erzeugt wird. Oder wie Hannelore Bublitz (2006, S.234) es ausdrückt: „Diskurse sind nicht vor der Analyse angebbbar, sondern nur aus dem Diskursmaterial selbst als Ordnungsstrukturen zu rekonstruieren“. Darin liegt eben der Unterschied zwischen Diskursanalyse und Ideengeschichte. Die von Foucault vorexerzierte radikale Blickverschiebung, in der alle „Evidenzen“ des Diskurses - wie seine thematische Einheit – als von ihm produziert entlarvt werden, verliert in dem Mass an Schärfe, in dem man versucht ein allgemein anwendbares Analyseverfahren zu systematisieren. Das liegt daran, dass für dieses allgemeine, noch nicht tatsächlich durchgeführte Verfahren nur die diskursiv geschaffenen Evidenzen benennbar sind. Der Wissen-Macht-Nexus aus dem sich die Formationsregel eines Diskurses ableitet wird bei Foucault von Fall zu Fall verschieden heuristisch aufgefunden und dann anhand seiner Regelmässigkeiten aufgezeigt.

Trotz solcher Divergenzen lässt sich ein dem foucaultschen und dem darauf aufbauenden wissenssoziologischen (Jäger, Keller) Ansatz ein gemeinsames Programm dahingehend erkennen, dass Diskursanalyse als politisches, machtkritisches Unterfangen, als Instrument zur

Dekonstruktion herrschender sozialer Verhältnisse verstanden wird. Ob nun diese Haltung oder dieses – wie Kreisky es nennt - Paradigma für die von der Linguistik und Sprechakttheorie als Diskursanalyse bezeichneten Verfahren zutrifft wäre von Fall zu Fall zu untersuchen, ist aber nicht Gegenstand dieser Arbeit.

Jedoch soll darauf hingewiesen sein, dass ein prinzipielles Paradox darin besteht - und dass es nicht ohne Verluste möglich ist - den foucaultschen Ansatz mit anderen nicht-poststrukturalistischen zu kombinieren, oder gar ein wissenschaftlich methodisches Vorgehen daraus abzuleiten.

Diesem Dilemma entkommt auch die vorliegende Untersuchung nicht, indem sie den von Foucault nicht verwendeten und auch nicht aus seiner Theorie abgeleiteten Hegemoniebegriff als analytisches Werkzeug in integriert. Die Aufgabe besteht darin, den foucaultschen Gedanken in seiner radikalen Schärfe im Auge zu behalten, die Verknüpfungen genau zu bestimmen und die damit einhergehenden Vor- und Nachteile klarzumachen.

2.5.2 Foucault und Gramsci: Divergenzen und Gemeinsamkeiten

Es sollen nun ein paar Parallelen, Berührungspunkte und Divergenzen zwischen foucaultschen und gramscischen Konzeptionen angeschnitten werden.

Eine grundsätzliche Gemeinsamkeit der beiden besteht in der Beobachtung und Hinterfragung eines bestimmten Phänomens: Sowohl Gramsci als auch Foucault nehmen auf die erstaunliche Stabilität von Herrschaftsstrukturen Bezug und versuchen diese zu ergründen. Beide suchen nach Erklärungen von Machtmechanismen die über „äussere Umstände“ wie blosse Monopolisierung ökonomischer- oder Gewaltmittel hinausgehen.

Gramsci war hierbei vom Scheitern der sozialistischen Revolution bewegt. In Italien und anderen Teilen Europas gab es wirtschaftliche Krisen und unzufriedene Arbeiterklassen, wodurch eine Aussicht auf Revolution bestanden hätte. Er kommt zum Schluss dass der Staat aufgrund seines gesellschaftlichen Rückhalts, der Konsense, des hegemonial geformten Alltagsbewusstseins eine stabile und „katastrophalen Durchbrüchen“ des unmittelbaren ökonomischen Elements (Krisen, Depressionen usw.) gegenüber widerstandsfähige Struktur bildet. Er vergleicht diese zunächst nicht sichtbaren Mechanismen – den Überbau, beziehungsweise die Superstrukturen - mit dem unterirdischen Teil militärischer Verteidigungssysteme:

„Die Superstrukturen der Zivilgesellschaft sind wie das Grabensystem im modernen Krieg. Wie es in diesem geschah, das ein heftiger Artilleriebeschuss das ganze Verteidigungssystem des Feindes zerstört zu haben schien, stattdessen aber nur die äusserliche Oberfläche zerstört hatte und im Augenblick des Angriffs und Vorstosses die Angreifer sich einer noch wirksamen Verteidigungslinie gegenüber befanden, so geht es in der Politik während der grossen Wirtschaftskrise zu.“ (Gramsci

1991, H.13 § 24: 1589, vgl §7: 1545, zit. in Demirovic 2007, S.25)

Eine ähnliche Beobachtung macht Foucault im Zuge der Entwicklung seines Konzepts der Gouvernamentalität: Das Prinzip der Gouvernamentalität tritt in der europäischen Geschichte nach dem dreissigjährigen Krieg und dem damit einhergegangenen Zerfall der absoluten Werte von Reich und göttlicher Ordnung klar zutage. Das Unerwartete in der „Peripetie des Staates“ (vgl. Foucault 2004, S.360) besteht darin, dass das Regieren und Beherrschen nach Abschaffung der individuellen Regenten und Beherrscher nahtlos weiter funktioniert und sogar noch zwingender als zuvor Platz greift, gewissermaßen nach dem Motto „Der König ist tot, es lebe der König“.

Die Gouvernementalisierung ab dem 18.Jht erlaubte dem Staat sein Überleben. Die Stützpunkte dieser Gouvernementalisierung des Staates waren die Pastoral, die diplomatisch-militärische Technik und die Polizei. Foucault entwickelt einen Entwurf des modernen Staates in dessen Zentrum der Begriff der Gouvernamentalität als historisch diskursiv verdichtetes Ensemble von Selbst-Regierungs-Techniken steht. Die bis dahin bedeutsamen juristischen und disziplinären Dispositive werden durch das von liberaler Selbstregulierung gekennzeichnete Sicherheitsdispositiv²⁹ abgelöst.

Dieser Staatstheoretische Entwurf ist in einigen Punkten mit dem Gramscis vergleichbar. Zunächst beziehen sich beide auf den europäischen Raum und beide suchen die Erklärung der Stabilität der Herrschaftssysteme in komplexen Prozessen der Wissensproduktion, in die Unterdrückte und Unterdrücker zugleich eingebunden sind.

Dabei ist jedoch – und hier wird die zugleich grosse Divergenz sichtbar - die für Gramsci wesentliche Unterscheidung zwischen Unterdrückten und Unterdrückern für Foucault bloss ein diskursiver Effekt. Die Idee eines dauerhaften sozialen Wandels durch Auflehnung gegen eine herrschende Klasse stellt für ihn eine Form von „revolutionärer Eschatologie“³⁰ dar. Der revolutionäre Diskurs sei in seinen Wurzeln mit dem Herrschaftsdiskurs verflochten. Er entkomme ihm nicht, da sich in ihm eine seiner grundlegende Aussage reproduziere: Die Vorstellung einer Gesellschaft die sich selbst transparent ist und im Besitz ihrer eigenen Wahrheit. (vgl. Foucault 2004, S.514) Macht etabliert herrschaftliche Strukturen, innerhalb derer Akteure keine

²⁹ Die Unterscheidung des disziplinären vom Sicherheitsdispositiv ist grundlegend für das Verständnis von Gouvernamentalität: Die Disziplin unterbindet, wohingegen das Sicherheitsdispositiv gewähren lässt, alle gegebenen Vorgänge einbezieht und sich auf sie stützt. Die Disziplin arbeitet komplementär zur Realität indem sie sie versucht zu kontrollieren. Das Sicherheitsdispositiv hingegen arbeitet in der Realität indem es deren Elemente gezielt in Gang setzt. Sicherheitsdispositive und die damit einhergehende politische Technik sind zutiefst mit dem Prinzip des Liberalismus, der machttechnologischen „Ideologie der Freiheit“ verbunden. (vgl. Foucault 2004, S.77) Die Nähe von Sicherheitsdispositiv und hegemonialem Herrschaftssystem wird hier deutlich.

³⁰ Eschatologie [zu griechisch *éshata* »Letzte Dinge«] die, Lehre von den Letzten Dingen; in verschiedenen prophetischen Religionen die Lehre von einem neuen Zustand der Welt nach Weltgericht und Weltende: als messianisches Reich (Judentum), Reich Gottes (Christentum) oder Paradies (Islam). In der christlichen Theologie beschreibt die Eschatologie die Vollendung des Einzelnen und der ganzen Schöpfung (Auferstehung der Toten, Jüngstes Gericht, Weltende). (Meyers 2009, Stichwort Eschatologie)

Handlungsautonomie haben. Es handelt sich um von der Struktur festgeschriebene Subjektpositionen in denen Diskurse sich reproduzieren. Diese Subjektkritik Foucaults ist der Scheidepunkt der Foucault zunächst inkompatibel mit jeglicher anderen gesellschaftstheoretischen Position macht, sofern diese auf rational begründeter sozialer Handlungsfähigkeit und autonomen Akteuren beruht.

Zusammenfassend lassen sich Unterschiede zwischen Gramscis Hegemoniekonzept und Foucaults Gouvernamentalitätsentwurf zunächst sich in dreifacher Hinsicht feststellen: in Hinblick auf die zeitliche Perspektive, auf die philosophische Tiefe und was ihre theoriepolitische Anwendbarkeit betrifft:

Erstens betrachtet Foucault eine grosse Zeitspanne, indem er von einer Analyse des gesamten abendländischen Denkens ausgeht, beginnend mit vorchristlichen jüdischen und griechisch antiken Traditionen. Gramsci hingegen bezog sich in erster Linie auf die Erfahrungen in seinem eigenen politischen Kampf, auf die Ereignisse im Zuge der russischen Revolution und auf das hartnäckige Bestehen des Kapitalismus in Europa.

Zweitens geht Foucault wesentlich weiter, was die philosophische Kritik und Dekonstruktion grundlegender Konzepte betrifft. Gemeinsam mit der Auflösung des Gegensatzpaares Unterdrücker und Unterdrückte wird auch – wie bereits ausgeführt - die dahinter liegende Vorstellung des autonom denkenden und handelnden Subjekts demontiert. Mit seiner Subjektkritik operiert Foucault an der Wurzel abendländischer Rationalität und kehrt dem aufklärerischen Unternehmen, durch rational begründetes politisches Handeln die Gesellschaft verbessern oder revolutionieren zu wollen endgültig den Rücken. In Hinblick auf den Aspekt, der hier eingangs als philosophische Tiefe bezeichnet wurde, stehen die tiefgreifenden Konsequenzen der Foucaultschen Rationalitäts- und Subjektkritik – des von ihm verkündeten „Tod des Subjekts“³¹ - im Vordergrund.

Nun zum dritten Aspekt der Unterschiedlichkeit der foucaultschen Theorie, dem Für und Wider ihrer theoriepolitische Anwendung: Der Griff in die „foucaultsche Werkzeugkiste“ bietet weitreichende Möglichkeiten was die radikale – im Sinn von an die Wurzel³² gehende - Dekonstruktion herrschender Diskurse betrifft. Diese Möglichkeiten wurden von postmodernen und dekonstruktivistischen DenkerInnen wie Lyotard und Derrida erweitert und von postkolonialen DenkerInnen im globalen Süden für deren „diskursiven Ausstand“ gegen den herrschenden eurozentristischen Diskurs aufgegriffen.(vgl Esobar 1995, Said 1979, Bhabba 1990).

Zugleich aber wird seitens der Postkolonialen gegenüber rein dekonstruktiven postmodernen

³¹ „Man braucht sich nicht sonderlich über das Ende des Menschen aufzuregen; das ist nur ein Sonderfall oder, wenn Sie so wollen, eine der sichtbaren Formen eines weitaus allgemeineren Sterbens. Damit meine ich nicht den Tod Gottes, sondern den Tod des Subjekts, des Subjekts als Ursprung und Grundlage des Wissens, der Freiheit, der Sprache und der Geschichte.“ (Foucault 2001, Bd1, S.2001f)

³² Das lateinische radix bedeutet Wurzel, Ursprung

Ansätzen zunehmend politisches Zugeständnis zu sozialer Gerechtigkeit und Konstruktion alternativer sozialer Ordnungen gefordert. (vgl. Montaldo 1991). Für diese konstruktive Arbeit kann der foucaultsche strukturorientierte Ansatz jedoch wenig leisten. Seine Werkzeuge sind grundsätzlich Instrumente der Demontage.

Gramsci hingegen bleibt – auch wenn er diese zugleich durch die Kategorie der Hegemonie erweitert - innerhalb der marxistischen Denkweise, insofern er von handlungsmächtigen Akteuren wie herrschender Klasse und subalternen Klassen ausgeht. Seine Theorie geht nicht so weit, was das Entdecken grundlegender Konzepte betrifft. Zugleich ist sie geeigneter, wenn es darum geht konkrete gesellschaftliche Assymetrien zu untersuchen und Handlungsperspektiven daraus abzuleiten. Sie ist dort für den Einsatz geeignet wo politisch – gegen das Eine und für das Andere - Stellung bezogen werden soll und konkrete gegen-hegemoniale Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden sollen.

Was die vorliegende Untersuchung betrifft, so liefert die foucaultsche Diskurstheorie uns kein Kriterium zur Unterscheidung von gerecht-ungerecht. Die Forschungsfrage nach Gerechtigkeit (fair and equitable) könnte also mit diesem theoretischen Instrumentarium nicht beantwortet werden. Sie könnte vermutlich in ihren Grundlagen deontologisiert³³ werden. Das würde letztlich darauf hinauslaufen, sie auf rein theoretischer Ebene als „Unfrage“ aufzeigen zu wollen.

Das soll aber nicht der Zweck der Untersuchung sein. Die Möglichkeit von „fair and equitable“ soll grundsätzlich angenommen werden. Es sollen Begriffe und Kriterien formuliert werden mithilfe derer eine diskursive Praxis untersucht werden und daraus folgend eine Bewertung begründet formuliert werden kann. Gramscis Hegemoniebegriff ist eben deswegen für die Beantwortung unserer Frage geeignet, da über ihn ein Bezug zu einem Gerechtigkeitskonzept herstellbar ist. Die Verknüpfung Macht – Herrschaft – Hegemonie – Gerechtigkeit soll nun begrifflich festgelegt werden.

2.5.3 Hegemonialer Diskurs

Wie können Hegemonie und Diskurs in Zusammenhang gebracht werden? Die Frage legt sich nahe: Sind nicht alle Diskurse – weil Macht konstruierend und nicht auf Zwang reduzierbar –

³³ Unter Deontologisierung ist im foucaultschen Kontext jene Funktion der Diskursanalyse zu verstehen, die die von einem Diskurs produzierten Einheiten, oder „Wesenhaftigkeiten“ ihres Evidenzcharakters beraubt. Hannelore Bublitz (2006, S.258) spricht von Ent-Naturalisierung, Ent-Substantialisierung. Das Wort ist auf das griechische *ὄν* (on) als Partizip zu *εἶναι* (einaí) „sein“ zurückzuführen. Es muss auf die Gefahr der Verwechslung mit Deontologie hingewiesen werden. Deontologie ist eine Bestimmung von ethischen Theorien, die auf einem „sollen“ beruhen. Deontologie leitet sich von dem griechischen *δέον* (deon) - „das Erforderliche“, „das Gesollte“, „die Pflicht“ - ab. (vgl. Wikipedia Deutsch 2009, Stichworte Deontologie und Ontologie)
Im Laufe dieser Arbeit verwende ich (etwas ungenau, aber dem Kontext angepasst) statt Deontologisierung meist den von Jacques Derrida verwendeten Begriff Dekonstruktion, da er geläufiger ist und ähnliches leistet.

hegemonial? Ist also der Ausdruck „hegemonialer Diskurs“ ein Pleonasmus³⁴?

Wie in dem vorhergehenden Kapitel über den Diskurs gezeigt wurde, liegt diesem immer der Wille zum Wissen und damit zur Macht zugrunde. Es liegt in seiner Dynamik, dass er sich manifestieren und ausbreiten will. Bedeutet das aber dass er herrschen will? Was ist der Unterschied zwischen Herrschaft und Macht? Macht Foucault einen solchen Unterschied?

Offensichtlich hat Foucault selbst seine Philosophie als die Herrschaft der Wissenschaft bedrohend verstanden. In seiner 1970 gehaltenen Antrittsrede am College de France wird jene Spannung spürbar, die für Foucault daraus entsteht, dass seinem bedrohlichen Diskurs in der Institution des herrschaftlichen Wissens – der Universität – ein Platz eingeräumt wird. Er stellt diese vermeintliche Aufwertung seines Diskurses als Manöver der Bewachung und Bändigung seitens des institutionalisierten Wissens dar, wenn er in einen imaginären Dialog mit der Institution tritt: „Und die Institution antwortet: '.. wir alle sind da, um dir zu zeigen, dass der Diskurs in der Ordnung der Gesetze steht, dass man seit jeher über seinem Auftreten wacht, dass ihm ein Platz bereitet ist, der ihn ehrt aber entwaffnet ...'“. (Foucault 1991, S.10) So ist es auch zu verstehen, wenn Foucault weiter meint, dass in jeder Gesellschaft Prozeduren gäbe, „deren Aufgabe es ist den Diskurs zu bändigen, sein unberechenbar ereignishaftes zu bannen, seine schwere und bedrohliche Materialität zu umgehen.“ (ebd., S.10)³⁵

Zweifellos beschreibt Foucault hier eine herrschaftliche Konstellation. Doch was bedeutet Herrschaft? Es soll an diesem Punkt - auf foucaultscher Begrifflichkeit basierend - eine begriffliche Bestimmung von Herrschaft und deren Unterscheidung von Macht vorgenommen werden:

- Macht ist die strukturelle Ursache und Wirkung der nach Verdichtung strebenden Diskurse.
- Herrschaft ist eine durch historische Verdichtung von Diskursen und Dispositiven erzeugte, mehr oder weniger dauerhafte machtförmige Ungleichheit zwischen privilegierten Subjektpositionen und subalternen Subjekt- beziehungsweise Objektpositionen (Beherrschte-Beherrscher, Zentrum-Peripherie).

³⁴ Aus dem altgriechischen πλεονασμός (pleonasmós) „Überfluss, Übermaß“ abgeleitet, bedeutet Pleonasmus im Deutschen Häufung sinngleicher od. sinnähnlicher Wörter, Ausdrücke, wie z.B. „weißer Schimmel“. (vgl. Duden 2006, Stichwort Pleonasmus)

³⁵ Die Gemeinsamkeiten beginnen hier deutlicher zu werden: Das Element von intellektueller Bändigung, Bannen, Bewachen birgt bereits eine Nähe zu Gramscis hegemonialem Kompromissgleichgewicht, das mit Hilfe der Intellektuellen aufrecht erhalten wird, indem diese festlegen, was als Wissen zu gelten habe und den Alltagsverstand der Subalternen stets so formen, dass diese nicht den Konsens aufkündigen. Weiters könnte Gramscis Alltagsbewusstsein mit dem foucaultschen Archiv verglichen werden. Jürgen Link setzt den „senso commune“ mit dem aus spezialdiskursen sich ergebenden „fluktuierenden Gewimmel“ gleich, das er den „Interdiskurs“ nennt. (Link 1986. S.5f, zit in Jäger 1993, S.28). Das detaillierte Aufzeigen solcher Gemeinsamkeiten ist aber nicht der Zweck dieser Abhandlung und soll nur am Rande erwähnt werden.

Wir können also nun zwischen herrschaftlichen - als Herrschaft verstetigenden - Diskursen (Beispielsweise die etablierten Wissenschaften) und die Herrschaft bedrohenden „Gegendiskursen“³⁶ (Beispielsweise Foucaults Rationalitätskritik) unterscheiden. Diese Positionen sind aber nicht als eindeutig und fix zu begreifen. Die Position des Diskurses gegenüber anderen ist veränderbar ergibt sich aufgrund der Ökonomie der diskursiven Konstellation. (Foucault 1997, S.97) Ein Gegendiskurs ist also nur ein solcher in Hinblick auf seine Beziehung zu einem anderen – herrschaftlichen – Diskurs.³⁷

Wenn wir nun herrschaftliche von Gegendiskursen unterscheiden, wie lässt sich in der Konsequenz die Unterscheidung zwischen hegemonialer- und Zwangsherrschaft auf Diskurse anwenden?

- Diskurse können als einer Gruppe gegenüber *zwangsherrschaftliche Diskurse* bezeichnet werden, wenn sie deren Ausgrenzung zum Prinzip haben. Ausgrenzung soll hier bedeuten, dass ihnen der Zugang zum Diskurs als sprechende Subjekte verwehrt wird. Sie werden nicht als Subjekte, sondern als Objekte des Diskurses konstruiert: Wahnsinnige, Abartige, Unmündige etc. Das Funktionsprinzip des zwangsherrschaftlichen Diskurses ist *objektivierende Unterwerfung*.³⁸
- Unter *hegemoniale Diskurse* sind alle einer Gruppe gegenüber herrschaftlichen und zugleich nicht zwangsherrschaftlichen Diskurse zu verstehen. Sie basieren auf Eingrenzung der Gruppe, beziehungsweise auf der Konstruktion von Subjektpositionen deren Selbstverständnis rational, normal, mündig-autonom etc. ist. Das Funktionsprinzip des hegemonialen Diskurses ist *subjektivierende Unterwerfung*.

In Bezug auf diese Bestimmungen ist festzuhalten, dass die Bezeichnungen *zwangsherrschaftlich*, *hegemonial* sich auf die Beziehungen bezieht, die der Diskurs zwischen Menschen(gruppen) erzeugt. Der Diskurs ist nicht per se *zwangsherrschaftlich* oder *hegemonial*, sondern jeweils in

³⁶ Foucault selbst verwendet (soweit die Recherchen dieser Arbeit reichen) nicht den Begriff „Gegendiskurs“. Er verwendet jedoch beispielsweise den Ausdruck „Gegen-Verhalten“ (*contre conduite*), um die Widerstände gegen pastorale Herrschaftsformen zusammenzufassen, die schliesslich in die Reformation mündeten. (Foucault 2004, S.293)

³⁷ So etwa ist der europäische feministische Diskurs zunächst ein Gegendiskurs in Bezug auf patriarchale Herrschaft. Andererseits gibt es eine Wahrnehmung seitens Frauen im globalen Süden, die diesen Diskurs als paternalistisch, weil ihre traditionellen Lebensformen abwertend wahrnehmen. (Escobar 1995, S.8)

³⁸ Foucault selbst spricht nicht von objektivierender Unterwerfung. Ein ähnlicher Sinnzusammenhang deutet sich jedoch an, wenn er schreibt: „Im Herzen der Disziplinarprozeduren manifestiert sie [die Prüfung] die subjektivierende Unterwerfung jener, die als Objekte wahrgenommen werden, und die objektivierende Vergegenständlichung jener, die zu Subjekten unterworfen werden“ (Foucault 1977)

Hinblick auf eine bestimmte von ihm konstruierte Gruppe von Subjekten. Die von einem Diskurs erzeugten Beziehungen können verschiedenen Gruppen gegenüber unterschiedlich ausfallen. So könnte man etwa argumentieren, dass der nationalsozialistische Diskurs den Krieg und Rassismus aktiv oder passiv zustimmenden deutschen Arbeiterklassen gegenüber hegemonial war und zugleich den Holocaustopfern gegenüber zwangsherrschaftlich.

Durch die obigen Bestimmungen ist jetzt der Zusammenhang von Herrschaft, Zwang und Hegemonie in diskurstheoretischen Begriffen gefasst. Dabei zeigt sich, dass die nach zwei Seiten ausgerichtete Herrschaftsform „Hegemonie gepanzert mit Zwang“ der Funktion der Diskurse entspricht, bipolare Ein- und Ausgrenzungen vorzunehmen. (vgl. Bublitz 2006, S.249)

2.5.4 Die Frage nach Gerechtigkeit

Was bedeutet nun „fair and equitable“? In der deutschen Version der CBD wird der in der Zielsetzung der Konvention verwendete Ausdruck mit „ausgewogen und gerecht“ übersetzt. Das Adjektiv „fair“ wird im allgemeinen als „gerecht“ oder „angemessen“, übersetzt, „equitable“ mit „gerecht“, „unparteiisch“, „fair“, „recht und billig“. Es ist also eine gewisse Überlappung der beiden Begriffe festzustellen, wobei „gerecht“ sowohl in der Bestimmung von „fair“ als auch von „equitable“ auftaucht. In „equitable“ liegt noch die zusätzliche Konnotation von Gleichheit oder Gleichgewicht, Ausgewogenheit.

Wollte man eine nähere Bestimmung von Gerechtigkeit vornehmen, so würde man wohl zunächst auf die Anfänge philosophischer Ethik, wie Platons Politeia oder die Nikomachische Ethik des Aristoteles zurückgreifen. Man könnte auch den kategorischen Imperativ Kants anwenden. Schliesslich käme man nicht umhin, neuzeitliche Konzepte wie die Diskursethik von Habermas oder die liberale Fairness-Theorie von John Rawls (1975) heranzuziehen.

Man würde dann wahrscheinlich feststellen, dass der Versuch Gerechtigkeit positiv zu bestimmen - eine allgemein gültige Regel zur Konstruktion von gerechten Beziehungen anzugeben - sich problematisch gestaltet, angesichts der zunehmenden Wechselhaftigkeit vormals statischer Identitäten, zu Selbsttechniken gewordener Herrschaftstechniken und immer komplexer und vielschichtig werdender Dynamiken sozialer Ausgrenzungen und Gewalt.

Dieser Weg soll hier nicht beschritten werden. Es soll weder eine bestehende Definition von Gerechtigkeit herangezogen, noch eine eigene Definition produziert werden. Im folgenden Abschnitt soll dies begründet werden.

2.6 Präzisierung der Fragestellung

Es ist für die Aufgabenstellung dieser Analyse nicht notwendig eine positive Bestimmung von

Gerechtigkeit anzugeben, denn es genügt, die in dem zu untersuchenden Diskurs formulierte Gerechtigkeitsbehauptung in seiner diskursiven Praxis zu überprüfen³⁹. Es ist ausreichend, eine Form der Ungerechtigkeit auszumachen und in der Praxis aufzuzeigen. In dem Masse wie diese Form in dem Gerechtigkeit beanspruchenden Diskurs aufgezeigt werden kann, ist ihm dieser Anspruch abzusprechen. Das Gerechtigkeit widerlegende Kriterium ist im Fall unserer Untersuchung das der Herrschaftlichkeit. Die machtförmige Ungleichheit sozialer Beziehungen stellt diesen Fall der Ungerechtigkeit dar, da sie per definitionem dem Prinzip von Gleichheit entgegengesetzt ist. Gerechtigkeit soll also bloß negativ bestimmt werden: Als ein Zustand oder eine Form von Beziehung die – wie auch immer sie positiv zu beschreiben sei - nicht herrschaftlich ist.

Unsere Forschungsfrage lautet aber, ob die ABS-Wissensproduktion der brasilianischen Regierung *hegemonial* ist. Das bedeutet sie geht über die Widerlegung des Gerechtigkeitsanspruches hinaus - der ja durch das Aufzeigen von Herrschaftlichkeit bereits gegeben wäre – und fragt nach Hegemonie als *spezifischer* Form von Herrschaftlichkeit.

Eine weitere Präzisierung der Forschungsfrage ist notwendig: Es geht nicht darum – wie Foucault das in seinen Analysen gemacht hat - einen unentdeckten Diskurs aufzudecken. Es geht darum eine Verflechtung (mindestens) zweier bereits als hegemonial beschriebener und teilweise analysierter Diskurse nachzuzeichnen und zu überprüfen, wiewehr die diskursive Praxis der ABS-Politik der brasilianischen Regierung die Regelmäßigkeiten dieser Diskurse tatsächlich aufweist. Inwieweit reproduziert sie deren hegemoniale Aussagen, wiederholt sie deren hegemoniale Muster? Darin besteht die zentrale Fragestellung dieser Untersuchung.

Somit ist die Aufgabe hinreichend präzisiert, der methodologische Rahmen hinreichend abgesteckt und die Begriffe hinreichend bestimmt, damit der nächste Schritt unternommen werden kann, wo wir beginnen uns dem eigentlichen Objekt der Untersuchung auseinanderzusetzen.

Im nächsten Abschnitt soll anhand vorhandener Untersuchungen die Entwicklung und Funktionsweise der beiden Ausgangsdiskurse – brasilianische Nationalität und nachhaltige Entwicklung – historisch nachgezeichnet werden.. Im weiteren Verlauf des Kapitels soll die diskursive Verschränkung der beiden Diskurse beschrieben werden. Es soll dabei erkennbar werden inwiefern brasilianische Biodiversitätspolitik und die ABS-Wissensproduktion das Produkt dieser Verschränkung beschrieben werden. Es sollen dabei hauptsächlich zwei Dinge herausgearbeitet werden: Erstens: Welches sind die Aussagen der Diskurse und ihrer Verschränkungen? Zweitens: Wer sind die Akteure, und was sind ihre Beziehungen untereinander?

³⁹ Die negative argumentative Beweisführung durch Praxisbezug wird bereits in den sokratischen Dialogen als Methode des ἐλέγχος (élenchos) angewandt. (vgl. Babaric 2005, S.69 und Wikipedia Deutsch 2009, Stichwort Platon)

3. Genealogische Untersuchung

In diesem Kapitel wird es darum gehen, die ABS-Wissensproduktion im Rahmen der Umsetzung der CBD durch die brasilianische Regierung als Produkt der Verflechtung zweier Diskurse zu rekonstruieren: Erstens eines nationalistischen Diskurses brasilianischer Souveränität und zweitens eines globalozentrischen Diskurses nachhaltiger Entwicklung.

Anhand eines historischen Streifzugs durch national-brasilianische und internationale Entwicklungen werden die Genese der beiden Ausgangsdiskurse und ihre hegemonialen Tendenzen aufgezeigt. Dies soll prinzipiell aus einer diskursanalytischen Perspektive geschehen: Wie wurden und werden hier Subjekte und Objekte konstruiert, wie haben gewisse Diskurse Legitimität gewonnen, wie verdichteten sie sich zu Institutionen?

Die genealogische Darstellung der Diskurse soll nicht bedeuten, dass diese isoliert – einer nach dem anderen, und dann die Verschränkung als ihr Produkt – beschrieben werden, sondern gerade in ihren Verschränkungen, also im Zusammenhang mit den mannigfaltigen historischen Querverbindungen die sich aus politischen und ökonomischen Machtkonstellationen zwischen ihnen ergeben.

Wenn zugleich die lineare Beschreibungsform (Diskurs A, Diskurs B, Verschränkung $A+B=C$) zugunsten einer Genealogie der Verflochtenheiten in den Hintergrund treten soll, ist es doch eingangs notwendig, die Formationsregel, den zugrunde liegenden Wissen-Macht-Nexus der Ausgangsdiskurse aufrissartig zu skizzieren, damit der Diskurs in den zu beschreibenden Verflechtungen - beziehungsweise durch sie hindurch - sichtbar gemacht wird.

Weiters wird es zu Beginn notwendig sein, überblicksmäßig einige Begriffe der Regulations- und neogramscianischen Staatstheorie einzuführen, die die Beschreibung sozio-ökonomischer Entwicklungsstadien im nationalen und internationalen Kontext ermöglichen.

Auf dem Streifzug sollen die wesentlichen diskursiven Aussagen – jene Äußerungen, in denen sich die Formationsregeln reproduzieren – aufgefunden und eingesammelt werden. Ebenso sollen die wichtigsten heute am Diskurs teilhabenden oder von ihm betroffenen Akteure identifiziert werden, ihre Beziehungen untereinander und Positionierungen in Bezug auf die diskursiven Aussagen.

3.1. *Brasilianischer Nationaldiskurs*

Wenn wir hier von einem Diskurs brasilianischer Nationalität sprechen, so greifen wir in erster Linie auf die geschichtstheoretische Konzeption der zeitgenössischen brasilianischen Philosophin Marilena Chauí⁴⁰ zurück. Ebenso wird die wirtschaftshistorische Untersuchung Brasiliens von

⁴⁰ Marilena de Sousa Chauí (* 1941 in São Paulo) ist z.Z. Professorin für politische Philosophie an der Universität von

Andreas Novy⁴¹ (2001) herangezogen, die die Theorien von Celso Furtado⁴² mit moderner Regulationstheorie verbindet.

Chauí (2000) benutzt den Begriff „Gründungsmythos“, um die machtförmigen Zusammenhänge zu analysieren, die zur Entwicklung des brasilianischen Nationalstaates und den autoritären Tendenzen der heutigen brasilianischen Gesellschaft führten.

Der Ausgangspunkt ihres Fragens ist die Kraft und Beharrlichkeit mit welcher gewisse stereotype Repräsentationen, die Menschen in Brasilien von sich selbst haben, immer wieder auftauchen und offensichtlich dazu dienen, eklatante sozio-ökonomische, politische und kulturelle Widersprüche zu verdecken.

Bereits in der Schule wird den Brasilianern die Bedeutung ihrer Flagge beigebracht: Das grün entspräche den natürlichen Reichtümern, das goldgelb den Bodenschätzen und der blaue Himmel verweise auf die Tatsache, dass Brasilien von Gott gesegnet sei. Die Schrift „ordem e progresso“ (Ordnung und Fortschritt) auf dem weißen Band erkläre wer die BrasilianerInnen seien: ein ordnungsliebendes und fortschrittliches Volk. Ebenso wird bereits den Kindern erklärt, dass sie als Brasilianer eine Mischung von drei wertvollen Rassen seien: Den mutigen Indianern, den stoischen Schwarzen und den tapferen und gemütvollen Lusitanern⁴³. Aus dieser gelungenen Mischung entstammten der Samba und der den Brasilianern „im Blut liegende“ Rhythmus, wie er sich im Fußball zeige. Es gäbe in Brasilien keine Rassenvorurteile. So erschien die Mutter Gottes in Brasilien in Form einer schwarzen Statue⁴⁴. Die brasilianische Geschichte wurde ohne Blutvergießen geschrieben, mit der Ausnahme des Nationalhelden und Märtyrer der brasilianischen Unabhängigkeit Tiradentes⁴⁵

Umfragen⁴⁶ zeigen auf, dass 60 Prozent der Brasilianer stolz auf ihre Nationalität sind. Als Grund für diesen Stolz werden meist die allgemeinen Charakteristiken des Volkes angegeben, wie sie sich

São Paulo. Die beschäftigt sich u.a. mit der Geschichte moderner Philosophie, Ethik und Speziell mit Spinoza und Merleau-Ponty. Sie bekleidete eine Zeit lang das Amt der Kultursekretärin von São Paulo und ist Gründungsmitglied der brasilianischen Arbeiterpartei PT. (vgl. Wikipedia – portugues 2009, Stichwort Marilena Chauí und USP 2009)

⁴¹ Andreas Novy (* 1962 in Wien) ist Professor am Institut für Wirtschaftsgeographie der Wirtschaftsuniversität Wien. Er ist u.A. spezialisiert auf Entwicklungsforschung und Brasilien (vgl. WU 2009), Vortandsmitglied der Grünen-Partei Österreichs.

⁴² Celso Monteiro Furtado (* 1920 in Paraíba-Brasilien, † 2004 in Rio de Janeiro) war ein wichtiger brasilianischer Wirtschaftswissenschaftler und einer der bedeutendsten Intellektuellen Brasiliens im 20. Jahrhundert. Seine Ideen über Entwicklung und Unterentwicklung widersprachen den herrschenden Doktrinen und motivierten eine Politik staatlicher Intervention in wirtschaftlichen Bereichen. (vgl. Wikipedia portugues 2009, Stichwort Celso Furtado)

⁴³ Die Lusitaner werden als Ahnen der Portugiesen gesehen. (Wikipedia-deutsch 2009, Stichwort Lusitaner)

⁴⁴ „Nossa Senhora da Conceição Aparecida“ ist die Schutzheilige Brasiliens. Der Glaube basiert auf dem Fund einer Marienstatue aus dunklem Holz, die im 18. Jht. auf wundersame Weise von Fischern in einem Fluss gefunden wurde.

⁴⁵ Tiradentes (eigentlich Joaquim José da Silva Xavier; * 1746; † 21. April 1792 in Rio de Janeiro (hingerichtet)) war ein Verschwörer gegen die portugiesische Kolonialmacht in Minas Gerais und ist heute Nationalheld Brasiliens. (Wikipedia-deutsch 2009)

⁴⁶ Die Umfragen wurden 1995 von der Marktforschungsagentur „Vox Populi“ und dem Forschungszentrum der der Stiftung „Fundação Getulio Vargas“ durchgeführt. (Chauí 2000, S.6)

in Sport, Musik und Karneval zeigten. Nur 4 Prozent schämen sich ihrer Nationalität. Es ließen sich daher feststellen, dass die Brasilianer eine homogene Vorstellung (Repräsentation) von sich selbst und ihrem Land hätten. (Chauí 2000, S.4)

Die Missstände des Landes werden auf äußere feindliche Elemente zurückgeführt, wie der Kolonisierung durch die Portugiesen oder Ausbeutung durch die „Gringos“.

Brasilien sei von Gott und der Natur begünstigt. Was fehle, sei die Modernisierung durch Technologie und Wirtschaft.

Die überzeugende Kraft dieser Vorstellung zeigt sich, wenn offensichtliche Widersprüche nicht wahrgenommen werden. Jemand kann zugleich von den „primitiven Indianern“, den „faulen Schwarzen“ oder den „dummen Portugiesen“ sprechen, und zugleich seinen Stolz auf Brasilien bezeugen, da es ein „Land ohne Vorurteile“ sei. Es kann in einem Atemzug die Existenz der Straßenkinder und die Massaker an den Landlosen beklagt und zugleich der Stolz auf Brasilien als friedliches Land bekundet werden. (vgl. Chauí 2000, S.4)

Was versteht Chauí nun unter dem Begriff „Gründungsmythos“?

Zunächst bestimmt Chauí (2000, S.5) den Begriff des Mythos: Sie versteht darunter - im anthropologischen Sinn⁴⁷ - Erzählungen, die imaginäre Lösungen für reale Spannungen und Widersprüche liefern. Im psychoanalytischen Sinn verweist der Mythos zugleich auf die Wiederholung einer imaginären Ereignisses und somit auf eine Blockade, was die Wahrnehmung und den Umgang mit der Lebenswirklichkeit betrifft.

Der Gründermythos ist ein Mythos, der unaufhörlich neue Sprachlichkeiten, neue Werte und Ideen für seinen Ausdruck findet, so dass er immer neu erscheint obwohl er immer nur sich selbst reproduziert.

Gründung (portugiesisch: „Fundação“) unterscheidet sich insofern von Entstehung (portugiesisch: „Formação“), als dass die Entstehung auf ökonomische soziale und politische Umstände verweist, die ein historisches Ereignis oder eine Transformation hervorbringen. Gründung bezieht sich hingegen auf einen imaginären vergangenen Moment, der gewissermaßen von außerhalb der Geschichte, aus der Transzendenz heraus die Gegenwart beeinflusst.

(Chauí 2000, S.5)

Der Gründungsmythos hat ein anfängliches Repertoire von Repräsentationen der Wirklichkeit, die sich in der Folge immer neu gruppieren. Neue ideologische Elemente werden entsprechend der Aktualität integriert, so dass der Mythos sich unbegrenzt wiederholen kann. (Chauí 2000, S.6)

Der Mythos reproduziert sich physisch in Form von Zeichenträgern, die Chauí als Semiophoren⁴⁸

⁴⁷ Chauí knüpft, auch wenn sie das in ihrem Werk kaum expliziert an die Mythenanalyse von Claude Lévi-Strauss an.

⁴⁸ Das ähnlich geformte deutschsprachige Wort Semaphor (sächlich oder männlich, in Österreich nur männlich, von griechisch σема sema „Zeichen“ und φερειν pherein „tragen“) bedeutet allgemein Signalmast oder Winksignal.

bezeichnet. Der Semiophor war bei den alten Griechen sowohl der Wegweiser als auch die Kriegsstandarte. Für Chauí bedeutet er eine Kommunikation mit dem Unsichtbaren, ein Zeichen der Vergangenheit oder des Himmels mit einer Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft der Menschen. Sein Platz ist öffentlich: heilige Orte, Tempel, Museen etc. Er bürgt für Gefühle von Verbundenheit und Einheit.

Semiophoren sind Insignien von Macht und Prestige: Reliquien, Statuen, Fussballtrophäen etc.. In diesem Zusammenhang ringen die politische religiöse sowie die wirtschaftliche Macht immer wieder um den Besitz der Semiophoren, da sie dadurch Glaubenssysteme oder Institutionen sozialer Kontrolle aufrecht erhalten können.

Zur Rechtfertigung der Souveränität des Staates über die Semiophoren muss ein allgemeines Semiophor als Grundlage geschaffen werden. Dieses Grund-Semiophor ist die Nation. In der Nation reproduzieren sich die weiteren nationalen Semiophoren, wie Fahne oder Hymne.

(Chauí 2000, S.9)

Von den kolonialen „Entdeckern“ Brasiliens wurden – wie wir später näher erläutern werden – ganz bestimmte christliche Mythen aus machstrategischen Gründen mit dem Land und seinen Bewohnern in Zusammenhang gebracht. Dadurch war das anfängliche Repertoire des Gründungsmythos festgelegt. Er wurde im Lauf der brasilianischen Geschichte in verschiedenen Versionen reproduziert und diente herrschenden Gruppen immer wieder zur Aufrechterhaltung des Systems.

Brasilien ist also entsprechend Chauí nicht entdeckt worden, sondern wurde von Europäern – bereits vor der „Entdeckung“ – erfunden. Auch im Übergang von der Kolonie zur Republik und in der relativ rezenten Herausbildung der Nation stand der Prozeß unter dominantem europäischen Einfluss. Der von den Europäern geschaffene Mythos lebt bis heute fort und hält die Strukturen der Herrschaft einer Elite und regionaler Oligarchien aufrecht. Die tief verwurzelten Nationalmythen verdecken nach wie vor soziale Differenzen, blockieren Konfliktaufarbeitungen und vermindern Gestaltungschancen auf Seiten subalternen Gruppen.

Es läßt sich in der von Chauí beschriebenen Konstellation – auch wenn sie selbst den Begriff nicht verwendet – folgende *hegemoniale Subjektkonstitution* ausmachen:

- Die Subjektposition – der/die BrasilianerIn – wird über seine Teilhabe am Gründungsmythos konstituiert. Das Subjekt ist als Bürger formal berechtigt am Diskurs teilzunehmen, jedoch ist seine Rolle durch Attribute wie ordnungs- und fortschrittsliebend etc. so beschaffen, dass Konflikt, Ungehorsam sowie Auflehnung strukturell unterbunden werden und in der Praxis keine Handlungsmöglichkeit darstellen.

(Wikipedia-deutsch 2009, Stichwort Semaphor)

Dieser hegemoniale Diskurs leitet sich historisch aus einem zwangsherrschaftlichen Diskurs her: Die Unterwerfung der UreinwohnerInnen und die Verschleppung und Unterjochung afrikanischer SklavInnen bedurften bereits diskursiver Legitimationen seitens der Kolonialherren, durch die diese Gruppen als Objekte konstruiert werden konnten.

Der heutige – einigen Gruppen gegenüber hegemoniale - Nationaldiskurs ist nach wie vor großen Gruppen gegenüber massiv zwangsherrschaftlich: Zirka 37 Millionen Menschen in Brasilien leben mit weniger als zwei Dollar pro Tag. (Actionaid 2009) Diese Gruppen - Landlose, in Schuldknechtschaft gehaltene Lohnarbeiter in monokultureller Landwirtschaft und Holzkohleproduktion⁴⁹, Rinderhirten, Subsistenzbauernfamilien im Amazonas und im Nordosten, Hausangestellte, Straßenkinder und viele vertriebene und bedrohte Indigene - sind de facto jeglicher Chance auf Gestaltung ihrer Lebenswirklichkeit beraubt und permanent Opfer sozio-ökonomischer und physischer Gewalt. Zugleich sind es – wie die historische Darstellung von Chauí aufzeigt - dieselben Mythen, auf Basis derer Zwang und Hegemonie, beziehungsweise Objekt- und Subjektkonstitution in Brasilien funktionierten und funktionieren.

3.2. Globalozentrischer Diskurs nachhaltiger Entwicklung

Die in diesem Abschnitt vorgenommene Untersuchung basiert erstens auf den Theorien des kolumbianischen Anthropologen Arturo Escobar⁵⁰, der in seinem Werk „Encountering Development: The Making and Unmaking of the Third World“ eine Untersuchung des Diskurses internationaler Entwicklung bereits im Jahr 1995 unternahm.

Zweitens kommen aktuellere Analysen der deutschen Politikwissenschaftler Ulrich Brand⁵¹ und Christoph Görg⁵² zum Einsatz, in denen die beiden Autoren den fortgeschritteneren Ausprägungen

⁴⁹ Entsprechend den Daten der christlichen Landpastorale „Comissão Pastoral da Terra“ (CPT) war die Holzkohleproduktion mit 17% im Jahr 2008 der zweitgrößte Verantwortliche für Sklavenarbeit in Amazonien. Die größte Häufung der Fälle von Sklaverei findet sich mit 51% bei den Hilfsarbeitern auf den Großgrundbesitzen. (vgl. ReporterBrasil 2009)

⁵⁰ Arturo Escobar (geb. in Manizales, Kolumbien) ist ein Professor für Anthropologie an der University of North Carolina in Chapel Hill. Seine Forschungsinteressen sind u.A. politische Ökologie, Entwicklungsanthropologie, soziale Bewegungen in Lateinamerika, Entwicklung der Vision einer post-development Ära. Seiner Erfahrung mit der kolumbianischen sozialen Bewegung des „Proceso de Comunidades Negras“ (PCN) kommt dabei besondere Bedeutung zu. (vgl. UNC 2009)

⁵¹ Ulrich Brand (geb. 1967 in Konstanz-Insel Mainau) ist z.Z. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Er befasst sich u.A. mit der Entwicklung neogramscianischer Ansätze zur kritischen Analyse von Machtmechanismen und Wissensproduktionen auf Gebieten wie internationale Entwicklung, Biodiversitätspolitik, und Zivilgesellschaft. Ulrich Brand ist nicht nur theoretisch mit dem Thema befasst, sondern nimmt auch aktiv an sozialen Bewegungen teil, wie zum Beispiel Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) Kampagne gegen Biopiraterie, Attac und Weltsozialforum. Er hat langjährige Erfahrung mit Lateinamerika (Studium in Buenos Aires und Forschung in Mexico) (vgl. UNIVIE 2009)

⁵² Christoph Görg (geb. 1958) ist Professor für politikwissenschaftliche Umweltforschung, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Universität Kassel. Er arbeitet zu Themen der politischen Soziologie (Staat, soziale

des Diskurses im Kontext der Internationalisierung des Staates nachgehen. Dabei entwickeln sie unter Zuhilfenahme neogramscianischer Staatstheoretischer (Poulantzas, Jessop) und sozio-ökonomischer (Regulationstheorie) Konzeptionen ein spezifisches begriffliches Instrumentarium. mithilfe dessen diskurskritischer Untersuchungen nationaler und internationaler Entwicklungen im Zusammenhang mit der Entstehung von Begriffen wie Biodiversität und Nachhaltigkeit und von internationalen Regelwerken – Insbesondere der CBD – sehr detailliert durchgeführt werden können.

Die Formationsregel des hier als Globalozentrischer Diskurs nachhaltiger Entwicklung bezeichneten Diskurses lässt sich nicht in Form einer knappen definitorischen Bestimmung angeben. Dies liegt nicht bloss an der Komplexität seiner Dynamik, sondern an der Tatsache, dass es sich um eine Verflechtung verschiedener nicht zeitgleich gebildeter Diskurse handelt. Als Ausgangsdiskurs lässt sich dabei erstens der von Escobar beschriebene Development-Diskurs ausmachen und zweitens – als spätere Entwicklung – eine Verflechtung naturwissenschaftlich-technologischer Wissensproduktionen, in deren Zentrum die Begriffe Nachhaltigkeit und Biodiversität stehen, sowie die Konstitution geistiger Eigentumsrechte über biologische Vielfalt.

3.2.1. Erstens: Die Konstitution der „Unterentwickelten“

Arturo Escobar sieht in der Antrittsrede des US-amerikanischen Präsidenten Harry Truman von 1949 den Auftakt zu einem weltumspannenden Diskurs der Entwicklung. Es gälte die Armut in der „unterentwickelten Welt“ zu bekämpfen.

In den folgenden Jahrzehnten wurde die Realität durch den Entwicklungsdiskurs gleichsam kolonisiert. Diejenigen, die mit dem kapitalistischen Modell nicht übereinstimmten und um alternative Modelle unter Titeln wie „andere Entwicklung“, „partizipative Entwicklung“, „sozialistische Entwicklung“ kämpften, mussten dennoch den mit dem Begriff Entwicklung vorgeschriebenen Diskurs annehmen.⁵³ So wird verständlich, wieso so viele Länder nach dem zweiten Weltkrieg begonnen haben sich als „unterentwickelt“ zu begreifen und sich den systematischen Interventionen der Entwicklung zu unterziehen.

In der Folge wurden jedoch auch neue Werkzeuge zur Analyse dieser Kolonisierung der Realität entwickelt. Diese Werkzeuge basieren auf der Anwendung der Untersuchungen von Michel Foucault zu Diskurs und Macht auf die koloniale und postkoloniale Situation. Die Diskursanalyse

Bewegungen, NGOs), der Umweltsoziologie und der Regulationstheorie. (vgl. UFZ 2009)

⁵³ Als Beispiele solcher im Development Diskurse verhafteten Bewegungen nennt Escobar (1995, S.227) die Befreiungspädagogik von Paulo Freire (1970) und die Geburt der Befreiungstheologie in Medellin 1964, sowie die Kritik am intellektuellen Kolonialismus (Fals Borda 1970)

wurde zum methodologischen Vehikel eines diskursiven Aufstands diverser postkolonialer Autoren in verschiedenen Weltteilen:

So beschreibt Edward Said in seinem Werk *Orientalism* (1979, zit. in Escobar 1995, S.7) mit welcher enorm systematischer Disziplin die europäische Kultur fähig war, den Orient zu produzieren und politisch zu managen.

Mudimbes Re-Interpretation der Geschichte Afrikas führt in seinem Werk „*The Invention of Africa*“ (1988, zit. in Escobar 1995, S.7) zu einer Infragestellung des Begriffs Afrika. Er meint, dass diese kritische Arbeit den Weg bereiten könne für eine Neubegründung und Wiederaufnahme einer unterbrochenen Geschichte. Dadurch könnten neue und eigene sozio-kulturelle Modelle – in einem zugleich zunehmend transnationalen Kontext – geschaffen werden.

Timothy Mitchell (1988, zit. in Escobar 1995, S.7) analysiert die spezifischen Methoden, Ordnungen und Wahrheiten des modernen Westens und ihre Auswirkungen auf Ägypten.

Die Machtausübung durch die westlichen Diskurse wird von den oben genannten Autoren als „the colonialist move“ bezeichnet. Laut Homi Bhabha (1990, S.72, zit. in Escobar 1995, S.9) funktioniere der kolonialistische Diskurs als Apparat, der die Anerkennung und Verleugnung ethnischer, kultureller und historischer Differenzen in Gang setze. Seine strategische Funktion sei die Schaffung eines Raums der „Subject Peoples“, sein Ziel die Kolonisierung durch die Konstruktion einer Bevölkerung der Degenerierten. Dieser Apparat wurde zwischen 1945 und 1955 geschaffen. Der durch diesen Apparat geschaffene Raum sei zugleich ein geopolitischer Raum, eine Serie von „imaginären Geographien“. (vgl. Said 1979, zit. in Escobar 1995, S.9). Der Wille zur „Raummacht“ (vgl. Slater 1993, zit. in Escobar 1995, S.9) ist ein wesentliches Element der Entwicklung und liegt den Unterscheidungen von erster und dritter Welt, Zentrum und Peripherie zugrunde. Trotz der zunehmenden Dezentralisierung der Welt, der kulturellen Globalisierung und der Bildung eines Netzwerks der Weltstädte bestehen diese Räume weiter in ihrer Verflochtenheit mit Geschichte, Geographie und Modernität.

Entwicklung ist für Escobar (1995, S.9) eine historisch einzigartige Erfahrung, die Schaffung einer Domäne von Gedanken und Tat. Sie ist durch drei Achsen definiert: Formen des Wissens, Machtsysteme und Formen der Subjektivität. Repräsentationsregimes sind dabei Orte des Zusammentreffens verschiedener Sprachen innerhalb dieser Domäne: Sprachen der Vergangenheit und der Gegenwart, des Selbst und des Anderen. In diesen Räumen werden Identitäten konstruiert und Gewalt begründet.

Die Aufzeichnung dieser Räume resultiert in einer Kartographie der Repräsentationsregimes, wie sie etwa von Deleuze (1988, zit. in Escobar 1995, S.10) unternommen wurde. Escobar versteht sein Werk als allgemeine Karte zur Orientierung innerhalb der Diskurse zur Produktion der „dritten

Welt“ . (Escobar 1995, S.10)

Wenn Foucaults Behauptung stimmt, wonach der modernen Ordnung und den Wissenschaften eine „anthropologische Struktur“ zugrunde liege (Foucault 1975, S.198, zit. in Escobar 1995, S.11), dann müsse untersucht werden, in welchem Ausmaß diese Struktur das Regime der Entwicklung hervorgerufen habe. In diesem Sinn meint Paul Rabinow (1986, S.241, zit. in Escobar 1995, S.11): „We need to anthropologize the West“ . Es gelte zu zeigen, wie exotisch die westliche Konstitution der Wirklichkeit sei und weiters zu zeigen, wie sehr ihr Wahrheitsanspruch an soziale Praktiken geknüpft sei.

Dieser Gegendiskurs erreicht aber nur wenige und für die meisten westlichen Menschen ist die „dritte Welt“ kaum ohne die stereotypen Bilder von Übervölkerung, Analphabetismus, Hunger und Armut denkbar.

Für die reale drastische Zunahme des Elends in den Peripherieländern in den letzten Jahrzehnten durch Landflucht, Verstädterung, Umweltzerstörung, sowie ökonomische und politische Instabilität, kann das mittlerweile seit über 50 Jahren betriebene internationale Entwicklungsprojekt verantwortlich gemacht werden. Die von Truman proklamierte Idee von Entwicklung kann – oder könnte – also de facto als gescheitert betrachtet werden. Dennoch ist der Development-Diskurs nach wie vor bestimmend im Alltagsbewusstsein der Menschen und wirkmächtig bei politischen und sozioökonomischen Entscheidungsprozessen. Der Entwicklungstheoretiker Wolfgang Sachs vergleicht die Entwicklungsidee mit einer Ruine, deren Schatten die intellektuelle Landschaft beherrsche und unseren Blick verdunkele. Die Rede von der Entwicklung durchzieht nicht nur öffentliche Erklärungen, sondern auch den Sprachgebrauch der Basisbewegungen. (vgl. Sachs 1992, S.5)

Die hegemoniale Formationsregel des Development-Diskurses lässt sich in ihrem Kern folgendermassen zusammenfassen:

- Menschen außerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung industrialisierter Länder wird – bei gleichzeitiger systematischer Auslöschung ihrer kulturellen Differenzen – eine Subjektposition zugeschrieben, die sie als „unterentwickelt“ und damit diese Gesellschaftsordnung anstreben bestimmt. Die weltweite Ausbreitung dieser Ordnung durch „Entwicklung“ wird als „globales Allgemeininteresse“ formuliert.

3.2.2. Zweitens: Die Konstitution von Biodiversität als Ressource und Eigentum

Die Thematisierung der ökologischen Krise in den 1970er Jahren brachte neue diskursive Veränderungen im Development-Diskurs in Gang. Insbesondere kam dem Begriff der Ressource neue Bedeutung zu. Die Beschreibung der Probleme, sowie die Suche nach ihren Lösungen wurden – quasi selbstverständlich – als Aufgabe von NaturwissenschaftlerInnen und EntwicklungsexpertInnen verstanden. Es galt allgemein die Sichtweise, wonach es sich um grundsätzlich technische, nicht gesellschaftliche Probleme handle.

Dieser Prozess wurde anfangs auch von den Sozialwissenschaften nicht hinterfragt, beziehungsweise die neue Entwicklung wurde – wie Brand und Görg (2003) es ausdrücken - von ihnen verschlafen. Sie befassten sich – wie schon zu Beginn dieser Arbeit erwähnt - mit einem „naturfrei“ vorgestellten „Sozialen“. Die stillschweigende Annahme einer zunehmenden Naturbeherrschung hatte zu der abnehmenden Relevanz der Natur in gesellschaftlichen Entwicklungen geführt. Erst Mitte der 1980er Jahre, als es deutlich wurde, dass man es nicht mit isolierten Umweltproblemen zu tun hatte, begann man die Natur und Gesellschaft umfassende Dimension der Krise zu erkennen.

Der von Brand und Görg (2003) in diesem Zusammenhang gebrauchte Begriff „Naturverhältnisse“ stammt aus der marxistischen Tradition und steht im Mittelpunkt der „Dialektik der Aufklärung“ von Horkheimer und Adorno, für die der soziale Prozess konstitutiv mit Natur vermittelt ist. Demnach führt Naturbeherrschung nicht zu einem Mehr an Kontrolle sondern schlägt in die Destruktion der Natur und immer größere Abhängigkeit von den Folge- und Nebenerscheinungen der Naturbeherrschung zurück. Damit ist zugleich auch die Natur nicht mehr als vom Sozialen losgelöst denkbar, da es von menschlicher Aktivität unberührte Natur so gut wie nicht mehr gibt.

Adorno bezeichnet diese Unbeherrschbarkeit der Natur als deren „Nichtidentität“.

In diesem Sinn liegt es an den Sozialwissenschaften, die verabsäumte Beschäftigung mit dem Verhältnis Gesellschaft – Natur wieder aufzunehmen, beziehungsweise die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (ebd. S.17) zu untersuchen.

Der Ausgangspunkt einer solchen kritischen Theorie der Naturverhältnisse ist in den Prozessen der sprachlich-diskursiven Konstruktion der Natur gegeben. Hierbei ist die Dominanz der wissenschaftlich-technischen Konstruktionen gegenüber anderen kulturellen Konstruktionen innerhalb der Pluralität gesellschaftlicher Naturverhältnisse festzustellen. Zugleich ist eine teilweise Aufwertung traditionellen Naturwissens und ihrer TrägerInnen durch die ökologische Krise zu beobachten.

Letztlich wiegt jedoch das die Nichtidentität der Natur ignorierende Beherrschungsparadigma vor,

und wird in Form der Kommerzialisierung in verstärkter Form fortgesetzt.

Die Beherrschungsstrategien haben zu einer „Herrschaft der Nebenfolgen“ (Ulrich Beck, zit. in Brand und Görg 2003, S.18) geführt und die Verwertung der Natur wird zunehmend von Bemühungen begleitet, ihre destruktiven Folgen abzumildern oder reaktiv zu beseitigen, eben technologisch konzipierten Naturschutz zu betreiben. Man kann diesen Zustand als eine reflexive Form der Naturbeherrschung bezeichnen. (Brand und Görg 2003, S.18)

Der zunächst als Beseitigung der Nebenfolgen technologisch-ökonomischer Entwicklung verstandene Naturschutz nahm eine neue Wende durch das Konzept der „nachhaltigen Nutzung“ und „nachhaltige Entwicklung“. Natur solle nicht gegen die Menschen geschützt werden, sondern im Gegenteil, von ihnen genützt werden, sodass die Natur – nun unter dem Blickwinkel der *biologischen Ressourcen* – nicht zerstört werde und auch für die kommenden Generationen nutzbar bleibe. Ökonomische Entwicklung sei also grundsätzlich mit der Bewahrung der Natur vereinbar und könne also weiter betrieben werden, sofern sie die Prinzipien der Nachhaltigkeit nicht verletze. Seine besondere Dynamik erhält der Diskurs der nachhaltigen Entwicklung durch die Einführung des Begriffs der Biodiversität und der Expertisen über deren fortschreitende Erosion.

Biodiversität bezeichnet die Synthese aus Artenvielfalt, genetischer Vielfalt und Vielfalt von Habitaten und Ökosystemen. Der Begriff setzt sich ab Mitte der 1980er Jahre durch. Er war ursprünglich technisch konzipiert, wird aber zugleich häufig metaphorisch überhöht, wenn etwa von der „Vielfalt des Lebendigen“ gesprochen wird.

Biodiversität weist dabei als Gegenstandsbereich widersprüchliche Aspekte auf: So sind die zum Beleg des Artensterbens genannten Zahlen ungenau und vorläufig: Die Gesamtzahl der Arten ist unbekannt, wobei das United Nations Environment Programm - UNEP 1,75 Millionen identifizierter Arten angibt, und als glaubhafte Obergrenze der heute existierenden Arten zwischen 13 und 14 Millionen. (Heywood 1995, zit. in Brand und Görg 2003, S.56)

Gemäss der an der Erosion der Artenvielfalt ausgerichteten Problemdefinition haben wir es mit der 6. Extinktionswelle im Laufe der Erdgeschichte zu tun, wobei diese durch anthropogene Veränderungen verursacht sei. (ebd. S. 57)

Eine andere Beschreibung der Problemlage stützt sich auf die sowohl ökologische als auch ökonomische Nützlichkeit der Biodiversität, wie die Stabilität von Ökosystemen und den Gewinnen, die aus genetischen Ressourcen gezogen werden können.

Die Antworten auf wesentliche Fragen bleiben in der Meinung von Brand und Görg (ebd.) unbeantwortet: Was genau ist das Problem? Wie ist es für wen ein Problem geworden? Warum ist dieses Problem mit welchen Mitteln anzugehen? Es geht also nicht um die Lösung eines vorgegeben Problems, sondern um seine Definition, und damit um einen weltweiten Konflikt um

die Regulation der Naturverhältnisse. In diesem Sinn ist es nach Brand und Görg (ebd. S. 58) irreführend anzunehmen, der Begriff Biodiversität beruhe auf einem wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt: „Seine Breite und seine Unschärfe prädestinieren ihn dazu, diese unterschiedlichen Konflikte einerseits in sich aufzunehmen, sie andererseits aber auch wieder zu verdecken.“ Es müsse ein externer Grund für seine Entstehung gesucht werden, die strategische Motivation, die die Zusammenführung der heterogenen Forschungsfelder in ihm bewirkt - in foucaultschen Begriffen: die Formationsregel des Diskurses.

Welche sind also die verschiedenen Interessen, die in dem Begriff Biodiversität ihren vermeintlichen gemeinsamen Nenner finden? Die Betrachtung der einzelnen Akteure des Diskurses, insbesondere der stakeholders innerhalb der CBD wird diesen Punkt genauer beleuchten. Dennoch soll die Bandbreite und Heterogenität dieser Interessen schon hier kurz aufgezeigt werden: Entsprechend dem ökosystemaren Ansatz (wie er auch in der CBD verankert ist) manifestiert sich der Nutzen der Biodiversität durch die Vielfalt der Ökosysteme. Die Ökosystemdienstleistungen (engl. ecosystem services) seien von der Natur erbrachte Dienstleistungen und umfassen die Bereitstellung einer enorm breiten Palette von Ressourcen. Entsprechend eines vom World Resources Institute erstellten Berichts (MEA 2005, Biodiversity Synthesis, S.7) teilen sich diese Dienstleistungen in vier Gruppen. Erstens bereitstellende Dienstleistungen: Nahrung, Wasser, Holz, Fasern, genetische Ressourcen;

Zweitens regulierende Dienstleistungen: Regulierung von Klima, Überflutungen, Krankheiten, Wasserqualität, Abfallbeseitigung; Drittens kulturelle Dienstleistungen: Erholung, ästhetisches Vergnügen, spirituelle Erfüllung; und viertens, die drei ersten Kategorien unterstützende Dienstleistungen: Bodenbildung, Nährstoffkreislauf.

Der Nutzen all dieser Dienstleistungen garantiere die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse nach Sicherheit, Gesundheit, Wohlstand und sozialen Beziehungen und resultiere (ebd. S.7) in einem allgemeinen Nutzen der als „freedom of choice and action“ formuliert wird: Wahl- und Handlungsfreiheit der Individuen.

Diese Art von grossflächiger, zunächst technisch gehaltener Einteilung, bei der dann aber letztlich der nicht bloß materielle, sondern ideelle Wert der Natur als die Menschheit vereinendes Ideal hervorgehoben wird, ist typisch für die Textproduktionen rund um den Begriff Biodiversität. Was dabei systematisch übersehen beziehungsweise verdeckt wird, ist die völlige Verschiedenheit der hier als Ressourcen zusammengefassten Begriffe: Nahrung und Wasser werden in einem Atemzug mit „genetischen Ressourcen“ genannt, wobei – wie Brand und Görg bemerken – der Status genetischer Information als Ressource noch unausgegoren ist, da diese erst durch wissenschaftlich-technologische Entwicklungsstrategien zur Ressource gemacht wird. (Brand und Görg 2003,

S.215) Und selbst wenn man sie als Ressource gelten ließe: für wen ist sie nutzbar, welches konkrete politische oder wirtschaftliche Interesse knüpft sich an sie? Inwieweit kann diese Interesse überhaupt mit dem nach Nahrung oder Wasser verglichen werden? Die durch Klima- und Umweltkatastrophen von den reichen Ländern befürchteten Sicherheitsprobleme (ökologische Flüchtlinge, politische Instabilitäten) werden mit der Gier der Industrien dieser Länder nach Rohstoffen, und darüber hinaus mit spirituellen Werten der Natur in ein Schema gepresst, als unter einen Begriff gehörend und damit kompatibel und letztlich „allen Menschen nutzbringend“ deklariert: „Biodiversity is the foundation of ecosystem services to which human well-being is intimately linked“ (MEA 2005, S.18).

Es drängt sich die pointiert formulierte Frage auf: Was leistet diese dem Begriff Biodiversität anhaftende „systematische Ungenauigkeit“? Dem Gedanken von Brand und Görg folgend könnte man sagen: Durch die Formulierung eines grundsätzlich fiktiven Allgemeininteresses – Nutzung und Bewahrung der „Biodiversität“ – wird ein Terrain geschaffen, auf dem einmal mehr verschiedene Akteure eine Chance auf Durchsetzung ihrer partikulären Interessen sehen.

Ein weiterer Faktor der zur Dynamisierung des Diskurses beiträgt, sind die zunehmenden Möglichkeiten von geistigen Eigentumstiteln im Zusammenhang mit Biodiversität.

Allerdings handelt es sich bei dem heutigen geistigen Eigentumsrecht nicht um weit mehr als nur eine Neuauflage des temporären Monopolrechtes, das Erfindern des 19. Jahrhunderts zugestanden wurde. Die Zulassung von Patenten auf Lebewesen ist eine juristische Revolution und eine grundsätzliche Veränderung der Bedeutung der Patente zeichnet sich ab. Durch den „Plant Act“ konnten ab 1930 in USA Eigentumsrechte auf Pflanzen angemeldet werden. Mit ersten Patentierungen von Mikroorganismen weitete sich das System auf die „Patentierung von Leben“⁵⁴ aus, am Ende des Jahrzehnts auf Tiere und schließlich durch den Fall Moore⁵⁵ auf Menschen. (vgl. Santos 2003, S.31ff)

Aufgrund der hohen Forschungs- und Entwicklungskosten ist die Sicherung des Eigentums an Technologien und genetischer Information zu einem zentralen Interesse dieser Industrien geworden: Nach Angaben der NGO ETC waren im Jahr 2000 drei Millionen Patentanträge beim US-amerikanischen Patentamt anhängig, etwa die Hälfte aller in den 200 davor liegenden Jahren erteilten Patente. (RAFI 2000, zit. in Brand und Görg 2003, S.25) Doch nicht nur die Anzahl an

⁵⁴ Die Patentierung von Leben nahm ihren Ausgangspunkt als 1980 in USA dem „Erfinder“ Ananda Chakrabarty ein Patent auf eine genetisch manipulierte Bakterie zugestanden wurde. 1985 wurde die erste Pflanze patentiert und bald danach Tiere. (vgl. Santos 2003, S.30f)

⁵⁵ Es handelte sich bei der Krankheit von John Moore um einen Spezialfall von Leukämie. Der Wert der Forschungsergebnisse, die durch Moore's Genmaterial ermöglicht wurden lag 1990 bei etwa 3 Milliarden Dollar. Moore prozessierte die Pharmafirmen, die sein Zellmaterial zu Geld benutzten, hatte aber keinen Erfolg. Das Gericht argumentierte, dass das Genmaterial – ähnlich wie Spitalmüll – im Prinzip wertlos sei und erst durch das Wissen der Spezialisten Wert gewonnen hätte. (vgl. Santos 2003 S.31ff)

Patentanträgen steigt alljährlich rapide an, es vergrößert sich auch der rechtliche Geltungsbereich von Patenten, indem durch das WTO/TRIPs Abkommen nationale IPR-Regelungen homogenisiert werden. Der von der World Intellectual Property Organization – WIPO verwaltete Patent Cooperation Treaty (PCT) erleichtert Firmen die simultane Absicherung des Patentrechts in mehreren Ländern. So stieg die Zahl der PCT-Patentanträge allein von 2004 auf 2005 um 9,4Prozent auf 134.000. Das Ungleichgewicht zwischen Nord- und Südländern ist hier exemplarisch: Die Spitzenreiter unter den Antragstellern sind europäische, japanische und US-Firmen. Nur 6,7 Prozent der Anträge stammen aus sogenannten Entwicklungsländern. (vgl. Wipomagazine 2009)

Durch die Verschränkung der diskursiven Produktion von Biodiversität, nachhaltiger Nutzung und geistigem Eigentum wird die Inwertsetzung der biologischen und genetischen Ressourcen ermöglicht, und damit die fortschreitende kapitalistische Verwertung und Beherrschung von Natur. Dieses neue – von Brand und Görg (2003, S.53) als Inwertsetzungsparadigma bezeichnete Naturverhältnis – bildet das Zentrum des hier beschriebenen globalozentrischen Diskurses nachhaltiger Entwicklung.

Um abschließend die oben beschriebenen Verflechtungen noch einmal in ihrem begrifflichen Zusammenhang mit der Subjektkonstitution des Development Diskurses zu verdeutlichen, lässt sich ergänzend folgende Zusammenfassung der Hauptaussagen des globalozentrischen nachhaltigen Entwicklungsdiskurses in Bezug auf Biodiversität vornehmen:

- Biodiversität – als hauptsächlich im globalen Süden verortetes, einerseits bedrohtes und andererseits ökonomisch-technologisch nutzbares und aneigenbares Konglomerat von Artenvielfalt, ökosystemarer und genetischer Vielfalt – stellt in Hinblick auf ihre Erhaltung eine geteilte Verantwortung „entwickelter“ und „unterentwickelter“ Gesellschaften dar, und zugleich – in Hinblick auf ihre Inwertsetzung – eine Chance der „unterentwickelten“ Subjekte auf Entwicklung.

3.3. Akkumulationsregime, Regulationsweise und Internationalisierung des Staates

Nun sollen noch - in aller Kürze - für das Verständnis der zu beschreibenden Entwicklungen wesentliche politologische und ökonomische Begriffe eingeführt werden: Die Präzisierung der Begriffe Akkumulationsregime, Regulationsweise und Internationalisierung des Staates – wie sie vor Allem bei Brand und Görg (2003) vorgenommen wird – erlaubt es, die in den letzten

Jahrzehnten immer komplexer gewordenen Verflechtungen von sozio-ökonomischen, politischen und diskursiven Verflechtungen von Machtmechanismen zu beschreiben. Im nächsten Abschnitt werden diese Konzepte in ihrer konkreten Ausprägung im Zusammenhang mit brasilianisch-internationalen Entwicklungen wieder aufgegriffen und angewendet werden.

3.3.1. Akkumulationsregime und Regulationsweise

Brand und Görg (2003), sowie Novy (2001) beziehen sich mit diesen Begriffen auf die in Frankreich und Deutschland entwickelte Regulationstheorie die es erlaubt, historisch und räumlich verschiedene kapitalistische Formationen zu analysieren. Sie untersucht die Mechanismen, die die Reproduktion des Kapitalismus – als sozialem Verhältnis – ermöglichen: Institutionen, Normen, politisch-administrative Prozesse. (vgl. Brand und Görg 2003, S.20),

Regulationsweise bedeutet hierbei die „Gesamtheit institutioneller Formen, Netze, expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhältnissen im Rahmen des Akkumulationsregimes sichern“ (Lipietz 1985, S.121, zit. in Brand und Görg 2003, S.21) Dazu gehören gesellschaftliche Organisationen ebenso wie die staatliche Herrschaftsapparatur und das Hegemonialverhältnis im Sinne der verallgemeinerten Begriffe von Ordnung und Entwicklung der Gesellschaft.

Regulation muss zunächst von Regulierung unterschieden werden. Es wird dabei von einer „Zentrumslosigkeit“ der kapitalistischen Gesellschaft ausgegangen. Die Aussage „der Staat reguliert“ exemplifiziert laut Novy (2001, S.49) das simplifizierende Regulierungsdenken. Regulation hingegen ist als komplexer Prozess der Selbstregulation zu verstehen.

Die Regulation vollzieht sich mittels permanenter Auseinandersetzungen zwischen den Akteuren, in einem Prozess ohne Zentrum, ohne steuerndes Subjekt. Der Staat ist innerhalb dieser regulativen Prozesse ein wichtiger Knotenpunkt, aber auch zugleich deren Gegenstand und Produkt.

Der Begriff Akkumulationsregime bezeichnet einen „Modus der Produktion, [...] der für eine gewisse Zeit ein relatives Entsprechungsverhältnis zwischen den materiellen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Verbrauch gewährleisten kann“. (Lipietz 1985, S.120, zit. in Brand und Görg 2003, S.22)

Das Akkumulationsregime ist somit der wirtschaftliche Verwertungsprozess von der Produktion über die Vermarktung bis zum Konsum, der den Kreislauf „Geld – Ware – mehr Geld“ ermöglicht. Das routinisierte Handeln der Unternehmer ist grundlegend für seine Stabilisierung. (vgl. Novy 2001, S.49)

Im 20. Jahrhundert kann bis in die 1970er Jahre die schon von Gramsci (1991, 22. Heft) als „Fordismus“ bezeichnete Entwicklungsweise mit gewissen Normen der erhöhten Massenproduktion und des Massenkonsums für die Herausbildung eines stabilen Akkumulationsregimes ausgemacht

werden. (vgl. Novy 2001, S.51)

Regulationsweise und Akkumulationsregime sind das immer umkämpfte Produkt sozialer Auseinandersetzungen. Die Krise ist das Auseinanderbrechen von Regulationsweise und Akkumulationsregime. Dieses sucht die Regulationsweise zu verhindern, indem sie allgemein geteilte Orientierungen aufrecht erhält und Terrains zur Austragung der Konflikte definiert. Für die Herausbildung dieser Terrains ist heute die Internationalisierung des Staates entscheidend. (vgl. Brand und Görg 2003, S.22)

Die Ursache der Krise des fordistischen Systems in den 1970ern lag darin, dass das Akkumulationsregime nicht mehr ausreichte um unter den gegebenen Bedingungen (keynsianisch-wohlfahrtsstaatliche Regulationsweise) den Kapitalprofit zu gewährleisten.

Auch danach, im postfordistischen Entwicklungsmodus bleiben diese Prozesse krisenhaft umkämpft. Unter den Vorzeichen der Deregulierung der Kapital- und Finanzmärkte, Privatisierung, neuer Transport-, Informations- und Kommunikationstechnologien, grenzüberschreitender Unternehmensnetzwerke und Entgrenzung der Nationalökonomien erodieren in der postfordistischen Phase formalisierte Lohnverhältnisse und die Einkommensverteilung verschiebt sich hin zugunsten des Kapitals. (ebd. S.23)

3.3.2.Internationalisierung des Staates

Was verstehen nun in diesem Zusammenhang Brand und Görg konkret unter „Internationalisierung des Staates“?

Mit dem Untergang der Sowjetunion und der Dominanz der durch Kooperations- und Konfliktbeziehungen gebildete Triade Nordamerika, Europa, Südostasien/Japan unter Führung der USA ging eine tiefgreifende Transformation des Staates und des Staatensystems einher.

Die Schuldenkrise bildete den zentralen Hebel, durch den Peripherieländer auf ihre Rolle als Lieferanten von billigen Rohstoffen und Arbeitskräften beschränkt bleiben.

Die postfordistischen Verhältnisse – wenn auch ungleich prekärer als die fordistischen – basieren weiterhin auf billigen Vorleistungen oder geringeren Umweltstandards in den Peripherieländern. Das Austauschverhältnis zwischen Rohstoffen und Industriegütern verlagert sich weiter zu deren Ungunsten und es findet ein Transfer von den Peripherieländern in die Metropolen statt. (ebd. S.31f)

Die politikwissenschaftlichen Ansätze die sich mit dieser Internationalisierung des Politischen befassen – insbesondere die Beiträge zu Global Governance⁵⁶ - weisen nach Brand und Görg ein

⁵⁶ Global Governance soll bedeuten, den Prozess der Globalisierung politisch zu begleiten, die durch die Globalisierung entstehenden Probleme durch öffentliche und kooperative Politiken zu bearbeiten. Die Frage

markantes Defizit auf: Die Existenz des modernen Staates wird als eine Form politischer Herrschaft vorausgesetzt, ohne selbst gesellschaftstheoretisch analysiert und begründet zu werden. Die irreführende dichotome Unterscheidung von Markt und Staat bleibt bei dieser Sichtweise aufrecht. (ebd. S.32f)

Die Pluralität der Staaten selbst ist ein Reproduktionsmodus der kapitalistischen politischen Form. Sie spaltet soziale Gruppen entlang politischer Grenzen und ermöglicht die Herausbildung unterschiedlicher Produktions- und Verwertungsbedingungen. Sie schafft dadurch Ungleichheiten, die eine wesentliche Basis des globalen Akkumulationsprozesses darstellen. Diese Fragmentierung ist eine entscheidende Voraussetzung für die Stabilisierung des Weltmarktzusammenhangs. Sie ist – wie der Staat selbst – ein grundlegender Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses. (ebd. S.35)

Die neoliberale Globalisierungsstrategie zielt auf die Zerschlagung der den fordistischen Staatstyp der Nachkriegszeit charakterisierenden Klassenkompromisse.

Die bereits in der fordistischen Ära gewachsene Internationalisierung des Kapitals bildete den Hintergrund für erhebliche Veränderungen in den Beziehungen von Staat und Gesellschaft, sowie innerhalb der Staaten. Diese Veränderungen beschreiben Brand und Görg in Anschluss u.A. an Hirsch, Jessop und Poulantzas (2001) als die Internationalisierung des Staates.

Seit den Privatisierungen und Deregulationen in den 1980er Jahren treiben multinationale Unternehmen und internationale Finanzinstitutionen auf quasi entpolitisierte Weise, von demokratisch politischen Institutionen und Entscheidungsprozessen relativ unabhängig, Politik voran.

Dadurch wird der Staat zunehmend auf die Gewährleistung optimaler Kapitalverwertungsbedingungen ausgerichtet. In diesem Sinne verwendet Hirsch (1995, zit. in Brand und Görg 2003, S.39) den bezeichnenden Ausdruck „Wettbewerbsstaat“. In diesem Wettbewerbsstaat werden Finanzministerium und Zentralbank gestärkt. Die Möglichkeiten einer kohärenten auf den nationalen Raum bezogenen Regulierung verringern sich dabei.

Nach Brand und Görg ist „das räumlich fraktionierte und politisch wie ökonomisch seine Teile unterschiedlich integrierende und konkurrenzvermittelnde nationalstaatliche System ist ein generelles Strukturmerkmal des kapitalistischen Weltsystems.“(ebd. S.40)

internationaler Kooperation der - als souveräne Akteure verstandenen – Staaten steht dabei im Zentrum. Die wachsende Bedeutung internationaler Institutionen wird durch die Notwendigkeit der Lösung der Globalisierungsprobleme gerechtfertigt. In dieser Darstellung gerät die Umkämpftheit der Problemkonstitution und Lösungen aus dem Blick, sowie die Verflochtenheit von Politik und Ökonomie. Die Globalisierung wird als quasi-natürlicher und zuvorderst ökonomischer Prozess essentialisiert. Der Begriff Global Governance trägt somit entsprechend Brand und Görg nicht zur kritischen Betrachtung globalisierter Herrschaft bei, sondern bildet ein weiteres der vielen Terrains dar, auf denen Kämpfe über Reichtum, Macht und Wissen ausgetragen werden. (vgl. Murphy 2000, S.799, zit. In Brand und Görg 2003, S.33)

Es lässt sich dabei eine allgemeine Tendenz zur „Entpolitisierung der Politik“ feststellen: Es geht zunehmend darum, vermeintliche Sachzwänge zu exekutieren. Durch die Vorgaben des Marktes werden die politischen Gestaltungsprozesse ökonomisiert. So sind NGOs als Projekte durchführende, untereinander konkurrierende Organisationen „a consequence of neoliberal marketization“ (Murphy 2000, S.795, zit. in Brand und Görg 2003, S.40)

Ebenso verlagern sich Regulierungen auf subnationale und lokale Ebenen. Teilstaaten, Gemeinden, Städte beschreiten zunehmend eigene Entwicklungswege und Politiken der Standortkonkurrenz.

Politische Regulierungskomplexe werden in Form von formellen Regimes, Verträgen oder Netzwerken internationalisiert. Darin kann ein „neuer Konstitutionalismus“ (vgl. Gill 2000, zit. in Brand und Görg 2003, S.41) gesehen werden, der von den kapitalistischen Triadezentren vorangetrieben wird. Sie sichern ihre Dominanz über Organismen wie NATO, IWF, Weltbank, OECD, oder WTO ab.

Diese Netzwerke bleiben grundsätzlich die „the creatures of the most powerful of their state members“ (Murphy 2000, S. 793 , zit. in Brand und Görg 2003, S.41) Zugleich entwickeln sie aber auch ihre eigene Dynamik.

Ein wichtiger Aspekt in der Internationalisierung des Staates ist die Internationalisierung des Rechts. Dabei ist die Unterscheidung von Rechtsgeneration und Rechtsdurchsetzung im Auge zu behalten. Obgleich die Generation zunehmend internationalisiert wird, obliegt die Durchsetzung weiterhin den Nationalstaaten, die über das dazu notwendige Gewaltmonopol verfügen. (ebd. S.42)

Die gegenwärtige hegemoniale Ordnung weist grundsätzlich eine Charakteristik von hegemonialer Instabilität auf. Die verschärfte Abhängigkeitssituation und gescheiterte Entwicklungsstrategien führen in den Peripherieländern zu einer Perspektivlosigkeit die wenig Tendenzen von Stabilität absehbar macht. Man kann das heutige Nord-Süd-Verhältnis in Abwandlung von Gramsci als Hegemonie im Sinne von „Zwang mit selektiven Konsenselementen“ bezeichnen. (ebd. S.43)

Die Internationalisierung des Staates führt dazu, dass die liberalstaatlich demokratischen Institutionen auf einzelstaatlicher Ebene leerzulaufen drohen. Politische Entscheidungsprozesse werden zunehmend auf internationaler Ebene abgehandelt werden, und finden damit auf undurchsichtige und demokratisch nicht kontrollierbare Weise zwischen mächtigen staatlichen und privaten Akteuren statt. In diesem Zusammenhang kann von einer „Refeudalisierung“ der Politik gesprochen werden. Den Nationalstaaten verbleibt in diesem Szenario die Rolle der Garanten der sozialen Ordnung und der Eigentumsverhältnisse. (ebd. S.44)

Die Verdichtung der Kräfteverhältnisse findet bereits in den Nationalstaaten statt und diese verdichten sich dann auf einer zweiten Ebene erneut in Form der internationalen Institutionen. Bevor das „globale Allgemeininteresse“ formuliert werden kann, muss ein aus partikulären und

antagonistischen Interessen verdichtetes „nationales Interesse“ formuliert werden. Dieses Interesse ist im Sinne des „Staatsfetisch“ (Hirsch 1994) ebenso fiktiv wie das global formulierte. Deshalb sprechen Brand und Görg (2003, S.224) von der Priorität des nationalen.

Die globale Herrschaft in der Internationalisierung des Staates ist also weiterhin in der Ebene des Nationalstaates verankert. Es handelt sich bei der Internationalisierung des Staates letztlich um das Paradox einer national organisierten globalen Herrschaft. (ebd. S.227)

3.4. Die Verdichtung Brasiliens: Vom Garten Eden zum Nationalstaat

Kolumbus erwähnte in seinen Schreiben an die katholischen Könige, dass er für seine Fahrten weder Karten noch Kompass gebraucht habe: Die „Prophezeiungen von Jesaja und Abt Joachim“ seien für ihn ausreichend gewesen. (vgl. Chaui 2000, S.75) Mit Jesaja bezog er sich dabei auf die biblische Prophezeiung der Entdeckung der neuen Welt: „ Und ich will [...] Gerettete entsenden zu den Heiden [...] nach den fernen Inseln, die noch keine Kunde von mir erhalten und meine Herrlichkeit nicht gesehen haben; sie sollen meine Herrlichkeit unter den Heiden verkündigen.“ (Bibel-online 2009, Jesaja 55,18-19)

Die Darstellung von Kolumbus, er sei auf einer göttlichen Mission war von strategischer Bedeutung: sowohl für die Finanzierung seiner weiteren Expeditionen, als auch in Hinblick auf zu erntenden geschichtlichen Ruhm, sowie die Beteiligung an den aus der neuen Welt zu erwartenden Reichtümern. Beschreibungen des Paradieses – zugleich mit der mythischen Vorstellung des Orient verbunden - durchzogen das Mittelalter und verstärkten sich in der Renaissance. Die Utopien perfekter sonnengeleiteter Städte und des Eldorado bildeten die Grundlage für die Beschreibung der neuen Welt. All diese Vorstellungen siedelten sich im Kontext einer Eschatologie ⁵⁷ an: Die Ideen des von Kolumbus erwähnten Abtes Joachim von Fiore⁵⁸ - wonach der Menschheit ein erleuchtetes Zeitalter bevorstünde, dem aber noch ein Kampf gegen den Antichrist voraus gehen sollte - waren zu dieser Zeit in Europa verbreitet.

Quasi zeitgleich mit Kolumbus eiferte der portugiesische Seefahrer Pedro Álvares Cabral seinem König Manuel I gegenüber um den Rang als „Entdecker des Paradieses“.

Mittelalterliche Autoren hatten bereits von jenen gesegneten Inseln geschrieben, wo es ewige

⁵⁷ Eschatologie [zu griechisch *éshata* »Letzte Dinge«] die, Lehre von den Letzten Dingen; in verschiedenen prophetischen Religionen die Lehre von einem neuen Zustand der Welt nach Weltgericht und Weltende: als messianisches Reich (Judentum), Reich Gottes (Christentum) oder Paradies (Islam). In der christlichen Theologie beschreibt die Eschatologie die Vollendung des Einzelnen und der ganzen Schöpfung (Auferstehung der Toten, Jüngstes Gericht, Weltende). (Meyers 2009, Stichwort Eschatologie)

⁵⁸ Joachim von Fiore (auch: Joachim von Fiori, J. von Flore, de Flore, of Flora; * um 1130/1135 in Celico, Kalabrien; † 1202 in San Giovanni in Fiore) war Abt und Ordensgründer in Kalabrien und wirkte im 12. Jahrhundert als Geschichtstheologe. (Wikipedia-deutsch, Stichwort Joachim von Fiore)

Jugend gäbe und Mensch und Tier in Frieden lebten. Die Phönizier nannten diese Inseln „Braaz“ und die Irländer „Hy Brazil“. Landkarten von 1325 und 1482 zeigen bereits im Osten Irlands und im Süden der Azoren die „Insulla de Brazil“ oder „Isola de Brazil“

Cabrals Berichterstatte Pero Vaz de Caminha (1999, zit. in Chauí 2000, S.60) schliesst in dem Brief an den König thematisch an diese Phantominseln an, wenn er die Schönheit der entdeckten – zunächst von Cabral „Ilha de Vera Cruz“ genannten - Insel und ihrer Einwohner beschreibt.

Brasilien war also längst beschrieben, bevor das Land physisch entdeckt wurde. Die sichtbaren Entdeckungen wurden aus machstrategischen Beweggründen mit dem unsichtbaren imaginären – dem Garten Eden – assoziiert.

Dabei war es wichtig für die Portugiesen, die Exklusivität des Paradies-Anspruches gegenüber dem restlichen kolonialen Amerika abzusichern. Aus dieser Perspektive schreibt Padre Antonio Vieira⁵⁹ die „Geschichte der Zukunft des fünften Weltreiches und die Hoffnungen Portugals“, worin er zeigt, dass es Portugal sei, das die Prophezeiungen von Daniel und Jesaja erfülle. Brasilien sei das von Daniel prophezeite fünfte Imperium. Die Details in Jesajas Prophezeiungen wiesen darauf hin, dass er sich nicht auf ganz Amerika beziehe, sondern spezifisch auf Brasilien. (Chauí 2000, S.77)

Bereits in diesen Anfängen der diskursiven Produktion Brasiliens lassen sich zwei Aussagen ausmachen, die sich im Laufe der brasilianischen Geschichte in verschiedenen Abwandlungen reproduzieren sollten. Sie entsprechen dem was Marilena Chauí als „Heiligung der Natur“ und „Heiligung der Geschichte“ bezeichnet:

- **Die Aussage der brasilianischen Natur**

Sie entspricht der Annahme, dass das Land, ebenso wie seine Bewohner grundsätzlich eine homogene und gottgesegnete/auserkorene/edenische Natur besäßen.

- **Die Aussage der verheißenen Zukunft Brasiliens**

Sie ergänzt die Natur-Aussage, insofern sie eine Rechtfertigung für die fehlenden edenischen Zustände liefert. Die jeweiligen Missstände und Widersprüche sind nur temporär, stellen nur einen Übergang in die verheißene Zukunft dar.

Der Name „Santa Cruz“ sollte schon bald durch „Brasil“ ersetzt werden, in Anlehnung zugleich an das erste kommerzialisierbare Produkt, das „Pau Brasil“⁶⁰ (Chauí 2000, S.60)

⁵⁹ António Vieira [(* 6. Februar 1608 in Lissabon; † 18. Juli 1697 in Salvador da Bahia, Brasilien) war ein portugiesischer katholischer Theologe, Jesuit und Missionar in Südamerika. Er gilt als der Apostel der Indianer Brasiliens und tat sich als volkstümlicher Prediger und Kritiker kolonialer Missstände hervor. (Wikipedia – deutsch 2009, Stichwort António Vieira)

⁶⁰ Brasilholz (*Caesalpinia echinata*) ist eine vom Aussterben bedrohter Laubbaum. Sein Verbreitungsgebiet ist die

Die dem dekadenten Europa und seiner Sehnsucht nach Erneuerung entsprungene Vision von Brasilien als irdischem Paradies taucht in der Beschreibung der „gesegneten Natur“ des Landes und seiner Einwohner, insbesondere in patriotischen Texten, sowie in der Nationalhymne wieder auf. Zugleich oszilliert die Vorstellung dieser Natur immer wieder zwischen der göttlichen Vision vom Garten Eden und dämonischen Bildern von Kannibalismus und der Existenz von Monstern. (vgl. Holanda 1994)

Doch auch dieser dichotome Gegenpart des Paradieses – die „Gottlosigkeit der Heiden“ – wird strategisch funktional, wenn Pero Vaz de Caminha (1999 zit. in Chaui 2000, S.64) dem König vorschlägt, dass die Rettung ihrer Seelen die vordringlichste Aufgabe sein solle.

Bei der hier eingeleiteten Legitimation zur Sklaverei kommen laut Chaui (2000, S.63f) die – zu dieser Zeit in der Universität von Coimbra entwickelten Theorien – von „natürlichem Recht“ zur Geltung: Der Mensch besäße einen natürlichen Sinn für Gut und Böse. Die Unterordnung von einer Art von Wesen unter die andere finde auf natürliche Weise statt. In diesem Sinn ist es ebenso strategisch, wenn Caminha – nachdem er deren Unschuld beschreibt – erwähnt, dass die Bewohner des gefunden Landes keinen Glauben besäßen. Dem König wird also – gewissermaßen zwischen den Zeilen – nicht nur territoriale Erweiterung und die Erfüllung biblischer Prophezeiungen angeboten, sondern auch die „politisch korrekte“ Versklavung der Urbevölkerung.

Die Indigenen wurden damals – wie auch im oben zitierten Bibeltext – als „Nation“ bezeichnet. Das Wort, dessen Bedeutung sich erst im Laufe des 19. Jahrhunderts in Richtung seines heutigen Wortgebrauches entwickeln sollte, kommt vom lateinischen *nascor* (geboren werden) und von dem daraus abgeleiteten Substantiv *Natio*, was das Gebären im Tierreich bezeichnet. Das Wort wurde gebraucht, um „unzivilisierte“ Menschen, Menschen ohne „Patria“ (Vaterland) zu bezeichnen.

Die Heiden auf die man in der neuen Welt stiess waren „Nationen“, da sie nicht die drei qualitativen Bedingungen für Zivilisation und „Patria“ erfüllten: Sie kannten keinen Glauben, keinen König und kein Recht. Als Beleg dafür, dass ihnen diese Konzepte unbekannt wären, wurde beispielsweise ihre Unfähigkeit angeführt, die Laute "F", "L" und "R" auszusprechen, da diese die Anfangslaute der lateinischen Wörter *Fides* (Glaube), *Rex* (König) und *Lex* (Gesetz) bilden. (vgl. Wimmer 2004)

Die Zahl der „integrierten“ IndianerInnen sollte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts 500.000 erreichen, während die Zahl der nicht-integrierten von fünf auf eine Million sank. (vgl. Ribeiro 1995, S. 151, zit. in Novy 2003, S.77)

Es zeigt sich hier drastisch, wie physische Gewalt durch symbolische Gewalt vorbereitet wird, wie Machtinteressen bereits in der diskursiven Formation von Mythen und Begriffen bestimmend sind,

Mata Atlântica, der Küstenwald entlang der brasilianischen Atlantikküste, zwischen den Bundesstaaten Rio Grande do Norte und Rio de Janeiro. (Wikipedia – deutsch 2009, Stichwort Pau Brasil)

und wiesehr Mythen in Form von Aussagen zum „Thema der Aneignung oder der Rivalität.“ (Foucault 1997., S153) werden können.

Die Aneignung des Eden-Mythos in Form der Eden mit Brasilien gleichsetzenden Aussage war eine wichtige Voraussetzung für die zwangsherrschaftliche diskursive Produktion Brasiliens als Kolonie der Portugiesen.

Bald nach Beginn der Kolonisierung ergaben sich Probleme mit den IndianersklavInnen, da diese sich nicht für die Feldarbeiten als geeignet erwiesen und oft flohen. In der Folge wurde die „natürliche Neigung“ der AfrikanerInnen zur Sklaverei entdeckt, da diese – so wurde argumentiert - ja auch in Afrika im Zuge von Stammeskriegen einander versklavten. Mit dem Transport und Handel der afrikanischen Sklaven eröffnet sich ein bedeutender neuer Bereich der Kolonialwirtschaft. (Chaui 2000, S.65)

Der transatlantische Handel mit Zucker, SklavInnen und verarbeiteten Produkten stellte die Basis einer *sklavenbasierten fiskalischen Akkumulation* dar. Eine Schlüsselfunktion hatte dabei das aus Portugal übernommene System der „Sesmarias“. Land wurde unter der Bedingung zur Verfügung gestellt, dass es im Sinn der Krone – das heisst für die Exportproduktion genützt wurde. Dadurch war privates Landeigentum praktisch unterbunden und Reichtum manifestierte sich in der Form von Sklavenbesitz. (Novy 2000, S.77)

Im Inneren funktionierte so eine ständisch strukturierte Sklavenhaltergesellschaft an deren Spitze die parasitäre Staatsbürokratie stand. Von außen wurde das Land von der portugiesischen Krone beherrscht. Neben Portugal, das durch Steuern, Abgaben und Monopole Teile des Überschusses einhob, kontrollierten Holland und England den Handel. Holland war Anfang des 17. Jahrhunderts maßgeblich an der Ausweitung der Zuckerproduktion im Nordosten des Landes beteiligt. Die Holländer wurden jedoch 1654 vertrieben und die Briten setzten ihre Interessen mittels einer Kreditpolitik durch. Im Land selbst gab es kaum freie ArbeiterInnen und folglich hatte Geld als Zahlungsmittel wenig Bedeutung. Die SklavInnen wurden in der Regel gegen Zucker gehandelt. Die koloniale Sklavenwirtschaft ist als vor-kapitalistisch zu bezeichnen, da die Aneignung des Mehrprodukts durch direkten Zwang erfolgte. Entflohene SklavInnen wurden unerbittlich verfolgt und die - von ihnen gegründeten „Quilombos“ genannten - alternativen Gemeinschaften zerstört. Der Sklavenhandel erreichte seinen Höhepunkt gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Zwischen 1751 und 1780 wurden 495.300 SklavInnen verschifft. Über den gesamten Zeitraum der Sklaverei überlebten 1,9 Mio. SklavInnen die Überfahrt von Afrika nach Brasilien. (vgl. ebd, S.80ff)

Im Abseits ihrer Knechtschaft bildeten sich unter den SklavInnen differenzierte soziale Systeme heraus: Die im Bergbau arbeitenden SklavInnen lebten eine sehr unterschiedliche Realität von denen die auf Zuckerplantagen oder in Haushalten dienen mussten. Dennoch hatte für sie die totale

Dichotomie Herrscher – Beherrschte über viele Generationen den Status einer unabänderlichen – und wie die Missionare versicherten auch gottgewollten - Tatsache des Lebens.

Hier reproduziert sich eine dem Kolonialismus zentrale Aussage. Sie entspricht dem dritten Element von Chauís Gründungsmythos: der Heiligung des Regenten. Im biblischen Kontext hatte der Mensch durch den Sündenfall alle Rechte verloren. Die Macht der Menschen ist also nur ein Gefallen Gottes, und somit der Regent von Gott begünstigt.

- **Aussage der unabänderlichen Herrschaftsverhältnisse in Brasilien**

Die Dichotomie Herrscher – Beherrschte ist natürlich/gottgewollt/strukturell festgeschrieben und die Idee ihrer Aufhebung eine Utopie

Anfang des 19. Jahrhunderts stellte die Sklavenwirtschaft für Europa dann mehr und mehr ein Hindernis zur Marktdurchdringung der Peripherie dar. Die mit der Staatsbürokratie verflochtene Agraroligarchie im Land leistet jedoch anfangs Widerstand gegen deren Abschaffung.

Portugal hatte bereits seine Kolonien in Asien verloren und war durch den Kriegszug Napoleons geschwächt, als Dom Pedro 1822 am Ipiranga-Fluss bei Sao Paulo die Unabhängigkeit Brasiliens von Portugal proklamiert und in der Folge zum Kaiser der konstitutionellen Monarchie Brasiliens wird. Damit ist die Kolonialherrschaft formal beendet, jedoch finden die Abnabelung von Portugal und die Herausbildung eines eigenständigen Machtraums erst langsam im Lauf des Jahrhunderts statt. In der Herausbildung eines neuen Akkumulationsregimes gelingt es der Agraroligarchie ihre Machtposition neu zu konstituieren, indem sie vom Reichtum durch Sklavenbesitz zum Reichtum durch Landbesitz übergeht. Dieser Wechsel geschieht weitgehend auf den von dem englischen Ökonomen Wakefield formulierten theoretischen Grundlagen: „Die Arbeit der freien Menschen ist nur dann produktiver als die Sklavenarbeit, wenn sie – vermittelt des hohen Preises von Land und dem System von Lohnarbeit – kombiniert eingesetzt wird.“ (Wakefield, zit. in Smith 1990, S. 143, zit. in Novy 2000, S.84)

Zugleich zeichnet sich in Europa eine weitere Entwicklung ab: Die Julirevolution in Frankreich 1830 markiert für Eric Hobsbawm⁶¹ (1990, zit. in Chaui 2000, S.16) den Anfang eines Prozesses in dem das Konzept der Nation geschaffen wurde, und damit die Wandlung der Bedeutung des Wortes, von der Bezeichnung für „unzivilisierte“, hin zum modernen Wortgebrauch. Der Ausgangspunkt von Hobsbawms Untersuchungen ist der moderne Staat in der Ära der

⁶¹ Eric John Ernest Hobsbawm CH (* 9. Juni 1917 in Alexandria, Ägypten) ist ein englischer Sozialhistoriker und Sozialwissenschaftler mit polnisch-österreichisch-jüdischen Wurzeln. Der Marxist Hobsbawm, ehemals langjähriges Mitglied der britischen KP und Vordenker ihres eurokommunistischen Flügels, gilt als scharfer Kritiker des Kapitalismus. (Wikipedia- deutsch 2009, Stichwort Eric Hobsbawm)

Revolutionen. In dieser Ära musste der Staat zwei grundsätzliche Probleme bewältigen: Alle Einwohner des Gebietes in die staatliche Administration einbinden und die Loyalität der Einwohner gegenüber dem System erlangen. Schritt für Schritt erwies sich die Nation als Lösung dieser Probleme. Hobsbawm bemerkt, dass der Liberalismus einerseits Schwierigkeit mit der Idee von Staat und Nation hat. Das staatliche Monopol über Währung und Steuer bildet jedoch nur auf der Oberfläche einen Widerspruch zum Prinzip des Liberalismus. Bei genauerer Betrachtung trägt nach Hobsbawm die Aufteilung in Nationalstaaten zugleich zum wirtschaftlichen Wettbewerb und somit zum Wachstum bei.

Auch in Brasilien vollzogen sich wirtschaftliche und politische Veränderungen, die das nationale Thema aufkommen liessen. Die Sklavenwirtschaft war am Ende, der Zuckerpreis war verfallen und der Zucker wurde durch den Kaffee als grösstes Exportprodukt abgelöst. Dadurch verschob sich das Machtzentrum vom Zucker produzierenden Nordosten in den Kaffee produzierenden Westen. Dementsprechend wurde die Hauptstadt von Salvador nach Rio de Janeiro verlegt. Die Regionen konkurrierten untereinander um Standortbestimmungen und durch Lohnarbeit und das neue – den Agraroligarchen Grundbesitz erlaubende - Landrecht von 1850 hatte sich ein *dominant extensives Akkumulationsregime* herausgebildet. Die Mittlerrolle Portugals war obsolet geworden und der neue Bündnispartner des englischen Kapitals waren die Agraroligarchien direkt vor Ort. Mit englischem Kapital wurde eine wirtschaftliche Belebung, u.A. durch Bau von Eisenbahnen erzielt, wodurch zugleich die Auslandsverschuldung Brasiliens stieg. Die – wie man es nun nannte - „Landwirtschaftliche Berufung“ des Landes wurde mit Hilfe der Briten von den herrschenden Oligarchien verwirklicht und zugleich die Binnenentwicklung unterbunden. Eine *nationale aussenorientierte Entwicklungsweise unter britischer Vorherrschaft* hatte sich herausgebildet. (Novy 2000, S.86ff)

Zugleich begannen sich der ländlich dominierten Gesellschaft gegenüber Interessen einer wachsenden städtischen Zivilisation abzuzeichnen. Vor dem Hintergrund dieser sozio-ökonomischen Entwicklungen wurde in Brasilien im 19. Jahrhundert ein als politisch strategisch zu bezeichnendes Projekt betrieben: Die Konstruktion des „nationalen Prinzips“. In dem Masse wie die Monarchie an Autorität abnahm, verdeutlichte sich die Notwendigkeit eines Diskurses, der den Zusammenhalt der heterogenen Bevölkerungsgruppen und die Aufrechterhaltung der machtförmigen Ungleichgewichte zwischen ihnen durch den Staat legitimieren könnte.

Das Fundament für diesen Diskurs legte der deutsche Geschichtswissenschaftler Carl Friedrich Philipp von Martius. Sein Interesse für die politische Entwicklung Brasiliens ging mit seinem Sinn für die Bedeutung der biologischen Vielfalt des Landes einher:

Von Martius war zugleich Naturforscher, Botaniker und Ethnograph. Von 1817 bis 1820 unternahm

er im Auftrag von König Maximilian I. von Bayern eine Forschungsreise nach Brasilien. Er erkundete den Amazonas und machte umfangreiche Forschungen zur tropischen Pflanzenwelt, insbesondere zu tropischen Heilpflanzen. Von Martius und sein Botanikerkollege Spix brachten insgesamt 90 konservierte Säugetiere, 350 Vögel, 130 Amphibien, 120 Fische, 2.700 Insekten und 6.500 Pflanzen und Samenkörner von ihren Reisen mit nach München. (Wikipedia – deutsch 2009, Stichwort Von Martius)

Von Martius war somit an der – wie es Novy (2000, S.85) nennt – „schleichenden Aneignung des Amazonas“ beteiligt. Ein weiterer an der schleichenden Aneignung Beteiligter war der britische Botaniker Sir Henry Alexander Wickham. Durch den „Export“ einer Schiffsladung Samen von *Hevea brasiliensis* – dem amazonas-endemischen Latex produzierenden Baum – bewirkte er den Zusammenbruch der brasilianischen Gummiextraktionswirtschaft, da die Bäume aufgrund anderer ökosystemarer Bedingungen in Malaysia in Plantagen anbaubar waren. Der Fall Wickham wird heute in Brasilien als historischer Biopirateriefall bezeichnet.

Doch nun zurück zum „nationalen Prinzip“: 1838 War das „Instituto Historico e Geografico Brasileiro“ (historisch-geographisches brasilianisches Institut) gegründet worden und hatte zur Aufgabe die Grenzen des Territoriums zu beschreiben und die Taten der grossen Männer des Landes zu verewigen. (vgl. Chauí 2000, S.50)

In einem der Wettbewerbe des Instituts um die Beschreibung der Aufgaben eines Geschichtswissenschaftlers, gewann Von Martius. Das Institut veröffentlichte 1845 seine Dissertation mit dem Titel „Wie Brasilianische Geschichte geschrieben werden soll“. (Martius 1845) Das Werk war maßgebend für die Art wie Geschichte in Brasilien betrieben werden sollte: Eine Geschichte die die drei Rassen einschließt, wobei die Dominanz der Portugiesen gegenüber den Indigenen und AfrikanerInnen beibehalten werden solle. Regionale Merkmale sollen berücksichtigt werden und zugleich sollte die Geschichte in einem gemeinsamen Zentrum – dem nationalen Prinzip - konvergieren, wodurch die Einheit der brasilianischen Geschichte gewahrt würde. (vgl. Chauí 2000, S.50) Die Umsetzung dieser Theorie und die Niederschrift der „Allgemeinen Geschichte Brasiliens“ blieb Francisco Adolpho de Varnhagen (1857) vorbehalten, der als Begründer Brasilianischer Geschichtsschreibung gilt.⁶²

An Martius zeigt sich exemplarisch, wiesehr das Interesse der Botanik schon in den Entdeckerzeiten mit Fragen von Kultur, Wirtschaft und Regierung verbunden waren. (vgl. Escobar 1998, S.54) In

⁶² Zugleich wurden andere Parallelgeschichten geschrieben: Der französische Schriftsteller und Geschichtswissenschaftler Jean-Ferdinand Denis machte den Indianer zur zentralen Figur der Geschichte, und mit dem Ende der Sklaverei kommt eine Geschichte des schwarzen Sklaven und seines Befreiungskampfes auf. Dennoch werden auch in diesen Alternativgeschichten weder der Indianer, noch der Schwarze als mögliche Basis einer zivilisierten Nation erachtet. (vgl. Chauí 2000, S.51 Und Wikipedia-portugues 2009, Stichwort Ferdinand Denis)

ihm artikuliert sich das frühkapitalistische Interesse Europas an wissenschaftlicher Aneignung der biologischen Vielfalt und an der Entstehung stabiler nationaler Herrschaftssysteme in den Peripherieländern durch die die dort vorhandenen Ressourcen langfristig ausgebeutet werden konnten.

1889 vollzog sich dann schließlich in Brasilien der entscheidende politische Bruch: nachdem ein Jahr zuvor die Sklaverei offiziell aufgehoben worden war, brach die Monarchie zusammen und die Republik wurde ausgerufen.

Ausgehend von den Referenzen von Martius und Varnhagen schreibt Alfonso Celso (2000) ein Jahr später „Warum ich auf mein Land stolz bin“ mit der erklärten Absicht, den Patriotismus zu lehren. Sein Werk wurde wegweisend für die Schulliteratur und gewann vor allem 70 Jahre später in der Militärdiktatur an Bedeutung. Celso weist zugleich darauf hin, dass Patriotismus nicht ohne Grund sein dürfe.

Was sind nun die Motive mit denen Celso den Patriotismus begründet? Er nennt zunächst die territoriale Größe Brasiliens, in Übereinstimmung mit von Martius, der ebenfalls das „nationale Prinzip“ auf der Größe des Territoriums ableitet. Weitere Motive seien natürliche Schönheit und Reichtümer, das Klima und die Abwesenheit von Naturkatastrophen. Der Brasilianer könne auf die Natur vertrauen, da diese ihn nicht hintergehe oder bedrohe. Die hervorragenden Eigenschaften der drei Rassen seien ebenfalls Motiv des Stolzes. Der brasilianische Mestize sei „in keiner Weise minderwertig“. Entsprechend von Martius war Einheit der Rasse eine der Voraussetzungen für die Begründung einer Nation. Celso produziert diese Einheit auf Grundlage der Verschmelzung der drei Rassen. (vgl. Chaui 2000, S.53)

Portugiesen, Indianer und Schwarze seien Freunde. Historische Motive seien die Tatsache dass Brasilien niemals Erniedrigungen oder militärische Niederlagen erlitten habe, sowie einige Grosstaten. Für die Erlangung der verheissungsvollen Zukunft fehle nur noch die Vereinigung und Zentralisierung der Macht. (Chaui 2000, S.55)

Der Text von Celso ist die literarische Umsetzung des nationalen Prinzips. In ihm reproduzieren sich die drei Aussagen des Gründungsmythos: Edenische Natur, verheißene Zukunft und Notwendigkeit von Herrschaft.

In den folgenden als „alte Republik“ bezeichneten 40 Jahren etabliert sich der Staat zur Regulierungsinstanz einer sich dynamisierenden Wirtschaft. Der Arbeitskräftemangel führt zu einer Migrationswelle. Im letzten Jahrzehnt vor 1900 wanderten über eine Mio. Menschen nach Brasilien aus. 1918 brach die britische Vorherrschaft in der Welt zusammen und die Führungsrolle der USA begann sich abzuzeichnen. (vgl. Novy 2000, S.96)

Die Grundlagen des modernen brasilianischen Nationalstaates waren an diesem Punkt gelegt.

Entscheidend für diese Grundlegung war die Aneignung des Gründungsmythos durch den Staat in Form des nationalen Prinzips. Zugleich war durch den Übergang zur Republik ein entscheidender Schritt – zur Aufrechterhaltung der Herrschaftsbeziehungen und Etablierung des kapitalistischen Entwicklungsweise notwendigen – Umformulierung des zwangsherrschaftlichen hin zu einem hegemonialen Diskurs erfolgt. Diese, offenbar nicht nur in der brasilianischen modernen Geschichte sich abzeichnende Logik - weg von objektivierender und hin zu subjektivierender Unterwerfung – fasst Novy (2000, S.93) in den einfachen Worten zusammen: "Subtilere Formen der Herrschaft können erst bei freien Subjekten wirksam werden, indem diese gezwungen werden, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen."

3.5. Nationalstaatlich-internationale Verflechtungen im Fordismus

Die russische Revolution, der erste Weltkrieg und die Wirtschaftskrise der 20er und 30er Jahre hatten in Europa zum Ausbruch des Nationalismus geführt. In Brasilien formierte sich parallel dazu 1927-28 die „Acao Integralista Brasileira“ (brasilianische Integrationsaktion) als nationalistische Partei unter dem Schriftsteller Plinio Salgado. (Chaui 2000, S.19)

1930 kam es durch Betreiben der Bundestaaten Minas Gerais und Rio Grande do Sul zu einem Staatsstreich, der das Ende der „Republica Velha“ (alte Republik) bedeutete. Die Schlüsselfigur in der damit eingeleiteten Neuorientierung der brasilianischen Staatlichkeit war der vormalige Gouverneur von Rio Grande do Sul Getúlio Vargas, ein überzeugter Vertreter des Positivismus.

Der auf den Auguste Comte zurückgehende Positivismus vertrat zwei grundsätzliche Ansichten über den Staat: Erstens obliege ihm die Regelung der politischen Ökonomie, beziehungsweise die Kontrolle der „wirtschaftlichen Anarchie“, und zweitens die Förderung der „Integration und Harmonie der Klassen“. Die Worte auf dem weißen Band der Fahne Brasiliens „Ordnung und Fortschritt“, waren bereits 1890 das Motto der Positivisten unter dem – als Begründer der alten Republik geltenden - Coronel Benjamin Constant gewesen. (ebd., S.44)

In der „Estado novo“ (neuer Staat) genannten Ära 1937-45 führte Getúlio Vargas als Präsident Fahne und Hymne in den Schulen ein. Die Sambaschulen wurden per Dekret verpflichtet, nationale Themen in ihren Karnevalsparaden darzustellen. Der Staat beherrschte die Massenkommunikation und kaufte Zeitungen auf. Die natürlichen Schönheiten und Farben Brasiliens wurden zelebriert, wie zum Beispiel in der damals populären Musik „Aquarela do Brasil“. (ebd., S.37)

So reproduzierte sich die Aussage von der Natur Brasiliens und der Brasilianer - nachdem sie im 19. Jahrhundert im nationalen Prinzip systematisch reformuliert worden war - im positivistisch inspirierten National-Populismus des Estado novo erneut. Jedoch ist in dieser Zeit eine weitere

Umformulierung der Natur-Aussage festzustellen: 1939 ruft Vargas zum „Marsch in den Sertão“⁶³ auf, da darin die „Bestimmung der rassischen Definition“ der Brasilianer liege. Er bezieht sich damit auf die im Landesinneren geplante Erbauung der Hauptstadt Brasilia. Zugleich beschwört er - indem er Brasilia mit dem Sertão gleichsetzt - die tugendhafte Seite der BrasilianerInnen herauf und projiziert dadurch einmal mehr die ihnen verheissene Zukunft.

Worin besteht nun der Zusammenhang von tugendhafter Natur und Sertão? Brasilien war, wie erwähnt bereits von den kolonialen „Entdeckern“ als zweigeteilt - zwischen dichotomen Gegensätzen oszillierend - beschrieben worden: Die Küste, wo das Wort Gottes Früchte trug und der wilde Dschungel, wo die Gefahren lauern.

Diese Zweiteilung der brasilianischen Natur hatte eine Wende bekommen, die in den Beschreibungen des Euclides da Cunha⁶⁴ in seinem 1902 veröffentlichten Werk „Os Sertões“ (Cunha 1985) ihren Ausgangspunkt hatte. Da Cunha stellt den Sertão als „von der Natur gefoltertes Land“ dar, und seine Bewohner, die Sertanejos als „durch den Überlebenskampf gestählt“. Man müsse den „neurasthenischen Mestizen von der Küste“ den „starken Sertanejo“ entgegenhalten. Die Konstruktion dieses „mythischen Sertão“ zieht sich von nun an durch die brasilianische Politik und Literatur: Plinio Salgado sah im Sertão die Erdverbundenheit als brasilianische Grundhaltung. (Chaui 2000, S.68) Die Zweiteilung – verdorbene Küstenstädte versus reines Hinterland - bewährt sich, da sie in Kombination mit der Aussage der verheißenen Zukunft die edenische – nun rassistisch formulierte - Bestimmung zugleich affirmiert und aufschiebt.

Im zweiten Weltkrieg hatte Brasilien – nach anfänglichem Zögern seitens Vargas - auf Seite der Alliierten gegen Nazideutschland gekämpft. Die malaysischen Kautschukplantagen waren von Japan besetzt und die Alliierten brauchten den Gummi aus dem Amazonas. Dies bewirkte – nach dem Zusammenbruch durch die malaysische Konkurrenz – einen erneuten Aufschwung der brasilianischen Gummiproduktion. Wehrdienstpflichtige wurden, vor allem aus dem Nordosten, als „Soldados da borracha“ (Gummisoldaten) zum Kautschukzapfen in den Amazonas gebracht. Ihre Hoffnung, nach dem Krieg in ihre Heimat zurückzukehren erfüllte sich nicht, da sie in die Schuldknechtschaft der Gummibarone fielen. Auch starben viele an Malaria.

Auf internationaler Ebene hatte der Krieg den Pan-amerikanismus und die „Freundschaft“ Brasiliens mit den USA gefördert. Dies ging mit der Konstruktion und Vermarktung eines – für

⁶³ Als „Sertão“, im Plural „Sertões“ wird das trockene brasilianische Hinterland bezeichnet.

⁶⁴ Euclides da Cunha (* 20. Januar 1866 in Cantagalo, Rio de Janeiro, Brasilien; † 15. August 1909 in Piedade, Rio de Janeiro), war ein brasilianischer Autor, Publizist und Militäringenieur. Sein bekanntestes Werk ist *Os Sertões* (dt. 1994 unter dem Titel „Krieg im Sertão“), in dem er die Ereignisse um die Vernichtung der Siedlung Canudos beschrieben und damit einem größeren Leserkreis bekannt gemacht hat. Da Cunha war Zeit- und Augenzeuge des Canudos-Krieges, da er als Reporter der republikanischen Tageszeitung *Estado de São Paulo* die letzten drei Wochen des Militärfeldzuges miterlebte. (Wikipedia – deutsch 2009, Stichwort Euclides da Cunha)

nordamerikanisches und internationales Publikum gerechten - Brasilien-Image einher: Carmen Miranda wurde als kulturelle Botschafterin dazu vertraglich verpflichtet das farbenfrohe Bild Brasiliens als Mischung von Samba, Rumba, Tango mit Hauptstadt Buenos Aires zu verbreiten. Die Walt Disney Studios kreierten zu ihrer Begleitung den Zeichentrickpapagei Ze Carioca, (Chauí 2000, S.39) und der Komponist von „Aquarela do Brasil“ Ary Barroso gewann eine Oscar-Auszeichnung, nachdem zu seiner Musik in einem Walt Disney Film Donald Duck von Ze Carioca Samba tanzen gelernt hatte. (vgl. Wikipedia Deutsch. 2009, Stichworte „Aquarela do Brasil“ und „Drei Caballeros im Sambafieber“)

Was die Wirtschaft betrifft, so bildete sich in den 1930er Jahren unter Dominanz des neuen Nationalstaates in Brasilien ein stabiles Akkumulationsregime heraus. Durch die 1929 beginnende Wirtschaftskrise der Industrieländer war der Zentrum-Peripherie-Nexus zerbrochen. Aufgrund der reduzierten Aussenhandelsverflechtungen konnte Brasilien in dieser Zeit eine binnenorientierte Entwicklungsstrategie verfolgen und das nationale Geld wurde Grundlage des „Geld - Ware – mehr Geld“ - Kreislaufs. Der Übergang zur zentralistischen nationalstaatlichen Regierung ging mit dem Übergang zu einem *dominant intensiven Akkumulationsregime* einher. (vgl. Novy 2000, S.96) Zugleich kommt die – historisch mit Aussenhandelsbeziehungen verknüpfte - patrimoniale Kultur der regionalen Oligarchien in der Zeit des *estado novo* zum ersten Mal ins Wanken.

Doch bereits in den 1940er Jahren sollten die internationalen Wirtschaftsbeziehungen erneut an Bedeutung gewinnen. In Bretton Woods, einem Ort im US-Bundesstaat New Hampshire, fand 1944 eine Konferenz der Vereinten Nationen zu internationalen Fragen der Finanzen und der Währung statt. Auf dieser Konferenz wurde die Schaffung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds – IWF beschlossen. Ebenso wurde auf der Konferenz ein System fester Wechselkurse mit dem US-Dollar als Leitwährung eingeführt. (vgl.ebd., S.101 und Wirtschaftslexikon²⁴ 2009, Stichwort Bretton-Woods-Abkommen)

Man kann sagen, dass in dieser Zeit die Karten verteilt wurden, die das weltwirtschaftliche System der nächsten Jahrzehnte bestimmen sollten. 1945 wurde mit der Charta der Vereinten Nationen die UNO begründet. Sie legt die Nicht-Einmischung als völkerrechtliches Prinzip fest und gewährt so einen Spielraum für periphere Länder, denen damit theoretisch eine Chance als „Player“ in der Weltwirtschaft eingeräumt wird.

In diesem Kontext siedelt sich auch die von Escobar erwähnte Rede des US Präsidenten Harry Truman 1949 an: In seiner Rede schlägt Truman ein auf dem Konzept von „democratic fair dealing“ beruhendes Entwicklungsprogramm vor. Er rechtfertigt dieses Programm in erster Linie durch die Notwendigkeit der Armutsbekämpfung: Dem Leid der Menschen in der „unterentwickelten“ Welt könne durch technologisches Wissen und erhöhte Produktion ein Ende

gesetzt werden. Es könne ihnen zu einem besseren Leben verholfen und dadurch weltweiter Friede gesichert werden. (vgl. Escobar 1995, S.3f)

In Brasilien hatte sich inzwischen durch zunehmende Urbanisierung und Industrialisierung eine Industriebourgeoisie in enger Symbiose mit dem Staat herausgebildet. 1954 beging Getulio Vargas aus politischen Gründen Selbstmord. Im selben Jahr wurde São Paulo zu seinem vierhundertsten Jahrestag als die am schnellsten wachsende Stadt der Welt gefeiert.

In der nun angebrochenen Ära des „Desenvolvimentismo“⁶⁵ sollte unter dem Präsidenten Juscelino Kubitschek die Macht der Großgrundbesitzer verringert und das Land entwickelt werden.

In dieser Phase wird die Aussage der brasilianischen Natur grundsätzlich umformuliert. Die nationalistisch hermetisch abgeschottete Sichtweise wird hinterfragt, aufgebrochen und durch einen – durch die inzwischen aufgekommenen Sozialwissenschaften motivierten - selbstkritischen Vergleich mit dem Außen ersetzt.

Nach Chauí zeichnet sich in dieser Zeit der historische Übergang vom „nationalen Charakter“ zur „nationalen Identität“ ab. Der im nationalen Prinzip festgeschriebene „nationale Charakter“ basierte auf der durch die Ausdehnung manifestierte Größe des Landes und seine Segnung durch natürlichen Reichtum. Die „nationale Identität“ definiert sich dagegen über die Differenz zu den ebenso als Totalität und Einheit vorgestellten entwickelten Staaten. In dieser Abgrenzung begreift sich die „brasilianische Identität“ als defizitär und unterentwickelt. (vgl. Chauí 2000, S.27)

Hatte der „nationale Charakter“ die Nation noch als totale Einheit darstellt – so etwa das Mestizentum als Homogenität der Gesellschaft – , so stellt die „nationale Identität“ sie als totale Defizienz dar. Dante Moreira Leite (1983) kommt in seinem 1954 veröffentlichten Werk „O Carater Nacional Brasileiro“ (Der nationale Charakter Brasiliens) zu dem Schluss, dass die Ideologien, die zum nationalen Charakter beitrugen in Wahrheit nicht bloss eine reduzierte Darstellung der brasilianischen Gesellschaft bewirkte, sondern ein Hindernis für die Wahrnehmung der Gesellschaft ihrer selbst darstellte. (Chauí 2000, S.21)

Man kann - in Weiterführung des Gedankens von Chauí - diese kritisch-emanzipatorische Bewegung, wie sie etwa von Leite zum Ausdruck gebracht wird, zugleich als „hegemonialen Moment“ begreifen: Das von oben nach unten geschaffene, den Menschen oktroyierte nationale Prinzip wurde zwar korrigiert, jedoch wurde die Nation als Grundlage einer - wenn auch als defizitär, heterogen und widersprüchlich wahrgenommenen – Identität konsensual von verschiedenen gesellschaftlichen Klassen anerkannt: Es galt unter Kubitschek, den unauthentischen durch einen authentischen, kritischen Nationalismus zu ersetzen. Kapital und Arbeit sollten für die interne Entwicklung des Landes eingesetzt werden und durch den Fortschritt könne sich Brasilien

⁶⁵ Das portugiesische Wort „Desenvolvimento“ bedeutet Entwicklung.

gegen den Imperialismus behaupten. (ebd., S.40) In der Ablehnung des Imperialismus wurde zugleich der Nationalismus verinnerlicht.

De facto hat nach Chauí die Industrialisierung jedoch nie wirklich zur wirtschaftlichen Entwicklung Brasiliens beigetragen, sondern beschränkte sich auf die Ansiedlung von Produktionsstätten internationaler Industrien im Land, aufgrund der billigen Arbeitskräfte. (ebd., S.36) Nationale und Internationale Kapitalinteressen waren – in der Konsequenz von Bretton Woods – bereits eng verflochten. Die kapitalistischen Kräfte, die in Gestalt des Imperialismus zurückgewiesen wurden waren bereits in die Konstruktion der Nationalen Identität eingeschrieben.

In diesem – nach der Ersetzung der Sklaverei durch Lohnarbeit – zweiten historischen hegemonialen Moment findet somit die Verschränkung von Nationaldiskurs und Developmentdiskurs statt und produziert die

- Aussage der Rückschrittlichkeit Brasiliens

Das identitätsstiftende Konkurrenzschema – Nation gegen Nation – fand seinen perfekten Ausdruck im Fußball. Zudem konnte Brasilien auf diesem Terrain publikumswirksame Erfolge feiern. Als 1958 der Sieg Brasiliens bei der Fußballweltmeisterschaft gefeiert wurde, beschrieb man den Brazilianer als "gut mit dem Leder, gut beim Samba".

Mit dem – von den unter Kubitschek ins Hintertreffen geratenen Agrooligarchien betriebenen – Putsch setzte ab 1964 die Militärdiktatur ein. Die intern konflikträchtigen Identitätsfindungsprozesse wurden nun zwangsherrschaftlich durch die „Politik der Nationalen Integration“ unterdrückt und das „große Brasilien“ wurde unter dem geopolitischen Motto „Brasil Potencia 2000“ zelebriert. Statt der Wolkenkratzer, die im Desenvolvimentismo das Potential Brasiliens symbolisiert hatten, waren nun die enormen Flächen und die natürlichen Reichtümer das Sinnbild der Potenz. (vgl. ebd., S.41) Beim Triumph der Weltmeisterschaft 1970 hatte der Rhythmus von Samba zu Marsch gewechselt. (vgl. ebd., S.31) Die Fußballsiege in den mittlerweile errichteten – bis zu 200.000 Menschen fassenden - Stadien waren von nationalistischen Sprechchören begleitet. Sie bewirkten gemeinsam mit der Zensur dass die Folterungen und Gewalttaten an „kommunistischen Verschwörern“ von der Öffentlichkeit ungehört blieben.

Was Wirtschaft und Finanzen betrifft, brachte die Diktatur großflächige Veränderungen: Die Inwertsetzung der Peripherie stand im Interesse der nationalen Entwicklung im Vordergrund. Durch die Brachialgewalt der Militärs entstand ein funktional integrierter nationaler Akkumulationsraum. Neue staatliche Finanzierungsformen wurden auf die Füße gestellt und Produktionsstätten im Landesinneren angesiedelt. Es kam zur Schaffung eines Kapitalmarktes. Der brasilianische

Finanzkapitalismus konstituierte sich, und US-Amerikanische Direktinvestitionen nahmen zu. Im Windschatten der weltwirtschaftlichen US-Vorherrschaft vollzog sich in der Diktatur das brasilianische Wirtschaftswunder. Das asphaltierte Straßennetz wurde zwischen 1955 und 1973 mehr als verzwanzigfacht. (vgl. Robock 1976, S.47, zit. in Novy 2000, S.99) Der Einsatz von Maschinen und moderner Technologie nahm zu. Den expandierenden multinationalen Unternehmen kam dabei eine Schlüsselrolle zu. (vgl. Novy 2000, S.98f und S.106)

Von dem Wachstum profitierte vor allem das reichste Fünftel der Bevölkerung. Zugleich gab es auch einen Wohlfahrtsgewinn für breitere Schichten. Diese im Zeichen des Fordismus unter der Diktatur stattfindende brasilianische Entwicklungsweise bezeichnet Lipietz (1986, S. 32F, zit. in Novy 2000, S.98) als *peripheren Fordismus*, da sich die Produktion auf obere- und Mittelschicht ausrichtete, und man somit nicht von wohlfahrtsstaatlichen Arbeitsbeziehungen – wie im Fordismus der Industrieländer – sprechen kann.

„In den 1970er Jahren wurde der zentrale Widerspruch offensichtlich, dass die auf den Binnenmarkt orientierte Industrialisierung von extern kontrolliertem Kapital getragen wurde, das zur regelmässigen Rückzahlung von Gewinnen und Zinsen ins Ausland verpflichtet war.“ (vgl. Novy 2000, S.101) Die Verschuldungskrise der 1980er Jahre war somit vorprogrammiert.

Die Ölkrise hatte zum Anstieg der Energiepreise geführt. Das hatte zur Folge, dass das Militärregime sich verstärkt auf die Inwertsetzung des Amazonas konzentrierte, wobei als erwartete Nutzen Bodenschätze und Wasserkraft im Vordergrund standen. Doch auch die militärische Erschließung der Grenzregion und damit die Sicherung nationaler Souveränität über das Territorium waren beabsichtigt. Die Rodung großer Flächen und Ansiedlung von Rinderfarmen war von der Regierung erwünscht und wurde gefördert. Straßenbau galt als Vorraussetzung dieser Inwertsetzung und wurde von der Weltbank, sowie der 1959 gegründeten Interamerican Development Bank IDB finanziert.

Die verheerenden Wirkungen dieser Megaprojekte auf den Regenwald und seine Bewohner blieben nicht lange aus. So sah beispielsweise das von der Weltbank und IDB finanzierte „Polonoroeste“ Projekt Siedlungen entlang der BR-364 Strasse im Bundesstaat von Rondonia vor: Abholzung und Invasion indigener Gebiete nahmen dort solche Ausmaße an, dass die Weltbank 1985 den Brasilien dafür erteilten Kredit zurückzog. (vgl. Goldsmith 1985, S.146)

Die an die BR-364 anschließende BR-317 verursachte im benachbarten Bundesstaat Acre die massive Invasion der Viehzüchter. Im Zuge der Erschließung des Amazonas waren die staatlichen Kredite zur Unterstützung der Gummiunternehmer fällig gestellt worden. Das hatte zur Folge, dass enorme Regenwaldgebiete, die vorher im Eigentum der Gummiunternehmer gewesen waren zu Billigstpreisen zum Verkauf freigegeben wurden. Die Käufer waren meist Rinderzüchter aus dem

reicheren Süden Brasiliens die so zu Großgrundbesitzern wurden. (Amazonlink.org 2009)

Viele Gebiete hatten gar keinen rechtmäßigen Eigentümer und die ansässigen „Seringueros“ (Gummizapfer) und Indigenen wurden zumeist vertrieben. Eine wichtige Rolle bei diesen Aneignungen spielten die sogenannten "Grileiros": Spekulanten, die sich durch Korruption, Fälschung und gewaltsame Vertreibung der Waldbewohner Land aneigneten, das sie dann an die Rinderzüchter weiterverkauften. Die Seringueros leisteten Widerstand: Sie organisierten in den 1970er und 80er Jahren die sogenannten "empates", die darin bestanden, dass sie durch Menschenketten die Rodungsarbeiten verhinderten oder dass sie die mit der Rodung beauftragten Arbeitertrupps einkreisten und den Anführer des Trupps dazu brachten, ein Schriftstück zur Einstellung der Rodungsarbeiten zu unterschreiben. (Amazonlink.org 2009)

Eine Schlüsselfigur in dieser Widerstandsbewegung war der Seringueiro und Gewerkschaftsführer Chico Mendes. Ebenso war die damals etwa 20 Jahre alte Marina Silva - die 25 Jahre später Umweltministerin von Brasilien werden sollte - aktiv an der Bewegung beteiligt. Die Seringueiro-Bewegung stand im Zusammenhang mit der zugleich sich formierenden Arbeiterbewegung, die ihren Ausgangspunkt in Streiks in den 1970er Jahren im Großraum Sao Paulo genommen hatte und dort 1980 zur Gründung der Arbeiterpartei „Partido dos Trabalhadores“ - PT führte. PT artikulierte die Interessen verschiedener autonomer Gewerkschaften, sowie des bald darauf gegründeten Gewerkschafts-Dachverbandes, der „Central Única dos Trabalhadores“ – CUT.

Ebenfalls in den 1970er Jahren begann sich die Landlosenbewegung „Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra“ - MST zu organisieren. Das MST kämpft für eine Agrarreform in Brasilien. Die koloniale Verteilung des Landes nach dem Sesmaria System, das Landrecht von 1850 (vgl. voriger Abschnitt) und die Siedlungspolitik der Diktatur hatten Eigentum von Grund und Boden von jeher im Sinne einer Ungleichverteilung und Aufrechterhaltung der Herrschaftsstrukturen geregelt. Das MST versteht unter Agrarreform die Enteignung Umverteilung unproduktiven Landes. (Wikipedia Português 2009, Stichwort MST)

In Form dieser sozialen Bewegungen organisierte sich erstmals in Brasilien - den Repressalien der Diktatur trotzend - eine tatsächlich die herrschende kapitalistische Machtstruktur bekämpfende soziale Front. (vgl. Novy 2000, S.133f)

Diese von nun an in Brasilien organisiert auftretenden Bewegungen wie Seringueiros, und MST können als „lokal verankerte Akteure“ bezeichnet werden. Unter lokal verankerten Akteuren verstehen Brand und Görg (2003, S.218) nicht allein bäuerliche Gemeinschaften und indigene Völker, sondern alle, die die Bedeutung des „Lokalen“ als konkreten Ort – und weniger im Sinn von Ebene - zur Geltung bringen wollen. Nicht alle Akteure auf „lokaler Ebene“ sind notwendigerweise am Ort interessiert. So agieren etwa die in den Amazonas vordringenden

Großgrundbesitzer auf „lokaler Ebene“, sind aber keine lokal verankerten Akteure.

Die in den 1980er Jahren offenbar werdende Umweltkrise ließ in der brasilianischen- ebenso wie in der Weltbevölkerung ein erhöhtes Interesse an der Bewahrung des Amazonas aufkommen. Jedoch stand dieses Interesse bereits unter dem Vorzeichen einer diskursiven Dynamik in der sich seine romantisierende Überfrachtung und – wie noch zu zeigen sein wird – eine neue Form seiner Ausbeutung ankündigte.

Zugleich ist schon hier deutlich, dass dieses national und global sich formulierende Interesse grundsätzlich von dem der lokal verankerten Akteure verschieden ist, da dieses auf der unmittelbaren Verteidigung des Ortes in seiner Qualität als Lebensraum beruht.

Ebenso in den 1980er Jahren setzt die Wirtschaftskrise in Brasilien ein. Die nationalstaatszentrierte Entwicklungsweise kommt ins Wanken und das Militärregime verliert an Legitimität. Unter dem Präsidenten Figueredo beginnt die „abertura“, die Öffnung zur Demokratie und es wird unter Begleitung der Zivilgesellschaft eine neue Verfassung erarbeitet. (vgl. Novy 2000, S. 145)

Die Verfassung sollte nach 20 jähriger Diktatur einen demokratischen Neubeginn darstellen. Die Absicherung der Rechte der BrasilianerInnen sollten – entsprechend der Präambel der Verfassung - eine „brüderliche, pluralistische und vorurteilsfreie Gesellschaft, gegründet auf sozialer Harmonie und Friedfertigkeit, unter dem Schutz Gottes,“ ermöglichen. (Vgl. Senado 2009, „Constituição da República Federativa do Brasil“)

Zehn Wochen nach dem Inkrafttreten der Verfassung, am 22. Dezember 1988, wurde in Acre Chico Mendes von den Großgrundbesitzern Darli und Darci Alves im Auftrag der „Uniao Democratica Ruralista“ - UDR⁶⁶ erschossen.

Die Diskrepanz dieser beiden fast zeitgleichen Ereignisse sollte sich als programmatisch für die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte erweisen, in denen der Widerspruch zwischen der „*de jure* Wirklichkeit“ der Verfassung und der „*de facto* Wirklichkeit“ zunehmender sozialer, ökonomischer und physischer Gewalt weiter aufklaffte.

Auch wenn der „Elfenbeinturmcharakter“ der Verfassung dazu führte dass sie zunehmend an Glaubwürdigkeit verlor, setzte sie doch wichtige Akzente, die in der Folge nicht ohne Wirkung bleiben sollten. Drei davon sollen hier erwähnt werden, da sich in ihnen besondere Bedeutung in Bezug auf das Thema genetische Ressourcen und indigene Rechte zukommt und an einem späteren Punkt in dieser Arbeit auf sie zurückgegriffen wird:

Erstens: Artikel 225 sieht die Bewahrung unter anderm des Amazonas Regenwaldes, sowie der

⁶⁶ Die vom Komitee Chico Mendes vermutete Beteiligung der Grossgrunbesitzervereinigung UDR als Autor des Mordes konnte bis heute nicht nachgewiesen werden. Der Fall wurde trotz Betreibens des Komitees nicht mehr wieder geöffnet, wodurch vieles über den Mord und seine Hintergründe nach wie vor ungeklärt blieb. (vgl. Comitê Chico Mendes 1998 und Amazonlink.org 2009, /chicomendes/assassinato00.php)

Vielfalt und der Integrität des „Patrimonio Genetico“ (genetisches Erbe) des Landes, und darüber hinaus die staatliche Überwachung von Forschung und Manipulation des genetischen Materials vor. (Vgl. ebd.)

Zweitens: Im Artikel 231 wird den Indigenen - die bis 1988 unter staatlicher Vormundschaft standen (vgl. JOFEJ-KAINGANG 2006, S.350) – ein weitgehendes Recht auf Selbstbestimmung eingeräumt. Insbesondere wird ihnen das Recht auf Demarkierung ihrer Gebiete und auf Nutzung der natürlichen Ressourcen zugestanden. (Vgl. ebd.)

Drittens: Der darauf folgende Artikel 232 sieht die Intervention des „Ministério Público“ (Staatsanwaltschaft) zur Verteidigung der Rechte der Indigenen vor. Das Ministério Público ist in Artikel 129 so konzipiert, dass es autonom von den drei Gewalten Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (Vollziehung) und Judikative (Rechtsprechung) ist. Die Staatsanwälte haben große Handlungsfreiheit und können überall dort agieren wo nach ihrem Gutdünken Rechte der Bürger oder Staatseigentum zu verteidigen sind. (Vgl. ebd.)

3.6. Das postfordistische Brasilien im Zeichen der Megabiodiversität

In diesem Kapitel sollen nun die Entwicklungen Brasiliens seit den 1990er Jahren untersucht werden, in deren Kontext sich ABS zu einem konkreten politischen Feld verdichten konnte. Das Kapitel gliedert sich in vier Unterabschnitte.

Der erste ist eine diachrone Darstellung sozioökonomischer und politischer Konjunkturen, von der neoliberal-konservativen Phase (Präsidenten Sarney, Collor, Cardoso), über die Entwicklungen im PT regierten Bundesstaat Acre, bis zu der ab 2002 folgenden und bis heute andauernden PT Bundesregierung. Einige Kriterien zur Beurteilung dieser Regierungen werden erwogen. Zugleich werden die staatlichen Kräfte, Akteure und Beziehungen sichtbar gemacht, vor deren Hintergrund ABS sich verdichtete. Auch die Entwicklung geistiger Eigentumsrechte in Brasilien wird hier beleuchtet.

Im zweiten Unterabschnitt wird nachverfolgt, wie sich das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ im brasilianischen Kontext ausformt, wie sich hier die Verschränkung des Nachhaltigkeitsdiskurses mit den Aussagen des National- und Entwicklungsdiskurses vollzieht, und welche spezifische Bedeutung der Amazonas Regenwald in diesem Zusammenhang einnimmt.

Im dritten Unterabschnitt werden schließlich die konkreten Dynamiken und Widersprüche der Konkretisierung von ABS in Brasilien anhand der Ereignisse von der Entstehung der CBD bis zur legalen und praktischen Ausformung von ABS nachgezeichnet.

Der vierte Unterabschnitt beschreibt die Rolle nicht-staatlicher Akteure im Zusammenhang mit der

dominanten ABS-Wissensproduktion. Perspektiven dieser Akteure werden ausgelotet und Strategien verfolgt im Zusammenhang mit sich abzeichnenden Gegendiskursen und den Reaktionen des dominanten Diskurses. Die Frage dem Zweck der Partizipation lokal verankerter Akteure an den internationalen Diskussionen wird gestellt. Praktiken der schleichenden Aneignung biologischer Ressourcen werden untersucht.

Im fünften Unterabschnitt schließlich wird ein konkreter Fall einer aktuellen ABS-Diskussion untersucht. In ihm werden einzelne Akteure näher beleuchtet, ihre Strategien sichtbar gemacht und Tendenzen in der Auslegung bestehender ABS-Normen angeschnitten.

3.6.1. Von der Herrschaft internationalen Kapitals zu populistischer Wachstumspolitik

Mit der Wirtschaftskrise der 1980er Jahre hatte die Nationalstaatszentrierte Entwicklungsweise begonnen sich aufzulösen (vgl. Novy 2000, S.107) Unter den Präsidenten Sarney, Collor und vor allem Cardoso kam es zu großflächigen Privatisierungen. Ausländische Direktinvestitionen und Kredite nahmen rasant zu, Banken wurden verkauft. (ebd. 110ff) Der von Cardoso verwirklichte Währungsplan „Plano Real“ schuf mittels einer Hochzinspolitik ein anlegerfreundliches Umfeld für internationales Kapital. Die Privatisierungswelle ging jedoch mit einem gewaltigen Anstieg des Budgetdefizits einher und führte zu einer Verschuldungsspirale. Letztlich zahlte der Staat für die Entstaatlichung seiner Betriebe. Die Einkommensverteilung verschlechterte sich durch diesen „Ausverkauf“ der brasilianischen Wirtschaft. Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung erhöhten in diesem Prozess ihr Einkommen und 80 Prozent verloren (vgl. ebd. S.110 und S.116ff)

Die Abhängigkeit der brasilianischen Ökonomie nahm zu, da die Zu- und Abflüsse des Kapitals von den Entscheidungen der Anleger in den Zentrumsökonomien bestimmt waren. Überdies wurde der Real zum Abfangen der Inflation 1994 an den Dollar gekoppelt, was erneut die Unterwerfung unter das internationale Geldregime bedeutete. (vgl. ebd. S.120)

Direkte Gewalt diktatorischer Repression war durch die Gewalt des Geldes ersetzt worden. (vgl. ebd. S.122f) Die „informellen“ Arbeitsverhältnisse – nicht angemeldete Firmen, nicht registrierte Angestellte etc. - untergruben zunehmend die Arbeits- und Sozialgesetzgebung.

In diesem neoliberalen Szenario gewinnen auch der in Brasilien geschichtlich verankerte Klientelismus und Populismus weiter an Bedeutung: Klientelismus bedeutet, dass zwischen einflussreichen und weniger einflussreichen Menschen Gefälligkeiten – auf persönlicher Ebene und ausserhalb legaler Rahmenbedingungen und administrativer Normen - ausgetauscht werden, wodurch sich ein Netzwerk gegenseitiger Abhängigkeiten bildet. Die weniger Einflussreichen –

deren Gefälligkeit zumeist in ihrer Stimme bei politischen Wahlen besteht – handeln dabei entsprechend ihrer prekären Situation aus kurzfristigen Interessen heraus und sind somit die langfristig geschädigten. Novy (ebd. S.142) spricht vom Klientelismus als einer Form konsensualer Herrschaft, da sie mit der Einwilligung der Beherrschten einhergeht. Klientelismus und Korruption – der juristisch als illegal definierte Sonderfall des Klientelismus (ebd.) – bildeten sich auf dem Boden der von Monarchie und positivistischem Zentralismus geprägten enorm bürokratischen brasilianischen Verwaltungsstruktur. Damals wie heute ist es einfacher einen Gefallen – umgangssprachlich „Jeitinho“ genannt – persönlich auszuhandeln, als den – de facto oft unmöglichen - Weg durch das bürokratische Labyrinth zu versuchen.

Der Bankrott des Sozialstaates, die autoritäre undurchschaubare Bürokratie und das in der Praxis wirksame, auf Bevormundung und Gefallen basierende „Jeitinho-Netzwerk“ bewirken, dass die von der Verfassung vorgesehenen Bürgerrechte und der Mechanismus demokratischer Vertretung weitgehend unglaublich und unwirksam werden.

Die Volksklassen nehmen den Staat grundsätzlich als „Die Macht der Anderen“ wahr. Ihre Sehnsucht nach einer starken Regierung resultiert aus der Angst vor einer Justiz, deren Gesetze unklar, widersprüchlich und nur einer Elite zugänglich sind. (Chaui 2000, S.94) Das - wie in der Kolonialzeit – auf persönlichen Gefallen beruhende Netzwerk wird als einzig funktionierendes System konsensual anerkannt.

Die bereits in den historischen Anfängen Brasiliens strukturell festgeschriebene Dichotomie Herrscher-Beherrschte verdichtet sich so erneut im neoliberalen Kontext. Die Aussage der unabänderlichen Herrschaftsverhältnisse re-formuliert sich hegemonial vor dem Hintergrund – und im Widerspruch zu - einer modernen demokratischen Verfassung.

Interessen von Regierung und herrschender Klasse sind in den 1990er Jahren stark mit internationalen Interessen verflochten. „Das Finanzkapital gesellte sich zum internationalen Kapital – wobei speziell die internationalen Autokonzerne ganz vorne mitspielten –, und beide hatten gegenüber dem nationalen Industriekapital eindeutig die Oberhand gewonnen.“ (Novy 2000, S. 124) Das Projekt eines gemeinsamen südamerikanischen internationalen Marktes MERCOSUR konnte sich nicht von der US dominierten Free Trade Area of the Americas – FTAA abgrenzen und scheiterte an der fehlenden Abstimmung der nationalen Wirtschaftspolitiken. (ebd. S. 126) Unter Cardoso wurde jedoch ein anderer wichtiger Schritt Richtung internationaler Verflechtung mit den Nachbarstaaten unternommen: Im Jahr 2000 findet in Brasilia ein Treffen südamerikanischer Präsidenten statt, wo die „Iniciativa para la Integración de la Infraestructura Regional Suramericana“ - IIRSA (Initiative zur Integration der regionalen Infrastruktur Südamerikas) ins Leben gerufen wird. Das Programm sieht die Umsetzung einer Reihe in Achsen angeordneter

Megaprojekte – hauptsächlich Strassenbau und Energie – zur wirtschaftlichen Erschliessung entlegener Gebiete in Südamerika vor. (vgl. IIRSA 2009) Dieser „Wachstumspakt“ hatte unter Cardos noch weniger Bedeutung, da seine Politik weniger auf Binnenwachstum, und mehr auf wirtschaftliche Öffnung ausgerichtet war. Ein Grossteil der Minister Cardosos gehörten seiner wirtschaftsliberalen Partei PSBD an und waren als Unternehmensmanager eng an internationale Organisationen wie die Weltbank gebunden. (vgl. Novy 2000. S.133)

Brasilien vergleicht sich auch in dieser neoliberalen Phase mit den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern und ist darauf fixiert, den „Rückschritt aufzuholen“. Diese von dem brasilianischen Soziologen Laymert Garcia dos Santos attestierte „Besessenheit den Rückschritt aufzuholen“⁶⁷ erfasst gleichermaßen Wirtschaftler, Politiker, Unternehmer, Universitätsprofessoren und die Medien. Die Rettung wird in der Modernisierung des Landes gesehen. Dabei wird laut Santos (2003. S.50f) übersehen, dass der Verfall Brasiliens gerade ein Effekt seiner Eingliederung in die moderne Weltwirtschaft sein könnte.

In dieser Phase rückt jedoch ein Konzept in den Mittelpunkt, das im Desenvolvimentismo Kubitscheks und im Wirtschaftswunder der Diktatur noch relativ unbedeutend gewesen war: Die Sicherung geistigen Eigentums hatte sich bereits durch Betreiben der Industrieländer – allen voran USA - als Grundlage einer wachsenden internationalisierten Wirtschaft etabliert (vgl. Abschnitt über nachhaltige Entwicklung) Diese Rechte mussten auch von den Peripherieländern implementiert werden. Die Regierungen der Entwicklungsländer sollten den Rechtsdurchgriff internationaler Konzerne sicherstellen.

Das brasilianische Gesetz von 1971 für Industrielles Eigentum anerkannte noch keine Patentrechte auf Medikamente, Chemikalien und Lebensmittel. Dem internationalen Trend zur „Harmonisierung“ der geistigen Eigentumsrechte folgend begann Brasilien 1987 auf Anfrage der US-amerikanischen Pharmaindustrie ein neues Gesetz zu erarbeiten. Präsident Collor legte zunächst dem Kongress ein Patentrecht vor, dessen Zugeständnisse noch weit über die Erwartungen der USA hinausging. Eine etwas abgeänderte Neuauflage des Projektvorschlags wurde 1992 unter dem Namen „Ney-Lopes-Projekt“ vorgelegt, von dem vermutet wurde, dass es von der Firma Interfarma⁶⁸ geschrieben worden war. (vgl. Santos 2003, S.52ff)

Die Gegner dieser Vorschläge bildeten eine Koalition und formulierten ihren Abänderungsvorschlag „zur Rettung der Nation“, in dem sie Patente auf Medikamente, Lebensmittel und Chemikalien im Interesse des Schutzes der nationalen Industrie ablehnten, sowie Patente auf Lebewesen.

Präsident Collor wurde 1992 wegen der von ihm im Übermaß betriebenen Korruption seines Amtes

⁶⁷ Im portugiesischen Original: “Obsessão do descompasso”

⁶⁸ Interpharma ist der Verband der forschenden pharmazeutischen Firmen der Schweiz und wurde 1933 als Verein mit Sitz in Basel gegründet. (siehe interfarma.ch)

enthoben und konnte die Durchsetzung des Patentrechts nicht weiter betreiben. Aber auch für den nachfolgenden Präsidenten Cardoso war die Frage nach dem „modernisierten“ Patentrecht vorrangig. Die konservative Zeitschrift *Veja* gab den Ton an: So hiess es sinngemäss in einem Artikel zur Verteidigung des Patentgesetzes, der Brasilianer sei in seinem Hang zur Piraterie „unterentwickelt“, weil „unehrlich“ und „verantwortungslos“, habe aber nun die Möglichkeit sich zu „läutern“. (Vgl. Santos 2003, S.54f und *Veja.com*, Artikel vom 14/4/1993 „Uma lei para amansar piratas“) Entsprechend der von Regierung und Medien verkündeten Notwendigkeit den Rückschritt des Landes aufzuholen, und unter der Androhung von Sanktionen Seitens der USA, wurde 1993 ein Gesetz für Industrielles Eigentum eingeführt, das Patente auf Medikamente, Lebensmittel, Chemikalien und Biotechnologieprodukte zulässt. (vgl. Santos 2003, S.55) Seit 1996 sind – in Anpassung an TRIPs - transgene Mikroorganismen patentierbar. (Planalto.gov.br 2009, Lei nº 9.279, de 14 de maio de 1996.)

Im Zuge der neoliberalen Regierungen und der von ihnen bewirkten zunehmenden sozialen Widersprüche waren die sozialen Bewegungen und die Arbeiterpartei PT erstarkt. In Acre – dem Bundesstaat in dem die Seringueiro-Bewegung unter Chico Mendes entstanden war – gewann 10 Jahre nach dessen Ermordung, PT die Landesregierung mit 57,7% im ersten Wahlgang. (vgl. Novy 2000a, S. 187). Der Regierungswechsel ging mit tief greifenden Veränderungen in Acre einher. Das organisierte Verbrechen, das bis dahin mit einem Netzwerk von Polizisten, Staatsbeamten und Großgrundbesitzern und unter dem Kommando des Coronel Hildebrando Pascoal und dem von ihm kommandierten Todesschwadron eine Schreckensherrschaft ausgeübt hatte, wurde in einer auf Bundes- und Landesebene koordinierten Polizeiaktion zerschlagen. (vgl. *Veja.com*, Artikel vom 04/09/2002 „Atenção, Brasil: o Acre pede socorro“,)

Dem nun gewählten Gouverneur Jorge Viana gelang es unter dem Motto „Regierung des Waldes“ internationale Finanzierung seines Projekts für die nachhaltige Entwicklung des zu etwa 90% von Regenwald bedeckten Bundeslandes (vgl. ZEE/AC 2000) zu bekommen. Der von ihm eingeschlagene Kurs kann als pragmatisch bezeichnet werden, da er auf die Zusammenarbeit mit der konservativen Bundesregierung (Präsident Cardoso) setzte und damit von den radikalen Ideen Chico Mendes abwich. (vgl. Novy 2000a, S. 187) Zugleich steht außer Zweifel, dass der Übergang zur PT Regierung in Acre einen radikalen Bruch mit der alteingesessenen Macht der Regionalen Oligarchie bedeutete.

Kritikpunkte an der Politik der PT Regierung in Acre gibt es zweifellos: Viele Ideen der nachhaltigen Entwicklung sind auf der theoretischen Ebene verblieben und wurden zugleich ideologisch überhöht und im Sinne eines politischen Marketing ausgeschlachtet. Der Waldzerstörung wurde nicht wirklich Einhalt geboten (vgl. INPE 2009a). Das vielleicht

gravierendste jedoch – aus dem Blickwinkel der sozialen Bewegungen – ist, dass diese gewissermaßen ihre soziale Funktion verloren. Die Regierung riss nun die Rolle des Verteidigers der indigenen und lokalen Bevölkerung an sich. Dieser neue – und zugleich alte - Paternalismus verursachte eine grosse Erwartung – und zunehmende Enttäuschung – in den Gemeinschaften der Waldbewohner. NGOs – von denen die meisten von jeher PT-nahe gewesen waren - und Regierung vermischten sich, sodass keine zivilgesellschaftliche Kritik mehr an der Regierung artikuliert wurde. Die Gummizapferbewegung wurde durch die von Aussen bestimmten Vorgaben entmündigt und durch das hereinströmende Geld korrumpiert. (vgl. Novy 2000a)

Dennoch etablierte sich seit 1998 in Acre – durch die Setzung neuer Wertigkeiten, durch eine nie da gewesene administrative Effizienz und Transparenz - ein politisch-ethischer Standard, an dem zukünftige Regierungen zu messen sein werden. Die Verbesserungen in Gesundheit und Bildung,⁶⁹ die – wenn auch teils rhetorische – Aufwertung der lokalen Bevölkerung durch neue alternative Konzepte wie „Florestania“⁷⁰ markieren eine historische Wende in Acre.

Auch in Rio Grande do Sul hatte PT 1998 die Regierung gewonnen. Auf Bundesebene unterlag in dem selben Jahr der PT Kandidat Luiz Inácio Lula da Silva mit 31,71% dem zur Wiederwahl kandidierenden Cardoso mit 53, 06%. Im Jahr 2002 gelang Lula dann schliesslich mit 52.7% im zweiten Turnus der Durchbruch gegen den konservativen Serra (33,3%) (vgl. Wikipedia Português 2009, Stichwort Eleições presidenciais no Brasil)

Die Erwartungen von allen Seiten an den „von ganz unten“ kommenden ehemaligen Schuhputzer, Office-boy und Metallarbeiter, ehemaligen „Companheiro“ und persönlichen Freund von Chico Mendes und Marina Silva waren groß. Der anti-neoliberale Hugo Chávez regierte bereits seit 1999 in Venezuela, in Bolivien formierte sich eine Volksbewegung unter Evo Morales. Welche Entwicklung zeichnete sich hier ab? Welche Rolle würde der Südamerikanische „Gigant“ Brasilien nun einnehmen?

Lulas schon vor den Wahlen gegebenen Antworten waren eindeutig: Unter ihm würde Brasilien den Verpflichtungen gegenüber dem Internationalen Währungsfonds weiter nachkommen und die Auslandsschuld weiter abzahlen. Vermutlich waren es gerade diese „vernünftigen“ Standpunkte, die auch die Medien davon abhielt, Lula schlecht zu machen.

Brasiliens grösster Medienkonzern TV Globo hatte bis dahin bereits einige Male durch die Art

⁶⁹ Im Ranking der Bundesstaaten in Bezug auf die Leistungen der Schüler in verschiedenen Unterrichtsfächern hat Acre zwischen 1999 und 2005 deutlich aufgeholt. So zum Beispiel vierte Klasse Volksschule Portugiesischunterricht, von Platz 26 im Jahr 1999 auf Platz 11 im Jahr 2005. (vgl. SEPLAN 2008, S.44) Die Kindersterblichkeit lag 1999 bei 23,21 von 1000 geborenen Kindern und 2005 nur noch bei 20,88 (vgl. SEPLAN 1999, S.42 und SEPLAN 2008 S.50)

⁷⁰ Die von der Acre-Regierung lancierte Wortschöpfung „Florestania“ ist die Verbindung von „Floresta“ (Wald) und „Cidadania“ (Bürgerrechte). Sie soll auf die spezifische emanzipierte Lebensform der Völker des Waldes und deren Naturbeziehung verweisen.

seiner Berichterstattung auf Wahlen zugunsten konservativer Kandidaten Einfluss genommen. (vgl. Gomes 2006, S.18). Die Anpassung Lulas an den dominanten Diskurs – durch die Zusage von Sicherheit für die Eliten und das internationale Kapital - war ein wichtiger Faktor für das „Wohlfühlen“ der Medien und in der Folge für seinen Wahlsieg. (vgl. Miguel 2004, p. 104, zit. in Gomes 2006, S.19)

Präsident Lula setzte populäre charismatische Persönlichkeiten für – in Hinblick auf Entscheidungsgewalt über sozioökonomische Entwicklungen - „leichtgewichtige“ Ministrien ein: Den Sänger Gilberto Gil für Kultur und Marina Silva für Umwelt. Unter dem Motto „Kein Bruch, sondern ein Übergang“ änderte sich zunächst wenig am neoliberalen Kurs.

Von 2004 bis 2005 kamen dann eine Serie von Skandalen rund um PT ans Licht. Zunächst ging es um das „Bingo“ (Lottospiel): Lulas „Ministro da Casa Civil“ (Stabschef) hatte Geschäftsleute erpresst um Finanzmittel für PT zu beschaffen. Bald darauf wurde eine manipulierte Ausschreibung der Bundespost aufgedeckt. Der Post-Skandal liess in der Folge ein ganzes netzwerkartig organisiertes Schema von allmonatlich an Kongressmitglieder ausbezahlte Bestechungsgelder auffliegen. Dieser Skandal des „Mensalão“ (grosse Monatszahlung) bewirkte eine erschütternde Krise der PT-Regierung von 2005 bis 2006. In der Aufdeckung der Affären spielten die Massenmedien wie Globo eine maßgebliche Rolle.

In Anbetracht der tief verwurzelten Kultur des Klientelismus und der Machtspiele der Lobbies in Brasilia, ist anzunehmen dass diese oder ähnliche Praktiken wie sie im Fall von PT als „Skandale“ präsentiert wurden bereits in früheren konservativen Regierungen Gang und Gäbe waren. Der Unterschied war der, dass PT seit seiner Gründung die Opposition gebildet hatte, die den Machtmissbrauch der Eliten angeprangert hatte. Deshalb wurde das was vorher als „normaler“ Machtmissbrauch geduldet wurde, nun zum „Skandal“. Wie Novy (2000, S.127) bemerkt, muss man zugleich immer wenn die Medien in Brasilien einen Skandal aufdecken, annehmen, dass einflussreiche Akteure an dieser Aufdeckung Interessen haben.

Was auch immer ihre Auslöser gewesen sein mögen, so markiert die Serie von Aufdeckungen der PT Skandale – 10 Jahre nach dem Impeachment von Präsident Collor - einen weiteren Schritt der Entwicklung einer Denunziationskultur in Brasilien, die – wenn auch nicht in der selben Vehemenz – bis heute fort dauert. Es wurden – paradoxer Weise mit PT als Sündenbock – Exempel statuiert, wie Politiker zur Rechenschaft gezogen werden können. Dadurch gewannen demokratische Mechanismen wieder ein Stück an Wirklichkeit. Die Aussage der unabänderlichen Herrschaftsverhältnisse wurde - weniger durch die Wahl von PT, als durch die erstmalige Forderung der Gesellschaft nach tatsächlicher Einhaltung der demokratischen Spielregeln durch ihre Regierung – mit einem Fragezeichen versehen. Die Medien spielten dabei eine – wenn auch

zwiespältige – zweifellos wichtige Rolle.

Erstaunlicher Weise ging Lula – obwohl ihm sehr nahestehende Personen direkt verwickelt waren – unbeschadet aus den Skandalen hervor. Hier zeigen sich klar die Züge charismatischer Herrschaft, wie sie von Max Weber (1980, S.141) beschrieben wurde: „[...] die charismatische [Herrschaft ist] spezifisch irrational im Sinn ihrer Regelfremdheit [...] Legitim ist sie soweit und solange, als das persönliche Charisma kraft Bewährung 'gilt', das heißt: Anerkennung findet [...]“

Jedoch unter vielen PT-treuen Linken, die die neue Regierung euphorisch gefeiert hatten, machte sich nun eine tiefe Enttäuschung breit. PT hatte zur Macht gegriffen und war innerhalb von kürzester Zeit korrupt geworden. So sieht der brasilianische Soziologe und PT-Mitbegründer Francisco de Oliveira in der Regierung Lula die Auflösung der Ideale des Klassenkampfes an deren Stelle Populismus, Herrschaft des Finanzkapitals, Verstaatlichung der Parteien und der Politik, sowie Privatisierung der Wirtschaft und des Lebens treten. (vgl. Oliveira 2006)

Andreas Novy hat eine andere Sichtweise: Seiner Untersuchung (Novy 2008) folgend, ist die Regierung Lula als brasilianischer Mittelweg zu verstehen. Für Novy verkörpert Lula die Fortsetzung einer Entwicklungsstrategie von „Zentralisieren und Wachsen“, wie sie von Kubitschek in den 1950er Jahren betrieben wurde. Lula ermögliche eine Entwicklung in Richtung Sozialstaat wie sie von Getulio Vargas vorgezeichnet worden war. Er habe die Tendenzen der Auflösung des Nationalen Entwicklungsraumes - die von den neoliberalen Regierungen, zuletzt unter Cardoso betrieben wurde – unterbrochen. Er agiere als Moderator der heterogenen Kräfte innerhalb der Regierung und halte dadurch die imperialistische Macht begrenzt. Ebenso setze er wichtige Schritte in Richtung Süd-Süd Kooperation.

Wirtschaftlich hat die Regierung Lula vor allem in ihrem zweiten Mandat ab 2006 zu Wachstum geführt. Das etwa 250 Milliarden Dollar schwere „Programa de Aceleração do Crescimento“ - PAC (Programm zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums) treibt - als nationaler counterpart zu dem internationalen IIRSA - den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, Urbanisierung der Favelas und Bau neuer Kraftwerke voran (vgl. PAC 2009), wodurch es Lula gelingt, an die „Aufbruchstimmung des Desenvolvimentismo“ anzuschließen. Die Staatschuld wurde von 60% des Bruttoinlandsproduktes unter Cardoso auf 42% im Jahr 2007 gesenkt. Die Zahl der in Brasilien erzeugten Autos ist 1,8 Millionen in 2002 auf 2,6 Millionen 2007 gestiegen. (Novy 2008, S.5f) Doch reflektieren diese Zahlen tatsächlich ein Aufbrechen herrschaftlicher Strukturen, eine Bewegung in Richtung mehr Demokratie?

Novy mag Recht haben, was die positiven Auswirkungen der Politik Lulas in Hinblick auf Einkommensverteilung die Ermöglichung sozialstaatlicher Verbesserungen in einigen Bereichen betrifft. Seine insgesamt positive Beurteilung der aktuellen PT-Bundesregierung ist jedoch insofern

schwer nachzuvollziehen, als sie einen krassen Gegensatz zur harten Kritik bildet die er zuvor an der PT-Landesregierung in Acre darstellt. Deren pragmatischen Wechsel vom Ideal einer sozialistischen zu einer bürgerlichen Revolution kommentierte Novy (2000a, S. 187f): „ an Stelle von Forderungen nach 'Freiheit, Gleichheit und Solidarität' trat die Durchsetzung von 'Ordnung und Fortschritt' als das von den Eliten in die Fahne eingeschriebene Leitmotiv Brasiliens. Die PT-Führung versucht also durch wirtschaftlichen Fortschritt Sozialstrukturen aufzubrechen. Damit unterscheidet sie sich in der Zielsetzung nicht länger von den früheren Machthabern.“ Lassen sich genau diese Worte nicht auf die Regierung Lula anwenden?

Jedenfalls lässt Novy (2008) in seiner Bewertung der Regierung Lula einige Fragen unberücksichtigt: Welche Art von Naturverhältnis liegt dieser Art von Wachstumspolitik zugrunde? Was hat sie für konkrete Auswirkungen auf lokal verankerte Akteure? Eine umfassende Analyse und Bewertung der Lulaschen Sozial- und Umweltpolitik würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit übersteigen. Doch sollen einige Beispiele an dieser Stelle angeführt werden, die die Auswirkungen seiner Politik auf indigene Völker und lokale Gemeinschaften insbesondere im Amazonas verdeutlichen:

Die entsprechend der Verfassung auf 5 Jahre anberaumte Demarkierung indigener Gebiete ist auch heute, nach über 20 Jahren weit davon entfernt abgeschlossen zu sein. Waren die Demarkierungen der Anzahl nach unter Cardoso steigend, so sind sie unter Lula fallend. (Vgl. KUPPE 2008 und CIMI 2009, Artikel vom 20/02/2006 „E as demarcações de terras indígenas?“)

Gross angelegte staatliche Fürsorgeprogramme wie das – von Novy (2008, S.6) als beispielgebend für die Qualität von Lulas Sozialpolitik angeführte – Programm „Bolsa Família“(Familienbeihilfe) erreichen die Gemeinschaften oft nicht oder haben destrukturierende Wirkung auf sie. So sind die Beschwerden des Koordinators der indigenen Jaminawa-Kooperative zu verstehen, dass „Bolsa Família“ den Jaminawa-Gemeinschaften schade, da die Begünstigten sich per Kanu in mehrtägiger Reise von den Dörfern in die Hauptstadt des Munizips begeben müssen, um das Geld zu empfangen, wo sie schädlichen Einflüssen der Stadt wie beispielsweise Alkohol ausgesetzt seien und sich dort verlören. (Jaminawa 2008) Diese spezielle Situation der Jaminawa mag ein Einzelfall sein, ist aber zugleich exemplarisch für die sich aus grossflächiger staatlicher Planung und realitätsferner autoritätsförmiger Bürokratie in der Lebenswirklichkeit der Menschen sich ergebenden Probleme.

Bereits 2003 legalisierte Lula via Medida Provisoria MP 131 – gegen den Willen seiner Umweltministerin Marina Silva - die Pflanzungen transgenen Sojas in Brasilien. (vgl. Socioambiental.org 2009, Artikel vom 26/09/2003: Plantio de soja transgênica sem licenciamento ambiental é novamente liberado) Marina Silva protestierte gegen die Maßnahme und machte darauf

aufmerksam, dass sie keine „Ministra de jardinagem“ (Gärtnerei-Ministerin) sei, womit sie ihren Anspruch betonte, nicht nur an der Oberfläche agieren zu wollen, sondern bei auch bei Grundsatzentscheidungen mitzusprechen. (vgl. Bragon 2009)

Die zunächst als kurzfristige Notlösung präsentierte Massnahme der Soja-Legitimierung ebnete in den folgenden Jahren den Weg zu gross angelegten gentechnischen Partnerschaftsprojekten, wie die Public Private Partnership zwischen EMBRAPA und dem weltgrössten Chemiekonzern BASF. Das in dieser Partnerschaft entwickelte transgene Soja soll ab 2011 großflächig in Brasilien, und möglicherweise auch in Argentinien, Paraguay und Bolivien eingeführt werden. (vgl. BASF 2009)

Die Sojaproblematik hängt direkt mit der Regenwaldzerstörung zusammen, da die Plantagen flächenintensiv sind und sukzessive in den Amazonasraum fortschreiten. Die Asphaltierung der Bundesstrasse BR-163, über die das Soja per Lastwagen vom Bundesstaat Mato Grosso zum Hafen von Santarem transportiert wird hatte für Lula Priorität (vgl. Socioambiental.org 2009, Meldung vom 07/06/2006: Governo apresenta versão final do Plano BR-163) Die mit massiven PAC-Mitteln vorangetriebene BR-163 (vgl. PAC 2009, „Relatório Estadual – Para“) verursachte im Bundesstaat Para eine ähnliche Welle gewaltsamer Landkonflikte, wie in den 1970er und 89er Jahren die BR-364 in Acre (siehe voriges Kapitel). In diesem Kontext wurde 2005 die US amerikanische katholische Ordensschwester Dorothy Stang, die sich für die Rechte der lokalen Bevölkerung in Para einsetzte, ermordet. Das Instituto Socioambiental gibt als Anzahl der während der ersten zwei Jahre der Regierung Lula ermordeten Vertreter sozialer- und Landbewegungen mit 125 an. 40% der Morde wurden in Para verübt. (Socioambiental.org 2009, Artikel vom 15/02/2005: Sociedade civil cobra punição dos responsáveis pelo assassinato da irmã Doroty e presença efetiva do Estado na região) Die Konflikte dauern bis heute an und der Bundesstaat ist führend in den Entwaldungsstatistiken: Von den im Juli 2009 insgesamt 836,5 im brasilianischen Amazonas zerstörten Quadratkilometern entfallen 577, also 68,98% auf Para. (INPE 2009, S.7)

Die Problematik der von Lula geförderten und als „große Alternative zur Verschmutzung des Planeten“ gepriesenen (vgl. Globo.com 2009, Artikel vom 26/05/08: „Amazônia brasileira tem dono, diz Lula“) - Biokraftstoffe erweist sich in mehrerer Hinsicht als problematisch. Abgesehen davon, dass dadurch ein Anstieg der Lebensmittelpreise zu erwarten ist⁷¹ , üben die enormen Zucker- oder Raps-Monokulturen – ebenso wie Soja - flächenmässig Druck auf das Amazonasgebiet aus, der in Entwaldung resultiert.(vgl. Socioambiental 2009, Artikel vom 12/11/2006: Desmatamento na Amazônia e agronegócio)

⁷¹ Der OECD Bericht von 2008 erklärt die Steigerung der Lebensmittelpreise aufgrund der erhöhten Nachfrage nach Getreiden und Ölen (OECD.ORG 2009, Artikel vom 16/07/2008 „Biofuel policies in OECD countries costly and ineffective, says report,“)

Im Juni 2009 verabschiedete Lula eine weitere Medida Provisoria MP 485, die auf heftige Proteste von sozialen Bewegungen und NGOs stiess. Die Verordnung soll Landrechtssituationen in Amazonien regulieren. De facto leitet sie der Aneignung enormer Flächen durch Grossgrundbesitzer vorschub. Die CPT vergleicht die Verfügung mit dem Landrecht von 1850 das den Grossgrundbesitz der Agrooligarchie begründete und sieht darin - ebenso wie Marina Silva - eine Legalisierung der "Grileiros" . (MST.ORG.BR 2009, Artikel vom 09/06/2009 "Para CPT, MP 458 pavimenta expansão do latifúndio")

Es ist also festzustellen, dass die Regierung Lula dem von globalisierter Industrie und regionaler Oligarchie betriebenen Ansturm auf Fläche und Ressourcen deutlich Vorschub leistet und damit gegen die Interessen der lokal verankerten Akteure agiert. Diese Politik geht mit einer Natur verherrlichenden nationalistischen Rhetorik einher, deren diskursive Ursprünge im nächsten Unterabschnitt näher zu untersuchen sein werden.

Es ergibt sich an diesem Punkt folgendes Bild: Der Diskurs der Aktuellen PT Regierung ist der breiten – größtenteils in der Stadt lebenden⁷² - Bevölkerung gegenüber hegemonial. Ihr wird ein Entwicklungsmodell als zukunftssträchtig präsentiert, das jedoch langfristig ihre Lebensgrundlagen und Zukunft zerstört. Die Verallgemeinerung der partikulären Interessen wird durch die Personifizierung des *Hegemon* (altgriech. Führer) in der charismatischen Figur Lulas ermöglicht. Den Minderheiten indigener Völker und lokaler Gemeinschaften gegenüber hat der Diskurs vorwiegend zwangsherrschaftlichen Charakter.

3.6.2. Verschränkung von edenischer Natur Brasiliens und Biodiversität: Amazonas

Die Zahlen die im Zusammenhang mit dem Amazonas genannt werden sind immer wieder beeindruckend: So bedeckt der Amazonas Regenwald zwar nur 6 Prozent der Erdoberfläche, beherbergt aber zugleich 70 bis 90 Prozent der aller Arten. (Myers 1992, S.437, zit. in Santos 2003, S.16) Er stellt flächenmäßig den Anteil von 56 Prozent der Regenwälder der Erde. Er beherbergt 45.000 bekannte Pflanzenarten, 1800 Arten von Schmetterlingen, 150 Fledermaus-, 1300 Süßwasserfisch-, 163 Amphibien, 305 Reptilien-, 1000 Vogel- und 311 Säugetierarten. In ihm befinden sich 20 Prozent der Süßwassers des Planeten. Er ergießt mehr Wassermenge in das Meer als die 9 nächstgrößeren Flüsse der Welt zusammen. Auf einem Hektar Amazonas Regenwald ist mehr Biodiversität zu finden, als in ganz Europa zusammen. Er fixiert mehr als 105 Milliarden

⁷² Bereits 1997 lebten 80% der BrasilianerInnen in der Stadt (Novy 2000, S.96)

Tonnen Kohlenstoff, durchschnittlich 15.000 Tonnen pro Quadratkilometer. (Arteaga 2009)

Doch was bedeuten diese Zahlen? Woraus beziehen sie ihre Bedeutsamkeit? Woher kommt die beeindruckende Wirkung? Es scheint von ihnen einerseits so etwas auszugehen wie eine Ermahnung, ein Verweis auf eine große Verantwortung und drängende Zeit. Andererseits scheinen sie Chancen und Potentiale zu versprechen, von denen man aber noch nicht genau weiss, worauf sie hinauslaufen.

Die mythische Konstruktion des Amazonas ist seit den Beschreibungen der kolonialen „Entdecker“ konstant weitergesponnen worden, als zugleich jener dunkle Dschungel, in dem die Gefahren lauern, und zugleich ein zu entdeckender Paradiesgarten, indem verborgene Schätze vermutet werden. Im Bild der Amazonen als einerseits kriegerisch-bedrohliche, andererseits lockend-halbnackte Frauen ist bereits die ganze Dynamik des Mythos vorgezeichnet:

Sir Walter Raleigh (2004, S.22f) berichtet 1595 von seiner Entdeckungsfahrt „The Discovery of Guiana“ wie die Königinnen der „warlike women“ sich einmal jährlich für ein Monat einen Bräutigam wählen, und weiter: „They are said to be very cruel and bloodthirsty, especially to such as offer to invade their territories. These Amazons have likewise great store of these plates of gold [...]“ In dem Sonett „Amazonen“ von Wilhelm von Humboldt (Alexander von Humboldts Bruder) wird der männliche Phantasiecharakter ebenso deutlich: „Verachtend Schlachtgefahr und Kriegesmühen, Eilt in den Kampf die Schar der Amazonen, Sie nicht den Feind, Sie eigne Brust nicht schonen, Nur eines fürchtend, weibisch feig zu fliehen.“ (Humboldt 1988, S.380)⁷³

Der Mythos des Amazonas ist – wenn auch umformuliert und nicht mehr mit den exotischen Kriegerinnen assoziiert - heute nach wie vor lebendig. Die Bedrohung, die früher nur für den Einzelnen bestand, der sich in den Dschungel wagte, hat sich durch die Entwaldung - und damit einhergehende Erosion der Biodiversität und Klimakatastrophe - als Bedrohung für die Menschheit verallgemeinert.

Die verborgenen Schätze formulierten sich zu natürlichen, biologischen, genetischen Ressourcen um. An die Stelle der Wirkmächtigkeit männlich phantasierter weiblicher Sexualität tritt die Wirkmächtigkeit einer männlich-technokratisch beschriebenen Natur. Der Schauer und Reiz dieser phantasierten Natur liegt darin, dass sie - ebenso wie die Amazonen - zwischen Bedrohung und Versöhnung oszilliert.

In diesem Kontext ist wohl auch Herminio Martins (1991, S.229, zit. in Santos 2003, S.24) zu verstehen, wenn er die Biotechnologie als Ausformung eines „technologischen Gnostizismus“ sieht, in dem sich technologische Projekte mit gnostischen Träumen von der radikalen Transzendenz der

⁷³ Im Laufe der Geschichte tauchten in Südamerika weder echte Amazonen, noch ihre Schätze auf. Jedoch erwies sich der - auf der griechischen Sage der Kriegerfrauen beruhende – Mythos in seiner „tropikalisierten“ Version als lebendig, indem er immer wieder begierig neue Einflüsse in sich aufnahm. (Vgl. Prinz 2008)

menschlichen Existenz verbinden.

Die erwähnten Zahlen werden gerne am Beginn von Abhandlungen oder Vorträgen genannt (vgl. Arteaga 2009), da sie der Sache – der jeweiligen Darstellung von Problem und Lösung, für deren der Autor Konsens sucht – Gewicht verleihen. Dabei kann die Problemdefinition sehr unterschiedlich sein: von orthodoxen Schutzzonenprojekten über Potentiale der Bioprospektion, oder auch militärische Sicherung der Souveränität über die Ressourcen der Nation. Diese unterschiedlichen, oft widersprüchlichen Interessen benutzen den Amazonasmythos, der bereits durch die Nennung der Zahlen beschworen wird.

Doch welchen konkreten Stellenwert nimmt der Amazonas im heutigen brasilianischen und internationalen Kontext ein? Durch die seit den 1980er Jahren in Brasilien wahrgenommene Umweltkrise begann der Amazonas an Bedeutung für die Regierung zu gewinnen. Die massive Abholzung des Waldes und die Ermordung von Chico Mendes bewirkten, dass sich auch die internationale Umweltbewegung des Themas annahm. Indios und Gummizapfer gewannen Unterstützung und bildeten Allianzen mit Gruppen in Europa und USA. Die Weltbank hatte Kredite für Strassenbau im Amazonas zurückgezogen (vgl. voriger Abschnitt und Goldsmith 1985, S.146) und der Entwaldung sollte mit dem neuen Konzept der nachhaltigen Entwicklung entgegengetreten werden.

Dies war zugleich der Beginn einer Auseinandersetzung zwischen einerseits dem Modell der natürlichen Ressourcen als „Welterbe“ und andererseits der permanenten Souveränität der einzelnen Länder über ihre natürlichen Ressourcen. (vgl. Santos 2003, S.44) Die Berücksichtigung der Rechte über natürliche Ressourcen in der Verfassung von 1988 ist bereits Ausdruck der an Bedeutung zunehmenden internationalen Debatten über deren Verteilung.

Dabei blieb weitgehend unbemerkt, dass dem Gegensatz - Welt- versus nationales Erbe – eine gemeinsame Prämisse zugrunde lag: Nämlich, die dem Ausdruck „natürliche Ressource“ implizite Annahme, wonach Wasser, Luft und Lebewesen Ressourcen⁷⁴ darstellen. Damit wurde *res nullius* (niemandes Sache) zu *res communis* (Sache der Gemeinschaft) gemacht⁷⁵. Die Natur war zu einem knappen Gut geworden und konnte in Kapitalakkumulationsprozesse eingebunden werden. Wie war es zu diesem Bedeutungswandel gekommen?

Mit dem offenbar werdenden der Krise hatte eine intensive Produktion von Expertenwissen eingesetzt: Bereits 1977 wurde von dem US Präsidenten Jimmy Carter die „Global 2000“

⁷⁴ Ressource ist im Wörterbuch (Dunden 2006, Stichwort Ressource) zweifach bestimmt: erstens als natürlich vorhandener Bestand von etwas, was für einen bestimmten Zweck, besonders zur Ernährung der Menschen und zur wirtschaftlichen Produktion benötigt wird, zweitens als Bestand an Geldmitteln, Geldquelle, auf die jemand zurückgreifen kann.

⁷⁵ Im römischen Recht bezeichnen *res nullius* und *res communis* Dinge die keinen eindeutigen Eigentümer haben, wobei *res nullius* mit Überfluss und *res communis* mit Knappheit assoziiert sind. (vgl. Santos 2003, S.23)

-Untersuchung in Auftrag gegeben. Der 1980 vorgelegte Bericht machte zugleich auf die globale ökologische Bedrohung aufmerksam und auf die große ökonomische Bedeutung der biologischen Vielfalt. (vgl. Brand und Görg 2003, S.55) Zu genau der selben Zeit wird von der Weltbank ein ähnlicher Bericht mit dem programmatischen Titel „Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer“ angefertigt. 1987 produziert die von den Vereinten Nationen gegründete World Commission on Environment and Development – WCED den „Bruntland-Bericht“ unter dem Titel „Our Common Future“. In ihm wird zum ersten mal das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ als Lösungsformel für zugleich wirtschaftliche- und Umweltprobleme expliziert: „In essence, sustainable development is a process of change in which the exploitation of resources, the direction of investments, the orientation of technological development; and institutional change are all in harmony and enhance both current and future potential to meet human needs and aspirations.“ In dieser Konzeption ist der Bedeutungswandel bereits vollzogen: „So-called free goods like air and water are also resources.“ (WCED 2009)

Mittlerweile hatte auch der Aufschwung der „Life Sciences“ begonnen, durch den zunehmend die in der Biodiversität des Regenwaldes enthaltene genetische Information als potentielle Ressource Bedeutung gewann, über deren tatsächliches Potential bis heute Unsicherheit besteht (vgl. Brand und Görg 2003, S.215). Durch diese Wissensproduktionen im Kontext von Biodiversität und nachhaltiger Entwicklung begann sich das Inwertsetzungsparadigma (ebd., S.53) zu verdichten und es wurden zwei Aussagen produziert:

- **Die Aussage der wissenschaftlichen Beschreibbarkeit der Vielfalt des Lebens durch den Begriff Biodiversität und**
- **die Aussage des monetären Wertes der Biodiversität**

Was bedeutet nun der Amazonas für die BrasilianerInnen? Welche Aussagen produziert der Nationaldiskurs in Bezug auf den Amazonas? Die Romantisierung des Amazonas im Zusammenhang mit seiner Biodiversität ist in Brasilien immer wieder Bestandteil von Sonntagsreden, Gedichten oder Hymnen: So formuliert beispielsweise der Gouverneur des Bundesstaates Amazonas José Lindoso: „Wir sind im Besitz eines grossen Naturerbes, das im Dienste der Menschheit und im Dienste Brasiliens eingesetzt werden soll. ... Der Amazonas ist gross, weil Brasilien gross ist ... und Brasilien ist gross wegen der Bestimmung unserer Geschichte“ (frei übersetzt nach Wikipedia Português 2009, Stichwort „Hino do estado do Amazonas“)

Die Assoziation des Amazonas Regenwaldes mit der 1822 komponierten Nationalhymne (vgl. Wikipedia Portugues 2009, Stichwort Hino_do_Brasil) ist gegeben, wenn es dort bereits heisst "Nossos bosques têm mais vida" (Unsere Wälder haben mehr Leben).

In diesen romantisierenden Formulierungen zeigt sich, wie der Ende des 20. Jahrhunderts diskursiv als „Biodiversitätsparadies“ konstruierte Amazonas und seine „zukunftsversprechende“ Inwertsetzung nahtlos auf den zwei Aussagen des seit der Kolonialzeit Brasilien beherrschenden Gründungsmythos – von der edenischen Natur Brasiliens und von der verheissenen Zukunft – aufsetzen.

Auch in Bezug auf Zeitlichkeit haben die beiden Diskurse Gemeinsamkeiten: Die im Gründungsmythos formulierte Aussage von der verheissenen Zukunft basiert auf der eschatologischen christlichen Geschichtsvorstellung, wonach die Geschichte auf einen End- oder Zielzustand hinläuft. (Chaui 2000, S.44) Die Vorstellung dieses Zielzustands ist von gegensätzlichen Extremvorstellungen – Verdammnis versus Erlösung – geprägt. Auch im Diskurs der nachhaltigen Entwicklung ist die Zukunft auf ein „Alles oder Nichts“ ausgerichtet. Die „unwägbaren“ Nutzen der Biodiversität als mögliche Lösung der globalen sozialen Widersprüche stehen dem apokalyptischen Bild der 6. erdgeschichtlichen Extinktionswelle gegenüber. Die Zukunft oszilliert auch hier zwischen paradiesischen Erfüllungen und Weltuntergang.

Ein weiteres gemeinsames Merkmal der beiden Diskurse lässt sich ausmachen: In beiden Fällen bleibt die Vorstellung – worin genau der Weltuntergang oder die Erfüllung liegen sollte – vage. Die verheissene Zukunft ist ebenso unbestimmt, wie die von Experten produzierten Daten über Nutzen der Biodiversität, deren Erosion und der daraus sich ergebenden Folgen⁷⁶. Die Vagheit und Unsicherheit der beiden Diskurse ist jedoch nicht im Fehlen von Informationen begründet, sondern strukturell. Die Ungenauigkeit erfüllt hier eine diskursive Funktion. Sie eröffnet einen Spielraum – ein gemeinsames Terrain – auf dem verschiedenste Interessen formuliert und ausgefochten werden können. Ein wesentlicher Faktor für die Möglichkeit der Verschränkung dieser Diskurse ist die beiden gemeinsame „systematische Ungenauigkeit“. Die Dynamik des Diskurses wird nun deutlicher:

- Die systematische Ungenauigkeit bewirkt, dass unterschiedliche Interessen auf gemeinsamem Terrain um die Vereinnahmung des Diskurses konkurrieren können, wobei ihre Inkompatibilitäten verdeckt bleiben.
- Die Polarisierung bewirkt ein Spiel von „Schrecken und Locken“ des Diskurses, wobei er eine beschleunigte Zeitlichkeit vorgibt, Druck macht und permanent vermeintliche Notwendigkeiten, Sachzwänge und Alternativlosigkeiten produziert.

⁷⁶ Es muss darauf hingewiesen werden, dass es hier in keiner Weise darum geht, das Ausmass der Umweltzerstörung herabzumindern. dass sie in sehr hohem Mass vorhanden ist und sich laufend beschleunigt, kann nicht geleugnet werden. Es gilt jedoch die diskursive Funktion des produzierten Wissens in Hinblick auf die Verallgemeinerung von Interessen zu analysieren.

Genauere, komplexere, eine andere Zeitlichkeit erfordernde, auf Klärung der Unsicherheiten und Hinterfragung der Polaritäten abzielende Betrachtungen und alternative Problemdefinitionen werden dadurch verunmöglicht. Darin besteht die Gewalttätigkeit des Diskurses.

Alternative Naturverhältnisse wie die der indigenen Völker haben diesem dominanten Diskurs gegenüber kaum die Möglichkeit sich zu artikulieren. Die Indigenen werden im nationalistischen Kontext immer wieder als Bedrohung der Souveränität des Amazonas verstanden. Das 1985 ins Leben gerufene Projekt „Calha Norte“ sieht Absiedelungen indigener und Ansiedelung nicht-indigener Staatsbürger in Grenzgebieten und die Errichtung von Militärbasen entlang der Grenzlinie im Amazonas vor. (Vgl. Silva 2009)

Auch von Lula wird die „Militarisierung“ der indigenen Frage und die Erschließung der Ressourcen in indigenen Gebieten durch eine dementsprechende Verfügung seit 2004 betrieben. (vgl. CIMI 2009, Artikel vom 20/06/2004 „O Governo Lula e a visão dos Povos Indígenas como 'potenciais de risco à estabilidade institucional'“) In seinen Reden setzt er den Amazonasmythos im Sinn „nationaler Verantwortung und Chance“ ein. So erwähnte er bei der Eröffnung des Entwicklungsplans „Amazonia Sustentavel“ (nachhaltiger Amazonas) – dessen Überantwortung an den damaligen Strategieminister Mangabeira Unger⁷⁷ den Anlass zum Rücktritt Marina Silvas gab – die einem „Analphabetismus“ gleichkommende Unerforschtheit des Amazonas, von dessen Biodiversität noch nicht einmal 10 Prozent nutzbar seien, und ließ die Zuhörer im Sprechchor wiederholen: „Es ist Brasilien, das sich um den Amazonas kümmert!“. (vgl. Folhaonline 2009, Artikel vom 08/05/2008 „Lula diz que Amazônia é da humanidade e deve ser cuidada pelo Brasil“) Marina Silvas Rücktritt kam nach lange – für manche kritische Beobachter zu lange - durchgehaltener Loyalität mit Lula. Der Zusammenhang ihres Rücktritts mit der Amazonasentwicklung zeigte, dass sie die Verbundenheit mit dem Amazonas – als abseits des Mythos befindlichem Ort – nicht verloren hatte, beziehungsweise, dass sie, wenn auch lange Zeit auf Regierungsebene agierend, nicht aufgehört hatte, eine lokal verankerte Akteurin zu sein.

Die im vorigen Abschnitt erwähnte Erfahrung des „Governo da Floresta“ (Regierung des Waldes) von PT in Acre ab 1998 war ein ernsthafter Versuch einer alternativen Entwicklungspolitik. Die Idee war, indigene Völker und lokale Gemeinschaften aufzuwerten, an die soziale Bewegung der Gummizapfer anzuschliessen und ein spezifisches Konzept der nachhaltigen Entwicklung im amazonischen Kontext darauf aufzubauen. Zweifellos hat sie zu großen Verbesserungen für

⁷⁷ Unger beschreibt seine „Eignung“ für die Koordinierung des Amazonasplans mit den Worten: „Wer denkt, dass die Entwicklung des Amazonas natürlicherweise in die Verantwortung eines Umweltministeriums fällt, versteht einfach nicht, dass der Amazonas mehr als ein Wald ist. Einem Umweltministerium fehlen die notwendigen Werkzeuge, um mit den vielfältigen Problemen von Verkehr, Energie, Bildung und Industrie fertig zu werden, und ein umfassendes Entwicklungsprogramm zu formulieren und umzusetzen“ (vgl. Wikipedia Português 2009, Stichwort Roberto_Mangabeira_Unger)

verschiedene gesellschaftliche Gruppen geführt.

Die Versprechungen der nachhaltigen Entwicklung konnten jedoch nicht eingelöst werden. Die Entwaldung nahm nach 1998 in ähnlichem Ausmaß zu wie in den anderen brasilianischen Amazonas-Bundesstaaten. (vgl. INPE 2009a) und ihre massive Zunahme ist durch die zur Zeit stattfindende Weiterasphaltierung der BR-364 quer durch Acre zu erwarten. Der Straßenbau ist im IIRSA Programm als Verbindung zur peruanischen Pazifikküste vorgesehen und wird mit Finanzierung des PAC – der nationalen Ergänzung von IIRSA - finanziert, und von der Landesregierung abgewickelt.

Chico Mendes wurde seinerzeit scharf wegen seiner offen geäußerten Besorgnis um die Auswirkungen der Strasse kritisiert (vgl. Comitê Chico Mendes 1998). Solche Besorgnis wird heute in Acre nicht mehr geäußert. Mögliche zukünftige Ölbohrungen (vgl. Socioambiental 2009, Artikel vom 07/03/2007 „Deputados estaduais manifestam apoio à prospecção de petróleo“) werden von der Regierung befürwortet und in der Öffentlichkeit kaum hinterfragt.

Der im Slogan „Regierung des Waldes“ angeklungene Aufbruch von Herrschaftsstrukturen hat nicht stattgefunden. Die mit ihm einhergehenden Konzepte wie „Florestania“ stammen nicht von den Waldbewohnern, sondern von Intellektuellen der Regierung. Ob sie vielleicht langfristig aufgehen, beziehungsweise von den lokalen Gemeinschaften und indigenen Völkern angenommen und umgesetzt werden, ist noch ungewiss.

Letztlich zeigt jedoch auch das Acre-Experiment der nachhaltigen Entwicklung des Amazonas die Unmöglichkeit – von Regierungsseite her – international und national vorgegebene Paradigmen aufzubrechen und neue gesellschaftliche Naturverhältnisse zu etablieren.

3.6.3. Die CBD und ihre Umsetzung durch die brasilianische Regierung

In den Vorverhandlungen der Rio-Konferenz 1992, als der „Genkrieg“ seinen Höhepunkt erreicht hatte, sah das offizielle Brasilien den Amazonas-Regenwald als Trumpf in seiner Hand. Die ökonomische Nutzbarkeit der Regenwälder sollte zum Garant für deren Bewahrung werden und zugleich zum Motor für eine nachhaltige Entwicklung. Darin bestand die „Erfolgsformel“ der CBD. In der Inwertsetzung der Biodiversität wurde unter dem Motto „Use it or lose it“ die einzige Chance für ihre Bewahrung gesehen. (vgl. Hödel und Frimmel 1993, S.279) So wurde die **Aussage der Alternativlosigkeit zur Inwertsetzung der Biodiversität** produziert und durch die CBD als globaler Konsens abgesegnet.

Die industrialisierten Länder wollten dabei freien Zugriff auf die Biodiversität und Brasilien bestand auf einer Regelung des Zugriffs durch Abkommen in denen Gegenleistungen in Form von

Technologietransfer festgelegt werden sollten. Rio-92 wurde, vor allem aufgrund der über die biologischen Ressourcen gewonnenen Souveränität der Staaten (Artikel 3 der CBD), als diplomatischer Sieg Brasiliens über die industrialisierten Länder - allen voran den USA, die der Konvention nicht beitraten - gefeiert. Möglicherweise war jedoch der brasilianische Erfolg ein Pyrrhussieg. (vgl. Santos 2003, S.45f) Das Unterschreiben und zugleich Nicht-Ratifizieren der CBD befreit die USA einerseits von deren Regeln, gibt ihnen aber zugleich die Möglichkeit, als „Non-Parties“ an den COPs teilzunehmen und Lobbyarbeit zu betreiben. Es zeichnet sich hier die von Görg und Brand (2003) als „Forum Shifting“ bezeichnete Strategie ab, bei der ein Akteur, wenn er seine Interessen auf einem bestimmten Terrain nicht durchsetzen kann, auf ein anderes ausweicht. Die Sicherung geistiger Eigentumsrechte hatte Priorität und wurde auf anderen Wegen durchgesetzt: Praktisch gleichzeitig mit seiner Unterschrift der CBD 1992 legte Präsident Collor dem Kongress den von USA geforderten (vgl. Abschnitt 3.5 dieser Arbeit) WIPO-gerechten Gesetzentwurf 824/91 für Patentrecht vor. (vgl. Santos 2003, S.46f), wodurch wiederum die **Aussage der Alternativlosigkeit zum geistigen Eigentum** im brasilianischen Kontext reproduziert wurde.

Es lag auf der Hand, dass Brasilien als Geburtsort der CBD und als führendes megadiverses Land eine besondere Verantwortung zukam, was die Umsetzung der CBD-Prinzipien in nationale Gesetze, Normen und Maßnahmen öffentlicher Politik betraf. Vieles war dabei noch unausgegoren, vor allem, was ABS betraf. Wer sollte in welcher Form an den Vorteilen beteiligt werden? Welche Entscheidungsgewalt würde in diesen Prozessen den indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften zustehen? Diese und andere Fragen wurden von der CBD aufgeworfen, nicht aber beantwortet. Sie würden erst dann eine Antwort bekommen, wenn sie in den biodiversitätsreichen Ländern in gesetzlich geregelte Praxis umgesetzt würden. Es lag nun an Brasilien – als Vorreiter im Prozess der Biodiversitätspolitik der Südländer – eine beispielgebende Biodiversitätspolitik⁷⁸ und ABS-Legislatur zu schaffen.

Marina Silva, die inzwischen Senatorin geworden war, nahm diese Gelegenheit bald wahr und legte 1995 – nachdem die CBD 1994 vom brasilianischen Kongress ratifiziert worden war - einen Gesetzentwurf vor, der die Umsetzung des ABS betreffenden Artikels 15 sowie des Artikels 8j, der die Wahrung der Rechte der indigenen Völker und lokalen Gemeinschaften vorsah. Das Projekt

⁷⁸ Zur Entwicklung einer nationalen Biodiversitätspolitik wurden nach der Ratifizierung der CBD (29.Mai 1994) eine Reihe von Dekreten erlassen. Dekret 1.354 von 1994 instituiert das Programa Nacional da Biodiversidade Biológica - PRONABIO (Nationales Biodiversitätsprogramm) 2002 erlässt Präsident Cardoso das Dekret 4.339, mit Richtlinien zur Umsetzung einer nationalen Biodiversitätspolitik. Das PROGRAMM sieht die Sicherung der Rechte der indigenen Völker und lokaler Gemeinschaften im Sinne des Artikels 8j der CBD vor. Unter Marina Silva als Umweltministerin wurde dann das Biodiversitätsprogramm durch das Dekret 4.703 neu formuliert und eine Nationale Biodiversitätskommission mit Partizipation indigener Vertreter eingeführt. (Vgl. Santilli 2005, S.106) Diese Politischen Richtlinien sind jedoch relativ wenig effektiv, solange ihnen das Fundament – ein Gesetz zur Regelung von ABS und Artikel 8j – fehlt.

wurde nach einiger Diskussion 1998 in von Senator Osmar Dias abgeänderter Version PL306/98 vom Senat⁷⁹ abgesegnet und dann zum Abgeordnetenhaus weitergeleitet. Dort wurde jedoch der Prozess immer weiter aufgeschoben. (vgl. Silva 2002)

2002 lagen dann dem Brasilianischen Kongress drei Gesetzesentwürfe vor: der von Marina Silva / Osmar Dias, einer von Senator Jacques Wagner und einer von der Regierung. Die ersten beiden legten – im Zusammenhang mit der Frage des Zugriffs – einen Schwerpunkt auf den Schutz der Sozio-Biodiversität. Das staatliche Projekt hingegen stellte wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Aspekte in den Vordergrund und sah einen Zusatz in der Verfassung vor, die – zusammen mit dem Gesetz – der Regierung weitreichende Befugnis zur Ausbeutung der genetischen Ressourcen einräumen sollte. Der Gesetzentwurf unterscheidet zwischen den biologischen und den genetischen Ressourcen und sichert den Zugriff des Bundes auf letztere, und somit auf die genetische Information ab.

Im Mai 2000 erhob sich ein Skandal rund um einen geplanten Bioprospektionsvertrag zwischen dem Schweizerischen multinationalen Pharmaunternehmen Novartis und der brasilianischen staatlichen Organisation BioAmazônia. Der Vertrag sah das Sammeln von Proben und das Isolieren von Extrakten für die Dauer von drei Jahren vor, berief sich zwar auf die Biodiversitätskonvention, lief aber letztendlich auf die billige Veräußerung der Zugriffsrechte hinaus. (vgl. Santos 2003a, S.92)

Der Skandal resultierte in der Annullierung des Novartis-Geschäfts und im Erlass einer „Medida Provisoria“ (provisorische Maßnahme), der MP 2.052. Diese wurde 2001 als 2.186-16 re-editiert und bildet – da nicht durch ein entsprechendes Gesetz ersetzt – bis heute die Grundlage der rechtlichen Regelung von ABS in Brasilien. Wie reguliert nun die MP Zugriff und Vorteilsausgleich?

Das „Regierungsinteresse“ an den genetischen Ressourcen ist in der MP nur allzu deutlich: Sie widmet zwar der Biodiversitätskonvention ein ganzes Kapitel, widerspricht aber in vielen Punkten den in der Konvention vorgesehenen Prinzipien zum Schutz der Sozio-Biodiversität. Bereits in ihrem zweiten Artikel bekräftigt die Regelung die exklusive Befugnis der Regierung über die Angelegenheit und beschneidet im Artikel 8 die Rechte der Indigenen, indem sie festlegt, dass der Schutz der Biodiversität nicht zum Hindernis für deren Nutzung werden darf.

Was in der CBD als PIC konzipiert war, wurde in der MP zur „anuência prévia“. Die Übersetzung von PIC ist jedoch „consentimento prévio fundamentado“. „Anuência“ bedeutet zwar auch „Zustimmung“, hat aber eine deutliche Konnotation in Richtung „Ankündigung“. In Artikel 17

⁷⁹ Der Kongress setzt sich in Brasilien aus „Senado federal“ (Senat) und „Câmara dos Deputados“ (Abgeordnetenhaus) zusammen.

wird bestimmt, dass in Fällen von „relevantem öffentlichem Interesse“ die Zustimmung der indigenen und lokalen Gemeinden die Anuência nicht verpflichtend sei. Dabei ist nicht geklärt, was das relevante öffentliche Interesse sein sollte beziehungsweise welche Instanz entscheidet, in welchen Fällen es gegeben sei. Wenn also die Indigenen nicht „vernünftig“ in den Verhandlungen sind, kann der Staat jeder Zeit relevantes öffentliches Interesse anmelden. (vgl. ebd. und Planalto.gov.br 2009, „Medida Provisória no 2.186-16, de 23 de agosto de 2001“)

Die brasilianische Verfassung sieht für die Indigenen in ihren Gebieten das exklusive Nutzungsrecht der natürlichen Ressourcen vor. Die Medida Provisoria unterläuft das Verfassungsrecht der Indigenen insofern, als sie durch die Unterscheidung biologischer und genetischer Ressourcen die Interpretation zulässt, genetische Ressourcen seien keine natürlichen Ressourcen. (vgl. Santos 2003a, S.101ff)

In einen Punkt jedoch setzt die MP der unkontrollierten Aneignung der genetischen Ressourcen eine Grenze und geht sogar über die Prinzipien der CBD hinaus: Artikel 31 schreibt für den Fall der Eintragung von Patenten die Angabe der Herkunft des genetischen Materials oder bezogenen traditionellen Wissens vor. Santos' (2003a,S.103) Meinung nach ist jedoch unter dem Strich – mit dem geringen Vorbehalt des Artikel 31 – der Patentierung der Lebensformen durch die MP Tür und Tor geöffnet.

Besonderes Augenmerk innerhalb der MP verdient der in ihrem Artikel 10 konstituierte „Conselho de Gestão do Patrimônio Genético“ - CGEN (Verwaltungsrat für genetisches Erbe). Er wird vom Umweltministerium präsiert und es obliegt ihm u.a. technische Normen für PIC und MAT zu erarbeiten, Zugriff zu autorisieren und für die Regierung Benefit Sharing-Verträge unterzeichnen.

Als Marina Silva 2003 Umweltministerin wurde, beauftragte sie den CGEN mit der Ausarbeitung eines neuen Gesetzentwurfes. Bis dato konnte der CGEN dem Kongress keinen solchen Entwurf vorlegen. Woran liegt das?

In der Erwartung das ABS-Gesetz bald verwirklichen zu können, und um mehr soziale Partizipation in der staatlichen ABS-Politik zu ermöglichen, etablierte Marina Silva noch im selben Jahr die Möglichkeit für VertreterInnen indigener Völker, lokaler Gemeinschaften und der organisierten Zivilgesellschaft, als permanente BeobachterInnen – jedoch aufgrund der Rahmenbedingungen der Medida Provisoria ohne Abstimmungsrecht – an den Versammlungen des CGEN teilzunehmen. Zugleich installierte Sie eine neue „Câmara Técnica Legislativa“ (technische Abteilung für Legislatur) innerhalb des CGEN mit der spezifischen Aufgabe, die Erarbeitung einen neuen Gesetzesvorschlag zu koordinieren. (vg. ISA 2006, S311ff). Der Gesetzentwurf war 2004 fertig. Er sah einen weitgehenden Schutz der Rechte der indigenen Völker und lokalen Gemeinschaften vor –

wie zum Beispiel das Recht, Zugriff zu verweigern – , übernahm das Vorsorgeprinzip aus der CBD⁸⁰ , anerkannte formal traditionelles Wissen als westlicher Wissenschaft gleichberechtigt. (vgl. Socioambiental.org 2009, /esp/tradibio/proscontras.html) Jedoch sollte auch dieser Entwurf nie zu Gesetz werden. Die Diskussionen um das Thema ABS sind bis heute von unvereinbar scheinenden Differenzen und Auseinandersetzungen gezeichnet und Brasilien schaffte es bis heute – mittlerweile 17 Jahre nach Unterzeichnung der CBD – nicht, ein ABS-Gesetz einzuführen. Was sind die Gründe dafür? Welche Kräftekonstellationen innerhalb der brasilianischen Regierung kommen hier zum Tragen? Welche Interessen stossen im CGEN aufeinander?

Enio Rezende (2008) untersucht in seiner Arbeit die Akteure und Kräftekonstellationen des CGEN. Er greift dabei auf den diskursanalytischen Ansatz von Arturo Escobar (1998) zurück. Dieser versteht Biodiversität – ähnlich wie Brand und Görg (2003) als diskursives Produkt eines Netzwerks dessen Akteure äußerst divergente Perspektiven auf Natur und Kultur haben. Innerhalb dieses „Biodiversity Production Network“ unterscheidet Escobar (1998, S.54) vier Perspektiven und damit Akteursgruppen, die hier kurz aufgelistet werden sollen:

Erstens die globalozentrische Perspektive. Hierunter ist die Sichtweise der Weltbank und der Großen nördlichen NGOs von Biodiversität zu verstehen. Sie zeichnet sich durch die Betonung des Biodiversitätsverlusts aus, wobei das Augenmerk auf zahlenmäßiger Reduktion der Artenvielfalt und Verlust von Habitaten liegt, ohne dass die tiefer liegende Gründe gesucht werden. Grosse Mengen von Expertenwissen werden produziert um technische Lösungen für ein Ressourcenmanagement bereitzustellen. Diese Perspektive ist nach Escobar (ebd., S.57) in den COPs der CBD, sowie in den von ihr institutionalisierten Gruppen wie dem „Subsidiary Body for Scientific, Technical and Technological Advise“ – SBSTTA dominant.

Zweitens die Perspektive der Souverentät: Das nationale Interesse an den genetischen Ressourcen stellt die globalozentrische Perspektive in keiner Weise in Frage, sondern positioniert sich als Verhandlungspartner innerhalb des dominanten Diskurses.

Drittens nennt Escobar (1998, S.59f) die Perspektive der „Biodemokratie“ als hauptsächlich von progressiven südlichen NGOs eingenommene Position, die die Verantwortung nördlicher Industrien als Verursacher der Biodiversitätskrise hervorheben, sich auf eine holistische Naturverständnis und eine Philosophie der Diversität beziehen. Hier wird die Biodiversität als rechtmäßiges Erbe der südlichen ländlichen Gemeinschaften verstanden. Es werden Rechte im Sinn der Anerkennung des intrinsischen Wertes der Biodiversität eingefordert. Hierzu zählt Escobar beispielsweise das Third World Network, die von Pat Mooney begründete Erosion-Technology-Group RAFI/ETC, Genetic

⁸⁰ „Noting also that where there is a threat of significant reduction or loss of biological diversity, lack of full scientific certainty should not be used as a reason for postponing measures to avoid or minimize such a threat, ...“ (CBD 1992, Preamble)

Resources Action International - GRAIN und die indische Stiftung der Aktivistin Vandana Shiva.

Die Biodemokratie-Perspektive unterscheidet sich schließlich von der ihr zugleich nahe stehenden vierten Gruppe: soziale Bewegungen. Diesen ordnet Escobar die Perspektive der „kulturellen Autonomie“ zu. Er bezieht sich insbesondere auf jene Bewegungen, die um die Wahrung ihrer kulturellen Identität kämpfen, wobei Identität verstanden wird als „linked to particular places and territories“ (ebd., S.60). Sie entspricht somit am ehesten der von Brand und Görg (2003, S.218) als „lokal verankerten Akteuren“ bezeichneten Gruppe. Die Perspektive der kulturellen Autonomie unterscheidet sich von der Biodemokratie-Perspektive insofern, als sie das Konzept von Biodiversität als hegemoniales Konstrukt zurückweisen. Die Perspektive dieser Gruppen beinhaltet im Allgemeinen nicht die Dichotomie von Natur und Gesellschaft. Dieser Gruppe geht es nicht um die Verteidigung von Konzepten, sondern um das gesamte Lebensprojekt ihrer Gemeinschaft.

Wie verortet nun Rezende diese von Escobar unterschiedenen Gruppen in den CGEN Diskussionen? Rezende führte Interviews mit drei Gruppen: CGEN-Mitglieder, CGEN-BeobachterInnen und nicht an den Sitzungen teilnehmende Mitglieder der (noch in diesem Kapitel zu erörternden) zivilgesellschaftlichen Kampagne gegen Biopiraterie. (vgl. Rezende 2008, S.42) Er kommt zu dem Ergebnis, dass sich in den Interviews grundsätzlich in zwei einander entgegengesetzte Lager abzeichnen: Erstens die Biotechnologie-Gruppe. Sie entspricht der von Escobar beschriebenen Globalozentrischen Perspektive und setzt sich zusammen aus vier im CGEN vertretenen Ministerien und Institutionen : MCT (Ministerium für Wissenschaft und Technologie), MAPA (Landwirtschaftsministerium), EMBRAPA (staatliche Agrarforschungseinrichtung) und MDIC (Ministerium für Entwicklung, Industrie und Außenhandel). (Vgl. ebd., S.213) Das zweite, von Rezende als Umwelt-Gruppe bezeichnete Lager wird von den Vertretern des MMA (Umweltministerium) und IPHAN (Institut für historisches und künstlerisches Nationalerbe) im CGEN gebildet, sowie von zivilgesellschaftlichen Beobachtern von ISA (Sozioambientales Institut), FBOMS (Forum von NGOs und Sozialen Bewegungen für Umweltschutz und Entwicklung), ABONG (Assoziation brasilianischer NGOs), COIAB (Vereinigung der indigenen Organisationen des brasilianischen Amazonas) und CNS (Nationaler Rat der Gummizapfer).

Die Umwelt-Gruppe siedelt sich nach Rezende (vgl. ebd., S.220) zwischen den Perspektiven der Biodemokratie und der kulturellen Autonomie an.

In Hinblick auf das ABS Gesetz stützt die Umweltgruppe sich hauptsächlich auf die Forderung nach Einhaltung der ILO und FAO Konventionen. In der Konvention 169 der ILO verpflichtet sich die Regierung, „die betreffenden Völker durch geeignete Verfahren und insbesondere durch ihre repräsentativen Einrichtungen zu konsultieren, wann immer gesetzgeberische oder administrative Maßnahmen, die sie unmittelbar berühren können, erwogen werden“. (ILO 2009, Artikel 6). Das

Prinzip der Partizipation ist ebenso in den Farmers' Rights der FAO festgeschrieben: „the right to participate in making decisions, at the national level, on matters related to the conservation and sustainable use of plant genetic resources for food and agriculture“ (ITPGRFA 2009, Article 9.2.c)

Die Biotechnologie-Gruppe sieht die Forderungen der Umweltgruppe nach Schutz traditionellen Wissens als „Bioparanoia“ (Vgl. Rezende 2008, S.260) und die Forderung nach Partizipation als Versuche der Verunmöglichung von ABS und fühlt sich durch die zivilgesellschaftlichen Beobachter in ihrer Arbeit eingeschränkt und „respektlos“ (ebd., S.213) behandelt. Das MMA sei dem Einfluss der „grünen Mafia“ der NGOs, allen voran dem ISA ausgeliefert. Das Interesse der NGOs bestünde darin, dass sie sich durch ihre Politik der Verunmöglichung eine permanente Nische für ihre Projektarbeit schüfen. (ebd., S.213ff)

Das Klima der CGEN-Versammlungen seit der Teilnahme der Beobachter ist dementsprechend angespannt. So berichtet ein Vertreter oder Vertreterin des MPF und CGEN BeobachterIn, dass die Biotechnologie-Gruppe kleinste Details zum Anlass nehme, um einen Konflikt zu beschwören. Nurit Bensusan vom ISA hat nach der Teilnahme an etwa 50 CGEN -Sitzungen das Gefühl, dass die Vertreter der Biotechnologie-Gruppe „etwas zu verbergen“ hätten. (Mathias und Novion 2006, S.310)

Im Oktober 2005 legte schließlich das MAPA dem CGEN eine Resolution zum Ausschluss der zivilgesellschaftlichen BeobachterInnen vor. Der Vorschlag vom MAPA wurde von MCT und EMBRAPA unterstützt. Das MAPA begründete seinen Vorschlag damit, dass die Gegenwart der BeobachterInnen die MinisterienvertreterInnen in der Verteidigung ihrer Positionen "einschränke". Die Umwelt-Gruppe brachte eine Beschwerde gegen den Vorschlag und gegen den „Autoritarismus“ der Ministerien ein. (Vgl. ebd. S.387 und Socioambiental.org 2009, Artikel vom 07/10/2005 „Tentativa de excluir sociedade civil do CGEN provoca protesto em seminário“)

Der entsprechend der Verfügung Marina Silvas in konflikthaften Sitzungen des CGEN ausgehandelte Gesetzentwurf wurde vom MMA fertig gestellt und an die Casa Civil (Präsidialbehörde unter Ministerin Dilma Rousseff) weitergeleitet. Zur Überraschung des MMA wurden dort jedoch praktisch gleichzeitig – parallel zu dem im CGEN ausgehandelten Entwurf – ein zweiter Entwurf von den drei Ministerien MCT, MAPA und MDIC eingebracht. Dieser Entwurf widerspricht den Prinzipien von CBD, ILO und FAO in wesentlichen Punkten, sieht die Abschaffung des CGEN vor, sowie die Verlagerung der Verantwortung für das genetische Erbe von MMA zu MCT. Von nun ab wurden die Konflikte über die Gesetzesentwürfe hinter verschlossenen Türen von der Regierung ausgetragen. Der Biotechnologie-Gruppe war es - in einem Manöver des Forum Shifting (vgl. Görg und Brand 2003) - gelungen, den CGEN zu umgehen und eine Patt-Stellung gegenüber dem MMA zu produzieren. (Vgl. Mathias und Novion 2006, S.312f und GTA

2009)

Im Dezember 2006 schrieb der CGEN eine Consulta Publica (öffentliche Konsultation) aus, durch die indigene Völker, lokale Gemeinschaften sowie zivilgesellschaftliche- und Regierungsorganisationen zu Fragen des Benefit Sharing gehört werden sollten. Dazu wurde ein Multiple-Choice-Fragebogen mit einführendem Text bereitgestellt. Die Fragen richteten sich auf die Identifizierung der zu Benefit Sharing berechtigten Gemeinschaften. (zum Beispiel nur diejenigen, die den Zugriff gewährleistet oder alle die Träger des betroffenen Wissens sind, oder beide in verschiedener Verteilung, etc.) Ebenso wurde die Frage nach einem freiwilligen staatlichen Register traditionellen Wissens gestellt. Der CGEN erhielt 139 ausgefüllte Formulare zurück und 44 andere Antworten. (MMA 2008, S.7) Es ist äußerst fraglich, inwieweit der Zweck der Befragung und die Fragen selbst von Seiten der Indigenen Völker und lokalen Gemeinschaften tatsächlich verstanden wurden. So war beispielsweise ein Vertreter einer Gummizapferassoziation in Acre der Meinung, dass das Ausfüllen des Fragebogens der erste Schritt sei, um einen gewissen fixen Geldbetrag überwiesen zu bekommen, der sich aus den vielen Forschungen ergäbe, die in dem sammelwirtschaftlichen Reservat bereits durchgeführt worden waren. (Iracema 2008) In Rio Branco, im Bundesstaat Acre wurde durch die NGO Amazonlink und das Ministerio Publico eine Versammlung mit indigenen Repräsentanten zur Beantwortung der Consulta organisiert. Die Anwesenden entschieden, den Fragebogen nicht auszufüllen, da die gestellten Fragen ohne Rücksprache mit den versammelten Gemeinschaften und ohne Vertiefung von deren Hintergrundwissens nicht beantwortet werden könnten. In diesem Sinn appellierten sie an den CGEN, diese Versammlungen in den Gemeinschaften in Zusammenarbeit mit den lokalen Organisationen zu ermöglichen. (vgl. Plenaria-Acre 2007)

Im November 2007, nach Ablauf der Konsultationen durch den CGEN unternahm dann die Casa Civil eine neue Konsultation. Ein bis dahin hinter verschlossenen Türen erarbeiteter Gesetzentwurf wurde per Website der Öffentlichkeit preisgegeben und diese aufgefordert, bis zum 28. Februar 2008 Empfehlungen und Vorschläge an die Casa Civil zu senden. (Planalto.gov.br 2009, Consulta Publicas Realizadas, Consulta biologica, publicada no DOU de 28.11.2008)

Es folgte ein Protest der von Instituto Socioambiental und lokalen NGOs gemeinsam mit Organisationen indigener Völker und lokaler Gemeinschaften betrieben wurde. Der Protest richtete sich hauptsächlich gegen zwei Aspekte der Konsultation: Erstens die Form: Die Befragung per Internet sei kein geeignetes Verfahren (vgl. ILO 2009, Artikel 6) um indigene Völker und lokale Gemeinschaften zu konsultieren. Zweitens der Zeitrahmen: Es ist in Brasilien allgemein bekannt, dass im Zeitraum Dezember bis März – also über Weihnachten und Karneval – der allgemeine Betrieb auf ein Minimum reduziert ist. Es stand die Vermutung im Raum, dass eben genau das die

Überlegung der Casa Civil war: Nicht viel Aufsehen zu erregen und durch eine pro-forma Konsultation das resultierende Gesetz im Nachhinein als legitimes Produkt eines partizipativen demokratischen Prozesses erscheinen zu lassen.

Drei Tage vor Ablauf der Konsultation wurde der Chefin der Casa Civil Dilma Rouseff jedoch ein von 121 zivilgesellschaftlichen Organisationen unterzeichnetes Dokument überreicht. In dem Schreiben wurde die Verlängerung der Konsultation, sowie – anstatt der virtuellen Konsultation – die Realisierung wirklicher Versammlungen zur Befragung der vom Gesetz Betroffenen gefordert. Weiters wurde der neue Gesetzentwurf aufgrund seiner unzugänglichen sprachlichen Form und seiner inhaltlichen Kompliziertheit und Unklarheit kritisiert (Socioambiental.org 2009, Artikel vom 26/02/2008, „121 organizações pedem audiências públicas para lei de biodiversidade“)

Diese bislang letzte Version des ABS-Gesetzentwurf beinhaltet die Schaffung neuer Steuern und aufwendige Administrationsformen. Er sieht die Zweiteilung der Verwaltung von ABS entsprechend einer Zweiteilung von Biodiversität vor: Die Agro-Biodiversität betreffende ABS-Angelegenheiten würden durch eine eigene Institution – den AgroBio – geregelt. Der AgroBio wäre dem Landwirtschaftsministerium MAPA unterstellt. Für die nicht-landwirtschaftliche Biodiversität ist eine Reihe anderer komplexer administrativer und fiskalischer Instrumente vorgesehen. Die Unterscheidung der Agrobiodiversität von der restlichen Biodiversität entspricht der Notwendigkeit die ABS-Regulierung mit dem 2008 in Brasilien in Kraft getretenen ITPGRFA in Übereinstimmung zu bringen. (Vgl. Planalto.org, 2009, Decreto N° 6.476 und Santilli 2009, S.199). In der von dem Gesetzentwurf vorgeschlagenen Weise verursacht sie jedoch juristische Unsicherheiten, Kompetenzüberschneidungen und Grauzonen. In der Praxis ist es in vielen Fällen unmöglich eine Lebensform eindeutig zuzuordnen. Vor allem in Anbetracht der Möglichkeiten der Genmanipulation wird die Unterscheidung problematisch: So können etwa Teile des Genoms einer Spinne (wilde Biodiversität) in ein Baumwoll-Genom eingesetzt werden, um die Baumwollfasern resistenter zu machen (landwirtschaftliche Biodiversität). (Vgl. Socioambiental.org 2009, Artikel vom 06/04/2008: „Povos tradicionais exigem consulta pública presencial sobre a lei de acesso a recursos genéticos“)

Der neue Entwurf wird nicht nur von der Umwelt-Gruppe (vgl. Rezende 2008) abgelehnt, sondern auch von Teilen der Biotechnologie-Gruppe, die beispielsweise darin die Unterscheidung von Bioprospektion und akademischer – nicht auf Produktentwicklung gerichteter – Forschung vermissen. Letztlich ist auch dieser Versuch einen Konsens für die ABS-Gesetzgebung zu finden gescheitert. (Vgl. Socioambiental.org 2009, Artikel vom 07/08/2008: „Proposta de nova lei segue sem acordo“). Der ab Dezember 2007 zur Diskussion gestellte Gesetzentwurf stellte den bislang letzten Versuch dar, den „gordischen Knoten“ der ABS-Gesetzgebung zu lösen und Resultate - in

Hinblick auf die COP-9, die 2009 in Deutschland stattfinden würde - zu produzieren. Marina Silva trat knapp vor der COP-9 zurück und die Diskussion um das Gesetz versiegte seitdem.

3.6.4. Nicht-staatliche Akteure in ABS- und Biopirateriediskussionen: Gegendiskurs oder Anpassung?

In diesem Abschnitt soll der Begriff der Biopiraterie als Leitfaden dienen, um einerseits den – die Aneignung biologischer Ressourcen bewirkenden – Wissen-Macht-Nexus zu beschreiben: Biopiraterie als Machtpraxis. Andererseits sollen diskursive und gegen-diskursive Dynamiken in den aktuelleren brasilianischen ABS- und Biopiraterie-Diskussionen aufgezeigt werden: Biopiraterie als diskursives Konstrukt. Das Augenmerk liegt dabei auf dem öffentlich-medialen Diskurs und der Rolle nicht-staatlicher Akteure.

Die „schleichende Aneignung“ (vgl. erster Abschnitt dieses Kapitels und Novy 2000, S.85) biologischer Ressourcen hatte im 19. und 20. Jahrhundert durch neue technologische Verfahren und die Etablierung des Patentsystems neue Dimensionen angenommen. Hatte der erste Schritt der Aneignung in der Botanisierung – wissenschaftliche Beschreibung, Namensgebung und Ex-Situ Sammlungen – bestanden, so kam nun das Verbriefen von Rechten über Wirksubstanzen, deren Eigenschaften und Verfahren zu ihrer Extraktion dazu. Dies geschah für die lokale Bevölkerung in den Ursprungsländern weitgehend unbemerkt. Für die industrialisierte Gesellschaft war die freie Verfügbarkeit biologischer Ressourcen eine Selbstverständlichkeit und ihre Aneignung durch Wissenschaft und Technologie ein natürliches Recht. Man ist sich auch heute bei vielen gebräuchlichen Substanzen und Produkten der Herkunft von südlichen Kulturen kaum bewusst. Wer denkt beispielsweise noch bei Kokain und Coca Cola an den Jahrtausende alten traditionellen Gebrauch der Cocapflanze in den Anden und im Amazonas? Der Deutsche Albert Niemann isolierte 1860 daraus das Alkaloid Kokain. Pharmakonzerne wie Merck und Parke-Davis entwickelten in der Folge eine Reihe von schmerzstillenden und aufputschenden Medikamenten auf Kokainbasis, Angelo Mariani patentierte sich den kokainhaltigen Energy-Drink „Vin Mariani“ und eine ähnliche Rezeptur wurde in USA als „Pemberton's French Wine Coca“ - später „Coca Cola“ – vermarktet. (Vgl. Wikipedia english 2009, Stichwort Cocain). Nachdem sich das isolierte Alkaloid als – im Gegensatz zum traditionellen Cokablatt-Kauen – extrem suchtbildend, und der schnell wachsende Markt der relativ leicht herstellbaren Droge als schwer kontrollierbar erwiesen hatten, wurde Kokain in Lebensmitteln und als Aufputzmittel verboten. In der Limonade blieb nur noch der Name. Der illegale Kokainmarkt wuchs bis heute auf einen Jahresumsatz von über 70

Milliarden Dollar. (Ebd.) Der „Biopirateriefall Coca“ mag in vieler Hinsicht ein Sonderfall sein. Jedoch zeigt sich an ihm, wie unabsehbar die Folgen der Beforschung und industriellen Nutzbarmachung biologischer Ressourcen sein können, und wie gewaltförmig sie im Kontext eines technokratisch-kapitalistischen Naturverhältnisses ausfallen können: Nachdem die Kokapflanze über Jahrtausende in das kulturelle und spirituelle Gleichgewicht traditioneller andiner und amazonischer Gemeinschaften eingebunden war, destrukturiert das isolierte Suchtgift heute urbane Gesellschaften und wirkt in Form des Drogenkriegs mit physischer Gewalt auf die lokalen Gemeinschaften zurück.⁸¹

Unzählige weitere – traditionellen Gemeinschaften im Süden bekannte – Pflanzen und Tiere wurden im Lauf des 20. Jahrhunderts von der Industrie quasi entdeckt und angeeignet: Heilpflanzen wie Katzenkrallendorn⁸² (*unicaria tomentosa*), Biribiri (*Octotea radioei*)⁸³ das Gift von Pfeilgiftfröschen wie *epipedobates tricolor*⁸⁴ und *phylomedusa bicolor*⁸⁵ sind nur vereinzelte Beispiele für die massive Aneignung südlich beheimateter biologischer Ressourcen durch nördliche Industrien. Von 120 heute in der Medizin gebräuchlichen auf Pflanzen basierenden Wirkstoffen kommen nach Angaben von Leonel (2000, S.333) 75 Prozent aus traditionellem indigenen Gebrauch. Der Marktwert der auf Basis traditionellen indigenen Wissens von der Pharmaindustrie entwickelten Produkte wird auf 43 Milliarden Dollar geschätzt. (Shiva 1999)

Wie erwähnt, vollzog sich diese Form der Aneignung lange Zeit – von südlichen Regierungen geduldet und von den traditionellen Gemeinschaften unbemerkt – schleichend. Sichtbar wurde das Problem in seiner heutigen Ausformung für die Indigenen des Amazonas erstmals, nachdem sich der US Amerikaner Loren Miller „A new and distinct *Banisteriopsis caapi* plant named 'Da Vine'“ unter der Nummer US 5.751P in USA patentieren ließ. Indigene Völker und lokale Gemeinschaften im westlichen Amazonasbecken benutzen die Liane *Banisteriopsis caapi*, um ein zeremonielles Getränk herzustellen, das bekannt ist als „Ayahuasca“.

⁸¹ Es liesse sich argumentieren: Angesichts solcher unerwünschten Nebenwirkungen von Bioprospektion, sollte nicht nur die Verteilung der sich aus ihr ergebenden Vorteile, sondern auch über die Verteilung der zu tragenden Konsequenzen ihrer Schäden diskutiert werden.

⁸² Krallendorn ist ein rechtlich geschützter Markenname der österreichischen IMMODAL Pharmaka GmbH. Der Begründer der Firma, Klaus Kepplinger erfuhr im peruanischen Amazonas von den indigenen Ashaninka über die von ihnen gebrauchte – im spanischen „Uña de Gato“ genannte - Heilpflanze und meldete 1989 das US Patent 4,844,901 auf die Immunsystem fördernden Eigenschaften der enthaltenen Alkaloide an. (vgl. Aguirre 2005, S.225)

⁸³ Die Substanz *rupuninine* wurde von der kanadischen Firma Biolink mit Patenten belegt. *Rupuninine* wird von den Samen von Bibiri extrahiert wird. Das Wapixana-Volk in Roraima (Brasilien) benutzt die Substanz als empfängnisverhütendes Mittel. (vgl. Amazonlink.org 2009. Kampagne gegen Biopiraterie)

⁸⁴ Der US Amerikaner John Daly entwickelte und patentierte (US Patent 5,314,899) den Wirkstoff *Epibatidine* aus dem von indigenen Völkern im equadorianischen Amazonas gebrauchten Froschgift, der von dem Pharmakonzern Abbott zu einem Schmerzmittel weiterentwickelt wurde. (vgl. Amazonlink.org 2009. Kampagne gegen Biopiraterie)

⁸⁵ Die Sekretion dieser Kröte wird hauptsächlich in West-Amazonien von verschiedenen indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften zu rituellen- und Heilzwecken verwendet. Italienische Forscher isolierten daraus die Peptide *Deltorfin* und *Dermorfin*, die in der Folge von verschiedenen Forschungsinstituten und Pharmafirmen mit Patenten belegt wurden. (vgl. Amazonlink.org 2009, /biopirataria/kampu.htm)

In den 1980er Jahren hatte sich im Amazonas bereits ein Netzwerk der Indigenen zur Verteidigung ihrer Rechte gebildet: Die Dachorganisation der Indigenen Organisationen des Amazonasbeckens COICA erfuhr 1994 von dem Ayahuasca-Patent und legte mit Hilfe US-amerikanischer NGOs Berufung dagegen ein. Obwohl aufgezeigt werden konnte, dass *Banisteriopsis caapi* bereits seit Jahrtausenden den indigenen Völkern des Amazonas bekannt war, konnte die Annullierung des Patentes nicht bewirkt werden. Loren Miller erhob Einspruch, und letztendlich musste der Antrag von COICA wegen des Ablaufs legal-administrativer Fristen eingestellt werden. Das Patent lief 2003 aus. Für die Ayahuasca gebrauchenden Indigenen stellt dieser Fall bis heute einen schwerwiegenden Übergriff auf ihre spirituell begründeten Werte und kulturelle Identität. (Vgl. Amazonlink 2009, Kampagne gegen Biopiraterie und IPR Commission 2002, S.76f) Der Fall veranschaulicht die Kompromisslosigkeit US-amerikanischer IPR-Herrschaftspolitik und markiert zugleich eine beginnende Reaktion der indigenen Völker auf den Übergriff auf ihr traditionelles Wissen sowie ihre Einbindung in das Thema „Biopiraterie“.

Doch was bedeutet Biopiraterie? Wie entstand dieser Begriff, wie entwickelt er sich, was ist seine diskursive Funktion?

Mit dem Inkrafttreten der CBD war das Paradigma der biologischen Ressourcen als frei aneigenbares „Welterbe“ aufgebrochen. Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften auf Schutz ihres traditionellen Wissens hatten – zumindest theoretisch - eine Grundlage bekommen. Von da an wurde die Politisierung der Zugangsproblematik durch kritische NGOs und indigene Völker verstärkt betrieben. In diesem Zusammenhang lancierte 1994 die von dem kanadischen Aktivisten Pat Mooney gegründete NGO ETC (damals RAFI) - den Begriff „Biopiracy“ zur Denunzierung von „... use of intellectual property laws to gain exclusive monopoly control over genetic resources that are based on the knowledge and innovation of farmers and indigenous peoples.“ (RAFI 1996, S.1)

Eine ähnliche Position vertritt die Indische Aktivistin Vandana Shiva, für die die Biopiraterie eine Innere Landnahme durch den Kapitalismus bedeutet: „Northern capital is now carving out new colonies to exploit for gain: the interior spaces of the bodies of women, plants, and animals.“ (Shiva 1999) Diese Aktivisten und kritischen NGOs begründeten damit einen - dem dominanten Diskurs der nachhaltigen Entwicklung entgegengesetzten - Gegendiskurs, in dessen Zentrum der Begriff Biopiraterie stand. Genauer gesagt, war es eine diskursive Aussage, die durch den Begriff transportiert wurde. Diese kann man – etwas verkürzt – formulieren als die **Aussage von Biopiraterie als kolonialistischer Monopolisierung von biologischer Vielfalt durch IPR.**

Der brasilianische Soziologe und BUKO⁸⁶-Aktivist John Bernard Kleba (2005) nimmt eine

⁸⁶ „Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) ist ein unabhängiger Dachverband, dem über 120 Dritte-Welt-

Unterscheidung der verschiedenen Positionen vor, die den Begriff heute für sich in Anspruch nehmen. Die von Mooney und Shiva vertretenen Positionen könnten nach Kleba als ethisch-politisch⁸⁷ bezeichnet werden: Für sie besteht der Akt der Biopiraterie in der Umwandlung von kollektivem Wissen und kollektiv gebrauchten biologischen Ressourcen indigener Völker und lokaler Gemeinschaften in Privateigentum von physischen und juristischen Personen. Diese anti-liberale, ebenso wie die gegensätzliche liberale „pro-IPR“ Perspektive hätten gemeinsam, dass sie Ausdruck der Interessen einer jeweils determinierten politischen Gemeinschaft – eines „wir“ – seien. In der anti-liberalen Position bezieht sich „wir“ auf die südlichen Gemeinschaften, in der liberalen Position die im Kapitalismus dominanten Klassen. Im Gegensatz dazu nehme eine universal-moralische Perspektive keine solche Abgrenzung eines „wir“ vor, sondern bezöge sich auf die gesamte Menschheit betreffende Werte. Kleba (2005) sieht in der Position Shivas neben dem ethisch-politischen Programm auch Konnotationen einer universal-moralischen Position, insofern die Idee von Eigentum über Biodiversität prinzipiell abgelehnt wird.

Der ursprünglich provokative Effekt der Wortschöpfung „Bio-Piraterie“ besteht darin, dass sie den aus dem liberalen IPR-Diskurs stammenden Begriff "Piraterie" aufgreift und in die Gegenrichtung verkehrt. Piraterie ist im liberalen Kontext als illegaler Zugriff auf privates Eigentum - Patente, Copyrights, lizenzierte Software etc. - und seine unkontrollierte Verfügbarmachung für das Kollektiv gemeint. Die Wortschöpfung Bio-Piraterie ist das strategische Manöver des gegen-liberalen Diskurses, in dem Begriff der Piraterie umgekehrt wird und gegen seine Grundlage - die Idee von "legalem" Eigentum über Biodiversität - gerichtet wird.

In der Folge machten auch südliche Regierungen sich den Terminus zu Eigen, wobei sie unter Biopiraterie jedoch die Verletzung legaler Bestimmungen und das fehlende Benefit Sharing verstehen. (vgl. Brand und Görg 2003, S.75) Dabei ist jedoch die ursprüngliche Ablehnung der geistigen Eigentumsrechte völlig abhanden gekommen. Die Indische Aktivistin Vandana Shiva (1999) grenzt ihr Biopiraterie-Konzept in diesem Sinn ab: „The problem of biopiracy is a result of western style IPR systems, not the absence of such IPR systems ...“

In der – nach der Einteilung von Kleba⁸⁸ als „legalistisch“ zu bezeichnenden – Position der

Gruppen, entwicklungspolitische Organisationen, internationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Läden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte angehören. Der Ursprung der BUKO lag in den Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im Süden.“ (BUKO 2009)

⁸⁷ Die von Kleba ethisch-politisch genannte Position darf nicht mit dem von Gramsci mit den gleichen Worten bezeichneten Moment hegemonialer Konsensbildung verwechselt werden, wie er in dieser Arbeit erwähnt wurde. (Abschnitt 2.4) (vgl. auch Demirovic 2007, S.30 und Scherrer 2007, S.73)

⁸⁸ Kleba selbst nimmt eine legalistische Position ein. Er sieht darin den Vorteil eines normativ-empirischen Zugangs und der Verankerung eines gesellschaftlichen Dialogs im Recht, wodurch ein gemeinsamer Boden für einen demokratischen Dialog geschaffen sei. Seine Position entspricht somit der von Habermas die – im Gegensatz zu den in dieser Arbeit herangezogenen foucaultschen und neogramscianischen Ansätzen - einen auf rationaler Kommunikation basierenden demokratischen Dialog voraussetzt.

südlichen Regierungen wird der Begriff Biopiraterie wieder größtenteils in den Entwicklungsdiskurs re-integriert.

Von nördlichen Akteuren wurde bis heute tendenziell versucht, den Begriff zu vermeiden oder zu ersetzen. So schlugen Vertreter der WIPO den Begriff Biosquatting vor. (vgl. Carvalho 2005, Fussnote 11, S.117) Innerhalb der CBD-Diskussionen, konnte man jedoch den Begriff auf Dauer nicht ignorieren.

Der CBD Berater Graham Dutfield (2002, S.16) schlägt folgende Formulierung vor: „Biopiracy generally refers either to the unauthorized commercial use of biological resources and/or associated TK from developing countries, or to the patenting of spurious inventions based on such knowledge or resources without compensation.“

Dutfield schlägt gewissermaßen einen Mittelweg ein, indem er Autorisierung im Sinne von PIC anspricht (legalistisch), die Nord-Süd-Problematik in Betracht zieht (ethisch-politisch) und die IPR-Frage kritisch anschnidet und zugleich offen lässt (Was ist das Kriterium zur Unterscheidung der unrechtmässigen - „spurious“ - Patente?). Er präsentierte 2005 der ABS Expert Group das Discussion Paper „What is Biopiracy?“, in dem er die Ungenauigkeit in dem vielfältigen Gebrauch des Wortes aufzeigt. Er ortet darin eine – politisch motivierte – „strategic vagueness“. (Dutfield 2009) Die Reaktion der Expert Group auf Dutfields Ausführungen ist nicht weniger vage, wenn sie die Definition von Biopiraterie als akademisches Problem ansieht und die „strategic vagueness“ als nützlich, insofern sie die Regierungen dazu bewegen könne, rechtliche Regelungen zu schaffen. „Extreme views“ sollen vermieden werden und ein „effective middleground“ gefunden werden. (UNEP/CBD/WG-ABS/3/INF/6) Was Dutfield unterschlägt, ist, dass der Begriff erst durch seine Aneignung durch den CBD-Diskurs vage geworden ist. Die ursprüngliche Motivation von RAFI – keine IPRs auf biologische Diversität – war durchaus eindeutig, wird aber nun vom dominanten Diskurs verdrängt und als „extreme view“ marginalisiert.

In jüngerer Zeit wird auch im Norden zunehmend von Biopiraterie gesprochen. Bei der COP-9 berichteten die deutschen Medien beispielsweise über das Vorhaben der CBD „Biopiraterie zu verbieten“. (Tagesschau.de 2008).

In dem Masse, in dem der Begriff allgemeine Verbreitung findet, distanzieren sich kritische NGOs zunehmend von ihm, und reformulieren ihre Position der Ablehnung des geistigen Eigentums und in Annäherung an die universell-moralische Perspektive: Der Begriff sei unzutreffend, da er eine „unrechtmäßige Aneignung“ von Biodiversität bedeute und damit implizit die Möglichkeit einer „rechtmässigen Aneignung“ einschliesse. Das Problem – die Unrechtmässigkeit – liege jedoch bereits in der Idee von Aneignung: „Implicitly, this means that if some kind of payment is made, there is no longer a problem. [...] But who said biodiversity belongs to anyone to begin with?

There's an assumption of ownership that causes any discussion of biopiracy as a problem to end up with the wrong solution.“ (GRAIN 2005, S.6)

Der im Sinne eines Gegendiskurses lancierte Begriff wurde von verschiedenen Akteuren angeeignet und damit tendentiell dem herrschenden Diskurs angeglichen, indem er in in Kompatibilität mit dem Inwertsetzungsparadigma reformuliert wird. Dies geschieht durch die **Aussage von Biopiraterie als nicht-autorisiertem Zugriff und als unfairer oder unausgewogener Zuteilung der Nutzen**. Diese Aussage schließt direkt an die Aussagen der wissenschaftlichen Beschreibbarkeit und des monetären Wertes von Biodiversität, der Alternativlosigkeit zu Inwertsetzung und geistigem Eigentum an, und verstärkt diese. Der Begriff Biopiraterie trägt nunmehr in seiner Ungenauigkeit (in gegensätzlichen Aussagen formulierbar) zusammen mit dem Begriff Biodiversität zur Ebnung des diskursiven Terrains bei, auf dem verschiedenste Akteure ihre großteils gegensätzlichen Interessen artikulieren können. Dem Gegendiskurs wurde vom herrschenden Diskurs ein Platz zugewiesen, der ihn „ehrt, aber entwaffnet“. (vgl. Foucault 1991, S.10)

In Brasilien war der Begriff seit den 1990er Jahren geläufig, fand aber vor allem ab 2003 mediale Verbreitung. Die in Acre beheimatete NGO Amazonlink.org denunzierte in diesem Jahr den Fall „Cupuaçu“: Der Name dieser im Amazonas endemischen Frucht (*theobroma grandiflorum*) war von der japanischen Firma Asahi Foods Inc. In Europa, USA und Japan als Handelsmarke eingetragen worden⁸⁹. Ebenso hatte Asahi Foods weltweit eine Reihe von Patentanträgen auf die Fettgewinnung aus den Cupuaçu-Kernen und Herstellung der in Brasilien „Cupulate“ genannten Cupuaçu-Schokolade gestellt. Auch „Cupulate“ hatte sich Asahi Foods in USA, Europa und Japan als Marke eintragen lassen. Es handelte sich offensichtlich um einen breit angelegten Versuch der Monopolisierung von Cupuaçu und seinen Sub-Produkten.

Zunächst informierte Amazonlink die regionale Acre-Regierung unter Jorge Viana, in der Annahme, das ein gemeinsames Vorgehen möglich sei. Nachdem dies aufgrund fehlender Flexibilität der Regierung nicht erfolgreich war (vgl. Rezende 2008, S. 313), ging die NGO an die Öffentlichkeit, recherchierte weitere Fälle von Patenten und Marken im Zusammenhang mit amazonischen biologischen Ressourcen und verbreitete die Informationen unter dem Titel „Ethische Grenzen bei der Eintragung von Handelsmarken und Patenten auf biologische Ressourcen aus dem Amazonas.“ (Amazonlink.org 2009, Kampagne gegen Biopiraterie) Die brasilianischen Medien griffen den Fall rasch auf und andere Organisationen – allen voran das Netzwerk von Amazonas Basisbewegungen GTA – schlossen sich der Kampagne an. Über John Kleba wurde der Kontakt mit BUKO

⁸⁹ Amazonlink.org war auf die Markeneintragung durch die Zusammenarbeit mit dem deutschen Regenwald-Institut gestossen, als dieses den Verkauf von Cupuaçu-Produkten in deutschen Eine-Welt Läden zu vermitteln suchte.

hergestellt, die den Fall in Deutschland an die Öffentlichkeit brachte und – gemeinsam mit dem Regenwald-Institut und anderen deutschen NGOs – Eingaben beim Europäischen Patentamt machte, um die Erteilung des Patentes an Asahi Foods zu verhindern.

Die Kampagne kann insofern als erfolgreich bezeichnet werden, als es gelang, die Marken- und Patenteintragungen der japanischen Firma zu verhindern, beziehungsweise rückgängig zu machen. So wurde die Marke Cupuaçu aufgrund eines – von Amazonlink.org, GTA, Apaflora (lokaler Cupuaçu-Produzent) und der Juristen-NGO CIITED betriebenen – Prozesses bei dem Japanese Patent Office gestrichen. Der Cupuacu-Sieg wurde von vielen als Zeichen der Selbstbehauptung lokal verankerter Akteure gegenüber multinationalen Interessen gefeiert. (vgl. Schmidlehner 2003, S.24). Die Unterstützung der Kampagne durch AktivistInnen in Deutschland verdeutlichte, dass das Biopiraterie-Problem nicht einfach auf einen Konflikt zwischen Nord- und Süd-Nationen reduzierbar war, sondern, dass es auch Solidarität zwischen Basisbewegungen auf beiden Seiten des Globus geben kann. Ob tatsächlich eine – wie von Amazonlink.org und GTA beabsichtigt – Bewusstseinsbildung in der brasilianischen Gesellschaft stattfand, ist allerdings fraglich. Die Medien lenkten größtenteils den Disput in populistischer Manier in das nationalistische Fahrwasser.

Trotz ständiger Erklärungsversuche seitens der NGOs – was ein Patent sei, was eine Marke, dass nicht das japanische Volk, sondern eine Privatfirma die Eintragungen vorgenommen habe etc. – blieb das, was durch die Medien letztlich bei den Menschen ankam, in etwa darauf reduziert, dass „die Japaner“ Cupuaçu patentiert hätten. Der spontan entstandene Slogan der Kampagne „O Cupuaçu e nosso“ (Cupuaçu gehört uns) war dazu geeignet, von einer sehr großen Gruppe heterogener Akteure aufgegriffen werden zu können. Auf wen bezog sich dieses „uns“? Auf die indigenen Völker und lokalen Gemeinschaften des Amazonas, auf Cupuacu-ProduzentInnen, auf das brasilianische Volk, die Nation, oder auf die Bevölkerung des globalen Südens? Die Kampagne hatte große Breitenwirkung. Die dadurch eintretende Verallgemeinerung des Biopirateriebegriffs – der einmal mehr von verschiedensten Akteuren angeeignet wurde – führte aber zugleich zur Verdichtung dominant-diskursiver Aussagen: insbesondere der Aussage der auf Rückschrittlichkeit sowie Nationen-Konkurrenz beruhenden Identität.

Das Schlagwort Biopiraterie konnte vom nationalistischen Diskurs – nach der NGO Kampagne genauso wie davor – verwendet werden um ein Verdächtigungs- und Verfolgungsklima gegenüber unliebsamen nicht-staatlichen Akteuren zu erzeugen: Immer wieder wurden und werden die NGOs beschuldigt, mit ausländischen Interessen zu konspirieren, die die Entwicklung des Landes verhindern wollen und seine Souveränität über den Amazonas bedrohen. Vor allem ausländisch finanzierte NGOs, die im Amazonas agieren werden verdächtigt, unter dem Deckmantel sozioambientaler Projekte Biopiraterie zu betreiben. (Vgl. Estadão.com.br 2009) Die verschiedenen

staatlichen Initiativen zur Aufklärung von Biopiraterie – Parlamentarischer Untersuchungsausschuss⁹⁰ und Spezialprogramme der Staatspolizei – konnten jedoch bis heute kaum Fälle solcher "Schein-NGOs" aufzeigen.

Wir kommen nicht umhin, die Frage zu stellen: Wer sind tatsächlich die Biopiraten? Welches sind die unkontrollierten Kanäle, über die das kommerzielle Interesse auf Biodiversität und traditionelles Wissen zugreift und über die die Informationen schließlich in Patentanträgen landen?

Die nationalistische Rhetorik legt nahe, dass es sich um „dunkle Machenschaften“ und Schmugglertätigkeiten von einzelnen Forschern oder kleinen lokalen Organisationen handle. Von Zeit zu Zeit werden auch vereinzelte Fälle dieser Art in Brasilien aufgedeckt.⁹¹

Jedoch sind das – wie eine andere Vermutung nahelegt – vergleichsweise kleine Fälle. Ergiebiger scheint es, einen Blick auf große offizielle Umweltschutz- und Forschungsprojekte zu werfen, die zunehmend von multinationalen Firmen finanziert werden und – wie Aziz Choudry (2003) von GRAIN vermutet – der großflächigen Biopiraterie weltweit Vorschub leisten.

Der – beispielsweise von Monsanto und Novartis finanzierte – US-Amerikanische NGO-Gigant Conservation International betreibt „ecologically guided bioprospecting“. Ein einziges solches – laut Choudry (2003, S.17) auf einem fadenscheinigen Benefit Sharing Vertrag beruhendes – Projekt in Surinam führte zur Identifikation von 50 Wirksubstanzen. Solche breit angelegten Projekte arbeiten mit Teams von Anwälten und Public Relations-Spezialisten, die die „Legalität“ der Operationen absichern. Zudem sind sie durch die hinter ihren Geldgebern stehenden multinational agierenden Lobbies politisch vernetzt. Der Zugriff auf die amazonische Biodiversität gestaltet sich überdies in dem international wenig artikulierten Surinam unproblematischer als im benachbarten Brasilien, wo das Thema politisch aufgeheizt ist. Während in Brasilien der nationalistische Mediendiskurs die der Staatsgewalt unliebsamen – weil die Autonomie der Indigenen stärkenden und der staatlichen Planung hinderlichen – lokal verankerten NGOs kriminalisiert, gehen die vermutlich viel größeren Übergriffe auf biologische Ressourcen und traditionelles Wissen aus dem Amazonas unbemerkt an Justiz und Mainstream-Medien vorbei.

Doch findet die Biopiraterie auch im Lande statt. Fernando Mathias und Henry Novion von ISA

⁹⁰ Die CPI (parlamentarische Untersuchungskommission) zur Aufklärung von Biopiraterie wurde bisher zweimal - von 2002 bis 2003 und von 2004 bis 2006 - implementiert. Sie besteht hauptsächlich in der Vernehmung von Spezialisten, NGOs und Verdächtigen. Die empfohlenen Massnahmen haben vorwiegend repressiven Charakter. So empfahl beispielsweise in einer der Sitzungen ein Vertreter der Staatspolizei der Regierung, jeglichen Handel mit indigenem Kunsthandwerk zu verbieten, da es sich dabei im Allgemeinen um Schmuggel biologischen Materials handle. (Vgl. Aussage Dr. Pontes in CPI-BIOPI 2006, S.275f)

⁹¹ Zwei Beispiele erregten besondere Aufmerksamkeit der brasilianischen Öffentlichkeit: Erstens der Fall der von einem Österreicher geleiteten NGO „Selva viva“, die indigenes Wissen der indigenen Hunikuim direkt an Pharmafirmen verkaufen wollte (vgl. Campos 2009, S.10), und zweitens der des polemischen holländischen Affenforschers Roosmalen (Socioambiental.org 2009, Artikel vom 09/06/2005 :“ONG americana e suspeita de biopirataria no Brasil“).

untersuchten in Jahr 2005 insgesamt 1845 bei dem brasilianischen Patentamt INPI eingereichte Patentanträge in Hinblick auf die rechtlich vorgeschriebene Angabe der Herkunft des verwendeten genetischen Materials oder bezogenen traditionellen Wissens, beziehungsweise das „Certificate of Origin“ (Verfügung MP 2.186-16/2001, Artikel 31)

Eine genauere Untersuchung von 110 nach der Verfügung beim Patentamt eingereichten, auf genetischen Ressourcen oder traditionellem Wissen beruhenden Patentanträgen zeigte, dass weniger als 2 Prozent der Patentanträge die Herkunft preisgeben und kein einziger die ebenfalls vorgeschriebene Genehmigung des CGEN für den Zugriff hatte. Das INPI hatte die Anträge dennoch nach interner Prüfung angenommen. (Vgl. Novion und Mathias 2006)

Die im Rahmen der COP-8 von ISA publizierte Studie bewirkte, dass Anfang 2007 zwei neue Erlässe die Überprüfung der Patentanträge durch das INPI in Hinblick auf die Regelungen der Medida, insbesondere Artikel 31. (Socioambiental.org 2009, Artikel vom 03/01/2007: „Patentes biotecnológicas agora devem comprovar origem e legalidade do recurso genético ou conhecimento tradicional acessado“)

Die Studie enthüllte eine weitere Tatsache: Die Praxis der „Bio-Spekulation“ wird auch in Brasilien betrieben. Unter Bio-Spekulation versteht der britische Patentforscher Paul Oldham (vgl. Novion und Mathias 2006, S.12) u.a. Patentanträge, die gemäß der Gesetzeslage zum Zeitpunkt des Einreichens nicht genehmigt werden könnten, aber in Hinblick auf eine – noch vor der Entscheidung des Patentamtes – zu erwartende Gesetzesänderung einen potentiellen, spekulativen Wert darstellen. Unter den 110 analysierten Patenten wiesen 10 die Charakteristik von Bio-Spekulation auf: 7 bezogen sich auf Moleküle und 3 auf Gene, was entsprechend dem brasilianischen Gesetz für Geistiges Eigentum zu diesem Zeitpunkt nicht zugelassen war. Nur auf Moleküle oder Gene bezogene Prozesse oder Produkte waren patentfähig. Zugleich lag dem Kongress ein Entwurf zur Änderung des Gesetzes vor, durch den diese 10 Patente in den legalen Bereich gelangen könnten. Der Entwurf wurde von einem Kongressabgeordneten eingereicht. Ironischerweise der selbe Abgeordnete 2005 zugleich der Präsident des parlamentarischen Biopiraterie-Untersuchungsausschusses. (Vgl. ebd.)

Die ISA-Studie zeigt nicht nur auf, wie sehr Biopiraterie auch innerhalb Brasiliens verbreitet ist, sondern auch wie ineffizient und wie abgekoppelt von der Realität der Staatsapparat in der Umsetzung gesetzlicher Bestimmungen ist. Der Fall der Bio-Spekulation durch den Präsidenten des Untersuchungsausschusses macht deutlich wie tief – in staatlichen, politischen und ökonomischen Beziehungen – verwurzelt das Interesse des Kapitals an der Aneignung biologischer Ressourcen auch in Brasilien ist.

Die NGO-Kampagne gegen Biopiraterie trug – ausser der erwähnten Verhinderung der Cupuaçu

Marken- und Patenteintragungen – zur engeren Vernetzung kritischer NGOs und sozialer Bewegungen bei. So formierte sich im Vorfeld der COP-8 MOP-3 eine Gruppe von 24 NGOs (u.A. Terra de Direitos, Centro Ecologico, AS-PTA, Amazonlink) und Dachverbänden (u.A. FBOMS, GTA) um bei der Konferenz in Curitiba, – mit Unterstützung der deutschen Heinrich Böll Stiftung – eine gemeinsame Strategie zu verfolgen. Bei einem Treffen in Florianopolis im Oktober 2005 mit Pat Mooney und Silvia Ribeiro von ETC wurden die Weichen für das gemeinsame Vorgehen gestellt. Eine Website wurde als Plattform für Austausch und Verbreitung der Informationen der Initiative kreiert. (vgl. Amazonlink.org 2009, /cop8) Das gemeinsame Vorgehen bei der COP erwies sich als erfolgreich. So konnte in einer gemeinsamen Aktion mit der internationalen Landarbeiterbewegung „La Via Campesina“ und dem MST eine Aufweichung des Moratoriums der transgenen Terminator- Samen verhindert werden. (Vgl. ebd.)

Ebenfalls als Resultat der NGO-Kampagne ist eine Reihe von Aktivitäten im Zusammenhang mit indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften zu nennen. 2005 finanzierte das Umweltministerium unter Marina Silva das Amazonlink-Projekt „Aldeias Vigilantes“ (Wachsame Dörfer). Das Projekt zielt auf die Ermächtigung indigener Gemeinschaften ab, was die Verteidigung ihrer Rechte über biologische Ressourcen und traditionelles Wissen betrifft. (vgl. Amazonlink.org 2009, /aldeiasvigilantes) Vertreter dieser Gemeinschaften nahmen im Anschluss an das Projekt als Beobachter bei COP-8 und COP-9 teil, wo sie ihre Proteste gegen Biopiraterie und ihre Sichtweise der Biodiversitäts-Problematik artikulierten. (Vgl. ebd., /cop8 und /cop9)

Die Frage nach Gegengediskurs oder Anpassung fällt in Bezug auf die Teilnahme von Vertretern Indigener Völker und lokaler Gemeinschaften besonders schwer ins Gewicht: Werden die CBD-Entscheidungen durch deren Anwesenheit stillschweigend legitimiert? Werden diese Akteure durch ihre Teilnahme dem dominanten Diskurs unterworfen? Die CBD räumt den „indigenous and local communities“ nur Mitspracherecht, aber kein Mitbestimmungsrecht ein. Und selbst das Mitspracherecht ist für sie in der Praxis kaum einlösbar. Die Diskussionen schließen durch ihren hochgradig technischen Jargon die Einbringung kulturell differenter Inhalte und alternativer Perspektiven aus. Auch wird Simultanübersetzung oft in den für diese Akteure wichtigen Arbeitsgruppen nicht zur Verfügung gestellt. Es kann argumentiert werden, dass die Anwesenheit indigener Beobachter gewissermaßen als Feigenblatt den ausgrenzenden technokratischen Charakter der CBD verdecken hilft. Auch kann argumentiert werden, dass die indigenen Völker und lokalen Gemeinschaften durch den Kontakt mit den ABS-Diskussionen in die Inwertsetzungslogik hineingezogen werden und dadurch ihr originäres Naturverhältnis verloren zu gehen droht. SEHR SCHÖN!

Andererseits muss festgestellt werden, dass die COP-Auftritte der Indigenen ihre Position der

Regierung ihres Landes gegenüber stärken kann. Nördliche Regierungen fordern von den südlichen die Einhaltung der in der CBD festgelegten Rechte der indigenen Völker und lokalen Gemeinschaften (v.A. Artikel 8j) ein. Die Denunzierung ihrer Politik durch Indigene wird in diesem Sinn von den südlichen Regierungen gefürchtet. Ein Beispiel für einen solchen „Verhandlungsvorteil“ der Indigenen gegenüber der Regierung ist ein vom brasilianischen Umweltministerium im Rahmen der öffentlichen Konsultation zu dem ABS-Gesetzesentwurf (siehe voriger Abschnitt) im April 2008 – etwa ein Monat vor der COP-9 – bei Brasilia abgehaltener Workshop. Die etwa 40 indigenen Teilnehmer forderten, dass die Konsultation ausgeweitet werden und in den Munizipien stattfinden solle, damit die Gemeinschaften in den Prozess mit einbezogen werden können. Die anwesenden Vertreter der Völker Shanenawa, Hunikuim, Manchineri und Kontanawa hatten bereits – durch Unterstützung der Österreichischen Regierung – ihre Teilnahme an der COP und die Abhaltung eines side-event⁹² in Aussicht, und kündigten an, bei dieser Gelegenheit die Haltung der Regierung kritisch zur Sprache zu bringen. (Vgl. Socioambiental.org 2009, Artikel vom 06/04/2008: „Povos tradicionais exigem consulta pública presencial sobre a lei de acesso a recursos genéticos“) In der Folge wurde– nach einer Besprechung in kleinem Kreis mit Ministerin Marina Silva und Stabchefin Dilma Rousseff – von der Casa Civil die Verlängerung der Konsultation veranlasst und eine Serie von Konsultations-Versammlungen im Landesinneren zugesagt. Auch wenn die zugesagten Versammlungen bis jetzt nur teilweise zustande gekommen sind, wurde doch deutlich, dass der Auftritt der Indigenen bei der COP-9 den Forderungen der Indigenen Nachdruck verlieh. (Vgl. Stellungnahme beim side-event: Kontanawa 2008)

Ein weiteres Argument zugunsten der Teilnahme an COPs ist, dass es sich um einen – unter gewissen Vorraussetzungen – sehr intensiven Lernprozess handelt, der zur Herausbildung einer autonomen Biodiversitätspolitik indigener Völker und lokaler Gemeinschaften beitragen kann. Dieser Lernprozess findet jedoch nur dann statt, wenn die Teilnahme an der COP entsprechend vorbereitet ist und im Nachhinein die Erfahrungen wieder in die Diskussionen in den Gemeinschaften einfließen. Nur wenn dieser – in den Gemeinschaften begründete – Prozess tatsächlich in Gang ist, können Handlungsspielräume in Hinblick auf ABS-Diskussionen geschaffen werden. In diesem Sinn, als Teil eines langfristigen systematischen Befähigungs- und Reflexionsprozesses kann die COP-Teilnahme zur Ermächtigung dieser Akteure dem dominanten ABS-Diskurs gegenüber und der Formulierung ihrer eigenen Positionen oder Gegen-Diskurse beitragen. (Vgl. Schmidlehner 2003a, S.109)

In dem Masse wie die globale Krise auch von indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften wahrgenommen werden, finden weltweit solche Reflexions- und Artikulationsprozesse statt und

⁹² Side events sind von Konferenzteilnehmern selbst organisierte Veranstaltungen im Laufe einer COP.

gegendiskursive Äusserungen sind vereinzelt, aber doch zunehmend zu vernehmen. So berichteten die Medien beispielsweise 2007, von Protesten bolivianischer Kleinbauern, die die Entfernung des Namens Coca aus der US-Amerikanischen Trademark, da Coca Teil des bolivianischen kulturellen Erbes sei und das Cocablatt spirituelle Bedeutung für die traditionelle Bevölkerung besässe. (Vgl. BBC News 2009, Artikel vom 16/03/2007: „Bolivia move to protect coca name“)

3.6.5. Der Fall Murmuru

In diesem Abschnitt soll ein aktueller Fall einer ABS-Diskussion betrachtet, und drei daran beteiligte Akteure überblicksmässig vorgestellt werden: Die indigene Gemeinschaft der Ashaninka vom Amonia-Fluss, die Kosmetikfirma Natura Cosméticos S.A, und das staatliche Ministerio Público. Es handelt sich bei dem Fall um den Zugriff auf das traditionelle, auf Murmuru bezogene Wissen der Ashaninka-Gemeinschaft.

Die Murmurupalme wurde von Carl Friedrich Philipp von Martius „entdeckt“ und trägt seitdem den wissenschaftlichen Namen *Astrocaryum murmurum* Mart..

Auch den indigenen Ashaninka im südlichen Amazonas ist die Pflanze – wie anzunehmen ist, seit wesentlich längerer Zeit – bekannt und wird von ihnen traditionell gebraucht. Die Ashaninka besitzen ein enormes Wissen über die Pflanzen und Tiere des Amazonas. Sie verstehen es, die biologische Vielfalt in ihrem Gebiet, das eng mit ihrer Spiritualität verbundene traditionelle Wissen zu bewahren und sich zugleich technologische Neuerungen wie das Internet zunutze zu machen. (vgl. Apiwtxa 2009, Artikel vom 25/06/2009 „Fiscais da Natureza“)

Der Murmuru-Palmenstamm wird von den Ashaninka zum Bau ihrer Hütten verwendet, die Palmherzen dienen zur Nahrung, ebenso wie ein Saft, der nach Entfernung der Palmherzen extrahiert wird und zugleich – zusammen mit anderen Pflanzenextrakten – für die traditionelle Gesichtsbemalung verwendet wird. Aus den Palmblättern werden Fächer oder Körbe geflochten. Die Schale der Murmuru-Nuss wird für Kunsthandwerk verwendet. Die noch weiche unreife Nuss wird gerne von den Kindern gegessen. Die langen schwarzen Stacheln am Stamm der Pflanze werden zerrieben und als Haarwuchsmittel verwendet. Das Öl schliesslich – durch einen Mörser extrahiert und mit Wasser vermischt – wird zur Heilung von Wunden und Ekzemen auf die Haut aufgetragen. (MPF/AC 2007)

Einer Legende der Ashaninka zufolge, ist die Murmurupalme ein verzauberter Mensch: Der Geist Nawiriri und sein Neffe trafen einen Ashaninka, der sich – gegen den Brauch des Volkes – den Bart wachsen liess. Sie fragten ihn, warum er sich nicht rasiere und der Ashaninka antwortete, dass es ihm so gefiele. Daraufhin sagte Nawiriri, dass der Ashaninka zu Murmuru verwandelt würde. Er

würde für immer bärtig sein und die anderen Ashaninka würden sich von seinem Gehirn ernähren. Die Assoziation „Apiwtxa“ der Ashaninka vom Amonia-Fluss realisierte in den 1990er Jahren ein Forschungsprojekt zur Identifikation von Wertschöpfungsketten, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Gemeinschaft bei gleichzeitiger Bewahrung des Regenwaldes in ihrem Gebiet beitragen könnten. Im Rahmen des Projektes engagierten sie den aus Sao Paulo stammenden Physiker Fabio Fernandes Dias. Die Untersuchungen zeigten, dass Murmuru ein grosses Potential hatte. Sein Öl erwies sich als besonders geeignet für die Herstellung von Seife und Kosmetikprodukten. Dias und die Ashaninka beschlossen die Gründung des – nach einem Bach im Ashaninkagebiet benannten – Unternehmens „Tawaya“ zur Herstellung von Seife. Die Gewinne sollten zwischen beiden aufgeteilt werden. De facto beteiligte jedoch Dias die Ashaninka in keinem Moment an den Gewinnen. Auch behielt er alle Forschungsergebnisse, die er für die Assoziation im Rahmen des Projekts angesammelt hatte für sich. Er registrierte die Marke „Tawaya“ auf seinen Namen und 2003 reichte er bei dem INPI den Antrag PI0301420 auf Patentierung der „Formel für Murmuruseife“ ein. Die Ashaninka sahen darin einen Fall von Biopiraterie und denunzierten Dias bei dem Ministerio Publico - MPF/AC (Staatsanwaltschaft) von Acre. Dieses stellte 2006 eine offizielle Empfehlung an das INPI aus, den Antrag von Dias zu annullieren. Bis zu diesem Punkt waren die Ausmasse des Falls vergleichsweise begrenzt, beschränkte er sich doch auf einen Disput zwischen der APITXWA und der Fabio Dias „Microempresa“ (Individualfirma mit Jahresumsatz unter 240.000 Real, zirka 90.000 Euro bei heutigem Kurs)

Im August 2007 nahm der Fall jedoch eine Wendung. Der Staatsanwalt des MPF/AC José Lucas Perroni Kalil eröffnete einen Prozess (MPF/AC 2007) in dem er ausser Dias auch noch drei andere Parteien anklagt: Die brasilianischen Kosmetikfirmen Chemyunion und Natura, sowie das INPI. Die brasilianische Chemyunion ist ein schnell in der Branche aufsteigendes Unternehmen. Sie hat zur Zeit einen Umsatz von etwa 36 Millionen Real (Simões 2009).

Natura ist der Kosmetik-Markt-Leader in Brasilien mit einem hundertmal so grossen Jahresumsatz von 3,6 Milliarden Real (Natura 2008, S.55), was etwa 1,4 Milliarden Euro entspricht. Natura gilt in CBD-Expertenkreisen als Musterbeispiel für nachhaltiges Bio-Business. Einer ihrer führenden Manager, ist beispielsweise Vizepräsident der CBD-nahen "Union for Ethical BioTrade" und Natura ist Teil der von der deutschen GTZ finanzierten „Busines and Biodiversity“ Initiative. (ebd., S.90) Solches Engagement verleiht Natura stets grosse Sichtbarkeit den COPs. Das Unternehmen hat zur Legalisierung ihrer Bioprospektionen bereits 9 Benefit Sharing Verträge mit dem CGEN ausgehandelt. (Kleba 2009, S.123) Einer davon – mit einer lokalen Gemeinschaft im Bundesstaat Amazonas – bezieht sich auf den Zugriff zu Murmuru.

Natura bietet ihre hauptsächlich auf amazonischen biologischen Ressourcen basierenden Produkte

auch auf europäischen Märkten an. Insbesondere in Frankreich verkaufen sich die Produkte gut. Dort agiert eine der insgesamt 11 international verteilten Tochterfirmen von Natura. Die französische Firma wiederum kontrolliert eine weitere Natura-Tochterfirma, die sich mit Forschung und Entwicklung neuer Natura-Produkte befasst und dazu ein eigens dazu in Paris eingerichtetes Labor betreibt. (vgl. Natura 2008, S.6 und S.68)

Auch die Aktien von Natura liegen größtenteils nicht in brasilianischer Hand: So sind unter den Aktionären 396 brasilianische Firmen und 538 ausländische. (vgl. ebd., S.41). De facto ist also Natura ein Multinationaler Konzern. Die von dem Unternehmen proklamierte Philosophie ist von einem stark ökologischen Appell gezeichnet. In Brasilien ist die Marketing-Strategie sehr genau auf die in dieser Arbeit beschriebene Verschränkung von National- und Nachhaltigkeitsdiskurs – auf das edenische Natur-Brasilien (vgl. Chauí 2000) – zugeschnitten. So wird in der Firmenwebsite der Amazonas als „gigantisches Naturlaboratorium auf brasilianischem Boden“ bezeichnet. Die „Seele des Landes“ wäre im sertão gewahrt geblieben, und von den dort lebenden traditionellen Gemeinschaften gälte es, „über die Geheimnisse der Pflanzen zu lernen“ (vgl. Natura.net 2009)

Die behauptete Wertschätzung des traditionellen Wissens der amazonischen Gemeinschaften in den Werbetexten steht im Widerspruch zu Naturas Patentanträgen und der Argumentationen ihrer Anwälte: Wenn es um die Frage geht, inwieweit ihre Produktentwicklungen nun auf diesem traditionellen Wissen, beruhen, gibt die Firma zumeist an, dass die Entwicklung auf bereits in Fachliteratur publiziertem *public domain* Wissen und der Gedankenleistung des als Erfinder eingetragenen Technikers beruhe. Diese Doppelmoral wurde dem Unternehmen im Fall „Ver-o-Peso“ zum Verhängnis⁹³.

Zurück zum Murmuru-Fall: Staatsanwalt Kalil beschuldigt neben Dias auch Chemyunion und Natura des unrechtmäßigen Zugriffs auf das traditionelle Wissen der Ashaninka. Auch wenn weder Natura, noch Chemyunion jemals Kontakt mit den Indigenen gehabt hätten – argumentiert Kalil – so hätten sie doch Zugang zu den Forschungsergebnissen von Fabio Dias gehabt und das Wissen sei in die Entwicklung der Produkte eingeflossen. Kalil sieht Indizien dafür in den Patenten der Firmen auf Murmuru-Produkte, sowie in den Beziehungen, die Dias mit den Firmen unterhielt, etwa als jahrelanger Lieferant von Murmuruöl an Chemyunion. Natura gibt an, das Wissen über die

⁹³ Ver-o-Peso ist ein Kräutermarkt in Belem. Das Problem ergab sich, als Natura Produkte aus Breu Branco (*protium pallidum*), Priprioca (*cyperus articulatus* L.) und Cumaru (*dipteryx odorata*) entwickelte, nachdem sie ein Werbevideo mit Kräuterfrauen von Ver-o-Peso gedreht hatte, in dem sie Frauen über die traditionelle Verwendung der Pflanzen Auskunft geben und das Wissen der Frauen - als Beitrag zur Nutzbarmachung der Pflanzen durch Natura – gepriesen wurde. Das Video wurde vom CGEN als Akt des Zugriffs interpretiert. Natura argumentierte, dass das Wissen über die Eigenschaften der Pflanzen bereits durch Fachliteratur allgemein verbreitet war und der Beitrag der Kräuterfrauen bloss zur „Inspiration“ gedient habe. Dennoch akzeptierte Natura die Entscheidung des CGEN und schloss in außer-gerichtlicher Einigung einen Benefit Sharing Vertrag mit den Kräuterfrauen. John Kleba ist der Meinung, dass Natura in diesem Fall den Kräuterfrauen und dem CGEN recht gab, um Imageschäden durch negative Pressekommentare zu vermeiden. (vgl. Kleba 2009, S.123ff)

Anwendung und Wirkung von Murmuru aus einem Buch des Autors Barrera-Arellano bezogen zu haben. Inclusive hat Natura – wie erwähnt - mit einer anderen lokalen Gemeinschaft im Amazonas einen vom CGEN autorisierten Benefit-Sharing Vertrag für Murmuru. Jedoch – argumentiert Kalil – scheint der von Natura genannte Buchautor Barrera-Arellano zugleich als vermeintlicher Erfinder in dem Murmuru-Patentantrag von Chemyunion auf. Kalil schliesst daraus, dass das Wissen von der Ashaninka-Forschung über Dias und Barrera-Arellano sowohl ans Chemyunion, als auch an Natura geflossen sei. Er fordert die Umkehr der Beweislast, sodass die Firmen beweisen müssten, dass sie keinen Zugang zur Untersuchung gehabt hätten, beziehungsweise dass das Wissen der Ashaninka nicht eingeflossen sei. Er fordert, dass Dias alle Forschungsergebnisse an die Ashaninka zurückerstatten, und über die Weitergabe der Informationen an dritte Rechenschaft ablegen solle. Weiters verlangt er, dass alle auf Murmuru bezogenen Marken- und Patenteintragungen entweder annulliert werden, oder die Apiwtxa vom INPI als Titular derselben eingesetzt werden sollten. Die Unternehmen sollen im Sinne von gerechtem und ausgewogenem Vorteilsausgleich 50 Prozent der bis heute und in den nächsten fünf Jahren erzielten Bruttogewinne aus Murmuru-Produkten abgeben.

Dem INPI soll angeordnet werden die Herkunftserklärung und Nachweis von Vorteilsausgleich bei Patentanträgen einzufordern. Die Unternehmen sollen wegen moralischer Schädigung der brasilianischen Gesellschaft und der Ashaninka-Gemeinschaft eine in der Höhe vom Richter festzusetzende Geldstrafe bekommen, wobei das Geld jeweils zur Hälfte der Apiwtxa und dem staatlichen Fundus für diffuse Rechte zukommen solle.

Die von Kalil formulierte Anklage ist in verschiedener Hinsicht bemerkenswert. Die Reichweite seiner Beschuldigungen und die Höhe der geforderten Strafen und Wiedergutmachungen sind außergewöhnlich. Was die Beschuldigung der zwei Unternehmen Natura und Chemyunion betrifft, ist seine Schlussfolgerung nicht abwegig: Die mehr oder weniger zeitgleiche Entwicklung der Produkte in den Jahren nach der Ashaninka-Forschung⁹⁴, die Verbindungen der Firmen und Forscher untereinander, legt nahe, dass auch technisches Wissen informell ausgetauscht wurde. Die Tatsache, dass Natura nie in Kontakt mit den Ashaninka war und ein legalisiertes Zugriffsrecht auf Murmuru bei einer anderen amazonischen Gemeinschaft hat, ist in diesem Zusammenhang bedeutungslos, da es nicht um den Zugriff auf die genetische Ressource Murmuru, sondern um den indirekten Zugriff auf das traditionelle Murmuru-bezogene Wissen der Ashaninka geht.

Welche rechtlichen Grundlagen zieht Kalil heran, wie interpretiert er das Gesetz um die geforderten Strafen und Wiedergutmachungen zu rechtfertigen? Eine detaillierte Untersuchung ist im Rahmen

⁹⁴ Die Patentanträge von Chemyunion PI0106625 und PI0303405 sind von 2001 und 2003, Der Antrag von Natura PI0503875 von 2005.

der vorliegenden Arbeit leider nicht möglich⁹⁵. Es sollen hier nur einige wenige Punkte betrachtet werden. Kalil geht von der Verfassung aus. In dem Artikel 231 wird die Regierung zur Anerkennung der indigenen Gebiete und Schutz ihrer Rechte verpflichtet. Kalil streicht dabei die Formulierung „todos seus bens“ (alle ihre Güter) heraus und macht somit darauf aufmerksam, dass auch der Schutz ihres traditionellen Wissens ein Verfassungsrecht der Indigenen ist.

Neben der CBD, Artikel 8j und dem Gesetz für geistiges Eigentum zieht Kalil die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 heran, insbesondere Artikel 17 – das Recht, nicht enteignet zu werden – und Artikel 27 – das Recht geistiger Urheberschaft. Er erinnert, dass die Menschenrechte *jus cogens* sind, was bedeutet, dass sie als zwingendes Völkerrecht allen anderen Normen und Gesetzen übergeordnet sind.

Die Bestimmungen der Medida provisoria MP-2.186 – auf deren Unzulänglichkeit er hinweist – kommen ebenfalls zur Anwendung. Sie sind in der Medida Provisoria als nicht rückwirkend über das Datum ihrer Veröffentlichung – 29. Juni 2000 – hinaus definiert. Es könnte also von den Angeklagten argumentiert werden, dass die Ashaninka-Forschung – der direkte Zugriff auf das bezogene traditionelle Wissen – schon vor diesem Datum stattgefunden habe und somit die Medida Provisoria nicht anzuwenden sei. Diesem Argument greift Kalil voraus und hält entgegen, dass der Zugriff – wenn auch indirekt – auch noch später gegeben war, in den Phasen der Produktentwicklung, Vermarktung und Formulierung der Patentanträge.

Kalil geht über den Murmuru-Fall hinaus und fordert, dass das INPI nur Patentanträge mit Zugriff auf traditionelles bezogenes Wissen annehmen dürfe, die dessen Herkunft nachweisen (Certificate of Origin) und den Nachweis von Nutzensausgleich erbringen. Das entspricht soweit der allgemeinen Interpretation von Artikel 31 der MP. Doch fügt Kalil hinzu: „... und dies unabhängig von dem Zeitpunkt des Zugriffs“.

Kalil siedelt den Fall im Kontext von Biopiraterie als großflächigem geschichtlichem Phänomen an. So zitiert er am Beginn der Schrift einen Brief aus 1854, in dem die Ausbeutung der Indigenen durch Geschäftsleute angeklagt wird und der Kaiser zur Wachsamkeit aufgefordert wird, damit solche Machenschaften nicht die zukünftige Prosperität der Indigenen beeinträchtigen. In Zusammenhang mit den moralischen Schäden greift er auf die „Entdeckung“ des von den Indigenen gebrauchten Kautschuk durch La Condamine im 18. Jahrhundert und auf die Ausbeutung des Amazonas-Gummi durch die Europäer zurück. (vgl. MPF/AC 2007) Durch solche Argumentationen werden die Patente auf Murmuru als Fortsetzung der historischen Ausbeutung aufgezeigt, es

⁹⁵ Interessant wäre an diesem Fall beispielsweise die Analyse in Hinblick auf „verbreitetes“ bezogenes traditionelles Wissen (disseminated associated TK). Ist das auf Murmuru bezogene Wissen der Ashaninka vom Amonia-Fluss auch bei anderen Gemeinschaften verbreitet? Welches sind die Kriterien, nach denen das Wissen einer oder mehreren Gemeinschaften zugeordnet werden kann?

reproduziert sich in Kalils Anklage die *Aussage von Biopiraterie als kolonialistischer Monopolisierung von biologischer Vielfalt durch IPR* (vgl. voriger Abschnitt), und eine Forderung nach historischer Wiedergutmachung klingt an. Bleibt die Anklageschrift Kalils als juristisches Dokument naturgemäß im Rahmen einer legalistischen Perspektive (vgl. Kleba 2005), so ist doch die politisch-ethische (ebd.) Motivation deutlich sichtbar.

Die richterlichen Entscheidungen in diesem Fall⁹⁶ sind mit Spannung zu erwarten. Wenn die Justiz Kalil Recht gibt und Natura und Chemyunion verurteilt, so ist damit ein Präzedenzfall geschaffen. Solche Fälle sind weichenstellend für die sich noch konsolidierenden Auslegungen rechtlicher Definitionen und Bestimmungen im Zusammenhang mit ABS. In einer ersten richterlichen Entscheidung wurde Naturas Antrag, aus der Anklage entlassen zu werden, abgelehnt.

Der Murmuru-Fall ist nicht der erste Biopirateriefall, in dem das Ministerio Publico aktiv wird. So wurde bereits die Annullierung des Novartis-Geschäftes mit seiner Hilfe bewirkt. Auch in dem Fall des Zugriffs von Natura auf die von Kräuterfrauen von „Ver-o-Peso“ gebrauchten Pflanzen war das Ministerio Publico beteiligt. (vgl. Kleba 2009, S.123ff)

In diesen Fällen – speziell in dem Murmuru-Fall – zeigt sich, dass das durch die Verfassung geschaffene Dispositiv der öffentlichen Anklage durch das Ministerio Publico wirksam eingesetzt werden kann, um den Übergriffen auf die Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften entgegenzutreten. Die allgemein in Brasilien durch politische, ökonomische und persönliche (Klientelismus) Abhängigkeitsbeziehungen verfestigten Machtstrukturen – wie sie in den vorhergehenden Abschnitten dieser Arbeit beschrieben wurden – können durch dieses Dispositiv stellenweise aufgebrochen werden. Die Staatsanwälte sind durch ihre weitgehende Unabhängigkeit in der Lage, – auch wenn sie sich des dominanten Diskurses bedienen – den herrschaftlichen Interessen entgegenzutreten und können dadurch zu wichtigen Verbündeten der lokal verankerten Akteure werden.

4. Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Viele der aus der Untersuchung sich ergebenden Schlussfolgerungen wurden bereits im Lauf der Arbeit in den einzelnen Abschnitten gezogen. Die wesentlichen Ergebnisse sollen hier noch einmal expliziert und aufgelistet werden. Sie lassen sich in sechs Punkten zusammenfassen:

⁹⁶ Leider wird der Fall im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2010 auch für politische Zwecke missbraucht: Die liberal orientierte Zeitung Folha de Sao Paulo unterstellt beispielsweise Marina Silva – mittlerweile Präsidentschaftskandidatin der Grünen – dass sie nicht gegen Natura Stellung beziehe, da ihre Kampagne von der Firma finanziert sein. (Vg. Folha online 2009, Artikel vom 01/09/2009: „Índios atacam exploração apoiada por Marina“). Die Meldung wurde jedoch von den Ashaninka zurückgewiesen, mit dem Hinweis, dass Marina Silva eine langjährige Alliierte der Gemeinschaft sei. (Apiwtxa 2009, 04/09/2009, „Nota de repúdio“)

Erstens: Die Geschichte Brasiliens ist eine Geschichte sich verdichtender Gouvernamentalität

Die tradiionelle brasilianische – auf dem Gründungsmythos und auf den von Martius geschaffenen Prinzipien basierende - Geschichtsschreibung (vgl. Abschnitt 3.4 und Martius 1845) das Bild eines langfristigen Entwicklungsprozesses nahe, der einem auf rationalem demokratischem Dialog basierenden Zustand von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit entgegenstrebt. Durch Mythische Konstruktion schafft sie ein kollektives Gedächtnis. (vgl.Foucault 1997, S.13), und interpretiert die geschichtlichen Ereignisse als Teil einer Teleologie des Werdens. (Ebd., S.21)

Betrachtet man die Ereignisse aus einer diskurstheoretischen Perspektive, und forscht man nach den "vertikalen funktionalen Beziehungen" (Foucault 1997, S.20), so ergibt sich ein anderes Bild:

Es lassen sich - aus dem diskursanalytischen Blickwinkel - in der Geschichte Brasiliens verschiedene Momente ausmachen, in denen sich ein Übergang von Zwang zu Hegemonie abzeichnet. Die selben Momente werden in der traditionellen Geschichtsschreibung als Momente der Befreiung beschrieben. Aus diskursanalytischer Perspektive jedoch lässt sich weniger eine Beendigung von Herrschaft feststellen, als ein Übergang von objektivierender zu subjektivierender Unterwerfung (Abschnitt 2.5.3). Im Lauf der Untersuchung traten vier solche Momente in den Vordergrund:

- A. Die Loslösung von der portugiesischen Zwangsherrschaft und der Übergang zur Demokratie als Folge der Verbindung der Agraroligarchien mit dem englischen Kapital. Damit ging der Übergang von Sklavenwirtschaft zu Lohnarbeit einher: die vom Frühkapitalismus verlangte Konstruktion „freier“ Wirtschaftssubjekte, bei gleichzeitiger Monopolisierung des Grundbesitzes durch die Eliten. (Abschnitt 3.4)
- B. Die Formation der durch Rückschrittlichkeitsbewusstsein geprägten nationalen Identität im Desenvolvimentismo. Das Aufbrechen des - zwangsherrschaftliche Züge tragenden - nationalen Prinzips durch die kritisch-emanzipatorisch vorgestellte Identität ging mit der hegemonialen Konstruktion der BrasilianerInnen als "dritte Welt Subjekte" einher. (Abschnitt 3.5)
- C. Die paradoxe Situation des demokratischen Neubeginns nach der Militärdiktatur und gleichzeitigem Einsetzen des Neoliberalismus. Eine moderne Verfassung und freie Wahlen funktionierten nicht als Garant der Demokratie und dienen zur Legitimation einer Regierung, die die Ausbeutung des Landes durch das Internationale Kapital begünstigte. (Abschnitt 3.5)
- D. Die Wahl des aus der Arbeiterbewegung stammenden PT-Präsidenten Lula, der mit dem Versprechen sozialen Wandels antrat, dessen Regierung jedoch - im nun postfordistischen Kontext - an den Desenvolvimentismo anschliesst. Die aktuelle Regierung Lula bewirkt

durch populistische Rhetorik – im Sinne bipolarer Ein- und Ausgrenzungen (vgl. Abschnitt 2.5 und Bublitz 2006, S.249) - die Konsensbildung bei den Volksklassen und betreibt dabei eine auf Minderheiten-Unterdrückung und technokratischer Naturbeherrschung basierende Wachstumspolitik. (Abschnitt 3.6.1)

Es zeigte sich ausserdem in diesen vier Übergängen: Gewaltherrschaft und Hegemonie stehen nicht in einem Entweder-oder-Verhältnis zueinander. Wenn eine Herrschaftsform an hegemonialen Eigenschaften gewinnt, dann bedeutet das nicht, dass sie deswegen weniger gewalttätig würde und vice-versa. Es ergibt sich im Gegenteil ein Bild einer immer komplexer werdenden Gouvernamentalität, in der die Hegemonie den Zwang legitimiert und der Zwang die Hegemonialen Prozesse absichert. Das Doppelszenario ist seit Gramsci - Zwang gepanzert mit Hegemonie - in seiner Grundlage gleich geblieben, hat jedoch wesentlich an Komplexität, Dynamik und Flexibilität zugenommen. Ökonomischer und physischer Zwang werden zunehmend als "Notwendigkeiten" konsensual angenommen. Herrschaftstechniken werden zu Selbsttechniken. Diskursiv geschaffene Dichotomien wie "entweder Wachstum oder Armut" erzeugen eine Mentalität der Alternativlosigkeit, die Handlungsspielräume verengt und tiefergehende Reflexion verbietet. Die Unterscheidung hegemonialer und zwangsherrschaftlicher Systeme wird durch die Verflochtenheit der beiden im postfordistischen Zusammenhang zunehmend verunmöglicht.

Zweitens: Der Nationalstaat Brasilien ist Teil eines nationalstaatlich verankerten globalen Herrschaftssystems

Die Verdichtung sozialer Kraftverhältnisse zweiter Ordnung, wie Brand (2007, S.163) sie beschreibt lässt sich am Beispiel Brasilien nachzeichnen: Ebenso wie die Internationalen Staatsapparate - INTSAs, konstituieren sich auch nationale Ministerien wie MCT, MAPA, und Institutionen wie CGEN als Hegemonie-Apparate in einem multiskalaren Prozess. (Vgl.ebd., S.161) Der CGEN - und somit die in ABS-Fragen durch ihn vertretene brasilianische Regierung - ist keine autonom agierende Einheit, sondern ein Terrain. Partikuläre internationale Interessen sind bereits seit der Schaffung des nationalen Prinzips in die Konstruktion der Nation eingeschrieben, wo sie sich als Souveränitätsinteresse reproduziert. Es geht auch in Brasilien - wie Brand (ebd.S.168) es formuliert - um den Prozess in dem partikuläre Interessen in einem Staat bereits in interiorisierte internationale Kräftekonstellationen eingebunden sind, und sich in der Folge als nationale Interessen verallgemeinern.

Die konkreten kapitalistisch-partikulären Kräfte die im CGEN zur Wirkung kommen manifestieren sich gleichermassen in IWF, Weltbank oder WTO und in den nationalen Ministerien und Institutionen: MTC, MAPA, EMBRAPA, MDIC. (Vgl. Abschnitt 3.6.3) Zugleich wäre es eine fälschliche Vereinfachung zu sagen dass die im CGEN dominante Biotechnologie-Gruppe ein

"Handlanger" internationaler Interessen wäre. Die Interessen brasilianischer Eliten sind in den INTSAs genauso vertreten wie die anderer Staaten. In den INTSAs re-formulieren sie sich als scheinbar dem nationalen Interesse entgegengesetzt. Die selben Herrschaftsstrukturen reproduzieren sich auf nationaler und internationaler Ebene. Die Frage, welche Ebene der anderen vorausgeht - die Nationen als die INTSAs formend versus die Nation als "Transmissionriemen" der INTSAs - stellt sich zirkulär dar, ähnlich wie die Frage danach, ob das Ei oder die Henne zuerst da war. Die Ebenenunterscheidung selbst erweist sich als Teil des Systems, da sie die Schaffung neuer Terrains ermöglicht und den grundsätzlich historisch gleichbleibenden partikulären Interessen erlaubt, sich in neuen Konstellationen - als scheinbar neue Interessen - zu reformulieren.

Es ist in diesem Zusammenhang verständlich, warum Rezende (2008, S.213) die von Escobar beschriebene Perspektive der Souveränität in den Gruppierungen des CGEN nicht ausmachen kann. (vgl. vorliegende Arbeit, 94) Es zeigt sich, dass Souveränität kein eigenständig wirksames - der Internationalisierung entgegengesetztes - Interesse konstituiert. Die nationalistische Rede von der Souveränität bleibt - zumindest solange das hegemoniale System stabil bleibt - auf populistische Rhetorik und sporadische Drohgesten der Militärlobby beschränkt (Projekt Calha Norte, Abschnitt 3.6.2). Sie funktioniert als Teil des hegemonialen Systems, indem sie Feindbilder und Identitätsgefühl im Alltagsbewusstsein der Volksklassen stärkt. Sie bewerkstelligt seine Panzerung mit Zwang (Gramsci 1991 ff., H.6,§88:783, zit. in Demirovic 2007, S.24) . So unterstützt sie die global-hegemonialen Interessen durch die Marginalisierung von vermeintlich die Souveränität - jedoch de facto das global gewollte Wirtschaftswachstum - bedrohenden Gruppen: Indigene und kritische NGOs. Wie verflochten die vermeintlich zur Verteidigung der Souveränität geschaffenen Dispositive mit den hegemonialen Kapitalinteressen sind, zeigt der Fall der Bio-Spekulation des Präsidenten des parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung von Biopiraterie. (Abschnitt 3.6.4)

Drittens: Die in der CBD formulierte Forderung nach Gleichheit und Gerechtigkeit wird in den brasilianischen ABS Verhandlungen und Diskussionen – von vereinzelten Ansätzen abgesehen – nicht eingelöst.

Es wurde gezeigt, dass die CBD selbst das Produkt eines globalozentrischen Entwicklungsdiskurses ist. Die hegemonialen Strukturen dieses Diskurses sind ihr somit inhärent und bilden einen latenten Widerspruch zu ihrer expliziten Zielsetzung in Hinblick auf Naturschutz und gerechte Verteilung. In den Schwierigkeiten bei der Schaffung eines ABS Gesetzes in Brasilien wird dieser latente Widerspruch manifest. Die im CGEN dominante Biotechnologie-Gruppe konnte bis heute verhindern, dass ein – den CBD-Prinzipien von Partizipation Schutz traditionellen Wissens konformes Gesetz geschaffen wurde. Dabei verwendet diese Gruppe Techniken der

Verschleierung, des Ausweichens (Forum Shifting, vgl. Görg und Brand 2003) und autoritärer Ausgrenzung. (Abschnitt 3.6.3)

Die temporären Ansätze einer Öffnung des staatlichen Szenarios der Biopolitik in Richtung Partizipation der Zivilgesellschaft waren großteils auf das Engagement von Marina Silva und ihren Vertrauten zurückzuführen. Letztlich war es aber auch für sie nicht möglich die mit dem Kapitalinteresse verknüpften Machtstrukturen der Regierung aufzubrechen. Marina Silvas Anliegen, in Brasilien eine wegweisende Biodiversitätspolitik zu implementieren konnte nicht verwirklicht werden.

Bereits in Lulas Freigabe des transgenen Soja gegen Marina Silvas Willen hatte sich gezeigt, dass Ihre Initiativen in Hinblick auf Bewahrung der kulturellen und biologischen Vielfalt keinen Platz in seiner Wachstumspolitik hatten. Die Auslagerung des Amazonasentwicklungsprojekts PAS aus dem Bereich des MMA besiegelte schliesslich die Alternativlosigkeit zu Wachstum in Lulas Regierung.

Viertens: Biodiversität erweist sich als eine durch systematische Ungenauigkeit und mythische Gewalt gekennzeichnete diskursive Produktion.

Biodiversität stellte sich im Lauf der Untersuchung als diskursiv geschaffener Gegenstand heraus, der nur unter den Bedingungen des komplexen Bündels der diskursiven Beziehungen (vgl. Foucault 1997, S.68) existiert. Seine begriffliche Ungenauigkeit bewirkt, dass von verschiedenen Interessen vereinnahmt werden kann und dabei die Gegensätzlichkeit dieser Interessen verdeckt. (Vgl. Brand und Görg 2003, S.57). In dieser Ungenauigkeit zieht er zudem mythische Projektionen an. Die Untersuchung des im Kontext von Biodiversität sich reproduzierenden Amazonas-Mythos machte den männlich-gewalttätigen Charakter des herrschenden Naturverhältnisses deutlich. (Abschnitt 3.6.2)

Fünftens: Initiativen der Teilnahme an der Diskussion oder Formulierung von Gegendiskursen seitens nicht-staatlicher Akteure laufen Gefahr, vom herrschenden Diskurs assimiliert zu werden.

Es ist eine Dynamik wahrnehmbar, was die Assimilation gegen-diskursiver Produktionen durch den hegemonialen Diskurs betrifft. So wird der - als gegenhegemonial lancierte - Begriff Biopiraterie hegemonial gebraucht, wenn dadurch vermeintliche Konspirationen Indigener mit lokal verankerten NGOs bezeichnet werden sollen. Der Gebrauch ist der breiten Bevölkerung gegenüber hegemonial, da diese auf Basis der nationalen Identität als Subjekte konstituiert werden. Den Minderheitlichen lokal Verankerten Akteuren gegenüber ist er zwangsherrschaftlich, insofern diese als Objekte des Diskurses, das "wir" bedrohend dargestellt werden.

Die Teilnahme von VertreterInnen indigener Völker oder lokaler Gemeinschaften an den Diskussionen der CBD im Rahmen der COPs kann als Legitimation der dort getroffenen

Entscheidungen – an denen diese Akteure de facto keine Mitbestimmung haben - interpretiert werden. Das bedeutet nicht, dass von der Teilnahme grundsätzlich abgeraten werden sollte, da sie – in einen kontinuierlichen Ermächtigungsprozess eingebunden – eine Lernerfahrung und eine Möglichkeit sich an eine internationale Öffentlichkeit zu wenden darstellen kann. Zweck und Ziel einer solchen Teilnahme müssen dazu von diesen Akteuren im Vorhinein möglichst klar ausgearbeitet werden. (Abschnitt 3.6.4)

Sechstens: Partnerschaften zwischen lokal verankerten Akteuren, NGOs und staatlichen Akteuren zur Verteidigung gegen Monopolisierung biologischer Vielfalt sind vereinzelt möglich und zielführend.

Die Kampagne gegen Biopiraterie zeigte, dass rechtliche Instrumente und mediale Öffentlichkeit verwendet werden können, um Biopirateriefällen entgegenzutreten. Partnerschaften zwischen NGOs innerhalb und ausserhalb Brasiliens, lokal verankerten Akteuren und auch staatlichen Akteuren⁹⁷ waren entscheidend um die Annullierung der Marken- und Patenteintragungen auf Cupuacu zu erreichen.

Am Fall Murmuru zeigte sich beispielhaft die Rolle des Ministerio Publico Federal. Obgleich dieses aus einer legalistischen – und damit dem dominanten Diskurs nicht grundsätzlich entgegengesetzten Perspektive agiert, ist es diesem nicht in derselben Weise untergeordnet wie andere Institutionen des Staatsapparates. Ihre in der Verfassung festgelegte weitgehende Unabhängigkeit erlaubt den StaatsanwältInnen in der retroaktiven Bekämpfung von Biopirateriefällen zu starken VerteidigerInnen der Interessen lokal verankerter Akteure werden. (Abschnitt 3.6.4)⁹⁸

5. Abschliessende Bemerkungen und Aussichten

Die Motivation dieser Arbeit beschränkte sich nicht nur auf die Beantwortung der Forschungsfrage. Es ging mir zugleich darum, ein Panorama der biodiversitätspolitischen Entwicklungen in Brasilien zu erstellen, da erst in einer Gesamtschau manche Zusammenhänge verständlich werden.

Viele wichtige mit dem Thema zusammenhängende Aspekte konnten im Rahmen dieser Arbeit

⁹⁷ Die Streichung der Marke Cupuacu in Europa wurde durch die brasilianische Regierung bewirkt. Der NGO Prozess bei dem japanischen Marken- und Patentamt wurde von ihr begleitend unterstützt.

⁹⁸ An diesem Punkt muss festgehalten werden, dass lokal verankerte Akteure, wenn sie die Justiz in Bewegung setzen um Übergriffe auf ihr traditionelles Wissen zu ahnden, deshalb nicht notwendiger Weise das Inwertsetzungsparadigma oder geistiges Eigentum bejahen. Sie fordern nur von der dominanten Gesellschaft, dass diese sich an ihre eigenen Regeln (CBD, MP etc.) halten solle. Sie akzeptierten dadurch nicht unbedingt die Gültigkeit dieser Regeln für sich. Man könnte argumentieren, dass die Akzeptanz dieser Regeln durch eine Gemeinschaft erst dann gegeben ist, wenn sie selbst durch PIC dem Zugriff zustimmt. Allerdings ist auch dieses Konzept aus diskurstheoretischer Perspektive äusserst fragwürdig. Was heisst informiert? Informiert worüber? Soll sie verstehen, was eine Bioprospektion ist? Welche Menge und welche Art von Information wäre notwendig, damit eine solche Gemeinschaft als hinreichend informiert betrachtet werden könnte?

nicht berührt werden.

Brisante technische Fragen, wie die nach Definitionen von mehr oder weniger verbreitetem auf biologische Vielfalt bezogenem traditionellen Wissen (disseminated associated TK), oder nach den Möglichkeiten von Sui Generis Systemen zum Schutz traditionellen Wissens. Auch ganz grundlegende, durch ABS aufgeworfene Fragen konnten nicht berührt werden: Etwa die Problematik dessen, wie sich das Problem des Eigentums im interkulturellen Kontext situiert, oder auch die Frage des Nutzens. Welche Probleme ergeben sich aus der Übersetzung dieser Konzepte von einer Kultur in die andere? Hier gälte es - Ausgehend von der dekonstruktiven, deontologisierenden Ansätzen - die Anthropolisierung dieser Konzepte im ABS-Kontext vorzunehmen. Besonders wichtig wäre die Untersuchung der Problematik die sich aus den Versuchen der Bestimmung traditionellen Wissens ergibt: „Wissen“ ist ein so zentraler Begriff im abendländischen kulturellen Kontext und so untrennbar mit Rationalität assoziiert, beziehungsweise sehr im logozentrischen Paradigma verankert, dass es praktisch als Widerspruch in sich erscheint, anders-kulturelle Wissenssysteme definieren (logisch bestimmen) zu wollen. (siehe auch Fussnote 98 im vorigen Abschnitt) Der Versuch des dominant-rationalen Diskurses das „Wissen der Anderen“ begrifflich fassen zu wollen kann nur erneut auf einen gewalttätigen Übergriff hinauslaufen. So ist auch Laymert Garcia dos Santos zu verstehen, wenn er die Definition der Medida Provisoria von traditionellem bezogenem Wissen als Gewaltakt sieht. Die Definition der Medida lautet: „Informationen oder individuelle oder kollektive Praktiken einer indigenen oder lokalen Gemeinschaft mit tatsächlichem oder potenziellem Wert und bezogen auf das genetische Erbe.“⁹⁹ Santos (2001, S19) meint dazu: „Als ob man das Wissen dieser Völker in diskrete Einheiten zerlegen könnte, in bits von Information, ohne dass es damit aufhören würde traditionelles Wissen zu sein! Als ob eine solche Definition nicht schon an und für sich das Attest der räuberischen Aneignung einer Kultur durch die andere wäre.“¹⁰⁰

Die von mir in dieser Untersuchung wiederholt nahegelegte Sichtweise, in der die nahezu unentrinnbar erscheinenden Wirkmächtigkeit der herrschaftlichen Diskurse und deren Gewalttätigkeit thematisiert wird, mag aus anderer - beispielsweise habermasscher - Perspektive totalisierend oder polarisierend erscheinen. Es könnte argumentiert werden, dass durch eine solche Darstellung Handlungsspielräume verengt und Dialoge verunmöglicht würden. Es ging mir jedoch um das genaue Gegenteil, nämlich einen Freiraum inmitten der um uns und in uns sich reproduzierenden Kreisläufen von Herrschaft und Gewalt aufzufinden und Ansätze von Auswegen aus diesen Kreisläufen zu suchen. Dialoge - als nicht auf die Reproduktion des Diskurses über seine

⁹⁹ Übersetzung durch den Verfasser aus dem originalen Gesetzestext (Planalto.gov.br 2009, „Medida Provisória no 2.186-16, de 23 de agosto de 2001“)

¹⁰⁰ Übersetzung durch den Verfasser

Subjektpositionen reduzierbar - sind nur denkbar auf der Basis nicht herrschaftsförmiger Beziehungen zwischen Akteuren, die einander in ihrer Differenz respektieren. Um solche Beziehungen zu ermöglichen ist es notwendig den Diskurs immer wieder neu aufzubrechen, herrschende Konzeptionen - Biodiversität, Nation, Globalisierung - zu dekonstruieren und dadurch Freiräume für Begegnung zu schaffen. Der Diskurs soll in seiner Gewalttätigkeit aufgezeigt werden, darstellbar gemacht und zumindest zeitweilig weggestemmt werden, sodass der oder die Andere wahrnehmbar wird.

Die lawinenartige Produktion von Techno-Wissen droht uns - in Hinblick auf unser Naturverhältnis und unser Selbstverständnis - sprachlos zu machen. Ist eine Antwort auf diese Situation, eine intellektuelle Gegenbewegung aus den Universitäten – aus akademischen Wissensproduktionen wie der vorliegenden Arbeit - zu erwarten? Folgen wir Foucault, so sind diese von Anfang an nichts anderes als eine dispositive Verdichtung des dominanten Macht-Wissens. Auch Arturo Escobar (1995, S.222) erachtet die Möglichkeit, dass Impulse für einen Gegendiskurs aus akademischen Kreisen kommen können für gering. Ich bin ebenfalls der Meinung, dass - angesichts des zunehmenden Trends zu Leistungsorientierung, durch den die Universitäten mehr und mehr den Charakter von Konzernen genormter Produktion von Expertenwissen anzunehmen drohen - wenig Hoffnung besteht, dass hier noch alternatives Gedankengut aufkeimen könnte.

Allerdings waren auch Foucault und Escobar Akademiker. Escobar (Ebd.) ortet das Entstehen einer politischen Ökologie in den traditionellen Gemeinschaften, mit denen er zusammengearbeitet hatte. Die Strategien dieser sich in einem kulturellen Überlebenskampf befindenden Gemeinschaften, die ihr Selbstverständnis in beschleunigtem Wandel und unter wachsendem Druck des dominanten Diskurses ständig neu erfinden müssen, die daraus entstehenden - dem dominanten Diskurs entgleitenden - hybriden Identitäten sind der Ausgangspunkt, an dem sich alternative Praktiken abzeichnen.

Könnte akademische Arbeit in Anschluss an diese Prozesse zu alternativen sozialwissenschaftlichen Perspektiven und verallgemeinerbaren politischen Strategien führen? Das hängt vermutlich stark von der Beziehung zwischen AkademikerIn und Gemeinschaft ab. Das herrschaftliche Gefälle, die objektivierenden Unterwerfung der Beforschten ("dem Forschungsobjekt") durch die Forscherin oder den Forscher, kann nur dann durchbrochen werden, wenn er oder sie davon Abstand nimmt, "Fürsprecher" der Subalternen sein zu wollen. Weiters ist zur Etablierung einer Gleichheitsbeziehung notwendig dass er oder sie die Forschung in Ko-Autorie mit der Gemeinschaft verwirklicht und durch aktive Unterstützung zu einem wirklichen Partner der Gemeinschaft wird. Autoren wie Escobar (Afro-kolumbianische Gemeinschaften) oder Brand (Gemeinschaften von Chiapas) befinden sich an eben dieser fruchtbaren Schnittstelle von

Aktivismus und Reflexion, von politischem Engagement und sozialwissenschaftlicher Arbeit.

Die Fortsetzung und Erweiterung dieser Arbeit ist dringend notwendig, wenn sowohl der Sozialwissenschaft, als auch der einen oder anderen subalternen Gemeinschaft geholfen werden soll, aus ihrer Sprachlosigkeit hervorzutreten.

Abkürzungsverzeichnis

ABONG	Associação Brasileira de Organizações não Governamentais (Assoziation brasilianischer NGOs)
ABS	Access and Benefit Sharing
AS-PTA	Assessoria e Serviços a Projetos em Agricultura Alternativa (Brasilianische NGO für alternative Landwirtschaft)
BUKO	Bundeskoordination Internationalismus
CBD	Convention on Biological Diversity
CIITED	Brazilian Institute of International Commerce Law for Technology Information and Development
CNS	Conselho Nacional de Seringueiros (Nationaler Rat der Gummizapfer)
COIAB	Coordenação das Organizações Indígenas da Amazônia Brasileira (Dachorganisation der indigenen Organisationen des brasilianischen Amazonas)
COICA	Coordenação das Organizações Indígenas da Bacia Amazônica (Dachorganisation der Indigenen Organisationen des Amazonasbeckens)
COP	Conference of the Parties to the Convention on Biological Diversity
CPI	Comissão Parlamentar de Inquérito (bras.: Parlamentarische Untersuchungskommission)
EMBRAPA	Empresa Brasileira de Pesquisa Agropecuária, (Brasilianisches Landwirtschaftliches Forschungsinstitut)
ETC	Action group on Erosion, Technology and Concentration (NGO, ehemals RAFI)
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FBOMS	Fórum Brasileiro de ONGs e Movimentos Sociais para o Meio Ambiente e o Desenvolvimento (Forum von NGOs und Sozialen Bewegungen für Umweltschutz und Entwicklung)
FTAA	Free Trade Area of the Americas

FUNAI	Fundação Nacional do Índio (Nationale Stiftung für Indigene)
GRAIN	Genetic Resources Action International (NGO)
GTA	Grupo de Trabalho Amazonico (Brasilianische Dachorganisation für amazonische Basisgruppen)
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
IIRSA	Iniciativa para la Integración de la Infraestructura Regional Suramericana (Initiative zur Integration der regionalen Infrastruktur Südamerikas)
ILO	International Labour Organization
INPI	Instituto Nacional da Propriedade Industrial (Brasilianisches Institut für Industrielles Eigentum)
INTSA	Internationale Staatsapparate
IPHAN	Instituto do Patrimônio Histórico e Artístico Nacional (Institut für historisches und künstlerisches Nationalerbe)
IPR	Intellectual Property Rights (geistige Eigentumsrechte)
ISA	Instituto Socioambiental (Sozioambientales Institut, NGO)
ITPGRFA	International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture
IWF	Internationaler Währungsfonds
MAPA	Ministério da Agricultura, Pecuária e Abastecimento (Landwirtschaftsministerium)
MAT	Mutually agreed terms
MCT	Ministério da Ciência e Tecnologia (Ministerium für Wissenschaft und Technologie)
MDIC	Ministério do Desenvolvimento, Indústria e Comércio Exterior (Ministerium für Entwicklung, Industrie und Aussenhandel)
MERCOSUR	Mercado Común del Sur (gemeinsamer Markt des Südens)

MOP	Meeting of the Parties to the Cartagena Protocol on Biosafety
MP	Medida Provisoria (einstweilige rechtliche Verfügung, Noterlass)
MPF	Ministerio Publico Federal (bras. Staatsanwaltschaft)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non-governmental organization
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PAC	Programa para Aceleracao do Crescimento (Programm zur Beschleunigung des Wachstums der brasilianischen Regierung)
PAS	Programa Amazonia Sustentavel (bras. Amazonas-Entwicklungsprogramm)
PIC	Prior Informed Consent
PRONABIO	Programa Nacional da Biodiversidade Biológica (Nationales Biodiversitätsprogramm)
RAFI	Rural Advancement Foundation International (NGO, heute ETC)
SBSTTA	Subsidiary Body for Scientific, Technical and Technological Advise (of the CBD)
TK	Traditional Konowledge
WCED	World Commission on Environment and Development
WIPO	World Intellectual Property Organization
WTO	World Trade Organization

Quellenverzeichnis¹⁰¹

ADORNO, T.W., *Ästhetische Theorie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1973

AGUIRRE, B.V., Mitos y verdades sobre la biopiratería y la propiedad intelectual. En: *Anuario Andino de Derechos Intelectuales*, Año I, N° 1, Lima, enero 2005, pp. 219-239
BBC News <http://news.bbc.co.uk> [Zugriff 09 2009]

AKTIONAID, *A situação da fome no Brasil*, <http://www.actionaid.org.br/> [Zugriff August 2009]

AMAZONLINK.ORG – Homepage der NGO,
<http://www.amazonlink.org> [Zugriff 08 2009]

APIWTXA, Associação do Povo Ashaninka do Rio Amônia – Website,
<http://apiwtxa.blogspot.com/>, [Zugriff 10 2009]

ARTEAGA, S.R., "Natural Resources - A Shared Responsibility", Vortrag im Rahmen des Seminars „Global Development: Science and Policies for the Future“ 14-15 November 2007, Wien, <http://www.iiasa.ac.at/Admin/INF/conf35/docs/speakers/serrano.html> [Zugriff 09 2009]

BARBARIĆ, D., *Platon über das Gute und die Gerechtigkeit*, Würzburg: Königshausen & Neumann, 2005

BASF, Pressemitteilung 30.01.2009, *Biotech-Sojabohnen von BASF und Embrapa bereit für Markteinführung in Brasilien ab 2011*,
<http://www.basf.com/group/pressemitteilungen/P-09-112> [Zugriff 09 2009]

BECK, U., *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1986

BHABA, H., The other Question: Difference, Discrimination and the Discourse of Colonialism. In Fergusson, R. Et al. (Orgs.), *Out there: Marginalization and Contemporary Cultures*, New York: Museum of Contemporary Art, 1990, S. 71-89

BIBEL-ONLINE, Schlachter Bibel 1951,
<http://www.bibel-online.net/> [Zugriff 01.04.2009]

BRAGON, R., „Da sucursal de Brasília“ <http://www.agrisustentavel.com/ogm/t231003.htm>,
Zugriff 09 2009

¹⁰¹ In dieser Liste sind, wie mit dem Betreuer vereinbart, alle Quellen gemeinsam in alphabetischer Reihenfolge angegeben. Bei mehrmals verwendeten Websites wie Wikipedia.org, Socioambiental.org.br etc. ist im jeweiligen Kurzbeleg im Text das Stichwort, beziehungsweise Name und Datum des Artikels angegeben, womit die betreffende Seite über die Suchfunktion (portugiesisch "busca") aufgerufen werden kann.

BRAND, U., *Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien*, Hamburg: 2005

BRAND, U., GÖRG, C., *Postfordistische Naturverhältnisse: Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 2003

BUBLITZ, H., Differenz und Integration: Zur diskursanalytischen Rekonstruktion der Regelstrukturen sozialer Wirklichkeit, in Keller et.al. (Hrsg) 2006, S.227-263

BUBLITZ, H., Archäologie und Genealogie, in Kleiner, M.S. (Hrsg.) *Michel Foucault: Eine Einführung in sein Denken*, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 2001, S.27-40

BUKO - Bundeskoordination Internationalismus -Website <http://www.buko.info> [Zugriff 09 2009]

CAMINHA, P.V. DE, Carta a El-Rei D. Manuel sobre o achamento do Brasil. in: AGULAR, F (org.). *Com palmas medida. Terra, trabalho e conflito na literatura brasileira*. São Paulo: Editora Fundação Perseu Abramo/Boitempo, 1999, p. 23

CAMPOS, J.R.B., *Organizações Não-Governamentais nas Áreas Ambiental, Indígena e Mineral*, Consultoria Legislativa, 14 de outubro de 1999, <http://www.senado.gov.br/conleg/artigos/especiais/OrganizacoesNaoGovernamentais.pdf> [Zugriff 08 2009]

CARVALHO, N.P., From the Shaman's Hut to the Patent Office: In Search of a TRIPS-Consistent Requirement to Disclose the Origin of Genetic Resources and Prior Informed Consent, in *Washington University Journal of Law & Policy*, Vol. 17, 2005,

CHAUI, M., "Brasilien: Gründungsmythos und autoritäre Gesellschaft." In: *Polylog. Zeitschrift für interkulturelles Philosophieren*, Nr. 10/11 (2004): 146-76.

CHAUI, M., *Brasil: Mito Fundador e sociedade autoritaria*, São Paulo: Fundação Perseu Abramo, 2000

CHOUDRY, A., Conservation International: privatizing nature, plundering biodiversity. In *Seedling: Biodiversity, Rights and Livelihood*, October 2003, S.17-22

CIMI - Conselho Indigenista Missionario – Website www.cimi.org.br [Zugriff 09 2009]

COMITE CHICO MENDES, 10 Anos sem Chico Mendes, CD-ROM, Rio Branco, Comitê Chico Mendes, 1998

COX, R., Gramsci, Hegemony and international relations: An Essay in Method, in Gill, S., (Hrsg.) *Gramsci, historical Materialism and International Relations*, Cambridge: o.A. 1993, S. 49-66

CPI-BIOPI, *Relatorio Final da Comissão Parlamentar de Inquérito Destinada a Investigar o Tráfico de Animais e Plantas Silvestres Brasileiros, a Exploração e Comércio Ilegal de Madeira e a Biopirataria no País*, Brasília: Câmara dos Deputados, 2006

Verfügbar unter

http://www.camara.gov.br/internet/comissao/index/cpi/Rel_Fin_CPI_Biopirataria.pdf [Zugriff 08 2009]

CUNHA, E. DA. *Os sertões*. São Paulo: Brasiliense, 1985, Edição crítica por Walnice Nogueira Galvão.

DELEUZE, G., *Foucault*, Minneapolis: University of Minnesota Press, 1988

DEMIROVIC, A. Politische Gesellschaft – zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci, in Buckel, S., Fischer-Lescano (Hrsg.) *Hegemonie Gepanzert mit Zwang: Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*, Baden-Baden: Nomos, 2007, S.21-42

DUDEN - *Deutsches Universalwörterbuch*, 6., überarbeitete Auflage. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich: Dudenverlag 2006.

DUTFIELD, G., ‘What is Biopiracy?’ Paper presented at the International Expert Workshop on Access to Genetic Resources and Benefit Sharing, Cuernavaca, Mexico, Verfügbar unter <http://canmexworkshop.com/documents/papers/I.3.pdf> , [Zugriff 09 2009]

ESCOBAR, A., *Encountering Development: The Making and Unmaking of the third World*, Princeton University Press: Princeton N.J., 1995

ESCOBAR, A., Whose Knowledge, Whose nature? Biodiversity, Conservation, and the Political Ecology of Social Movements , *Journal of political ecology*, Vol.5, 1998, S. 53-82

ESTADAO.COM.BR, Artikel vom 24/04/2008:“ONGs só atuarão na Amazônia com autorização expressa da Defesa“ http://www.estadao.com.br/estadaodehoje/20080424/not_imp161954,0.php

FOLHAONLINE - versão online do jornal Folha de S. Paulo, <http://www.folha.uol.com.br/> [Zugriff 09 2009]

FOUCAULT, M., *Archäologie des Wissens*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1997

FOUCAULT, M., *Die Geburt der Klinik. Eine Archäologie des ärztlichen Blicks*. Frankfurt a. M. 1988.

FOUCAULT, M., *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2003

FOUCAULT, M., *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt a.M.: Fischer, 1991

FOUCAULT, M., *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*, Berlin: Merve 1978

FOUCAULT, M., *Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 2001

FOUCAULT, M., *Mikrophysik der Macht. Über Strafrecht, Psychiatrie und Medizin*, Berlin: Merve, 1976

FOUCAULT, M., *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernamentalität I*, Suhrkamp: Frankfurt a.M., 2004

FOUCAULT, M., *The birth of the Clinic*, New York, Vintage Books, 1975

FOUCAULT, M., *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1977

FOUCAULT, M., Was ist Aufklärung?, in Erdmann,E., Forst, R., Honneth,A., (Hrsg) *Ethos der Moderne*, New York: Campus New York 1990, S. 35-54

GILL, S., Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration, in: Bieling,H.J. und Steinhilber, J. (Hrsg.). *Die Konfiguration Europas*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 2000, 23-50

GILL,S., *Power and resistance in the new world order*, New York: Palgrave Macmillan, 2003

GLOBO.COM – Online Nachrichtenportal von Globo,
<http://www.globo.com/> [Zugriffe zwischen Mai und Oktober 2009]

GOLDSMITH, E. , Worshipping at the Altar of Economic Pragmatism: Some implications, in *The Ecologist*, Vol.15, N.4, 1985, S.146-149

GOLDSMITH, E. , Worshipping at the Altar of Economic Pragmatism: Some implications, in *The Ecologist*, Vol.15, N.4, 1985, S.146-149

GOMES,B.M., *A imagem Pública de Lula e Eleições Presidenciais Brasileiras (1989/2002)*, Trabalho apresentado no I Congresso da COMPOL (Associação Brasileira de Pesquisadores de Comunicação e Política), Salvador: UFBA, 2006.

GRAMSCI, A., *Gefängnishefte, Kritische Gesamtausgabe*, Hrsg. v. Bochmann, K. u. Fritz, W., Hamburg/Berlin: Haug, 1991

GTA - Grupo de Trabalho Amazônico - Notícias, Guerra entre ministérios ameaça retrocesso na CDB , http://www.gta.org.br/noticias_exibir.php?cod_cel=1188 , [Zugriff 09 2009]

HABERMAS, J., *Der Philosophische Diskurs der Moderne*, Suhrkamp: Frankfurt/Main, 1985

HABERMAS, J., *Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine Politische Schriften V*, Frankfurt a.M. 1985

HABERMAS, J., *Faktizität und Geltung*, Frankfurt/Main: a.A. 1992

HABERMAS, J., *Theorie des kommunikativen Handelns* (Bd. 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung; Bd. 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft), Frankfurt a.M. 1981

HIRSCH, J., *Der nationale Wettbewerbsstaat: Staat, demokratie und Politik im Globalen Kapitalismus*, Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1995

HIRSCH, J., Politische Form, Politische Institutionen und Staat, in Esser, J. et.al., (Hrsg.), *Politik, Institutionen und Staat, zur Kritik der Regulationstheorie*, Hamburg: VSA 1994, S.157-211

HOBSBAWM, E., *Nations and Nationalism since 1780. Programme, myth, reality*. O.A, 1990

HÖDL, W. FRIMMEL, M., Aktuelle Entwaldungsursachen und Perspektiven standortgerechter Landnutzung in Amazonien, in *Journal für Entwicklungspolitik* V111/3, 1993, S. 267 – 284

HOLANDA, S.B., *Visão do paraíso: os motivos edênicos no descobrimento e colonização do Brasil*, São Paulo: Companhia das Letras, 1994

HUMBOLDT, W.V., *Wilhelm von Humboldt's gesammelte Werke*, Band 1-7, Berlin: Walter de Gruyter, 1988

IIRSA - Iniciativa para la Integración de la Infraestructura Regional Suramericana – Homepage, <http://www.iirsa.org/> [Zugriff 09 2009]

ILO - Übereinkommen 169
<http://www.ilo169.de/> [Zugriff 09 2009]

INPE - Instituto Nacional de Pesquisas Espaciais, *Monitoramento da Floresta Amazônica Brasileira por Satélite, 2000 – 2001*, online verfügbar unter

<http://mtc-m18.sid.inpe.br/col/dpi.inpe.br/lise/2002/06.12.13.16/doc/Pag-07.htm> [Zugriff 09 2009]
CIMI, 2009a

INPE – Instituto Nacional de Pesquisas Espaciais, *Monitoramento da Cobertura Forestal da Amazônia Brasileira por Satélites: avaliação DETER julho de 2009*, São José dos Campos – SP: INPE, 2009

INPE, Instituto Nacional de Pesquisas Espaciais, *Monitoramento da Floresta Amazônica Brasileira por Satélite, 2000 – 2001*, online verfügbar unter <http://mtc-m18.sid.inpe.br/col/dpi.inpe.br/lise/2002/06.12.13.16/doc/Pag-07.htm> [Zugriff 09 2009a]

IPR COMMISSION, *Report of the Commission on Intellectual Property Rights*, London: Commission on Intellectual Property Rights, 2002

IRACEMA, Persönliches Gespräch mit dem Mitglied einer Gummizapfer-Assoziation bei dem Besuch in der Reserva Extrativista Cazumbá – Iracema (Acre) am 27. Oktober 2008

ITPGRFA - International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture (FAO) <ftp://ftp.fao.org/ag/cgrfa/it/ITPGRRe.pdf> [Zugriff 09 2009]

JÄGER, S., Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte der Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in Keller et.al 2006, S.83-115

JÄGER, S., *Text- und Diskursanalyse, Eine Anleitung zur Analyse politischer Texte*, Duisburg: D.I.S.S., 1993

JAMINAWA, (Eigene Feldnotiz) Rede von Aderaldo Yaminawa, bei dem indigenen Treffen „Encontro Indígena, realizado pelo Governo do Estado do Acre“ in Sena Madureira – AC, Juli 2008

JOFEJ-KAINGANG, L.F., O papel dos povos Indigenas Brasileiros na Implementacao da CDB, in Bensusan, N. et. al. (Orgs.), *Biodiversidade: Para comer, vestir, ou passar no cabelo?*, Sao Paulo: Peiropolis 2006, S.349-359

KELLER, R., Wissenssoziologische Diskursanalyse, in Ders. et.al. (Hrsg) 2006, S.115-147

KELLER, R.; HIRSELAND, A.; SCHNEIDER, W.; VIEHÖVER, W., *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. 1: Theorien und Methoden* (2. aktualisierte und erweiterte Auflage). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006

KELLER, R.; HIRSELAND, A.; SCHNEIDER, W.; VIEHÖVER, W., *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. 1: Theorien und Methoden* (2. aktualisierte und

erweiterte Auflage). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006

KLEBA, John Bernhard . Propriedade Intelectual e Biopirataria: O caso do Cupuaçu. In: *XIII Congresso Nacional de Sociólogos*, 2005, Belém. Anais do XIII Congresso Nacional de Sociólogos, 2005. p. 01-10.

KLEBA, J.B., Socio-Legal Inquiry into the Protection of Disseminated Traditional Knowledge - Learning From Brazilian Cases, in Kamau, E.C., Winter, G. (Hrsg.) *Genetic Resources, Traditional Knowledge and the Law: Solutions for Access and Benefit Sharing*, London: Earthscan, 2009, S.119-143

KONTANAWA, H., COP9-Side-Event Presentation vom 23/05/2008: Amazon Indians Speak Up: Protection and Preservation of Traditional Indigenous Knowledge in the Brazilian State of Acre, verfügbar unter http://unfccc.meta-fusion.com/kongresse/CBD2008_2/templ/ply_cbd.php?id_kongresssession=1098&player_mode=isdn_real [Zugriff 09 2009]

KREISKY, E., Die Macht des Diskurses - Michel Foucault, Nachlese zur neunten Vorlesungseinheit vom 12.12.2002 von Albert Kraler und Thomas Iacopino http://evakreisky.at/onlinetexte/nachlese_diskurs.php [Zugriff 07 2009]

KUPPE, R., (Manuskript) Mitschrift eines Vortrages von Artur Nobre Mendes, Koordinator der Behörde für Indigene Angelegenheiten FUNAI, Caracas 2006

LEITE, D.M., *O caráter nacional brasileiro: História de uma ideologia*. São Paulo: Pioneira Editora, 4ª edição definitiva, 1983.

LEMKE, T., *Eine Kritik der politischen Vernunft: Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Hamburg: Argument Verlag, 1997

LEONEL, M., Bio-sociodiversidade: preservação e mercado, in *Estudos Avançados* 2000, vol.14, n.38, S. 321-346.

LINK, J., *Interdiskurs. Macht*. In kultuRRevolution, Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie, o.A., 1986

LINK, J., Operative Anschlüsse: Zur Entsehung der Foucaultschen Diskursanalyse in der Bundesrepublik, Jürgen Link im Gespräch mit Rainer Diaz-Bone, in FQS 7(3), Art 20, Mai 2006, Online verfügbar unter <http://www.qualitative-research.net/> [Zugriff am 14.07.2009]

LIPIETZ, A., Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige Methodologische Bemerkungen zum Begriff "Regulation", in *Prokla*, 1985, Nr. 58, S.109-138

LIPIETZ, A., New tendencies in the international division of labour: regimes of accumulation and modes of regulation, in Scott, A, Storper, M.,: *Production, Work,*

Territory, London: Allan & Unwin 1986, S. 16-39

MARTINS,M., Hegel-Texas: Issues in the philosophy and sociology of technology, in Martins,H., (Org.), *Knowledge and Passion: Essays in honor of John Rex*, London/New York: J.B.Turis, 1992

MARTIUS, C. P., Como se deve escrever a história do Brasil. *Revista do Instituto Histórico e Geográfico Brasileiro*. Rio de Janeiro, 6 (24) 1845: 381-403.

MATHIAS,F., NOVION,H., (Orgs.) *As Encruzilhadas das Modernidades: Debates sobre Biodiversidade, Tecnociencia e Cultura*, São Paulo: Instituto Socioambiental, 2006

MEA - Millennium Ecosystem Assessment. *Ecosystems and Human Well-Being: Synthesis*. Washington: World Resources Institute, 2005

MEYERS Lexikon Online, <http://lexikon.meyers.de/> [Zugriffe Februar und März 2009]

MIGUEL, Luis Felipe. *Mito e Discurso Político - uma análise a partir da campanha eleitoral de 1994*. (Tese de Doutorado em Ciências Políticas) Campinas-SP: Unicamp 2000

MITCHEL, T., *Colonizing Egypt*, Cambridge: Cambridge University Press, 1988

MMA – Ministerio do Meio Ambiente do Brasil, *Relatório final sobre a Consulta Pública nº 02 do CGEN*, Brasília, MMA 2008

MPF - Ministério Público Federal – Homepage, <http://www2.pgr.mpf.gov.br/> [Zugriff 08 2009]

MPF/AC, *Ação civil pública do Procurador da Republica Procurador José Lucas Perroni Kalil de*, Ministério Público Federal, Procuradoria da republica no Estado do Acre, Rio Branco: 2007

MST.ORG.BR, Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra – Website, <http://www.mst.org.br/> [Zugriff 09 2009]

MURPHY, C., Global Governance: Poorly done and poorly understood, in *International Affairs*, 2000, Vol.76, No.4, S.789-803

MYERS,N., The anatomy of the environmental action: The case of tropical deforestation. In Hurrell, A., et.al., *The international politics of the environment*, Oxford: Claredon Press 1992, o.A

NATRURA.NET, Biodiversidade Brasileira, <http://www.natura.net/port/cosmoprof/por/biodiversidade.asp> [Zugriff 10 2009]

NATURA, Relatório anual 2008, Natura Cosméticos S.A., 2008, Verfügbar unter

<http://natura.infoinvest.com.br/ptb/1011/c-1011-ptb.html> , [Zugriff 10 2009]

NIETZSCHE, F., *Zur Genealogie der Moral*. Kritische Studienausgabe 5. Ed. Giorgio Colli and Mazzino Montinari. München: DTV, 1999.

NOVION, H.P.I., MATHIAS, F., O certificado de procedência legal no Brasil: Estado da arte da implementação da legislação, in *Iniciativa para Prevenção de la Biopirataria & Instituto Socioambiental: Documentos de Investigación Año 2 No 5 Marzo 2006*

NOVY, A., *Brasilien: die Unordnung der Peripherie: von der Sklavenhaltergesellschaft zur Diktatur des Geldes*, Wien: Promedia, 2001

NOVY, A., *Brasilien: die Unordnung der Peripherie: von der Sklavenhaltergesellschaft zur Diktatur des Geldes*, Wien: Promedia, 2001

NOVY, A., Primärgüterexporte aus dem brasilianischen Regenwald und alternative Wirtschafts- und Lebensweisen. In Raza, W., *Recht auf Umwelt - Umwelt ohne Recht* (Atencion 4), Frankfurt a.M.: Brandes&Apsel/Südwind 2000a, S.171-198

NOVY, A., Die Rückkehr des Entwicklungsstaates in Brasilien, *Das Argument* 276 ,Heft 3, 2008, S.361-374

NOVY, A., *Brasilien: Die Unordnung der Peripherie. Von der Sklavenhaltergesellschaft zur Diktatur des Geldes*, Wien: Promedia, 2001

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development - Website, <http://www.oecd.org/> [Zugriff 09 2009]

OLIVEIRA, F., »O Momento Lênin«, in: *Novos Estudos* 27 (75), 2006, 23-47

OLIVEIRA, A., E-mail Kommunikation innerhalb des GTA-Netzwerkes, Betreff: "Conhecimento da natureza e Natureza do Conhecimento" gta@listas2.rits.org.br, 2004, o.A

PAC - Programa de Aceleração do Crescimento, Homepage <http://www.brasil.gov.br/pac/> [Zugriff 09 2009]

PERIPHERIE 2003, Editorial „Gouvernementalität“, *Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*, Peripherie 92, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/zeitschriften/id=247&count=1&recno=1&ausgabe=1287> [Zugriff am 10.02.2009]

PLANALTO.GOV.BR, Presidência da República Federativa do Brasil,

<http://www.planalto.gov.br/> [Zugriff 09 2009]

PLENARIA-ACRE, Beantwortung der öffentlichen Konsultation vom 27/03/2007: „Plenaria sobre Consulta Publica referente a reparacao de Beneficios consagrada na MP 2.186-16/2001 a Art.8j da CDB; Comentarios finais em Plenaria“. Rio Branco: 2007

POULANTZAS, N., Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat, in Hirsch, Joachim et.al., o.A., Hamburg: VSA, 2001, S.19-69

POULANTZAS, N., *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie*, (Erstauflage 1978) Hamburg: o.A. 2002

PRINZ, U., Penthesileas wilde Schwestern, in *Humboldt Kulturzeitschrift* 148/96, 2008

RABINOW, P., Representations are social facts: Modernity and Post-Modernity in Anthropology. In *Writing Culture: The Poetics and Politics of Ethnography*, Clifford, J. et. al. (Orgs), S234-61, Berkeley, University of California Press, 1986

RABINOW, P., Representations are social facts: Modernity and Post-Modernity in Anthropology. In *Writing Culture: The Poetics and Politics of Ethnography*, Clifford, J. et. al. (Orgs), S234-61, Berkeley, University of California Press, 1986

RAFI – Rural Advancement Foundation International (heute ETC Group), 1996 Biopiracy Update, in *RAFI Communique*, December 1996

RAFI, Biopiracy - RAFIs Sixth annual update, http://www.etcgroup.org/en/materials/publications.html?pub_id=327 [Zugriff August 2009]

RALEIGH, S.W., *The Discovery of Guiana*, Whitefish, MT: Kessinger Publishing, 2004

RAWLS, J., *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1979

REPORTERBRASIL – Agencia de Noticias, Artikel vom 11.01.2009: Amazônia concentra maior parte de casos de trabalho escravo no Brasil, <http://www.reporterbrasil.org.br/clipping.php?id=660> [Zugriff August 2009]

REZENDE, Enio A., *Biopirataria ou Bioprospecção? Uma análise crítica da gestão do saber tradicional no Brasil*, 2008. Tese (Doutorado em Administração) Salvador: UFBA, 2008.

RIBEIRO, D., *O povo Brasileiro: A formacao e o sentido do Brasil*, São Paulo: Companhia das Letras, 1995

ROBOCK, S.H., Brazil: A study in development progress, Lexington: Lexington Books 1976

SACHS, W., *The Development Dictionary: A Guide to Knowledge as Power*, Zed Books: London, 1992

SAID, E., *Orientalism*, New York: Vintage Books, 1979

SANTILLI, J., Brazil's Experience in Implementing its ABS regime - Suggestions for Reform and Relationship with the International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture, in Kamao, E.C., and Winter, G., (Orgs.) *Genetic resources, Traditional Knowledge and the Law: Solutions for Access & Benefit Sharing*, London: Earthscan, 2009 S.187-203

SANTILLI, J., *Socioambientalismo e novos direitos: proteção jurídica à diversidade biológica e cultural*, São Paulo: Editora Peirópolis, 2005

SANTOS, L.G. *Politizar as novas tecnologias: o impacto sócio-técnico da informação digital e genética*. Editora 34: São Paulo, 2003.

SANTOS, L.G., A encruzilhada da política ambiental brasileira, in: Santos, L.G. (Hrsg.) *Politizar as novas tecnologias: o impacto sócio-técnico da informação digital e genética*. Editora 34: São Paulo, 2003. S. 15-48.

SANTOS, L.G., A virtualização da Biodiversidade, in: Santos, L.G. (Hrsg.) *Politizar as novas tecnologias: o impacto sócio-técnico da informação digital e genética*. Editora 34: São Paulo, 2003a. S. 81-109

SANTOS, L.G., Tecnologia, Natureza e a „redescoberta“ do Brasil, in: Santos, L.G. (Hrsg.) *Politizar as novas tecnologias: o impacto sócio-técnico da informação digital e genética*. São Paulo: Editora 34, 2003. S. 49-72.

SANTOS, L.G., Predação high tech, biodiversidade e erosão cultural: O caso do Brasil, o.A. 2001, Verfügbar unter <http://www.ifch.unicamp.br/cteme/txt/predacao.pdf> , Zugriff 10 2009.

SCHERRER, C., Hegemonie: Empirisch fassbar?, in Merken, A., Rego Diaz, V. (Hrsg.), *Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis*. Hamburg: Argument, 2007, S. 71-84

SCHMIDLEHNER, M., Biopirataria na Amazônia, in Belas, C.A., Moreira, E., Barros, B., (Orgs.) *Saber Local/Interesse global: Propriedade intelectual, biodiversidade e conhecimento tradicional na Amazônia – anais*, Belém-PA: MPEG & CESUPA 2003a, S.105-111

SCHMIDLEHNER, M., Cupuaçu – a case of Amazonian self-assertion , In *Seedling: Biodiversity*,

Rights and Livelihood, April 2003, S.24-29

SENADO, Legislação: Constituição da República Federativa do Brasil, 1988
http://www.senado.gov.br/sf/legislacao/const/con1988/CON1988_31.12.2003/CON1988.htm
[Zugriff 08 2009]

SEPLAN - Secretaria de Estado de Planejamento, *Acre em Numeros 1999*, Rio Branco: SEPLAN 1999

SEPLAN - Secretaria de Estado de Planejamento, *Acre em Numeros 2007/2008*, Rio Branco: SEPLAN 2008

SHIVA,V., *Biopiracy: The Plunder of Nature and Knowledge*, Cambridge: South End Press, 1999

SHIVA,V., *Biopiracy: need to change Western IPR systems*, in *The Hindu*, 28/07/1999
Verfügbar unter <http://www.grain.org/bio-ipr/?id=51> Zugriff 09 2009

SILVA,M, Homepage da Senadora Marina Silva
http://www.senado.gov.br/web/senador/marinasi/alianca_povos.asp [Zugriff 09 2009]

SILVA,M., *Biodiversidade: Oportunidade e Dilema*, Senadora Marina Silva, Brasília: Congresso Nacional do Brasil, 2002

SIMÕES,K., *Rindo à toa, Como um cientista fez uma pequena empresa de Sorocaba virar a grande rival de grupos*, in *Revista PEGN-Sucesso*, Edição 248, Setembro 2009
<http://revistapegn.globo.com/Revista/Common/0,,ERT91863-17165,00.html> Zugriff 10 2009

SLATER, D., *The geopolitical Imagination and the Enframing of Development Theory*, o.A., 1993

SMITH, R., *Propriedade da terra & transição*. São Paulo: Brasiliense, 1990

SOCIOAMBIENTAL.ORG, Website do Instituto Socioambiental - ISA
<http://www.socioambiental.org/> [Zugriffe Mai bis Oktober 2009]

TAGESSCHAU.DE, Tagesthemen „Artenschutz“ vom 30/05/2008, verfügbar unter
<http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tt600.html> , [Zugriff 09 2009]

UFZ – Helmholtz Zentrum für Umweltforschung, Prof. Dr. Christoph Görg,
<http://www.ufz.de/index.php?de=4986> [Zugriff August 2009]

UNC – University of North Carolina, Arturo Escobar – Website
<http://www.unc.edu/~aescobar/> [Zugriff August 2009]

UNIVIE – Universität Wien, Internationale Politik, Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand
http://www.univie.ac.at/intpol/?page_id=203 [Zugriff August 2009]

USP – Universität von São Paulo, departamento de filosofia: *Marilena de Souza Chaui*
<http://www.fflch.usp.br/df/site/professores/chaui.php> [Zugriff August 2009]

VEJA.COM, Revista Veja online,
<http://www.veja.com> [Zugriff 09 2009]

WCED, Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future, <http://www.un-documents.net/wced-ocf.htm> [Zugriff 09 2009]

WEBER, M., Politik als Beruf, in: Ders.: *Gesammelte Politische Schriften* (herausgegeben von Johannes Winckelmann), 5. Aufl., Tübingen, o.A., 1988, S. 505 bis 560.

WEBER, M., Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriß der verstehenden Soziologie, 5. Auflage, Tübingen: Mohr Siebeck, 1980

WIKIPEDIA DEUTSCH, Die freie Enzyklopädie, <http://de.wikipedia.org/>
[Zugriffe Mai bis Oktober 2009]

WIKIPEDIA ENGLISH, the free encyclopedia <http://en.wikipedia.org/>
[Zugriffe Mai bis Oktober 2009]

WIKIPÉDIA PORTUGUÊS, a enciclopédia livre <http://pt.wikipedia.org/> [Zugriffe Mai bis Oktober 2009]

WIMMER, F.M. Differenz als Defizienz oder als Chance, in *Internet-Zeitschrift für Kulturwissenschaften* Nr.15, November 2003, Das Unbehagen in der Kultur - ein verbindendes Element in der Welt von heute?
http://www.inst.at/trans/15Nr/04_08/wimmer15.htm#FNT0 [Zugriff 04 2009]

WIPO MAGAZINE, February 2006 - Record Year for International Patent Filings,
http://www.wipo.int/wipo_magazine/en/2006/01/article_0004.html [Zugriff 08 2009]

WIRTSCHAFTSLEXIKON24
<http://www.wirtschaftslexikon24.net/> [Zugriff 08.2009]

WU - Wirtschaftsuniversität Wien, Novy, Dr. Andreas
<http://www.wu.ac.at/ruw/mitarbeiter/mitarbeiter/novya> [Zugriff 08 2009]

ZEE/AC, *Zoneamento Ecológico-Econômico: Aspectos socioeconômicos e ocupação territorial*. Volume I, II e III. Rio Branco: SECTIMA, Governo do Estado do Acre, 2000

Anhang

Abstract deutsch

Die in Brasilien im Rahmen der Umsetzung des internationalen Übereinkommens über die biologische Vielfalt stattfindenden Verhandlungen und Diskussionen zu dem Thema Access and Benefit Sharing werden in dieser Arbeit einer diskurs-theoretischen Untersuchung unterzogen. Die Konvention sieht in ihren Zielen die ausgewogene und gerechte Aufteilung der aus der Nutzung der genetischen Ressourcen gewonnenen Vorteile vor. Die Hypothese wird aufgestellt, dass die genannten Verhandlungen und Diskussionen – die brasilianischen ABS-Wissensproduktionen – aus der Verschränkung zweier hegemonialer Diskurse resultieren und dementsprechend – im Gegensatz zu den von ihr in Anspruch genommenen Werten von Ausgewogenheit und Gerechtigkeit – hegemonial sind. Die Hypothese wird anhand einer genealogischen Untersuchung der zwei Ausgangsdiskurse und ihrer Verflechtungen argumentativ überprüft, wobei sowohl foucaultsche, als auch neo-gramscianische, post-koloniale und mythen-analytische methodische Ansätze herangezogen werden. Im Laufe der Untersuchung werden diskursive Aussagen – von der Entstehung brasilianischer Gründungsmythen bis zur diskursiven Produktion der Begriffe Biodiversität und Biopiraterie – identifiziert. Ebenso werden sozio-ökonomische und politische Machtbeziehungen aufgezeigt sowie die involvierten Interessensgruppen und die Terrains auf denen sie sich auseinandersetzen. Die untersuchte ABS-Wissensproduktion erweist sich – die Ausgangshypothese bestätigend – als Produkt der Verschränkung eines hegemonialen brasilianischen National-Diskurses mit einem ebenso hegemonialen Diskurs globalozentrischer nachhaltiger Entwicklung. Wirtschaftliche Inwertsetzung der biologischen Vielfalt, sowie geistige Eigentumsrechte darauf erweisen sich als auf allen Terrains dominante Interessen. Einhergehend mit den national-international verflochtenen hegemonialen Strukturen zeichnen sich auch zwangsherrschaftliche Mechanismen ab, sowie ansatzweise die Formulierung von Gegenstrategien. Die Gewalt eines technokratisch-kapitalistischen und zugleich auf Mythen basierenden Machtsystems zeigt sich an der Zerstörung des Amazonas als Lebensraum indigener Völker und lokaler Gemeinschaften. Möglichkeiten, diese lokal verankerten Akteure in ihrem physischen und kulturellen Überlebenskampf zu stärken werden aufgezeigt.

Schlagworte:

Access and benefit sharing / Brasilien / Biodiversität / Biopiraterie / Amazonas / Diskursanalyse /
Hegemonie

Abstract english

In this work, the negotiations and discussions that take place in Brazil in the context of implementation of the international Convention on Biological Diversity, on the topic of access and benefit sharing are subject to a discourse-analytical investigation. The convention foresees in its objectives the fair and equitable sharing of benefits arising out of the utilization of genetic resources. The hypothesis is set up that these negotiations and discussions - the Brazilian ABS knowledge productions - are a result of the entanglement of two hegemonic discourses and accordingly – in contrast to the claimed values of equity and fairness – hegemonic. The hypothesis is being examined argumentatively within a genealogical survey of the two discourses and their entanglement, using both Foucauldian, as well as neo-Gramscian, post-colonial and myth-analytical methodological approaches. In the course of the investigation discursive statements are – from the emergence of Brazilian foundation myths on until the discursive production of the terms biodiversity and biopiracy - identified. In addition, socio-economic and political power relations are detected, as well as the involved stakeholders and the terrains on which they are competing. The investigated ABS knowledge production turns out - confirming the initial hypothesis - as a product of the entanglement of a hegemonic Brazilian national discourse with a likewise hegemonic discourse of globalocentric sustainable development. Economic valorization of biological diversity, and intellectual property rights upon it are proving to be dominant interests in all terrains. In line with the hegemonic national-internationally interconnected structures also coercive mechanisms become visible, as well as attempts of counter-strategies. The violence of a technocratic-capitalist and at the same time myth-based power system becomes visible in the destruction of the Amazon as living space of indigenous peoples and local communities. Possibilities of strengthening these locally established actors in their physical and cultural survival are indicated.

Keywords:

Access and benefit sharing / Brasil / Biodiversity / Biopiracy / Amazon / Discourse analysis /
Hegemony

Abstract portugiesisch (Resumo em português)

Neste trabalho, as negociações e discussões que ocorrem no Brasil no contexto da implementação da Convenção Internacional sobre a Diversidade Biológica, sobre o tema do acesso e repartição de benefícios estão sujeitas a uma análise de discurso. A convenção prevê, nos seus objetivos a repartição justa e equitativa dos benefícios decorrentes da utilização dos recursos genéticos. A hipótese está asseverada que estas negociações e discussões - a produção brasileira de conhecimento ABS - são um resultado do entrelaçamento de dois discursos hegemônicos e, portanto - em contraste com os valores reclamados de equidade e justiça - hegemônicas. A hipótese está sendo examinada argumentativamente dentro de uma pesquisa genealógica dos dois discursos e seu entrelaçamento, utilizando tanto abordagens metodológicas de Foucault, assim como neo-gramscianas, pós-coloniais e mito-analíticas. No decorrer do inquérito, enunciados discursivos estão sendo – desde os mitos fundadores do Brasil até a produção discursiva dos termos biodiversidade e biopirataria - identificados. Da mesma forma, relações sócio-econômicas e políticas de poder são detectados, bem como os grupos de interesse envolvidas e os terrenos nos quais são concorrentes. A produção de conhecimento ABS revela-se -confirmando a hipótese inicial - como um produto do entrelaçamento de um discurso hegemônico brasileiro nacional com um discurso igualmente hegemônico de desenvolvimento sustentável globalocêntrico. Valoração econômica da diversidade biológica e direitos de propriedade intelectual sobre a mesma se mostram como interesses dominantes em todos os terrenos. Paralelamente com as estruturas hegemônicas nacional-internacionalmente interligadas, também mecanismos coercitivos se tornam visíveis, assim como tentativas de contra-estratégias. A violência de um sistema de poder tecnocrático-capitalista e, ao mesmo tempo baseado em mitos torna-se visível na destruição da Amazônia como espaço de vida dos povos indígenas e comunidades locais. Possibilidades de fortalecimento desses atores localmente estabelecidos em sua sobrevivência física e cultural são indicados.

Palavras-chave

Acesso e repartição de benefícios / Brasil / Biodiversidade / biopirataria / Amazon / Análise de discurso / Hegemonia

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe.

Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, am 10.10.2009

.....

Michael F. Schmidlehner

Lebenslauf Michael F. Schmidlehner

Angaben zur Person

Staatsangehörigkeit: Österreich
(Antrag auf zusätzliche brasilianische Staatsbürgerschaft seit 2007 im Laufen)
Geburtsdatum: 29.10.1964 in Wien
Familienstand: Verheiratet, ein Kind

Berufserfahrung

Seit September 2001

**NGO-Leiter
Brasilien**

Amazonlink.org, Rio Branco,

Projektentwicklung und Management, Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising, Personalauswahl, -ausbildung und -führung;

Seit 2004:

Informationsnetzwerk Madre de Dios (Peru), Acre (Brasilien), Pando (Bolivien): „Comunicação e Ampliação do portal MAP“ mit Unterstützung des Deutschen Entwicklungshilfedienstes DED;

Siehe: map-amazonia.net/

Mai 2009:

Organisation der Teilnahme von 5 Vertretern Indigener Organisationen aus Acre bei der Vertragsstaaten-tagung der Neunten Konvention über die Biologische Vielfalt COP9 in Bonn, Finanzierung der Teilnahme durch das österreichische Lebensministerium, Vorbereitung und Ankündigung eines Side Events, Pressekonferenz, Begleitung, Simultanübersetzung

März 2006:

Aktive Teilnahme an der Achten Vertragsstaaten-tagung der Konvention über die Biologische Vielfalt COP-8 in Curitiba, Brasilien: Vorbereitung und Begleitung einer Delegation von acht Vertretern traditioneller Gemeinden, Organisation und Abwicklung von zwei side-events, Erstellung und Betreibung der Informationsplattform „COP-8 Popular“ für Organisationen der Zivilgesellschaft www.cop8.org.br/

2005 - 2008

Capacity Building in Indigenen Gemeinden „Aldeias Vigilantes“ in Partnerschaft mit brasilianischem Umwelt- und Justizministerium, FUNAI, sowie diverse Behörden des Acre Bundesstaates und indigenen Organisationen.

Siehe: www.amazonlink.org/aldeiasvigilantes/

2002 – 2005:

Informationskampagne zur Aufklärung über Biopiraterie „O Cupuaçu é Nosso“ in Partnerschaft mit dem brasilianischen NGO Netzwerk Grupo de Trabalho Amazônico und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft;

Siehe: www.amazonlink.org/biopiraterie/

2002 - 2004

Online Dokumentation und Teilnahme an der Organisation des III und IV Treffens der indigenen Völker von Acre und Südamazonas

www.amazonlink.org/amazon/indigenous_cultures/

www.amazonlink.org/encontro_indigena/

2000 - 2007 **Selbstständiger Unternehmer** **Amazon-Fairtrade, Rio Branco, Brasilien**

Export von Regenwald-Produkten nach Europa, Handelsbeziehungen mit lokalen Produzenten und Fairtrade-Importeuren; Die Synergien dieser Aktivitäten mit den Projekten von Amazonlink führten zur Produktion verschiedener Websites und der Dokumentarfilme „Die Gummizapfer Amazoniens“ und „Der Kakau Amazoniens“. Die Aktivitäten des Unternehmens trugen zum Aufbau von Wertschöpfungsketten bei, wie beispielsweise Indigenes Kunsthandwerk der Apurinã Indianer (Siehe www.amazonlink.org/apurina/), Produkte aus Naturlatex (Siehe www.amazonlink.org/seringueira/), Cupuaçu und Wildkakao (Siehe www.andiroba.org.br/entrada.php?numero=13)

2005 - 2007 **Freier IKT-Experte** **Cooperação Técnica Alemã – GTZ, Brasília, Brasilien**

Erstellung und Erweiterung des Web-Portals map-amazonia.net, Erhebung von Benutzerdaten und Auswertung, Training der Systembenutzer, Partizipative Erstellung der Benutzungsregeln.

1999 - 2000 **Selbstständiger Unternehmer** **Boutique da Floresta, Rio Branco, Brasilien**

Planung, Finanzierung, Errichtung und erfolgreicher Betrieb eines Kunsthandwerk-Ladens mit Regenwald-Produkten im Stadtzentrum von Rio Branco.

1995 - 2006 **Freelancer** **Rio Branco, Acre, Brasilien**

Sprachunterricht Englisch und Deutsch, Webdesign, CD-ROM-Entwicklung, grafisches Design und Informatikkurse für Regierung und lokale Organisationen in Acre. Beispiele: CD-ROM „10 Anos Sem Chico Mendes“ (10 Jahre ohne Chico Mendes), Tonarchiv Datenbank “Identificação e Registro da Musicalidade Acreana”, Websites www.condiac.org.br/ , www.chicomendes.org

Ausbildung

1983 - 2009 **Universität Wien**
Wien

Diplomstudium Philosophie, 1993 unterbrochen ab 2007 fortgesetzt.

1983 **Oberstufenrealgymnasium Marianum**
Wien

Abitur

Sprachen **Deutsch:** Muttersprache
Englisch: fließend in Wort und Schrift
Portugiesisch: fließend in Wort und Schrift
Spanisch: fließend in Wort und Schrift

Sonstige Qualifikationen und Fähigkeiten **IKT-Kenntnisse:**
Web Design und Open Source Software Entwicklung in PHP, Mysql, (erworben durch Studium und Berufserfahrung)
Souverän im Umgang mit Microsoft Office™-Programmen (Word™, Excel™ und PowerPoint™) und Grafikdesign-Anwendungen;

Führerschein:
Klassen A, B in Europa und Brasilien

Fachpublikationen

SCHMIDLEHNER,M., Biopirataria na Amazônia, in Belas,C.A., Moreira,E., Barros,B., (Orgs.) *Saber Local/Interesse global: Propriedade intelectual, biodiversidade e conhecimento tradicional na Amazônia – anais*, Belém-PA (Thema: Traditionelles Wissen, Access and Benefit Sharing)

SCHMIDLEHNER,M., Cupuaçu – a case of Amazonian self-assertion , In *Seedling: Biodiversity, Rights and Livelyhood*, April 2003, S.24-29 (Thema: Traditionelles Wissen, Access and Benefit Sharing)

SCHMIDLEHNER,M., NOGUEIRA,M., PANTOJA,E., *Aldeias Vigilantes – Manual, Rio Branco: Amazonlink.org*, 2006 (Thema: Traditionelles Wissen, Access and Benefit Sharing)

SCHMIDLEHNER,M., MACUCO,R., REIS,V., Map-amazonia.net – contribuindo para a construção de uma nova Cultura de Comunicação na Amazônia sul-ocidental, in *Mapiense*, Cobija: Herencia/UFAC, 2007 (Thema: Zivilgesellschaftliche Netzwerke, Digital Inclusion)

Vorträge

- 2003** „Biopirataria na Amazonia“, gehalten im Rahmen des seminars Saber Local/Interesse global: Propriedade intelectual, biodiversidade e conhecimento tradicional na Amazônia, Saber Local/Interesse global: Propriedade intelectual, biodiversidade e conhecimento tradicional na Amazônia, Museu Pareense Emilio Goeldi, Belem, 11. September 2003
- 2004** „Combate de Biopirataria e Protecao de Conhecimentos tradicionais na Amazonia“, gehalten vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss „CPI da Biopirataria“, Brasilia, 10.November 2004
- 2007** „Conhecimentos tradicionais associados à biodiversidade“, gehalten im rahmen des Seminars „Encontro de Etnociencia e Pesquisa Agropecuaria e Florestal da Amazonia, EMBRAPA Rio Branco, 22.Oktober 2007
- 2008** „Reparticao de Beneficios“, gehalten im Rahmen des Seminars zur Vorbereitung von Journalisten auf die COP9, organisiert von WWF und FUNBIO, Sao Paulo, 13. Mai 2008
- 2008** „Biopiracy: Biodiversity in the area of conflict between traditional indigenous knowledge and international business interest.“ gehalten im Rahmen des „Intercultural Dialog“ an der Lauder Business School, 06.Juni 2008

Mitwirkung in Dokumentarfilmen

- 2005** „Aldeias Vigilantes“, Dokumentarfilm über das Projekt, Rio Branco:Amazonlink 2005
Verfügbar unter <http://www.youtube.com/watch?v=Es4nv9FwZfc>
- 2005** „Wem gehört die Natur?“, Dokumentarfilm von Marie Monique Robin, Erstausstrahlung TV-Arte 2005
- 2008** „Gift – nur die Dosis macht's“ Dokumentarfilm von Beatrice Sonnhüter, Erstausstrahlung TV-Arte 2008
- 2008** „Forum MAP VII“, Dokumentarfilm über die Initiative Madre de Dios Acre Pando und ihr siebentes trinacionales Treffen, Rio Branco, Amazonlink, 2008
Verfügbar unter <http://www.youtube.com/watch?v=-DYMXYE53aM>